DM 6,– Österreich 50,– öS Schweiz 6,– sfr Nr. 1 Januar 1988 E 8080 E



CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland:

Deutsche Frage kein Thema der Weltpolitik

London meldet: USA planen im Golf einen Atomkrieg

US-Dollar:

Rückkehr zu festen Wechselkursen

Frankreich:

LePen eine Gefahr für die Herrschenden

Kirche:

Lästern wir nicht alle Gott?



Schweiz:

Zionisten bestimmen was die Eidgenossen künftig lesen dürfen



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (071 52) 260 11

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan

Layout: Grafik Design Team

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight«, einer wöchentlichen populistischen Zeitschrift aus Washington. Im Rahmen dieses Abkommens werden eine Reihe nationaler und internationaler Beiträge übernommen und in die deutsche Sprache übertragen. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Corporation, 300 Independence Ave., S. E. Washington, D. C. 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 6,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE kann im Abonnement bezogen werden. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

Vertrieb Handel im In- und Ausland: Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Anzeigenverwaltung: Access Marketing GmbH, Feldbergstraße 2, D-6240 Königstein 2, Telefon (0 61 74) 70 30.

Gesamtherstellung: Greiserdruck
Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 27. Januar 1988 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.



Lieber CODE-Leser,

diese Zeitschrift versucht einen geistig-politischen Wandel in Deutschland einzuleiten. Denn trotz der schlimmen Erfahrungen eines halben Jahrhunderts und trotz aller demokratischen Rechte und Pflichten hält es die Mehrzahl der Deutschen heute nicht für erforderlich, sich um eine sachlich fundierte politische Überzeugung zu bemühen oder gar sich zu einer solchen öffentlich zu bekennen, sofern sie den herrschenden Auffassungen widerspricht.

Man freut sich wie ein Kind an den materiellen Konsumwerten unserer Gesellschaft, soweit man daran beteiligt ist, und denkt mehr an das Heute als an das Morgen. Inmitten schicksalsschwerer weltpolitischer Spannungen lebt man in einem spießbürgerlichen Behagen, das nur von Zeit zu Zeit – wenn die Drahtzieher die Deutschen wie Puppen bewegen – durch Angstträume unterbrochen wird.

Es sieht aber nicht so aus, als werde dieses Behagen noch lange andauern. Die Welt von heute ist anders als die Welt von gestern, und die Welt von morgen wird nicht mehr die von heute sein.

Ob es sich um Wirtschaftsfragen, Probleme des Dollars, der NATO, der Europäischen Gemeinschaft, der dritten Welt oder des Zionismus handelt, kein Volk wird von diesen Fragen und damit zusammenhängenden Entscheidungen stärker berührt als das deutsche.

Das Herannahen der großen weltpolitischen Entscheidungen zwingt auch politisch träge Bundesbürger, sich Gedanken über ihr Morgen zu machen. Das führt sie aber von selbst zu dem Gestern, zu der Frage, ob die Führung der Bundesrepublik in ihrer Politik dem Lebensinteresse des deutschen Volkes aufs beste dient oder Irrwege im fremden Auftrag geht, ob die bundesdeutsche Demokratie der sachlichen Meinungsbildung über politische Ziele und Methoden den erforderlichen Spielraum gewährt und wie es bei uns überhaupt um Demokratie und Freiheit bestellt ist.

Als Leser von »CODE« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »CODE« werden könnte.

Für Ihre Mühe wollen wir Sie gern entschädigen: Wenn Sie uns einen Abonnenten nennen, erhalten Sie als ***Prämie das Buch von Peter Blackwood »Die Netzwerke der Insider«.***

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ **Bittet um Übersendung einer Rechnung.**

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Die Netzwerke der Insider«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE
Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



Lenin schrieb über das Friedensdiktat von Versailles: »Das ist kein Frieden, das sind vielmehr Bedingungen, die einem wehrlosen Opfer von Räubern mit dem Messer in der Hand diktiert worden sind.«

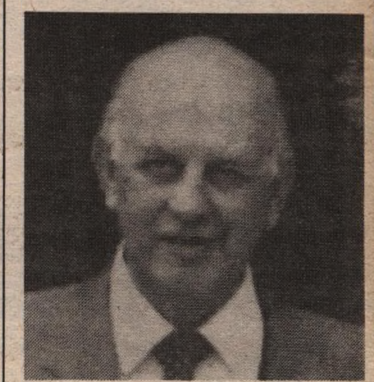
Finanzen

Europa



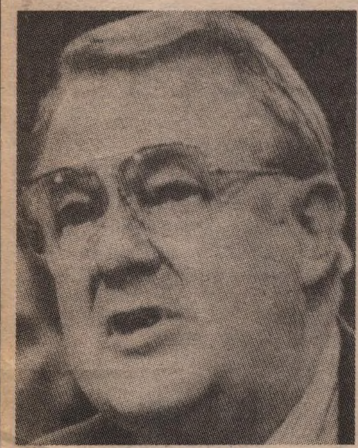
Margaret Thatcher hat ernste Sorgen über die amerikanische Nahost-Politik, die von den meisten Verbündeten der USA geteilt werden.

Internationales

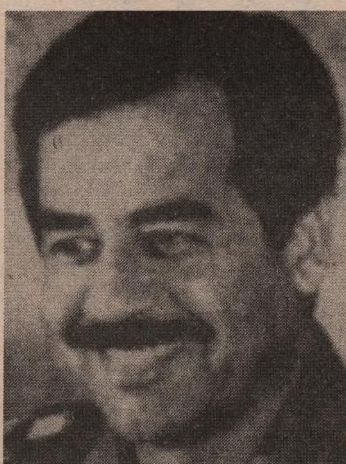


Botha sollte sich an die Worte des englischen Dichters John Bunyan erinnern: »Hüte dich vor dem Zorn des geduldigen Mannes!«

Nr. 1 Januar 1988



Edwin Meese III, US-Justizminister, zählt zu den wichtigsten israelischen »Einflußagenten« in Washington.



Saddam Hussein wurde von den USA beraten und zum Krieg gegen den Iran ermuntert.

Bonn

Verrat am Grundgesetz

Bruno Unger

»Saget nicht: Laßt uns noch ein wenig ruhen, noch ein wenig schlafen und träumen, bis etwa die Besserung von selbst komme. Sie wird niemals von selbst kommen!« schrieb Johann Gottlieb Fichte in seinen Reden an die deutsche Nation im Jahr 1808.

Man muß das zweimal lesen, was der aus dem »öffentlich-rechtlichen« Fernsehen sattsam bekannte Verzichtsextremist Dieter Gütt in dem Massenbeeinflussungs-Magazin »Stern« da schreibt:

Geht es noch tiefer in Bonn?

»Mit dem Besuch und der – auch in des Kanzlers Tischreden – durchaus würdevoll vollzogenen Anerkennung der Gegebenheiten ist das historische Kapitel deutscher Einheit vorerst abgeschlossen . . . Damit ist auch ein Gespenst gebannt, das alle Nachbarn der Deutschen schreckt, bis hin zu den engsten Verbündeten der beiden deutschen Staaten: die Realisierung der deutschen Einheit, die Bildung eines 80 Millionen Menschen umfassenden, wirtschaftlich und militärisch machtvollen Reiches in der Mitte dieses Kontinents. Denn es würde jedes Gleichgewicht in der Welt sprengen und eine ständige Bedrohung des Friedens sein. Allein durch seine Größe . . . Absage an die Einheit. Mit der Einsicht in das Unabänderliche beginnt ebenfalls für die Bundesrepublik ein neues Kapitel ihres Selbstverständnisses.«

Geht es noch tiefer in der Bundesrepublik? Nun könnten gutgläubige und von den jahrzehntelangen Phrasen der Regierenden zur deutschen Einheit verdummte Deutsche einwenden: was soll's, das sind abartige, aber unmaßgebliche Standpunkte irgendwelcher Schreiberlinge.

Leider ist das nicht so. Am 8. Oktober 1987 berichtete die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, die weltweit gelesen wird, über eine CDU/CSU-Fraktionsdebatte über Möglichkeiten zur Überwindung der deutschen Spaltung. Von 232 Abgeordneten blieben zunächst 80, dann nur noch 28 im Saal, Kanzler Kohl verließ die Fraktionssitzung.

Wörtlich hieß es dazu in der »Frankfurter Allgemeinen«: »In einer knapp dreistündigen Debatte hat sich die CDU/CSU-Fraktion am späten Dienstagabend mit der deutschen Teilung und der Frage befaßt, ob es Möglichkeiten gibt, sie zu überwinden. Anlaß dazu war der Appell des CDU-Abgeordneten Friedmann, der Bundeskanzler möge Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow auffordern, sich bei ihrer nächsten Begegnung nicht nur mit der Abrüstung, sondern auch mit Deutschland zu befassen . . .

Die Sinn-Entstellung von Begriffen

Bundeskanzler Kohl, der die Vorstellungen Friedmanns seinerzeit als ›blühenden Unsinn‹ bezeichnet hatte, verließ die Fraktionssitzung, noch bevor die deutschlandpolitische Aussprache begann.

Wie er verließen mehr als die Hälfte der 232 Abgeordneten der Fraktion den Saal, als der Tagesordnungspunkt Deutschlandpolitik aufgerufen wurde. Etwa 80 Abgeordnete waren bei Beginn der Aussprache nach Schätzungen von Teilnehmern noch anwesend, als sie endete, wurden noch 28 gezählt.«

Kann man dazu noch passende Worte finden, ohne sich strafrechtlich zu vergehen?

Für Weizsäcker ist Mitteldeutschland schon »Osteuropa«. In seinen mittlerweile in Bonn gefürchteten »Kommentaren mit Würze« schreibt Martin Jenke im »Schlesier« zu dieser Entwicklung:

»Es ist eine beliebte Umerziehungsmethode, die schon den alten Chinesen bekannt war: Mit der Sinn-Entstellung von Begriffen wird die Denkweise der Menschen verändert. Ein Beispiel aus der neueren Zeit: ›Entspannung‹ wurde von SPD-/FDP-Politikern für die Anerkennung des Status quo in Mitteleuropa geprägt, also für die Anerkennung der Spaltergrenzen mitten durch Deutschland. Die jetzige Bonner Regierung unter dem CDU-Vorsitzenden Kohl hat nicht nur den ›Entspannungs‹-Begriff übernommen, sondern darüber hinaus den Begriff ›Ostdeutschland‹ aus dem amtlichen Wortschatz getilgt.

Nun geht Bundespräsident von Weizsäcker noch einen Schritt weiter und bezeichnet mit ›Ostdeutschland‹ die DDR, also Mitteldeutschland.«

Am 4. September 1987 meldete die Bonner »Welt«, Weizsäcker habe in einem Interview mit der US-Fernsehgesellschaft NBC anläßlich des Besuches von SED-Chef Honecker in Bonn gesagt, wir im Westen müßten dann auch an die Osteuropäer denken. Wörtlich: »Und es ist nur zu natürlich, daß unter diesen Osteuropäern wir Westdeutsche zuerst an die Ostdeutschen denken.«

Wenn der westdeutsche Kanzler sich mit Führern des Warschauer Pakts aus Polen, Ungarn oder der Sowjetunion trifft, wäre es höchst unnatürlich, wenn er der Begegnung mit einem anderen ziemlich wichtigen Führer des Warschauer Paktes, nämlich Ostdeutschlands, entsagen würde.

Für den ehemaligen Westberliner Bürgermeister von Weizsäcker liegt also die DDR einschließlich Berlins in »Osteuropa« und in »Ostdeutschland«. Verwunderlich, daß für ihn auch die Vertreibung von zehn Millionen Ostdeutschen nur eine »erzwungene Wanderschaft« war?

Die deutsche Frage steht nicht auf der Tagesordnung

Nachdem die Oder-Neiße-Linie für die meisten westdeutschen Medien »abgehakt« ist, geht die auf Hochtouren laufende Umerziehung darauf hinaus, den Begriff »Deutschland« nur noch auf die Bundesrepublik zu beziehen. Das reicht vom Sport (»Deutschland spielt gegen Dänemark«) bis in die Bonner Ausdrucksweise. Der Springer-Konzern, das »führende« Meinungskartell in der Bundesrepublik – bekanntlich sehr CDU-freundlich –, geht auch hier voran.

Nicht nur im Massenblatt »Bild« aus der unteren Kellerregion, sondern beispielsweise auch im »Hamburger Abendblatt«, das gern auf »konservativ« macht. Dort hieß es in der Ausgabe vom 1. Juli 1987 unter der Überschrift »Hier gibt es das Begrüßungsgeld«: »Gute Nachricht für Reisende aus der ›DDR‹: Jeder ›DDR‹-Bürger, der sich zur Zeit in Deutschland aufhält, bekommt das neue ›Begrüßungsgeld‹.«

Demnach gehört also die DDR nicht mehr zu Deutschland, da sich danach ein DDR-Bürger erst nach seiner Einreise in die Bundesrepublik in »Deutschland« befindet. Hierzu nur zwei kurze Fragen: Ist die Redaktion derart geistig unterbelichtet? Oder sind es reine Separatisten?

Lassen wir uns nicht bluffen, weil Kohl beim Honecker-Besuch in Bonn noch davon gesprochen hat, die »deutsche Frage bleibe offen«. Sofort machte er das Wort zu einer bloßen Sprechblasen-Pflichtübung, indem er gleich anfügte: »Doch ihre Lösung steht zur Zeit nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte.«

Auch die gleichzeitige Betonung der Bonner Politiker, die Bundesrepublik sei endgültig in den Westen integriert, macht jedes Wort vom »Bewußtsein für die Einheit der Nation« zu einer Phrase. Denn Wiedervereinigung und Integration in den Westen ist ein viereckiger Kreis, ebenso wie Wiedervereinigung und Integration in den Osten.

Drei Viertel der bundesrepublikanischen Bevölkerung wissen es besser: Wiedervereinigung ist nur möglich auf der Grundlage gesamtdeutscher Blockfreiheit. Es ist ein seltsames Zeichen von Demokratie, »wenn keine einzige Bonner Partei diese Ansicht von 75 Prozent der Wähler vertritt«. □

Kotau aus Saarlouis

Werner Gebhardt

Die SED-Machthaber in Mitteldeutschland haben nach anfänglichem Zögern an den sogenannten »Städtepartnerschaften« mit westdeutschen Städten Geschmack gefunden. Es ist zu erwarten, daß sie diese Partnerschaften demnächst sogar von sich aus forcieren werden. Sie haben erkannt, daß sich hier eine billige wie wirksame Chance bietet, ihre Politik auf der untersten Ebene durchzusetzen.

Westdeutsche Stadtväter, kommunale Möchtegern-Außenpolitiker, schließen amateurhaft ausgehandelte Verträge ab, in denen viel von Frieden, Abrüstung und Respektierung staatlicher Souveränität die Rede ist, in denen die »menschlichen Begegnungen«, die der Steuerzahler dann bezahlen muß, aber auf die Parteifunktionäre von hüben und drüben begrenzt sind, und die dem Auftrag des Grundgesetzes versteckt und ganz offen widersprechen, weil sie nicht Wege zur Einheit des deutschen Volkes suchen, sondern die Trennung festschreiben und »normalisieren« sollen.

Abschied von der Wiedervereinigung

Einen vorläufigen Höhepunkt oder besser Tiefpunkt in dieser Entwicklung bescherte uns der neue, im März 1987 gewählte Oberbürgermeister von Saarlautern, Richard Nospers.

Nebenbei: Nach der Besetzung im Jahr 1945 wurde Saarlautern zu Ehren Ludwig des Vierzehnten, des Räubers von Burgund, Elsaß, Flandern, Lothringen, Luxemburg und der Pfalz, des Brandschatzers des Rheinlandes, der Stadt Heidelberg und vieler anderer deutscher Städte, wieder in Saarlouis umbenannt.

Ausgerechnet bei einem Jubiläum einer Volkshochschule hielt Oberbürgermeister Nospers (SPD) einen Vortrag, in dem er ganz in Übereinstimmung mit der SED-Sprachregelung dem grundgesetzlichen Wiedervereinigungsgebot samt Staatsbürgerschaft-Regelung einen »imperialistischen Charakter« zusprach.

Wo bleibt der Staatsanwalt?

In dem sich auch in anderen Städten abzeichnenden, beispiellosen Wettrennen westdeutscher Kommunalpolitiker um die Gunst kommunistischer Machthaber forderte Nospers »einen Abschied der Bonner Politik von der Schimäre einer Wiedervereinigung«. Er forderte dazu auf, die Bundesrepublik Deutschland zum Vaterland zu erheben.

Hinter dem Wiedervereinigungsgebot stecke »nicht nur der Wahn des nicht untergegangenen Reiches«, sondern auch ein »anmaßender, moralischer Gedanke«, der im Staatsrecht »nichts zu suchen« habe. Dem Frieden sei mehr gedient, wenn Bonn »die Deutsche Demokratische Republik ohne Wenn und Aber als einen Staat mit Staatsbürgern, wie es solche in der Bundesrepublik Deutschland oder der Republik Österreich, der Republik Polen oder der Republik Frankreich gibt, anerkennt«. Ein erster Schritt dahin könne die Abschaffung des 17. Juni als Feiertag sein.



Dr. Kurt Schumacher würde sich im Grabe umdrehen, wenn er die Bonner-Deutschland-Politik miterleben müßte.

Nospers sagte weiter, wenn Grenzen durchlässiger werden sollten, helfe »nur die Anerkennung der Realitäten, wie sie der Zweite Weltkrieg geschaffen hat, mit zwei selbständigen deutschen Staaten, mit zwei Staatsvölkern unterschiedlichen Systemen zugeordnet«.

Die »DDR« ist für Nospers »ein Staat wie Österreich«. Seine Hoffnung sei es, daß es »der Heuchler immer weniger gibt, die vorgeben, für ein phantomhaftes Deutschland zu leben oder zu wirken, daß wir unseren Staat, also die Bundesrepublik Deutschland, anerkennen«.

Der SPD-Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher als unbedingt nationalbewußter Deutscher würde sich im Grabe umdrehen, müßte er das hören. Selbst Politiker wie Wehner und Brandt hätten zu ihrer Zeit nicht gewagt, das auszusprechen, was der Grundgesetzverräter Nospers heute öffentlich fordert.

Wo bleibt eigentlich der Staatsanwalt, der bei jedem seinerzeit sechzehnjährigen SS-Freiwilligen, der nach Hörensagen angeblich in Kriegsverbrechen verwickelt sein könnte, sofort in Aktion tritt?

Wo bleibt der Ministerpräsident Franz Josef Strauß von Bayern, der nicht zu Unrecht die Bayern als die letzten Preußen bezeichnet?

Wo bleibt das Bundesverfassungsgericht, das ausdrücklich festgestellt hat, daß das Deutsche Reich nach wie vor existent ist, und alle Verfassungsorgane verpflichtet sind, auf die Erreichung der Wiederherstellung der staatlichen Einheit hinzuwirken?

Wo bleibt endlich die Antwort der deutschen Wähler, solange sie noch die Mehrheit im Teilstaatprovisorium BRD haben, an alle solche angeblich »staatstragenden« Grundgesetzverräter? □

Deutschland

Verheimlichte Stimmen zur Kriegsschuld

Günther Just

Immer wieder und immer öfter bei allen »Schuld- und Sühnereden« der einseitigen »Bewältigungs«-Politiker auf Staatsbesuchen im Ausland, wird das deutsche Volk mit der Alleinkriegsschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges belastet.

Helmut Kohl, Kanzler des westdeutschen Teilstaates, und Erich Honecker, Parteichef des mitteldeutschen Teilstaates, machen da keine Ausnahme. Kohl und Honecker in trauter Eintracht: »Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen«, posaunen sie in die Welt, unterstellen damit eine »ewige Kriegslüsternheit« der Deutschen und führen den deutschfeindlichen Propagandakrieg aus der Zeit des Ersten und Zweiten Weltkrieges zur Freude antideutscher Kräfte fort.

Die »Kollektivscham«-Prediger

Wahrheitswidrig behaupten die »Kollektivscham«-Prediger, das Deutsche Reich habe in der Geschichte im Vergleich zu anderen Staaten die meisten Kriege geführt. Das Gegenteil davon ist richtig.

Vor allem angeblich eindeutig bewiesen: »Deutschland ist mit der Alleinkriegsschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges belastet, es hat ihn angezettelt.«

Die beflissenen Helfeshelfer der Siegermächte, die deren »Umerziehungsprogramm« unter der Bezeichnung »Bewältigung der Vergangenheit« tagtäglich fortführen, sowie die Massenverdummungs-Medien mit ihren Geschichtslügen und Halbwahrheiten – vor allem in sogenannten »Dokumentar«-Filmen auf den Mattscheiben – verheimlichen die Ergebnisse der objektiven historischen Forschung nach allen Ursachen, die zum Zweiten Weltkrieg führten.

Clemenceau, Wilson und Lloyd George (von links nach rechts) diktierten den Deutschen in Versailles einen Friedensvertrag, der im Haß entstanden war.

Es wird verschwiegen: Der Beginn des deutsch-polnischen Krieges am 1. September 1939 und die zwei Tage später erfolgten Kriegserklärungen Englands und Frankreichs an Deutschland markieren nicht den Beginn des Zweiten Weltkrieges. Trotz mehrfacher Friedensangebote des Deutschen Reiches nach Ende des Polenkrieges und Beendigung des siegreichen Westfeldzuges, die von England zurückgewiesen oder unbeantwortet blieben, setzte Winston Churchill, insgeheim gestützt und ermuntert von US-Präsident Roosevelt, seine Kriegspolitik fort. Sie weiteten den Krieg in Europa zum Weltkrieg aus.

Der bedeutende Militärhistoriker, der Brite Lidell Hart, »Clausewitz des 20. Jahrhunderts« genannt, schrieb über die Verantwortung Englands:

»Die politische Kehrtwendung Englands im März 1939 machte den Krieg unvermeidbar. Sie schuf eine Situation, die mit einem überhitzten Kessel verglichen werden kann, in dem der Druck bis zum Gefahrenpunkt gestiegen war, und dessen Sicherheitsventil dann plötzlich geschlossen wurde. Die Schuld liegt bei denen, die es gestatteten, den Kessel zu heizen und auf diese Weise die Explosion herbeiführten.«

Die Deutschen waren 1939 nicht kriegsbereit

Weiter heißt es in seinem Standardwerk »Geschichte des Zweiten Weltkrieges«: »Ein neuer großer Krieg war das letzte, was Hitler wollte . . . Die deutschen Archive, die nach dem Krieg beschlagnahmt und der Forschung zugänglich gemacht wurden, lassen . . . erhebliche Zweifel an Deutschlands Fähigkeit erkennen, einen großen Krieg zu führen.« – »Die deutsche Armee war im Jahr 1939 nicht bereit für den Krieg.« – »Wenn Hitler tatsächlich mit einem allgemeinen Krieg unter Beteiligung Großbritanniens gerechnet hätte, dann hätte er alle nur erdenklichen Anstrengungen unternommen, um eine Kriegsmarine aufzubauen, die derjenigen Großbritanniens gewachsen gewesen wäre. Doch er brachte seine Marine nicht einmal auf den Stand, der im deutsch-britischen Flottenabkommen von 1935 vorgesehen war. Er versicherte seinen Admiralen immer wieder, sie hätten nicht mit einem Krieg gegen Großbritannien zu rechnen.«

Aus der Vielzahl der Stimmen von Zeitzeugen, Historikern und Militärsachverständigen seien hier noch einige zum 1. September 1939 zitiert. Sie werden, 49 Jahre nach Beginn des deutschen Einmarsches in Polen zur Verhinderung des weiteren Völkermordes an Volksdeutschen, von den einseitigen Anklägern und der antideutschen Medien-Mafia totgeschwiegen. Auch in den Universitäten hört man sie nicht im »Fachbereich« Geschichte. In den Geschichtsbüchern der Schulen sind sie ebenfalls nicht zu finden.

Peter E. J. Reichenberger, sudetendeutscher Hitler-Gegner und Emigrant, nach Kriegsende unermüdlicher Kämpfer gegen Geschichtslügen und Unrecht am deutschen Volk, schreibt in seinem Buch »Wider Willkür und Machtrausch«, Göttingen 1955: »Für das Entstehen eines zweiten Weltkrieges hat man in England nur eine Ursache: Hitler, Hitler, Hitler! So einfach liegen die Dinge nicht. Die Wiege des Krieges stand nicht in einem Münchener Bierkeller, sondern in Versailles und Saint Germain.«

Ein ungeheuerlicher Raubfrieden

Über das berüchtigte Friedensdiktat von Versailles schrieb zutreffend Wladimir Iljitsch Uljanow-Lenin, Begründer des Sowjetregimes, im Buch »Über Krieg, Armee und Militärwissenschaft«: »Was also ist der Versailler Vertrag? Ein ungeheuerlicher Raubfrieden, der Millionen und aber Millionen Menschen, darunter die zivilisiertesten, zu Sklaven macht. Das ist kein Frieden, das sind vielmehr Bedingungen, die einem wehrlosen Opfer von Räubern mit dem Messer in der Hand diktiert worden sind.«

Und in einer Reihe über den polnisch-russischen Krieg 1920 – Polen war der Aggressor – erklärte Lenin: »Ihr wißt, daß die alliierten Imperialisten – Frankreich, England, Amerika, Japan – nach der Vernichtung Deutschlands den Versailler Vertrag geschlossen haben, der jedenfalls viel brutaler ist als der berüchtigte Vertrag von Brest, der so viel Geschrei auslöste.«

Francesco Nitti, damaliger italienischer Ministerpräsident, schreibt in seinem Buch »Europa am Abgrund«: »Die Friedensverträge, im Hasse geboren, sind fast ausschließlich nach Frankreichs Willen ausgestattet worden, und dieser Wille war nur eines: Deutschland demütigen, es erwürgen und zerstükkeln.«

Der französische General Castelnau erklärte 1924: »Erst haben wir Deutschland militärisch entmannt, dann politisch, jetzt werden wir es wirtschaftlich entmannen.«

Romain Rolland, französischer Schriftsteller (1866 bis 1944), Nobelpreis 1915, schrieb am 22. April 1931 in der New Yorker »Nation«: »Deutschland ist ausgepowert, ein Land, dessen gewaltige Energien verkrüppelt sind, Deutschland ist ausgehungert und wird nicht imstande sein, diesen Druck länger als ein oder zwei Jahre zu tragen ohne soziale und nationale Erschütterungen, die eines Tages die westliche Welt erzittern machen werden.«

Frankreichs Marschall Ferdinand Foch (1851 bis 1929), französischer Generalstabschef, ab März 1918 Oberbefehlshaber der alliierten Truppen in Frankreich, stellte im Juni 1919 zum Versailler Vertrag fest: »Dies ist kein Friede. Das ist ein Waffenstillstandsvertrag für zwanzig Jahre.«

Der ehemalige Reichskanzler Heinrich Brüning 1947 in einem Privatbrief: »Der polnische Mobilisationsplan (1931) war so aufgestellt, daß die bestimmte Absicht, ganz Schlesien bei gebotener Gelegenheit durch einen Handstreich zu nehmen, außer Frage stand.«

Krieg in Europa ist beschlossene Sache

Im Jahr 1934 betonte Lord Vansittard, leitender Beamter des britischen Außenministeriums, ein Deutschenhasser: »Wir können es uns schwerlich leisten, Hitler-Deutschland aufblühen zu lassen. Der Gewerkschaftsbund ist ebenfalls dieser Meinung, wenn auch aus anderen Motiven – vergleiche den kürzlich angekündigten Boykott deutscher Waren.«

Winston Churchill im Jahr 1938 zum Reichskanzler außer Diensten Brüning: »Was wir wollen, ist die restlose Vernichtung der deutschen Wirtschaft!«



Einmütig demonstrieren die deutschen Parteien gegen die Abtrennung Oberschlesiens.



Winston Churchill: »Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel die Vernichtung Deutschlands.«

Im April 1939 äußerte der US-Botschafter in Paris, Bullit: »Der Krieg in Europa ist beschlossene Sache.«

Am 3. September 1939, dem Tag der britisch-französischen Kriegserklärung an Deutschland, gab der spätere Aachener »Karlspreisträger« und nach Meinung von Helmut Kohl »große Europäer«, Winston Churchill, Premier von »Churchill-England«, im britischen Rundfunk das Kriegsziel bekannt: »Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel die Vernichtung Deutschlands!«

Am 20. Februar 1944 teilte der »große Europäer« seinem weltrevolutionären, bolschewistischen Bundesgenossen Stalin mit: »Ich betrachte diesen Krieg . . . samt und sonders als einen dreißigjährigen Krieg von 1914 an.«

Oxford-Professor A. J. P. Taylor, britisch-jüdischer Historiker, nach eigenem Bekenntnis kein Freund der Deutschen, schrieb: »Der Stand der deutschen Rüstung 1939 liefert den entscheidenden Beweis dafür, daß Hitler nicht an einen allgemeinen Krieg dachte und wahrscheinlich überhaupt keinen Krieg wollte . . . Unter Hitlers Regie wurde Deutschland dafür gerüstet, den Nervenkrieg zu gewinnen – den einzigen Krieg, den er verstand und schätzte; es war nicht gerüstet, Europa zu erobern . . . Einen größeren Krieg plante er nicht, deshalb war es gleichgültig, daß Deutschland für ihn nicht gerüstet war.«

In der September-Ausgabe 1939 bekannte die englische Zeitschrift »The Nineteenth Century«, London: »Auch wenn Deutschland das Modell einer Demokratie gewesen wäre und England von einem politischen System, das etwa dem System Hitlers geglichen hätte, beherrscht worden wäre, würde England trotzdem unter Zwang gestanden haben, das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten . . . Ein despotisches Deutschland, das nicht stark ist, ist besser als ein liberales Deutschland, das zu stark ist.«

Lord Halifax, Englands Außenminister, ließ am 3. September 1939, zwei Tage nach Beginn des Polen-Feldzuges, nach der britisch-französischen Kriegserklärung an Deutschland, die »Kriegsziel-Katze« aus dem Sack: »Jetzt haben wir Hitler zum Krieg gezwungen, so daß er nicht mehr auf friedlichem Wege ein Stück des Versailler Vertrages nach dem anderen aufheben kann.«

»Dieser Krieg ist eine jämmerliche Sache«

Bernhard Shaw, der große irische Dramatiker, Dichter und Nobelpreisträger, am 18. Oktober 1939 in der englischen Zeitschrift »Picture Post«: »Das Programm Hitlers ist, den Vertrag

Deutschland

Verheimlichte Stimmen zur Kriegsschuld

von Versailles zu zerreißen, der auch den polnischen Korridor und das Danzig-Problem schuf. Es gibt keinen Beweis dafür, daß das Programm die Eroberung des restlichen Europas einschließt . . . Wir konnten nichts tun, um den Polen zu helfen, aber unsere Imperialisten ergriffen diese Gelegenheit als Entschuldigung, um den Waffenstillstand des Jahres 1918 zu beenden und um den Krieg zur Vernichtung Deutschlands unter Wiederholung von Versailles wieder aufzunehmen. Die Fortsetzung des Krieges wird für uns keine vernünftige Angelegenheit sein. Ich glaube, dieser Krieg ist eine ziemlich jämmerliche Angelegenheit unserer stupiden Imperialisten. Es ist klar, daß, wenn unser Weltreich auf solchen Dingen beruht, es keine zehn Minuten mehr leben wird.«

Shaw sah voraus, daß Churchills Kriegspolitik zur Liquidierung des britischen Empire führen würde.

Neville Chamberlain, 1937 bis 1940 britischer Premierminister, der am 3. September 1939 Deutschland den Krieg erklärte, schrieb in einem Brief am 23. September 1939, also kurz nach dem Ende des Polenkrieges: »Wenn ich in Hitlers Schuhen stünde, so würde ich die gegenwärtige drohende Ruhepause für mehrere Monate weitergehen lassen und dann ein sehr vernünftiges Angebot machen . . . ich bin sicher, wir haben es abzulehnen.«

Hitlers vernünftiges, maßvolles Friedensangebot in seiner Reichstagsrede wurde offiziell nicht beantwortet. In »feiner englischer Art«, mit Zustimmung seiner regierungsamtlichen Vorgesetzten, tönte Sefton Delmer, der antideutsche Hetzpropagandist, über den englischen Rundfunk: »Herr Führer und Reichskanzler, wir werfen Ihnen diese unglaubliche Zumutung zurück, mitten in Ihre übelriechende Fresse.«

Karl von Wiegand, amerikanischer Auslandskorrespondent in der Reichshauptstadt Berlin, wurde am 10. Juli 1940 – einige Wochen nach Beendigung des Westfeldzuges – von Adolf Hitler, dem deutschen Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht, gebeten, als Friedensgesandter nach London zu gehen. Wiegand notierte darüber: »Ich weigerte mich und gab ihm meine Gründe, daß die Briten nicht mit ihm sprechen würden, und erzählte ihm, daß die Briten entschlossen seien, Deutschland völlig zu zerstören und zwar militärisch, politisch und wirtschaftlich, und daß sie mit nichts weniger zufrieden sein würden.«

Dr. jur. Alfred Dregger, CDU-CSU-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, 1939 bis 1945 Soldat, zuletzt Hauptmann und Bataillonskommandeur, viermal verwundet, Ritterkreuzträger: »Das Ziel der Alliierten war die Zerstörung des Deutschen Reiches, die Teilung Deutschlands und die Vertreibung der Ostdeutschen. Dagegen zu kämpfen, war ehrenhaft.«

Nach Ansicht des Tübinger Politologen Professor Dr. Theodor Eschenburg zerstört derjenige, der die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg bezweifelt, die Grundlage der Nachkriegspolitik. Dieser Behauptung eines prominenten »Bewältigers der Vergangenheit« steht das Urteil des amerikanischen Historikers H.E. Barnes gegenüber, der nach 1945 schrieb:

»Das deutsche Kriegsschuldbewußtsein stellt einen Fall von geradezu unbegreiflicher Selbstbezichtigungssucht ohnegleichen in der Geschichte der Menschheit dar. Ich kenne jedenfalls kein anderes Beispiel in der Geschicht dafür, daß ein Volk diese nahezu wahnsinnige Sucht zeigt, die dunklen Schatten der Schuld auf sich zu nehmen an einem politischen Verbrechen, das es nicht beging, es sei denn jenes Verbrechen, sich selbst die Schuld am Zweiten Weltkrieg aufzubürden.«

Helmut Kohl in einem Interview mit der Tageszeitung »Die Welt« am 1. Oktober 1986: »Wir wissen, daß wir als Folge des von Hitler angezettelten Krieges ein Drittel unseres Reichsgebietes im Osten verloren haben.« □

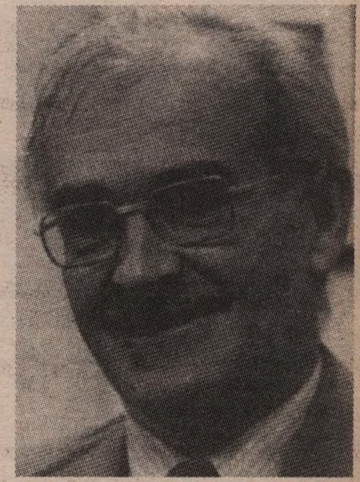
Revisionismus

Versuch, die Geschichte zu zensieren

Michael Collins Piper und Tom Valentine

Das amerikanische Außenministerium ist gescheitert bei dem Versuch, die achte Internationale Revisionisten-Konferenz in Irvine, Kalifornien, zu sabotieren.

Das US-Außenministerium verweigerte drei vorgesehenen Rednern der Konferenz die Einreise in die Vereinigten Staaten, und zwar genau aus dem Grund, weil sie an der Konferenz teilnehmen wollten, die vom Institut für historische Forschung (IHR) gefördert worden ist. Das IHR ist die wissenschaftliche Institution in Kalifornien, die das internationale Establishment verärgert hat, indem es »offizielle Wahrheiten« über die Weltgeschichte in Frage stellt.



Professor Robert Faurisson hat mit seinen wissenschaftlichen Studien über die Hintergründe des Zweiten Weltkrieges eine breite Kontroverse ausgelöst.

Unterdrückung der Meinungsfreiheit

Bei den vom US-Außenministerium blockierten Rednern handelte es sich um Dr. Walter Beveraggi-Allende, den argentinischen Wirtschaftswissenschaftler, der die Harvard-Universität besucht hat; Ernst Zundel, den deutschstämmigen, politischen Dissidenten aus Kanada, dessen Schriften über die Geschichte des Zweiten Weltkrieges eine internationale Sensation herbeigeführt haben, und Ivor Benson, den hoch angesehenen politischen Experten, früher politischer Berater in Südafrika und Rhodesien, der jetzt in England lebt.

Jeder der drei hat bei zahlreichen früheren Gelegenheiten die Erlaubnis zur Einreise in die Vereinigten Staaten bekommen. Dr. Allende hat sogar eine Tochter, die als amerikanische Staatsbürgerin in den USA lebt. Doch da das Establishment so entschieden und entschlossen darauf aus ist, alles in seiner Macht stehende zu tun, um die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, verweigerte das US-Außenministerium – eine bekannte Bastion für nichtamerikanische Ideale – den dreien die Einreise.

Dieser Akt von seiten des amerikanischen Außenministeriums war natürlich eine Enttäuschung für jene, die an der Konferenz teilgenommen haben. Der Konsensus unter jenen, die da waren, ging jedoch dahin, daß der Ausschluß der drei berühmten Redner durch das Außenministerium ein sicheres Zeichen dafür ist, daß sich der Revisionismus weltweit mit aller Kraft spürbar macht.

Glücklicherweise ist es zwei anderen Rednern, beide Franzosen, gelungen, durch den eisernen Vorhang des US-Außenministeriums hindurchzuschlüpfen. Es handelt sich dabei um Dr. Henri Roques und Dr. Robert Faurisson.

Roques promovierte über das Thema der berühmten sogenannten Gerstein-Geständnisse, die die Grundlage liefern für viele Behauptungen, daß Millionen Juden von dem deutschen Dritten Reich in Gaskammern umgebracht worden sind.

Bestätigung der Existenz von KZs

Das IHR bestätigt die historische Existenz von Sklavenarbeitslagern und Konzentrationslagern auf europäischem Boden. Doch unter Bezugnahme auf gründliche Forschungsarbeiten seitens Historikern wie Roques und Faurisson stellt das IHR die Existenz von Gaskammern in Frage und behauptet, die Zahl von Opfern, die von den Deutschen und anderen getötet worden sein sollen, sei weit überhöht. Technische Logistik, so das IHR, macht die gegenwärtig akzeptierten Behauptungen unmöglich.

In der Doktorarbeit von Roques heißt es neben vielen anderen Ungereimtheiten in den Gerstein-Geständnissen, daß insgesamt 28 Millionen Menschen getötet worden sein müssen, wenn Gersteins Behauptung, daß »69 000 Menschen täglich« getötet worden sind, wahr wäre. Gerstein hat darüber hinaus behauptet, er habe einen Stapel Schuhe von Opfern gesehen, der »40 Meter« hoch gewesen sein soll. Das wäre die Höhe eines zehnstöckigen Gebäudes.

Die Logistik der von Gerstein behaupteten Gaskammertötungen verlangt unmögliche Kombinationen von Kammergröße, Menschenbewegungen, Leichenbeseitigungen und Brennstoffenergiebedarf, sagt Roques.

»Wir dürfen nicht fragen, wie, technisch gesehen, ein solcher Massenmord stattgefunden hat«, sagte Roques. »Wir dürfen nur bestätigen, daß er stattgefunden hat.«

Roques war der Doktortitel zunächst von der Universität Nantes zugesprochen worden, doch spezielle Interessen, die sich von Roques Untersuchung der Geständnisse angegriffen fühlten, wurden laut und übten so viel Druck aus, daß die Universität ihm den Doktortitel wieder absprach.

Keinerlei Tatsachen wurden jedoch vorgebracht, die darauf hinwiesen, daß Roques Forschungsbemühungen nicht stimmten. Doch die Universität kapitulierte vor dem Druck und verließ das Prinzip der Meinungsfreiheit.

Professor Robert Faurisson hat wie Roques in Frankreich mit seinen eigenen wissenschaftlichen Studien über die Hintergründe des Zweiten Weltkrieges einen Feuersturm der Kontroverse erzeugt. Faurissons Nachforschungen machten ihn zu einem »Verbrecher« in Frankreich, wo er unter anderem beschuldigt wurde, die Geschichte verleumdet zu haben.



Ernst Zundel, der deutschstämmige politische Dissident aus Kanada, dessen Schriften eine Sensation sind, durfte zu der Tagung nicht in die USA einreisen.

Faurisson kam ins Gefängnis und wurde von Rohlingen geschlagen, doch er gibt nicht auf und seine Ausdauer hat sich immerhin insoweit ausgezahlt, als die Establishment-Presse in Frankreich zugegeben hat, daß das Jahr 1986 ein »erfolgreiches Jahr« für die revisionistischen Historiker gewesen ist, Faurisson zufolge war das Jahr 1987 noch erfolgreicher.

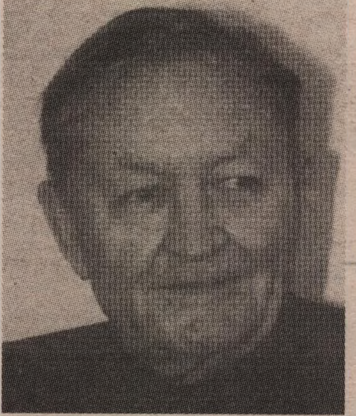
Otto Ernst Remer als Überraschungsgast

Der französische Wissenschaftler war ein Schlüsselzeuge im kanadischen Schauprozeß des oben erwähnten Ernst Zundel, der schuldig befunden wurde, »Falschmeldungen zu veröffentlichen«.

Zundel hat vor kurzem seine Berufung gewonnem und ein zweiter Prozeß ist für 1988 angesetzt. Zundel ist sich seines Sieges auch in diesem Prozeß sicher, ebenso wie Faurisson, dessen eigener Prozeß wegen ähnlicher Anklagen ebenfalls weit verbreitete Publizität bekam.

In der Konferenz wurden Zundel und der deutsch-amerikanische Forscher und Historiker Conrad Grieb – der aus persönlichen Gründen nicht an der Konferenz teilnehmen konnte – mit der jährlichen Auszeichnung des IHR für »Redefreiheit« für ihre Arbeit geehrt, mit der historische Wahrheiten trotz der Opposition aus dem Establishment ans Licht gebracht wurden.

Zur Freude aller Anwesenden gelang es einem weiteren Europäer, den Gegnern der Redefreiheit zu entkommen. Es handelte sich dabei um den ungeduldig erwarteten »geheimnisvollen Überraschungsgast«: den Generalmajor im Ruhestand Otto Ernst Remer, ein hochdekorierter deutscher Militärexperte.



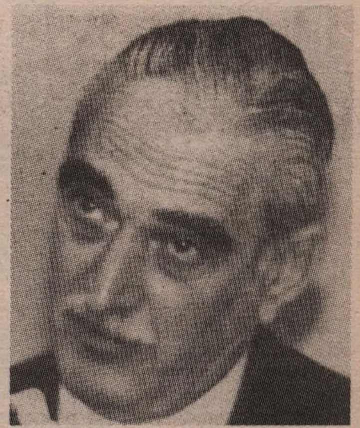
Ivor Benson, ein hoch angesehener politischer Experte, früher politischer Berater in Südafrika und Rhodesien, lebt heute in England und schreibt für CODE.

Remer gab einen Bericht aus erster Hand über die Rolle, die er in einem der dramatischsten Momente in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges gespielt hat: den Ereignissen nach dem gescheiterten Versuch durch deutsche Militäroffiziere, Adolf Hitler am 20. Juli 1944 zu töten.

Die Verschwörer ließen neben Hitler eine Bombe explodieren, wobei vier andere, doch nicht der deutsche Führer, getötet wurden. Kurz nach dem Zwischenfall sprach Remer, der sich zu der Zeit im Büro des deutschen Propagandaministers Josef Goebbels befand, mit Hitler am Telefon und bekam von ihm die Aufgabe, die Verantwortlichen für die Verschwörung aufzutreiben.

»Der Führer selbst«, so Remer, »sagte, der Bombenanschlag sei feige gewesen. Oberst Graf Stauffenberg – der Anführer der Verschwörung – hätte seine Seitenwaffe ziehen und Hitler erschießen und sich dann selbst wegen Verletzung seines Treueeids erschießen sollen.«

Remer glaubt, daß im Gegensatz zur öffentlichen Meinung die Möche-gern-Mörder keine »Helden« waren, sondern Unfähige, die in der anti-deutschen Propaganda glorifiziert worden sind.



Dr. Walter Beveraggi-Allende, ein argentinischer Wirtschaftswissenschaftler und Absolvent der Harvard-Universität, bekam ebenfalls keine Einreisegenehmigung.

Wäre die Verschwörung, so Remer, gut geplant und durchgeführt worden, was natürlich nicht der Fall war, so wäre das Endergebnis ein deutscher Bürgerkrieg gewesen und ein weitaus umfassenderer Einmarsch der Sowjetunion in Westeuropa.

Die Stimme der Gerechtigkeit

Bei der IHR-Zusammenkunft wurde eines Opfers eines Bombenanschlages – das allerdings nicht überlebte – besonders gedacht: es handelte sich um den französischen Revisionisten François Duprat, der am 18. März 1978 durch eine Autobombe ums Leben kam. Eine zionistische Gruppe mit dem Namen »Memorial Commando« hat die Verantwortung für den Anschlag übernommen.

Die Konferenz selbst war dem Gedenken des verstorbenen Dr. Austin J. App gewidmet, einem in Amerika geborenen Histori-

Revisionismus

Versuch, die Geschichte zu zensieren

ker deutscher Abstammung, der ein selbstloser Pionier der revisionistischen Bewegung der Neuzeit war.

Der Forschungsleiter des IHR, Ted O'Keefe, gab einen kurzen Überblick über Apps bemerkenswerte Karriere. O'Keefe kündigte an, daß das IHR in Würdigung Apps – der vor kurzem starb – eine Anthologie von seinen gesammelten Schriften veröffentlicht hat. Dieses neue Buch wurde bei der Konferenz freigegeben.

App, der als »Stimme der Gerechtigkeit« gerühmt wird, wäre bei der Konferenz ganz besonders an der Rede von August Klapprott interessiert gewesen. Selbst Deutsch-Amerikaner, war Klapprott einer der 30 Amerikaner, die im Zweiten Weltkrieg aufgrund falscher Beschuldigungen wegen Aufruhr angeklagt worden waren, die sich die Regierung unter Franklin D. Roosevelt ausgedacht hatte.

Klapprott und die anderen Opfer des Schauprozesses des Establishments bekamen schließlich ihr Recht und die Akte wurde geschlossen. Ihr wirkliches »Verbrechen«? Kritik an der globalistischen und pro-kommunistischen Außenpolitik des amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Klapprotts Rede vor der Konferenz konzentrierte sich auf das Thema »Ein deutsch-amerikanischer fünfzigjähriger Kampf um Gerechtigkeit«.

In unterhaltsamer Weise hielt Bradley R. Smith, der Direktor des IHR-Radioprojekts, eine eindrucksvolle Rede, die sehr gut bei den Teilnehmern ankam. Sie stand unter der Überschrift »Die Geständnisse eines revisionistischen Historikers«, was auch der Name seines neuesten Buches über seine Abenteuer in der revisionistischen Bewegung ist.

Bradleys Buch mit dem Titel »Confessions of an Revisionist Historian« (»Geständnisse eines revisionistischen Historikers«) kann zum Preis von 6,95 US-



Otto Ernst Remer, Generalmajor der ehemaligen deutschen Wehrmacht, war der Überraschungsgast der Revisionisten-Tagung.

Dollar als Taschenbuch durch das Institute for Historical Review, 1822 1/2 Newport Blvd., Ste. 191, Costa Mesa, Kalifornien 92627, USA, bezogen werden.

Dr. Robert Countess, ein College-Professor und furchtloser Revisionist, der revisionistische Geschichte lehrt, diskutierte seine eigenen Erfahrungen »beim Lehren des Revisionismus«. Die Konferenzteilnehmer waren von seiner Rede sehr beeindruckt.

Die Geheimnisse um Richard Sorge

Zwei weitere Redner brachten bisher unbekannte oder ignorierte Fakten über Ereignisse und Leute im Zweiten Weltkrieg ans Tageslicht. Dr. Karl Otto Braun, ein ehemaliger deutscher Diplomat, enthüllte die Geheimnisse des berüchtigten Sorge - Smedley - Spionagerings, dem effektivsten Spionagenetzwerk in der Geschichte.

Es war Richard Sorge, den Braun in seiner Militärzeit in Japan persönlich gekannt hat, der Stalin mit kritischen militärischen und politischen Geheimdienst-Informationen beliefert hat und es den Sowjets ermöglichte, den Zweiten Weltkrieg zu gewinnen.

Sorge informierte Stalin über die Tatsache, daß die Japaner keinerlei Absichten hatten, die UdSSR anzugreifen. Folglich entschloß sich Stalin, Truppen von seiner Ostflanke abzuziehen und an die Ostfront in Europa zu entsenden, was den Rückstoß der deutschen Streitkräfte und letztlich den Sieg ermöglichte.

Dr. R. Clarence Lang, ein ehemaliger Geschichtsprofessor und lutheranischer Pfarrer, sprach über die seltsame Karriere des bekannten Pastors Niemöller: vom deutschen U-Boot-Kapitän zum überzeugten Nationalsozialisten, der die Kontrolle der Protestantischen Kirche in Deutschland im Sinne hatte, bis hin zu einem Befürworter des Kommunismus und Gewinner des Lenin-Friedens-Preises.

Über diese Aspekte von Niemöllers ungewöhnlichem Lebenslauf sind die Wissenschaftler des Establishments lange Zeit hinweggegangen, die den Autor heute für das lange und ermüdende Zitat loben, das beginnt mit den Worten: »Erst kamen sie wegen der Kommunisten und ich war kein Kommunist . . .«

Martin Niemöller ist jedenfalls von Clarence Lang gründlich entlarvt worden.

Dr. Alexander Berkis, ein Geschichtsprofessor emeritus, konzentrierte sich auf die Frage von »Lettlands fünfzigjähriger Qual unter sowjetischer Besatzung« und berührte damit osteuropäische Geschichte. Berkis selbst, ein gebürtiger Lette, diskutierte die Bemühungen des Amts für Sonderermittlungen (OSI) im amerikanischen Justizministerium, antikommunistische Patrioten aus Lettland aufzutreiben und sie in den sicheren Tod hinter den Eisernen Vorhang zu deportieren.

Die Verwicklung historischer Ereignisse mit Ereignissen aus der Neuzeit wurde von Dr. Martin A. Larson in einer aufschlußreichen Rede enthüllt. Er berichtete über den neuesten Stand der Schriftrollen vom Toten Meer, die er als den »wichtigsten archäologischen Fund, der je gemacht wurde«, bezeichnete. Die Schriftrollen befinden sich in der Obhut des Staates Israel, der ihren Inhalt vor der Welt verbergen möchte.

Gegen historische Täuschung und Lügen

Sie sind das Werk einer Sekte mit dem Namen Essener und von ungeheuerem Interesse für jeden Christen, denn in ihnen sind unschätzbare Hinweise auf historische Tatsachen enthalten, die sich auf die Anfänge des Christentums beziehen. Obwohl die Regierung von Israel sich weiterhin weigert, die Schriftrollen freizugeben, hat sich keine Autorität des Christentums öffentlich gegen diese Haltung erhoben. Das IHR ist die einzige Institution, die dieses Verhalten in Frage gestellt hat.

Die Direktoren des IHR nutzten das Forum der 8. Revisionistischen Jahreskonferenz auch dazu, die Veröffentlichung des ersten Bandes einer 14-bändigen Serie des berühmten belgischen Nationalisten aus dem Zweiten Weltkrieg, Leon Degrelle, anzukündigen.

Der erste Band »Hitler in Versailles geboren« konzentriert sich auf die Genese der nationalsozialistischen Bewegung und die politische Situation in Europa vor dem Ersten Weltkrieg, die Hitler schließlich in Deutschland an die Macht brachte.

Degrelles Buch symbolisiert auf seine eigene Art die Wiedergeburt des IHR selbst, denn die ursprüngliche Veröffentlichung von »Hitler in Versailles geboren« ist erheblich verzögert worden infolge des tragischen Holocausts, der das Hauptquartier des IHR am 4. Juli 1984 völlig zerstört hat. Doch das IHR ist wieder voll da, wie diese Konferenz und vorangegangene mit Sicherheit gezeigt haben. Die für den Brandanschlag auf das IHR Verantwortlichen sind nie vor Gericht gestellt worden, doch Beweise deuten darauf hin, daß der Angriff auf das Hauptquartier vom israelischen Mossad ausging.

Der Historiker Mark Weber, der das Präsidium der Konferenz übernommen hatte, erklärte, warum es dem IHR trotz der Bemühungen des amerikanischen Außenministeriums, die Veranstaltung zu sabotieren, gelungen ist, so viele verschiedene Referenten aus der ganzen Welt zusammenzubringen:

»Was wir alle gemeinsam haben, ist eine unerschütterliche Hingabe für die Sache der historischen Wahrheit. Wir sind vereint in unserer Verabscheuung historischer Lügen und Täuschung, sowie wir Abscheu vor jenen haben, die versuchen, der Welt ihre eigenen verlogenen, propagandistischen und eigenen Zwekken dienenden Ansichten über die Geschichte aufzudrängen.« □

Berlin

Antinationale Heuchelei

Hans W. Schimmelpfeng

Sobald man meint, der letzte politische Skandal in der Bundesrepublik Deutschland sei nicht mehr zu übertreffen, folgt schon ein neuer Höhepunkt. So wurde vom Vorstand des Bundes der Vertriebenen in Westberlin zum »Tag der Heimat« ausgerechnet der SPD-Vorsitzende Walter Momper als Festredner eingeladen. Er hielt eine Rede für die endgültige deutsche Spaltung.



Bonns Politiker haben sich damit abgefunden, daß die deutsche Frage nicht mehr auf der Tagesordnung der Weltpolitik steht.

Nachfolgend ein zusammenhängender wörtlicher Auszug: »Die Neuvereinigung der beiden deutschen Staaten wäre in jedem Falle die größte denkbare Gleichgewichtsverschiebung.

Niemand draußen will sie riskieren. Die Wiedervereinigung – das würde auch die westdeutsche Verankerung in der Atlantischen und Europäischen Gemeinschaft lösen. Wollen wir das? Manche von uns haben sich eingebildet, daß die europäische Friedensordnung auch die Wiedervereinigung bringt. Wenn die Grenzen in Europa an Bedeutung verlieren, dann stehe der deutschen Einheit nichts mehr im Wege.

Richtig aber ist, daß eine wirkliche europäische Friedensordnung sich nur auf der Grundlage der Teilung entwickelt. Richtig ist, daß die Einheit geradezu überflüssig wird, wenn die Grenzen ihre Bedeutung verlieren. Es ist nicht notwendig, daß alle Deutschen unter dem Dach eines Staates leben. Notwendig ist aber, daß Deutsche und Europäer, in welchem Staat, in welcher Gesellschaftsordnung sie auch leben, frei zueinanderkommen können.

Dummheit oder Unbedarftheit

Voraussetzung dafür ist die Preisgabe unseres Einheitsanspruches gegen Verwirklichung des Freiheitsanspruches der in der DDR Lebenden und die dauerhafte Sicherung der Freiheit Westberlins. Auch wenn die Präambel des Grundgesetzes dagegenstehen mag. Fassen wir Mut zu einer solchen Deutschlandpolitik.

Der Verzicht auf das Ziel der staatlichen Einheit kann den Blick auf das ganze Deutschland schärfen. Beide deutsche Staaten können näher aneinander rücken. Für unsere Freunde im Westen muß klar sein, daß bei uns die Westbindung eindeutig vor dem Nationalehrgeiz steht. Das befreit uns vom Ruch des unsicheren Kantonisten und dient den Menschen in Deutschland.«

Zuvor beruft sich der Berliner SPD-Vorsitzende auf den Vortrag des amerikanischen Historikers Fritz Stern am 17. Juni 1987 im Bundestag, wobei Sterns Satz lobend zitiert wird: »Ich komme aus einem Deutschland, das nicht mehr existiert und nie wieder existieren wird.«

Ostdeutschland gehört zu Deutschland

Natürlich erwähnt auch Momper mit keinem einzigen Wort, daß zu Deutschland nach wie vor Ostdeutschland gehört. man weiß nicht, was schwerer zu bewerten ist: Seine Dummheit, seine antinationale Gesinnung, seine Heuchelei – oder gar die Unbedarftheit des Berliner Vorstandes des Bundes der Vertriebenen, einen solchen Redner zum »Tag der Heimat« einzuladen. □

Banker-Journal

Schlechte Nachrichten über Mexikos Wirtschafts-Entwicklung

Trotz dem Gemurmel von Präsident Miguel de la Madrid à la Reagan über einen »Wiederaufschwung«, zeigen neue Zahlen fast täglich, daß Mexikos vom Internationen Währungsfonds (IWF) kontrollierte Wirtschaft abbröckelt.

Der Schuhherstellerverband von Mexiko berichtet, daß die Schuhverkäufe im Jahr 1987 gegenüber 1986 um 35 Prozent gesunken sind und die Preise im Jahr 1987 um 155 Prozent gestiegen sind, weil der Rohstoffpreis sich um 244 Prozent erhöht hat.

Ford Mexiko entläßt 3200 Arbeiter aus seinen beiden Werken; sie waren monatelang im Streik und verlangen eine 23prozentige Lohnerhöhung.

Der Leiter von Mexikos Arbeiterbank sagte, die Kaufkraft des Durchschnitt-Mexikaners betrage nur noch 50 Prozent von der vor fünf Jahren.

Der wirtschaftliche Experte der Agrar- und Nahrungsmittelorganisation Jacobo Schattan sagt, die Wirtschaftskrise habe zu erheblich schlechterer Ernährung bei dem Durchschnitts-Mexikaner geführt. Über 70 Prozent der Familien, die maximal das Doppelte des Mindestlohns verdienen, haben ihren Verbrauch an Öl, Reis, Bohnen, Eiern, Obst, Gemüse und Milch sowie an teureren Lebensmitteln wie Fleisch reduziert. Bei den Familien, die zwischen dem Fünf- und Achtfachen des Mindestlohns verdienen, ist der Fleischverbrauch um 32 Prozent, der Fischkonsum um 65 Prozent und der Getränkekonsum aus Flaschen um 55 Prozent gesunken. □

Die Schuldenbombe tickt jetzt in Argentinien

Jetzt ist Argentinien an der Reihe, das nicht mehr zahlen kann. Das kriecherische Verhalten von Argentiniens Präsident Raul Alfonsin vor dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der dem Land strenge Sparmaßnahmen auferlegt hat, damit es seine Auslandsschulden bezahlen kann, hat die Wirtschaft Argentiniens zerstört und noch dazu zu einem Anstieg der Außenschuld des Landes geführt.

Argentinien schuldet 71 Prozent seiner Exporterlöse aus dem Jahr 1987 allein an Zinsen, wofür kein Geld da ist. Mit Exporten, für die maximal 6,2 Milliarden erwartet werden, und Importen in Höhe von 5,3 Milliarden Dollar, bleiben nur 900 Millionen Dollar, um die Schulden zu bedienen. Die Zinsen für die Schulden des Landes in Höhe von 53 Milliarden Dollar betragen jedoch 4,4 Milliarden.

Während Argentinien von Handelsbanken und dem IWF vier Milliarden Dollar an Anleiheverpflichtungen bekommen hat, wird viel von diesem »neuen Geld« im Jahr 1987 nicht verfügbar sein, was in diesem Jahr zu einer Lücke von mindestens einer Milliarde Dollar führte.

Die Gesamtheit des »neuen Geldes« von Argentinien ist nichts anderes als die Zahlungen seiner Zinsen an sich selbst durch die Banken und den IWF, was Argentiniens Gesamtschuld um vier Milliarden erhöhen wird. □

Verluste überflügeln die Gewinne

Von dem amerikanischen Finanzberater Bert Ely, Präsident von Ely und Company, wurde eine Analyse veröffentlicht, laut der im ersten Quartal 1987 die Gewinne der rund 1800 »gesunden« Spareinlagen und Kredite in den Vereinigten Staaten nur 71 Prozent der berichteten Verluste der 551 »thrifts« betrugen, die seiner Meinung nach bald scheitern werden.

Ely meinte auch, die in Schwierigkeiten befindlichen »thrifts« würden jährlich etwa acht Milliarden Dollar verlieren und der Gesetzentwurf des US-Kongresses in Höhe von 10,8 Milliarden Dollar zur Neufinanzierung der Federal Savings and Loan Insurance Corporation (FSLIC) wird höchstens 5,5 Milliarden Dollar jährlich hervorbringen.

Daraus folgert Ely: »Die FSLIC wird mit mindestens 2,5 Milliarden Dollar jährlich weiter ein Loch reißen. Unterdessen werden die 10,8 Milliarden Dollar an Schuldverschreibungen, die in den nächsten drei Jahren – nach dem Plan aus dem amerikanischen Kongreß – verkauft werden sollen, einen beträchtlichen Anteil der Prämieneinnahmen der FSLIC für die nächsten 30 Jahre belasten.«

In dem Wissen, daß sie sonst bankrottmachen wird, hat sich die FSLIC in ein unübersehbares Wirrwarr eingelassen, um Unternehmenskäufer zu finden oder Fusionen für die wachsende Zahl an Sparkassen-Instituten, die dabei sind einzugehen, zu arrangieren. Zu den kränkelnden Institutionen gehört Amerikas größte S&L (Spar- und Kreditbank) und die Financial Corporation of America (FCA).

Es wird erwartet, daß die Ford Motor Company bald ihr erstes definitives Gebot für die stark unterkapitalisierte FCA unterbreiten wird, so Roger Martin, ein Mitglied des Federal Home Loan Bank Board (FHLBB). Wenn die Financial Corporation eingeht, könnte damit das ganze System zusammenbrechen.

Die FCA hat den FHLBB gebeten, sich in vier Teile aufteilen zu dürfen und nicht übernommen zu werden.

Nach dem Ford-Plan müßte die FSLIC innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren 3,5 bis 4 Milliarden Dollar aufwenden, während die FCA schätzt, daß ihr Aufteilungsplan lediglich eine Spritze von 1,2 bis 2 Milliarden Dollar im gleichen Zeitraum erfordern würde. □

Der Baker-Plan ist ein Betrug

Robin Broad, ein ehemaliger Beamter im amerikanischen Finanzministerium, der jetzt bei der Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden arbeitet, behauptete, der viel gerühmte Baker-Plan zur Erleichterung des Drucks der Schulden in der dritten Welt sei nie dazu beabsichtigt gewesen, das Problem zu lösen, sondern war »einfach ein Versuch, dem neu gewählten peruanischen Präsidenten Alan Garcia den Wind aus den Segeln zu nehmen, der die Unverschämtheit besessen hat, einseitig seine eigene Formel zur Kürzung von Perus unhaltbarem Schuldendienst anzuwenden ohne die USA um Rat zu fragen«.

Broad zufolge ist der Plan »bei einem Frühstückstreffen zusammengebastelt worden« und zwar zwischen dem amerikanischen Finanzminister Baker und dem Vorsitzenden des Federal Reserve Systems, Paul Volcker. □

IWF plant höheres Defizit für die USA

Der Internationale Währungsfonds (IWF) plant in seinem neuesten Jahresbericht für das Jahr 1988 im US-Haushalt ein um 50 Milliarden Dollar höheres Defizit als das Weiße Haus erwartet.

Einem Bericht der »New Yorker Times« zufolge sieht der IWF für kurzfristige Zinssätze im Jahr 1988 7 bis 7,5 Prozent im Vergleich zu 5 bis 5,5 Prozent, wie von der Regierung Reagan vorausgesehen.

In dem Bericht wird auch auf Zeichen des Rückgangs im privaten Konsumbereich in den Vereinigten Staaten hingewiesen. Trotz der schwächeren Konjunktur in Amerika sagt der IWF zuversichtlich voraus, daß das Wachstum in den Industrieländern im allgemeinen »in vernünftigem Rahmen aufrechterhalten« werden wird. □

Neues vom Guinness-Gate-Skandal

Köpfe rollen in der City von London. Die britische Regierung verhaftete den Milliardär Gerald Ronson, den Boß von Heron, Großbritanniens zweitgrößtem Privatunternehmen und

einen der reichsten Männern Englands, wegen Betrugs und schweren Diebstahls. Der ehemalige Guinness-Boß Ernest Saunders wurde in 37 zusätzlichen Anklagepunkten wegen Diebstahls und Betrugs angeklagt.

Fünf Tage zuvor war der Makler Sir Jack Lyons wegen Diebstahls und Veruntreuung verhaftet worden. Der Londoner Makler Tony Parnass war drei Tage vorher in Los Angeles verhaftet worden. Das sind die größten Verhaftungen von City-Insidern in der jüngsten Geschichte.

»Thatcher will jemanden im Gefängnis haben«, meinte ein Informant, der berichtet, daß die britische Premierministerin und der Schatzkanzler Nigel Lawson hinter den Verhaftungen stünden.

Die politischen Verbindungen der Verhafteten drängen sich auf durch die Tatsache, daß Tony Rowland, der mit dem Iran Geschäfte macht, eine Kaution von 400 000 Dollar für seinen Geschäftspartner Ernest Saunders gestellt hat. Rowland soll von Geschäften mit Saunders hübsch profitiert haben, als Saunders zusammen mit Ivan Boesky von der Wall Street, der des Insiderhandels überführt wurde, und Meshulam Riklis von Rapid American im Januar 1986 die Übernahme von Distillers auf illegale Weise fertigbrachte. □

Schweizer Banken warnen vor Schulden-bombe

Mehrere prominente Schweizer Bankiers warnen vor Selbstgefälligkeit angesichts der Schuldenkrise in der dritten Welt und dem Spekulationswahn auf den Weltfinanzmärkten.

Pierre Languetin, der Präsident der Schweizer Nationalbank, sagte dazu in einem Zeitungsinterview: »Die Schuldenkrise, die im Jahr 1982 begann, hat eine schwerwiegende Konsequenz: wir haben den tatsächlichen Problemen der Schwellenländer keine Aufmerksamkeit geschenkt und dies sind Wachstum und strukturelle Verbesserungen. Wir müssen uns dieses Problems bewußt werden. Neuer Kapitalzufluß muß den Investitionen dienen.«

Hans-Jörg Rudloff von Crédit Suisse sagte eine »Liquiditätskrise in wichtigen Bereichen des Euro-Dollar-Marktes« voraus und »hohe Verluste an den Börsen von New York, London, Tokio«, die in den kommenden 18 Monaten eintreten werden.

Robert Jeker vom Crédit Suisse meinte auf einer Pressekonferenz in Genf, daß die USA im Wahljahr 1988 versuchen würdern, die Bankkrise im Zaume zu halten, doch daß von 1989 an hohe Zinssätze und ein Absinken der Investitionen mit rezessiven Folgen für die Weltwirtschaft definitiv zu erwarten sein werden. »Von acht Rezessionen in den USA nach dem Krieg begannen sechs in dem Jahr nach Präsidentschaftswahlen«, sagte er.

Ein anderer Bankier von Crédit Suisse, Max Kopp, sagte auf der gleichen Pressekonferenz, daß »zunehmende Spannungen zwischen Schuldnern und Gläubigern« mit Sicherheit zu erwarten sind, da sich die wirtschaftliche Lage der Schuldnerländer in der dritten Welt immer weiter verschlechtert. Ein »Schuldner«-Kartell wäre unter solchen Umständen nicht auszuschließen, meinte Kopp. □

Jugoslawiens Schulden-bombe

In einer Rede vor dem Parlament schlug der jugoslawische Premierminister Branko Mikulic für 1988 die Beschränkung der Schuldenzahlungen auf 25 Prozent der Exporterlöse vor. Der Vorschlag war Teil eines Plans zur Schuldenkonsolidierung, die Jugoslawien seinen westlichen Gläubigern vorlegen will.

Die Idee entstammt dem Vorbild der berühmten »Zehn-Prozent-Lösung« des peruanischen Präsidenten Alan Garcia. Garcia zog sich den Zorn der internationalen Banken zu, als er vor zwei Jahren die Begrenzung der Schuldenzahlungen auf zehn Prozent der Exporterlöse einführte.

In den vergangenen zwölf Monaten hat Jugoslawien 46 Prozent seiner Exporterlöse für die Schuldenzahlungen aufgewendet, eine Situation, die Mikulic als untragbar beschrieben hat. Seit Juli 1987 hat Jugoslawien mit weiteren Schuldenzahlungen de facto aufgehört.

Mikulic kündigte auch an, Jugoslawien werde sich um weitere Kredite aus dem Westen bemühen und werde die Preiskontrollen verstärken, da die Inflation, die derzeit bei 123 Prozent im Jahr liegt, sonst völlig außer Kontrolle zu geraten droht. Als eine Voraussetzung für weitere Überbrückungskredite an Jugoslawien hat der Internationale Währungsfonds (IWF) die weitere Lockerung der Preiskontrolle verlangt. □

Schwedische Firma erledigt iranische Öl-Exporte

Einem Bericht in der sozialdemokratischen schwedischen Tageszeitung »Aftonbladet« zufolge, wickelt die schwedische Firma A. Johnson und Co. die Ölexporte für den Iran ab. Der Firma gehören die Tanker, die zwischen der Insel Kharg und der Insel Larak verkehren. Die Firmenleitung hat Antonia Johnson, ein Vorstandsmitglied der liberalen Partei »Folkpartiet«. □

Armand Hammers Handel mit Afghanistan

Armand Hammer, der Vorsitzende von Occidental Petroleum und Freund der bolschewistischen Revolution seit nunmehr 70 Jahren, berichtete in einem Interview in der »Jerusalem Post« über die Ergebnisse seiner jüngsten Reise nach Afghanistan.

Ein Handel, um die Sowjets aus Afghanistan herauszubekommen, sagte er, wäre am erfolgreichsten im Zusammenhang mit einem erfolgreichen amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen. Dies würde auch die Emigration von Juden aus der UdSSR und eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen der Sowjets mit Israel unterstützen.

»Alles wird auf den Gipfel folgen. Wir haben eine Gelegenheit mit Gorbatschow. Ich hoffe, Mr. Shamir wird eines Tages nach Moskau eingeladen und mit Mr. Gorbatschow zusammentreffen und dann denke ich, daß es zu einer Anerkennung kommen wird. Ich glaube auch, daß wir in eine neue Ära des guten Willens für Israel, die USA und den Frieden in Nahost eintreten, was alles das Ergebnis eines erfolgreichen Gipfeltreffens sein wird.«

Hammer berichtete weiter, daß er in Kabul mit dem afghanischen Führer Dr. Hajib Ahmadzai zusammengetroffen sei, der empfänglich war für Hammers vom Kreml akzeptierten Plan, daß der ehemalige König von Afghanistan in der Zukunft des Landes eine »aktive Rolle« spielen und der Schwiegersohn des Königs Premierminister werden soll.

Hammer zufolge brauchen die Sowjets Hilfe beim Verlassen Afghanistans. Es gäbe ein »Blutbad« gegen ihre Truppen, wenn sie gehen würden, ohne daß ein Rahmen für einen Frieden geschaffen wäre, »denn sie haben so viele Afghanen getötet, daß die Leute Rache üben werden. Es gäbe einen fürchterlichen Bürgerkrieg.« □

Frankreich und UdSSR unterzeichnen Joint-Venture

Einem Bericht in der französischen Tageszeitung »Quotidien de Paris« zufolge wurde für ein erstes französisch-sowjetisches Joint-Venture seit Anfang dieses Jahrhunderts eine Vereinbarung erzielt. Die Firma mit dem Namen Sofraplast wird in Moskau angesiedelt sein und Kunststoffe herstellen.

Das Kapital für das Joint-Venture wird zu 70 Prozent vom sowjetischen Staat, zu 15 Prozent von der französischen Firma Marchecom Engineering und zu 15 Prozent von der Compagnie Ollivier zur Verfügung gestellt werden. Das Geschäft wurde mit Hilfe des Crédit Lyonnais und der Banque de l'Union Europeenne ausgearbeitet. □

Rückkehr zu festen Wechsel-kursen

C. Gordon Tether

Das System der sogenannten festen, doch angleichbaren Währungsparitäten, das unter der Bretton-Woods-Vereinbarung Ende des Zweiten Weltkrieges eingeführt wurde, brach Anfang der siebziger Jahre zusammen. Das war eine direkte Folge der Washingtoner Entscheidung, die Verbindung des Dollar mit dem Gold – zu 35 Dollar pro Unze – zu trennen, womit der Anker im System zerstört wurde.

Es wurde sodann eine Regelung eingeführt, bei der die Wechselkurse mehr oder weniger in dem Maße schwanken konnten, wie es sich aus dem jeweiligen Angebot-Nachfrage-Verhältnis ergab.

Akute Verwirrung in der Dollar-Welt

Der erste größere Schritt in Richtung Rückkehr zur alten Ordnung wurde von der Europäischen Gemeinschaft Ende der siebziger Jahre mit der Schaffung des europäischen Währungssystems unternommen. Dies verlangte von den beteiligten Ländern – zu denen alle wichtigen Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft mit Ausnahme Großbritanniens gehörten – Grenzen dafür festzulegen, inwieweit ihre Wechselkurse mit anderen Währungen von den vorher festgelegten Umrechnungskursen abweichen dürften.

Obwohl die somit festgelegten Bandbreiten deutlich größer waren als die des alten Bretton-Woods-Systems, sollte damit dennoch eine Insel vergleichbarer Stabilität in einer Wechselkursumgebung geschaffen werden, die erschreckend turbulent geworden war.

Nach der Überwindung der üblichen Anfangsschwierigkeiten zeigte sich das neue System in der Lage, seinen Zweck zu erfüllen, unterstützt durch eine periodische Überprüfung der Umrechnungskurse, um die angestrebten Kurse angesichts der jährlichen Veränderungen in der Konjunktur der Teilnehmerländer realistisch zu halten.

Doch da die Vereinigten Staaten und Großbritannien darauf bestanden, zwei der Weltspitzenwährungen auf schwankender Basis zu halten, war in den unmittelbar folgenden Jahren kein weiterer Fortschritt an der weltweiten Front mehr möglich.

Doch seit Beginn der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hat die Szene eine weitere wichtige Wandlung erfahren. Nachdem sie überzeugt wurden, wie Finanzminister James Baker es nannte, daß »einige der Argumente für frei schwankende Wechselkurse jetzt nicht mehr so unwiderstehlich sind«, haben sich die Vereinigten Staaten anderen führenden Ländern in einer »gelenkten Schwankung« angeschlossen, um der akuten Verwirrung ein Ende zu setzen, die den Dollar-Weltmarkt seit einiger Zeit charakterisiert hat.

Schaffung einer neuen Weltordnung

Doch das ist noch nicht alles. Bei dem jüngsten Jahrestreffen des Internationalen Währungsfonds (IWF) machte Großbritanniens Finanzminister deutlich, daß man in London nun immer mehr zu der Vorstellung neigt, daß schwankende Wechselkurse nicht das Allheilmittel sind, für das sie bisher gehalten wurden. Er ging sogar soweit und schlug die Schaffung einer neuen Weltordnung auf der Basis der Evolution eines internationalen Netzes von manipulierten Wechselkursen vor, die innerhalb veröffentlichter Bandbreiten operieren.

Dies bedeutet, daß alle führenden westlichen Länder mit Ausnahme eines einzigen jetzt öffentlich mit der Vorstellung einer zumindest teilweisen Rückkehr zu Bretton Woods identifiziert werden, wobei es sich bei dem Land, das draußen vor steht, um Japan handelt. Doch da sich die Japaner in Dingen dieser Art normalerweise recht gern nach den einflußreichen Ländern richten, kann man sagen, daß die Weichen jetzt gestellt sind für ein Ende des Systems der frei schwankenden Wechselkurse.

Den Beginn für einen Versuch zu bestimmen, was das für die Welt bedeutet, muß aus der Erkenntnis kommen, daß das Bretton-Woods-System nicht deshalb zusammengebrochen ist, weil es sich auf lange Sicht gesehen als nicht funktionsfähig erwiesen hat. Es war sogar ein ungeheurer Erfolg und bereitete unter anderem den Boden für ein anhaltendes weltweites Wirtschaftswachstum in einem Ausmaß, das in den eineinhalb Jahrzehnten, seit es über Bord geworfen wurde, nicht wieder aufgetreten ist.

Es stimmt, daß es unter einer gewissen mangelnden Flexibilität gelitten hat. Doch wenn es verworfen wurde, bevor der Aktualisierungsprozeß durchgeführt werden konnte, so lag das im wesentlichen daran, daß die Nixon-Regierung Anfang der siebziger Jahre nicht bereit war, den Weg für Reformen zu ebnen, indem sie formell zustimmte, den Dollar im Vergleich zum Gold abzuwerten. Anstatt zuzugeben, daß der Dollar in der Bretton-Woods-Parität von 35 Dollar pro Unze nicht mehr so gut dastand wie das Gold, schloß sie den »Goldschalter« und torpedierte damit das gesamte Bretton-Woods-System nachhaltig.

Daraus folgt: Wenn die Wiedereinführung eines in geeigneter Weise modifizierten Systems mit »festen, doch anpaßbaren« Wechselkursen an die Stelle eines internationalen Finanznetzes treten würde, der Art wie es existierte, als es beim ersten Mal abrupt zu einem Ende gebracht wurde, gäbe es keinen Grund dafür zu mutmaßen, daß es vielleicht nicht funktionieren könnte. Das Problem ist, daß die Weltwährungssituation sich in den Jahren dazwischen gewandelt hat – und zwar zum Schlechteren hin – durch die weltweite Bankenexplosion, die ausgelöst wurde durch die Liberalisierung des internationalen Finanzhandels jeglicher Art.

Noch ist es ein verlorener Kampf

Als Folge davon hat sich die Geldmenge, die auf den internationalen Finanzmärkten zirkuliert, seit Anfang der siebziger Jahre um fast das Zehnfache vervielfältigt, eine Wachstumsrate, die weitaus größer ist als sich durch das Wirtschaftswachstum im gleichen Zeitraum rechtfertigen ließe. Es ist in der Tat keine Übertreibung zu behaupten, daß die Finanzmärkte jetzt im Geld schwimmen, Geld, das in großen Mengen mobilisiert werden kann, um jede Währungsspekulation zu unterstützen, die eine gute Chance verspricht, rasche Gewinne zu bringen.

Wenn man berücksichtigt, daß die zur Verteidigung der Ordnung der Devisenmärkte gegenüber einer solchen Aktivität zur Verfügung stehenden Mittel sich seit Anfang der siebziger Jahre nur um ein Drittel des Tempos des »dem Feind« verfügbaren Geldbestandes erhöht haben, scheint eines klar zu sein: Jede »neue Ordnung« auf dem Gebiet der Währungen wird die meiste Zeit einen verlorenen Kampf kämpfen.

Es könnte sehr wohl die Turbulenz verringern, die in der letzten Zeit ein solch unerwünschtes Merkmal der Devisenmarktszene gewesen ist. Doch wenn die Welt von den großen Verzerrungen der Devisenwerte befreit werden soll, die sich in den letzten Jahren entwickelt haben, müssen Maßnahmen ergriffen werden – und zwar auf internationaler Ebene –, um an das Übel exzessiver Kreditschöpfung heranzugehen. □

Zinsen

Losung heißt Liquidität

C. Gordon Tether

Die Zinssätze steigen weltweit wieder, nachdem sie im Vergleich zu den Höchstwerten von Anfang der siebziger Jahre lange Zeit auf einem sehr niedrigen Niveau waren.

Einer der wenigen Punkte, die im Hinblick auf die Zusammenkunft der Finanzminister beim letzten Jahrestreffen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank für den Mann auf der Straße von Bedeutung waren, war die Sorge, die bezüglich des weltweiten Aufwärtstrends in den Zinssätzen zum Ausdruck kam. Denn das gibt all jenen, die im Kreditnahme- und Kreditvergabegeschäft tätig sind, viel zu denken – ganz zu schweigen von jenen, die über Anlagepapiere daran beteiligt sind.

Schlechte Aussichten für die Weltwirtschaft

Der starke weltweite Aufschwung bei den Zinssätzen, der dadurch einsetzte, daß die amerikanische Regierung unter Ronald Reagan anfangs mit extremen monetaristischen Philosophien liebäugelte, kam schließlich im Jahr 1981 zu einem Stillstand; zu dem Zeitpunkt waren Zinssätze von bis zu 20 Prozent pro Jahr für täglich fälliges Geld selbst in den führenden Industrieländern eher die Regel als die Ausnahme. Kurz danach setzte ein Abwärtstrend ein, der sich seither fast ohne Unterbrechung fortgesetzt hat.

Allerdings bis vor kurzem! Gegen Ende des Jahres 1986 ging der Trend unter amerikanischer Führung dahin, daß sie den Tiefststand überschritten haben. Mitte 1987 war ein festerer Trend zu erkennen, was sich in der Erhöhung des Diskontsatzes der Federal-Reserve-Banken in den USA Ende dieses Sommers zeigte. Bisher waren die Reaktionen von bescheidenem Ausmaß.



Die Währungskonferenz von Bretton Woods im Juli 1944 schaffte die Grundlage für ein langanhaltenes weltweites Wirtschaftswachstum. Als sich US-Präsident Nixon von diesen Vereinbarungen trennte, fing der Dollar an zu kränkeln.

Doch daß die Veränderung bedeutend genug war, um Sorge bei den führenden Ländern hervorzurufen, wird deutlich aus der Entscheidung der Zentralbanken und Finanzminister, diesen Befürchtungen beim letzten Treffen der Gruppe der sieben in Washington Ausdruck zu verleihen. Mitglieder der Gruppe sind lediglich die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Kanada und Japan.

Die Hauptsorge der Bürokraten ist es – wie es der Direktor einer westdeutschen Zentralbank nannte –, daß die steigenden langfristigen Zinssätze die im übrigen sich verbessernden Aussichten für die Weltwirtschaft in Frage stellen werden.

Natürlich ist es nicht schwer zu erkennen, daß die bisher relativ bescheidene Wiederbelebung auf dem Investitionssektor, die durch den Fall der Zinsen nach dem Jahr 1981 ausgelöst worden ist, ernsthaft gefährdet sein könnte, wenn der erneute Anstieg in den Geldbeschaffungskosten größere Ausmaße annehmen sollte, als das bisher der Fall ist.

Stützung des kranken US-Dollar

Die Möglichkeit, daß sich die Dinge so entwickeln werden, läßt sich nicht mehr gänzlich beiseite schieben, und dieser Tatsache muß ins Auge gesehen werden. Das generelle Einvernehmen unter den schrittmachenden Ländern, daß in unmittelbarer Zukunft nichts wichtiger ist, als das Absinken des amerikanischen Dollar aufzuhalten, hat zwangsläufig dazu geführt, daß die Notwendigkeit der Unterstützung der Wiederbelebung der Weltwirtschaft durch Senken der Zinssätze bei der Festlegung der Wirtschaftspolitik nicht mehr eine so große Priorität hat.

Folglich stößt der Meinungsumschwung in Washington – nämlich, daß eine Verschärfung der Währungspolitik zur Unterstützung des Dollar gerechtfertigt wäre – nicht mehr auf so großen Widerstand, wie das noch vor kurzem der Fall gewesen wäre.

Da Amerikas Rolle auf den zunehmend internationalisierten Geldmärkten von so überragender Bedeutung ist, übt ein Anziehen der Zinssätze in den Vereinigten Staaten auch den entsprechenden Einfluß auf die Zinssätze in den anderen Ländern aus.

So geschieht es, daß der Einfluß dieses Faktors auf die Zinssätze am Weltmarkt verstärkt wird durch das Verhalten der amtlichen britischen Stellen. Denn deren jüngste Entscheidung, währungspolitische Maßnahmen einzusetzen, um die plötzliche Wende zum Schlechteren hin in der britischen Zahlungsbilanz und die entsprechende Reaktion auf das Pfund Sterling zu bekämpfen, bedeutet, daß ein weiteres führendes Land jetzt dazu beiträgt, die Zinssätze auf den Weltmärkten eher hoch zu bringen als zu senken.

Daraus folgt, daß die Sorge über das, was an der Zinsfront passiert und was die Gruppe der sieben zum Ausdruck gebracht hat, bei den führenden Ländern in naher Zukunft kaum Beachtung finden wird durch eine Eindämmung des Anstiegs der Zinssätze, geschweige denn, daß man den Trend umkehren wird.

Für die nächsten ein bis zwei Jahre

In den Vereinigten Staaten wie in vielen anderen Ländern werden die Zinssätze mit ziemlicher Sicherheit eine Weile bestimmt eher steigen als wie zuvor fallen. Jetzige und künftige Kreditnehmer sind offenbar gut beraten, diese Tatsache bei ihren Plänen für die nächsten ein bis zwei Jahre mit einzubeziehen.

Für jene, die in erster Linie Geld verleihen, statt aufnehmen, werden die Erlöse im Gegensatz zu den vergangenen Jahren eher zunehmen. Dies gilt jedoch nicht für Gelder, die in Wertpapieren mit festen Zinssätzen festliegen – insbesondere bei Staatsanleihen und anderen Schuldobligationen.

Die Erlöse aus Staatspapieren und anderen festverzinslichen Papieren sind derzeit weitaus günstiger als bei Dividendenpapieren, sie liegen oft drei- bis viermal höher. Doch, wie ich schon erwähnte, als ich in einem früheren Artikel auf diese Diskrepanz hinwies, das bedeutet nicht unbedingt, daß die Zeit günstig wäre, die Investition in festverzinsliche Wertpapiere vorzuziehen. Solange das allgemeine Zinsniveau steigt, wird ihr Marktwert deutlich sinken. □

US-Dollar

Falsche Geldpolitik der USA

C. Gordon Tether

Die Tatsache, daß der Rückgang des Dollar auf realistischere Werte für die amerikanische Zahlungsbilanz nicht die erhofften Gewinne gebracht hat, zeigt, welch bleibenden Schaden die monetaristischen Exzesse verursacht haben.

Der Dollar ist ein Jahrzehnt lang im Verhältnis zu den übrigen wichtigen Währungen stark überbewertet gewesen, bevor sich sein gegenwärtiger Abschwung im Frühjahr 1985 erstmalig zu zeigen begann. Es war also klar, daß die Verschlechterung in der amerikanischen Außenhandelsbilanz, die durch die Überbewertung hervorgerufen worden war, weil damit die Importe gefördert und die Exporte gestoppt wurden, sich offensichtlich nicht über Nacht umkehren würde.

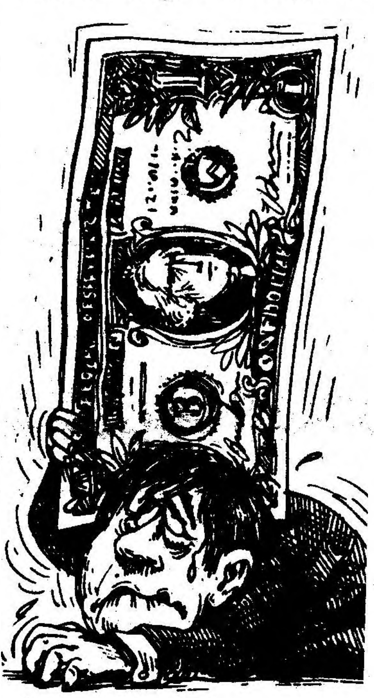
Was ist mit dem Dollar falsch gelaufen?

Abwertungen einer Währung verschlechtern in der Regel die Zahlungsbilanz eines Landes zunächst auf jeden Fall noch mehr. Die Devisenerlöse aus Exporten verringern sich, ohne daß es zu einem Aufschwung im Umsatzumfang kommt, der dann zu einem Nettozuwachs in den Erlösen führen würde. Außerdem steigen die Kosten für Importe, ohne daß es hier zu einer Verringerung im Umfang kommt, womit zu rechnen ist, wenn der Widerstand der Verbraucher gegenüber den höheren Preisen zu greifen beginnt.

Die Rückkehr des Dollar auf realistischere Werte existiert jetzt allerdings lange genug, so daß sie sich im Verhalten der amerikanischen Zahlungsbilanz inzwischen deutlich widerspielen könnte. Leider ist dies nicht der Fall.

Mitte 1987 brach das monatliche Defizit der amerikanischen Exporte im Vergleich zu den Importen noch immer neue Rekorde – der jährliche Gegenwert lag in der Gegend von 200 Milliarden Dollar. Trotz der Tatsache, daß der Dollar jetzt im Vergleich zu den stärksten Weltwährungen nur noch bei etwas mehr als der Hälfte seines Wertes lag, den er Mitte des Jahres 1985 hatte, war Amerikas Außenhandelsertrag in der ersten Hälfte des Jahres 1987 deutlich schlechter als zwei Jahre zuvor.

Was war also falsch gelaufen? Teilweise läßt es sich damit erklären, daß die US-Wirtschaft große Probleme damit hat, die hohen Einbußen in der Industrie wieder wettzumachen und das Ruder herumzureißen, die die Folge davon waren, daß man sich so lange mit einem so schlechten Dollar-Devisenkurse herumschlagen mußte.



Abkühlung des Handelsklimas

Unter einigermaßen normalen Umständen würde es mehr als ein oder zwei Jahre dauern, um dies wieder in Ordnung zu bringen. Damit verbunden war darüber hinaus dann noch eine deutliche Abkühlung des internationalen Handelsklimas, so daß das Ganze wohl sogar noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird, wenn es überhaupt jemals wieder vollständig zu reparieren ist.

Der Punkt ist, daß diese Verschlechterung in den internationalen Handelsbeziehungen in erheblichem Maß auf einige Änderungen in den Verhaltensmustern zurückzuführen ist, die durch die monetären Exzesse der letzten Jahre hervorgerufen wurden und die jetzt zu einem bleibenden Merkmal der Weltwirtschaftsszene zu werden drohen.

Es nimmt die Form des Drucks an, der auf die Länder der dritten Welt ausgeübt wird, mehr und mehr von ihren Devisenerlösen für den Schuldendienst auszugeben – und das auf Kosten ihres Bezugs von Fertigprodukten aus den Vereinigten Staaten und anderen Industrieländern.

Nach Beginn der achtziger Jahre ist durch den Monetarismus eine Steigerung von Zinsbeträgen geschaffen worden, die die Länder der dritten Welt zur Abdeckung ihrer Schuldendienst-Verpflichtungen an die internationale Bankengemeinde beschaffen müssen. Ihre Bemühungen damit fertig zu werden, haben sich darin gezeigt, daß sie zwischen den Jahren 1982 und 1985 Außenzahlungen in der Größenordnung von 80 Milliarden Dollar jährlich umgewandelt haben – was vor allem dadurch erreicht wurde, daß Warenimporte drastisch gekürzt wurden.

Als Hauptwarenlieferant an die dritte Welt wurden die Vereinigten Staaten davon sehr stark betroffen.

Wenn die Zinssätze auf ein Niveau zurückkehren würden, wie es Anfang der achtziger Jahre geherrscht hat, bevor der Monetarismus Mode wurde, könnte dieser Faktor wesentlich an Einfluß verlieren, wenn nicht gar gänzlich wegfallen; in diesem Fall würde es für die Vereinigten Staaten weitaus einfacher werden, die große Kluft zwischen Importen und Exporten deutlich zu verringern.

Leider ist der gegenwärtige Rückgang des Zinsniveaus zu einem Stillstand gekommen – und hat sich in gewissem Maß sogar wieder umgekehrt – und die Werte liegen derzeit noch weit über denen Ende der siebziger Jahre.

Kommt es zur Flucht aus dem Dollar?

Die amerikanische Außenhandelsbilanz ist also auf dem Altar der Kreditvergabeexzesse der internationalen Bankengemeinde geopfert worden.

Solange der Faktor der Zinssätze weiterhin eine erhebliche Verzerrung im internationalen Zahlungsbilanzverhalten schafft, wird dann wohl auch durch die spektakuläre Wertminderung des Dollar kaum mehr als eine leichte Verbesserung im Verhältnis von Exporten und Importen in den USA erreicht werden.

Damit stellt sich eine ernsthafte Frage, von der wir in den kommenden Monaten ziemlich sicher noch eine ganze Menge hören werden. Eines muß klar sein: solange es um die amerikanische Zahlungsbilanz so bestellt ist wie derzeit, besteht die Gefahr, daß das gesamte Weltwirtschaftsgefüge – ebenso wie das der Vereinigten Staaten selbst – eine Flucht aus dem Dollar ungeheueren Ausmaßes erleben wird. Das hat die Zentralbankengemeinde damit zugegeben, daß sie sich zusammengetan hat, um Maßnahmen zum Schutz des Dollar einzuleiten.

Die Vereinigten Staaten werden sich deshalb unter Umständen mehr und mehr gezwungen sehen, direkte Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahlungsbilanz wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen – vor allem durch umfangreiche Aktionen zum Schutz der US-Industrie.

Dem Rest der Welt wird eine solche Entwicklung sicherlich nicht gefallen, doch sie werden es akzeptieren müssen. □

Der Einfluß der Japaner

Folger Addison

Die Japaner nennen ihr Land das Land der aufgehenden Sonne. Zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte war das passender als im Augenblick, zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht. Der Rest der Welt schaut jetzt auf Tokio als vorrangige Wirtschaftsmacht.

Zunächst ein paar Fakten um die Position Japans auf dem Wirtschaftssektor zu verdeutlichen: In Japan gibt es jetzt mehr Milliardäre als in den Vereinigten Staaten und der reichste Mann der Welt ist ein Japaner. In den Vereinigten Staaten gibt es 21 Milliardäre, in Japan 22. Der reichste Mann in den Vereinigten Staaten ist Sam Moore Walton, Begründer der Wal-Mart-Warenhauskette. Er besitzt 4,5 Milliarden Dollar. Drei japanische Milliardäre sind reicher als Walton. Der reichste Mann Japans und der reichste Mann der ganzen Welt ist Yoshiaki Tsutsumi, ein Eisenbahnbesitzer, dem schätzungswseise 21 Milliarden Dollar gehören.

Japan hat die sieben größten Banken

Von den zehn größten Firmen außerhalb der Vereinigten Staaten sind acht japanisch. Ein japanisches Handelsunternehmen, Mitsui, hat kürzlich die Royal Dutch Shell als größtes nichtamerikanisches Unternehmen überholt.

In der ersten Aprilwoche 1987 überholte der japanische Aktienmarkt den amerikanischen als den Welt größten hinsichtlich Kapitalausstattung. Kapitalausstattung heißt die Anzahl der ausgegebenen Aktien multipliziert mit den Aktienpreisen. Die Kapitalausstattung erreichte in Japan im April 1987 2688 Billionen Dollar, während sie für Amerika 2672 Billionen betrug. Die Kapitalausstattung Japans entsprach 129 Prozent des Bruttosozialprodukts dieses Landes, während die Amerikas 63 Prozent des Bruttosozialprodukts gleichkam.

Die sieben größten Banken auf der Welt sind sowohl hinsichtlich Geldeinlagen als auch Aktiva japanische Banken. Lediglich eine amerikanische Bank, die Citibank, rangiert hinsichtlich Geldeinlagen unter den ersten 25.

Der Gesamtwert an Grund und boden ist in Japan – einem Inselstaat etwa von der Größe des US-Bundesstaates Montana – doppelt so hoch wie in den Vereinigten Staaten.

Diese erstaunlichen Tatsachen zeigen eine deutliche Wandlung in der Weltfinanzszene. Amerika diktiert dem Rest der Welt nicht mehr die finanziellen Bedingungen. Die amerikanische Geschäftswelt und die Finanzmärkte richten sich sogar mehr und mehr nach Übersee und erhalten ihre Marschbefehle von dort – besonders aus Japan.

Die vier großen Broker Japans

Die Preise des amerikanischen Wertpapier-Portefeuilles richten sich nach dem, was japanische Investoren gewillt sind zu bezahlen. Die Japaner kaufen bis zu 40 Prozent der amerikanischen Staatsschulden – 60 Milliarden Dollar im Jahr 1986. Der US-Aktienmarkt wird 1987 von japanischen Käufen in Höhe von 10 Milliarden Dollar genährt. Die Japaner bestreiten ein Zehntel des gesamten Handels an der New Yorker Börse.

Wenn die Zinssätze in Japan steigen, müssen sie in den USA das gleiche tun, um für japanische Investitionen weiterhin interessant zu bleiben. Die New Yorker Börse reagiert auf die Schwankungen am japanischen Aktienmarkt.

Jetzt, wo die japanische Industrie sich große Bereiche des amerikanischen Inlandsmarkts für ihre Produkte erkämpft hat, ziehen ihre Finanzinstitute – die aufgrund der günstigen Handelsbilanz vor Geld überfließen – in großem Rahmen an der Wall Street ein. Dabei benutzen sie die gleiche Strategie, die sehr einfach ist: hohe Quantität und niedrige Preise, eine Kombination, in der sich der Wettbewerb schließlich erschöpft.

Japans vier große Broker (Effektenhändler) – Nomura Securities, Daiwa Securities, Nikko Securities und Yamaichi Securities – haben bereits schätzungsweise 20 Prozent des Marktes an langfristigen US-Staatsanleihen aufgekauft. Sie richten ihre Aufmerksamkeit jetzt auf Gesellschaftsfinanzierungen, Aktien, Industrieobligationen, hypothekarisch abgesicherte Wertpapiere.

Nomura und Daiwa sind von der Federal Reserve offiziell anerkannt als primäre Händler in amerikanischen Staatspapieren, was es ihnen möglich macht direkt mit dem Federal Reserve System Geschäfte zu machen.

Der finanzielle Einfluß der japanischen Finanzinstitute ist ungeheuer. Die Kapitalausstattung der großen Vier zusammengenommen beträgt 124 Milliarden Dollar. Im Vergleich dazu beträgt die Kapitalisierung der ersten vier amerikanischen Effektenhändler Salomon, Merril Lynch, Shearson Lehman und Goldman Sachs 16 Milliarden Dollar.

Die Japaner kaufen alles auf

Die Japaner verfügen bereits über größere Vermögenswerte im Ausland als die Staaten am Persischen Golf zu den besten Zeiten der OPEC und sie steigen um 100 Milliarden Dollar pro Jahr, was sich auf dem US-Markt bemerkbar macht.

Der US-Aktienmarkt stieg beispielsweise im Juni 1987 konstant, was viele Marktbeobachter erstaunte, denn es war kein Grund dafür ersichtlich. In diesem Monat jedoch flossen hohe Kapitalerträge aus den japanischen Pensionsfonds, was zu Bargeldreinvestion führte und dafür wandte man sich an die Wall Street.

Es hat einen erheblichen Einfluß auf die Weltwirtschaft, wenn die Japaner sich entscheiden, wo sie ihr Geld anlegen. Als der amerikanische Dollar gegenüber dem japanischen Yen jäh fiel, gingen die Japaner, die in hohem Maße Geld in US-Staatsanleihen angelegt hatten, baden, da ihre Investitionen plötzlich einen geringeren Dollar-Wert besaßen. Viele japanische Versicherungsgesellschaften zogen ihr Geld dann aus amerikanischen Staatspapieren heraus und legten es statt dessen in britischen Staatsanleihen an.

Die Folge: Das englische Pfund stieg innerhalb eines Monats gegenüber dem Dollar um 10 Prozent.

Da die meisten Geldtransfers und Investitionen heutzutage über Computer erfolgen, sind Bargeld-Transfers sofort wirksam und eine Reaktion auf die vorherrschenden Marktbedingungen kann leichter erfolgen. Da sich japanische Effektenhändler inzwischen in den Hauptstädten der Welt niedergelassen haben, ist diese Möglichkeit des Bargeld-Transfers aus der Augenblickssituation heraus noch leichter geworden.

Die Japaner legen ihr Geld auch in amerikanische Sachanlagevermögen an. Mit anderen Worten, sie kaufen amerikanischen Grund und Boden mit unerhörter Geschwindigkeit auf. Obwohl die Gesamtzahlen ungenau und schwierig zu ermitteln sind, ist bekannt, daß die Japaner allein im letzten Jahr amerikanischen Grund und Boden in Höhe von 5 bis 6 Milliarden Dollar aufgekauft haben und es wird erwartet, daß diese Zahl im Jahr 1987 noch höher sein wird.

Sie besitzen bereits mindestens 20 Milliarden Dollar an sogenannten Direktinvestitionen. Eine Direktinvestition ist natürlich ein direkter Kauf eines amerikanischen Vermögenswertes. Obwohl die Japaner derzeit an dritter Stelle hinter Großbritannien und den Niederlanden stehen, steigen ihre Beteiligungen am schnellsten und sie werden bald an erster Stelle sein, wenn nicht eine unvorhergesehene Katastrophe eintritt. □



Rotchina

Emission von Schuldobligationen

Mike Blair

Es gehen Gerüchte in internationalen Bankkreisen herum, daß die Rotchinesen demnächst Obligationen auf dem europäischen Markt ausgeben werden, um den Bedarf an harter Währung für ihre Kauforgien an westlicher Technologie zu erhöhen.

Den Wirtschaftsstatistiken Rotchinas, die in den Westen gelangen, zufolge haben die Kommunisten bei der Förderung des Außenhandels einige größere Gewinne erzielt und verfügen jetzt über eine weitaus bessere Handelsbilanz.

Den Westen beschwatzt

Ihre Exporte – von denen die meisten in nicht-kommunistische Länder gehen, insbesondere die Vereinigten Staaten und Westeuropa – beliefen sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 1987 auf 16,6 Milliarden Dollar, das sind beachtliche 24,2 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Chinesische Waren von Schuhen, die die bereits in der Talfahrt befindliche amerikanische Schuhindustrie noch weiter nach unten drücken, über Körbe bis hin zu den Bierflaschen überfluten den amerikanischen Markt und die Märkte der meisten anderen westlichen Länder.

Die Importe fielen um 6,2 Prozent auf 18,6 Milliarden Dollar und hinterließen ein Handelsdefizit in Höhe von 2 Milliarden Dollar – das ist noch nicht gut, stellte aber gegenüber dem Defizit in Höhe von 6,5 Milliarden Dollar des Jahres 1986 eine ungeheuere Verbesserung dar.

Wie zu erwarten ist, wurden die Importe vor allem in den Verbrauchsgütern gesenkt, während die Importe von High-Tech-Komponenten weiterhin stiegen, insbesondere bei hoch-technisierten Waffen und Waffentechnologie.

Die Chinesen haben die Länder des Westens, darunter auch die Vereinigten Staaten beschwatzt, chinesische Obligationen in Millionen-Dollar-Höhe, die bis ins Jahr 1911 zurückreichen, zu erlassen; sie stammten noch aus der Zeit, als die Ch'ing (Quing) Dynastie, bekannter unter dem Namen Manchu-Dynastie, in China regierte.

Die letzten der regierenden Manchus, die Kaiserin-Witwe (Tz'u Hsi) und Kaiser Kuang Hsu (ihr Neffe), starben beide im Jahr 1908 und hinterließen die monarchische Herrschaft Chinas einem jugendlichen Thronfolger (Henry Pu Yi), einem entfernten Anwärter auf die Regentschaft.

Die chinesischen Revolutionäre haben die Kaiserherrschaft im Jahr 1911 gestürzt und Sun Yatsen zum Präsidenten einer chinesischen Republik gemacht.

Die USA schenkten die Schulden

Pu Yi regierte später in der Mandschurei als Kaiser K'ang Te.

Die Manchus hinterließen ihren Nachfolgern Hunderte von Millionen Schulden, die man gegenüber dem Ausland hatte und die von der chinesischen Regierung auch in den Jahren danach nicht beglichen worden sind; sie wurden völlig ignoriert, als die Kommunisten im Jahr 1949 an die Macht kamen.

Unter stillschweigender Einwilligung des US-Außenministeriums wies ein amerikanisches Kreisgericht in Alabama im Jahr 1984 Ansprüche im Gesamtwert von 41,3 Millionen Dollar in Form von Ch'ing-Obligationen zurück, die von amerikanischen Schuldverschreibungs-Inhabern gehalten wurden. Die Geldanleger hatten zuvor gegen das kommunistische Regime ein Gerichtsurteil wegen Zahlungsverzugs erwirkt.

Das amerikanische Außenministerium, das auf die Verbesserung der Beziehungen zum kommunistischen China aus ist, sowie Amerikas Wunsch verwirklichen will von hoch-entwickelten Computern bis zu fortgeschrittenen Waffensystemen ihnen alles zu verkaufen, hatte dem Gericht erzählt, das Thema Schuldverschreibungen sei ein »großes Ärgernis« in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen.

Die Regierungen westlicher Länder haben unter dem Druck der internationalen Banken, die eifrig bestrebt sind ihre Geschäfte mit den Ländern des kommunistischen Blocks zu machen, die Ansprüche anderer in ähnlicher Form zurückgewiesen.

Alte russische Schuldobligationen aus der Zarenzeit, die unter den Sowjets in Zahlungsverzug kamen, wurden beseitegeschoben und gaben den Banken – unter ihnen auch einigen amerikanischen – den Weg frei für den Kauf neuer sowjetischer Obligationen. Moskau will damit seine Devisen für den Kauf der Technologie aus dem Westen aufstocken, die Moskau benötigt, um seine massive Kriegsmaschinerie auf den neuesten Stand zu bringen.

Die »neuen Schuldenverpflichtungen« Rotchinas liegen derzeit zwischen 22 und 25 Milliarden Dollar. Die Pekinger Sklavenmeister erhalten im Westen günstige Kreditbedingungen. Im letzten Jahr betrugen die Zahlungen für Kapital und Zinsen 20 Prozent von den Exporten.

Auch die Briten vergessen alles

Dem »Tokyo Financial Letter« zufolge hatte Rotchina eine große Emission von Schuldobligationen in Japan vor. Ein plötzlicher Sturz in den Preisen für Obligationen auf dem japanischen Markt seit Mai 1987 hat die Kommunisten dann allerdings zur Änderung ihrer Strategie veranlaßt und sie wendeten sich dem europäischen Markt zu, wo einige große Bankenkonzerne angeblich eifrig bestrebt sein sollen mit ihnen ins Geschäft zu kommen.

Während der Ansturm mit den Kommunisten ins Geschäft zu kommen in den Vereinigten Staaten und Europa eskaliert, lehnen es die Pekinger Bosse unterdessen unnachgiebig ab, irgendeine Art von Nachweis zu führen über die mehr als 8000 amerikanischen Kriegsgefangenen und Vermißten aus dem Koreakrieg, der im Jahr 1953 zu Ende ging. Rotchina kämpfte auf der Seite Nordkoreas in diesem Krieg.

Es sind vor kurzem Beweise dafür aufgekommen, daß die Rotchinesen Kriegsgefangene aus dem Koreakrieg als Sklavenarbeiter in ihren Fabriken eingesetzt und sie den Sowjets als Sklaven übergeben haben.

Die britischen Banken, die so eifrig darum bemüht sind, daß chinesische Obligationen auf den europäischen Markt kommen, sind offenbar bereit über die mehreren Hundert britischen Kriegsgefangenen und Vermißten aus dem Koreakrieg hinwegzusehen.

Sie sind scheinbar auch bereit die offensichtliche Tatsache zu ignorieren, daß Peking bei seinen Schulden wieder in Zahlungsverzug geraten könnte, nachdem die Rotchinesen bekommen haben, was sie von dem Westen haben wollen. □



Europa-Journal

Wie groß ist Ost-deutschland?

Ostpreußen mit Memelland (39 300 km^2) ist fast so groß wie die Schweiz (41 300 km^2). Danzig (1966 km^2) ist fast so groß wie Luxemburg (2590 km^2). Pommern östlich der Oder (31 300 km^2) ist größer als Belgien (30 500 km^2). Brandenburg östlich der Oder und Neiße (12 600 km^2) ist fast so groß wie Nordirland (14 120 km^2). Schlesien östlich der Neiße (33 400 km^2) ist so groß wie die Niederlande (33 610 km^2). Sudetenland mit Südböhmen und Südmähren (22 586 km^2) ist größer als Israel (20 850 km^2). □

Baltische Staaten kommen nicht zur Ruhe

Das Thema der Souveränität der eingenommenen baltischen Länder und die sowjetische Verteidigung des Hitler-Stalin-Pakts, der die Invasion in diese Länder im Jahr 1939 ermöglichte, bleibt ein heißes Thema in Europa.

Eine Resolution im Europäischen Parlament, in der der Hitler-Stalin-Pakt und die sowjetische Besetzung und Annexion von Estland, Lettland und Litauen verurteilt wird, wurde in gemeinsamer Anstrengung durch die sozialistischen und kommunistischen Abgeordneten abgelehnt.

Die Resolution, die mit nur einer Stimme (90 zu 89) abgelehnt wurde, verlangte von den Außenministern der zwölf Länder der europäischen Gemeinschaft das Thema der Souveränität der baltischen Staaten beim Kreml aufzugreifen.

Wäre die Entschließung nicht abgelehnt worden, wäre der bevorstehende Besuch einer offiziellen Sowjetdelegation beim Hauptquartier der Gemeinschaft in Brüssel zweifellos von den Sowjets abgesagt worden.

Unterdessen zeigt eine in Paris erschienene Broschüre, die die Unterschrift des »Hauses der baltischen Länder und internationale Widerstandskämpfer« trägt, den Hitler-Stalin-Pakt mit einem Hakenkreuz neben Hammer und Sichel. Im Text wird Hitler zitiert: »Wir fühlen uns eher mit dem Bolschewismus verbunden als von ihm getrennt.« □

Europäische Banken einigen sich über Bankkarte

In Kürze werden die Bürger der Zwölfergemeinschaft mit ihrer Bankkarte Zugang zu den Geldautomaten aller großen europäischen Geldinstitute haben. Eine entsprechende Einigung erzielte jetzt der Europäische Rat für Zahlungssysteme, dem 40 Banken aus 17 Ländern angehören.

In den vergangenen Jahren ist die Verbreitung der Bankkarten sprunghaft gestiegen. Die Zahl der für Bankkarten ausgerüsteten Verkaufsstellen sowie der Schalter für die automatische Geldausgabe und Einzahlung nimmt ständig weiter zu. Angesichts der unbestreitbaren Vorteile des »Plastikgeldes« scheinen die Tage der Banknoten und Münzen gezählt. Der einzige Haken war bislang die Inkompatibilität der verschiedenen Systeme. Derzeit kann der Inhaber einer Bankkarte nur die Schalter seines Geldinstituts benutzen. □

Garching Standort für Projekte der thermonuklearen Energie

Von 1988 an werden die Europäische Gemeinschaft, die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und Japan im Bereich der Kernenergieforschung zusammenarbeiten. Eine entsprechende Vereinbarung trafen jetzt Vertreter der vier Blöcke in Wien. Das Abkommen sieht den gemeinsamen Bau eines thermonuklearen Reaktors, des sogenannten ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) vor.

Die Forschungsarbeiten sollen in Garching beginnen und bis Ende 1990 abgeschlossen sein. Nicht zufällig fiel die Wahl auf einen europäischen Standort. Bislang war die Zwölfergemeinschaft bei Forschungen in diesem Bereich am erfolgreichsten. Ein Beispiel hierfür ist das im britischen Culham bei Oxford angesiedelte JET-Projekt.

Nach Schätzungen von Fachleuten könnte die thermonukleare Energie bei relativ geringen Umweltbelastungen eine nahezu unerschöpfliche Stromquelle werden, da sie als Rohstoff nur Wasser benötigt. Die Kosten für die Forschung und Entwicklung entsprechender Anlagen liegen jedoch so hoch, daß sich die vier Industrieblöcke zu einem Gemeinschaftsvorhaben entschlossen haben. □

NATO-Carrington unterstützt INF-Vereinbarung

Lord Carrington, der Generalsekretär der NATO, sprach sich für den Vertragsvorschlag zum Rückzug von Nuklearwaffen mittlerer Reichweite (INF) aus Europa aus und lobte die Glasnost-Politik (Politik der Öffnung) des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow in einer Rede vor dem Royal United Services Institute.

»Es gibt derzeit ein paar Leute, die mehr darauf aus sind auf die Gefahren hinzuweisen, die mit Abrüstungsverhandlungen verbunden sind oder zumindest gezielten Verhandlungen in dieser Richtung. Ich bin nicht der Meinung, daß die INF-Vereinbarung, die im Prinzip getroffen wurde, schlecht ist. Wir sollten ›Ja‹ als eine Antwort geben und uns das Erreichte, was in Sicht ist, als Verdienst anrechnen.

Wir dürfen unsere Sinne nicht vor der Möglichkeit verschließen, daß die Sowjetführung wahrhaft an einer besseren Beziehung zum Westen interessiert ist, ungeachtet der Gründe, daß sie ihr eigenes System besser funktionieren sehen wollen als irgendeine demokratische Entwicklung.«

Gleichzeitig warnte Carrington vor »passiver Abrüstung«, bei der westliche Regierungen vor nötigen Rüstungsausgaben zu einer Zeit zurückschrecken würden, wo ein konventioneller Rüstungsaufbau nötig ist, um der sowjetischen Überlegenheit nach dem Rückzug von Atomwaffen aus Europa entgegenzutreten.

Carrington vertritt eine ganz andere Haltung als Henry Kissinger, sein früherer Geschäftspartner bei Kissinger Associates. Kissinger schrieb kürzlich einen Artikel im »Newsweek Magazin«, in dem er den Vertragsvorschlag heftig kritisierte, obwohl seine eigene Politik direkt zu den derzeitigen Verhandlungen über eine INF-Vereinbarung geführt hat. □

Frankreich treibt Weltraum-Budget in die Höhe

Der französische Verteidigungsminister André Giraud hat der Nationalversammlung den Verteidigungshaushalt für das Jahr 1988 vorgelegt, der sich auf insgesamt 177 Milliarden Franc (30 Milliarden Dollar) beläuft, einschließlich beträchtlicher Erhöhungen auf dem Nuklearsektor und einer kolossalen Steigerung um 80 Prozent für Ausgaben im Rüstungsprogramm für den Weltraum.

In dem Haushalt wird nach Steigerungen in der Hardware um 8,7 Prozent gegenüber den letzten Jahr verlangt, wobei ein Drittel davon in die Modernisierung von zwei Atomwaffen-U-Booten geht, acht Mirage 2000-N-Kampfbomber für Atomraketen in Auftrag gehen sollen und Konstruktionsstudien für ein neues strategisches U-Boot mit MIRV-Atomraketen begonnen werden sollen.

Die Verbesserungen in der konventionellen Streitmacht umfassen neues Gerät, Boden-Boden-Raketenabschußeinrichtungen und einen neuen Kampfhubschrauber. Die größten Kürzungen im französischen Haushalt

werden am Personaletat vorgenommen. □

Sowjets testen Raketen vor Hawaii

In einem »äußerst provokativen Akt seitens der Sowjets«, wie ein Sprecher des US-Außenministeriums es bezeichnete, testete die Sowjetunion innerhalb einer 200-Meilen-Zone vor Hawaii zwei Langstrecken-Interkontinentalraketen. »Es ist das erste Mal, daß eine Interkontinentalrakete so nahe vor amerikanischem Territorium abgefeuert wurde und jetzt hat man Hawaii zum Ziel genommen.«

Moskau hatte ursprünglich seine Absicht verkündet eine Rakete direkt über dem Luftraum von Hawaii auf ein Ziel südlich der Insel abzufeuern – doch dieser Plan wurde offensichtlich fallengelassen. Bei der Rakete handelt es sich um die neue TT-09-Version der sowjetischen Landstrekken-SS-18 Interkontinentalrakete mit 10 bis 15 Sprengköpfen, die auf separate Ziele ausgerichtet werden.

Das US-Verteidigungsministerium deckte weiter auf, daß in der Nähe der Stelle, wo die Rakete niederging, ein Laserstrahl von einem Sowjetschiff aus auf ein Flugzeug der US-Luftwaffe gerichtet wurde, der die Sicht des Kopiloten zehn Minuten lang beeinträchtigt hat. In der Stellungnahme heißt es, daß sowjetische Streitkräfte in der Vergangenheit »Flugzeuge aus dem Westen mit Laser bombardiert haben«.

Der US-Senat hat einstimmig zugunsten einer nicht bindenden Resolution abgestimmt, derzufolge von der Sowjetunion eine Entschuldigung wegen »direkter Bedrohung« der amerikanischen Sicherheit verlangt werden soll. US-Senator Jesse Helms beschuldigte die Sowjets ärgerlich, daß sie »die hawaiischen Inseln benutzen, um ihre Interkontinentalraketen auszuprobieren«. □

Türkei schließt Bündnis mit Ägypten und Pakistan

Engere militärische Bindungen werden zwischen der Türkei, Ägypten und Pakistan in Form eines informellen regionalen Militärbündnisses etabliert. Bei dem Besuch des ägyptischen Außenministers Abdel Meguid in der Türkei wurde eine Vereinbarung getroffen, derzufolge eine engere Zusammenarbeit zwischen Militärpersonal stattfinden soll. Ähnliche Bindungen werden zu Pakistan geknüpft.

Im Sommer hatten bereits die Marinestreitkräfte von Ägypten und der Türkei zum ersten Mal gemeinsame Manöver im Bosporus abgehalten. Eine große pakistanische Militärdelegation wurde zur Teilnahme an den NATO-Manövern in West-Thrazien sowie an den eigenen Manövern der Türkei in Ostanatolien eingeladen. Pakistans Präsident Zia ul-Haq wird demnächst zu einem Besuch in Ankara erwartet.

So unglaublich es erscheinen mag: das amerikanische Außenministerium ist gegen diese Entwicklung und warnte Ankara, daß Washington es türkischen Firmen nicht erlauben werde, Technologie an Pakistan zu verkaufen, die dafür eingesetzt werden könnte, eine Atombombe zu bauen. □

Englands Ärger mit den Fidschi-Inseln

Die Politik von Queen Elizabeth gegenüber dem Britischen Commonwealth ist auf Grund gelaufen, als die Fidschi-Inseln im Pazifik ihren formellen Bruch mit der britischen Krone verkündeten. Die Queen akzeptierte den Rücktritt ihres Gouverneurs General Sir Penaia Ganilau. Jetzt tadeln einige Elizabeth dafür, das sie von ihrer Linie abgewichen sei.

Die Fidschi-Inseln kamen erstmals im Jahr 1874 unter britische Herrschaft, als die Kanibalen-Stammeshäuptlinge der Insel zum Methodismus konvertierten und Queen Victoria zu ihrem »Häuptling der Häuptlinge« machten. Am 25. September 1987 führte Oberstleutnant Sitiveni Rabuka einen Militärcoup durch und erklärte die Gründung einer Republik.

Die Krise beherrschte den letzten Gipfel der Commonwealth-Führer in Vancouver. Es ist unklar, ob die Fidschi-Inseln künftig noch zum Commonwealth gehören werden.

Die Queen sagte den Kampf an, als sie die Bewohner der Fidschi-Inseln davor warnte, sie würden Verrat an der Krone begehen, wenn sie Oberst Rabuka unterstützen würden. Das britische Außenministerium distanzierte sich prompt von dieser Position und die Einmischung der Queen in die Krise hat die Kritik der britischen Presse hervorgerufen.

Der Kolumnist George Gale warnte in der Zeitung »Daily Mail«, die Queen »solle aufpassen, was sie tut. Schon mehr als einmal hat sie ihren Einfluß in Commonwealth-Angelegenheiten zur Geltung gebracht und manchmal hat sie dabei den Anschein erweckt, als würde sie sich gegen ihre Premierministerin stellen. Es wäre ein großes Mißgeschick, wenn sie ihre Rolle als Königin des Vereinigten Königreichs dadurch in Gefahr bringen würde, daß sie auf einer Rolle innerhalb des Commonwealth besteht, die mehr als nur ehrenvoll ist.« □

Moskau steckt Fühler nach Mitgliedschaft im IWF aus

Die Sowjetunion möchte dem Internationalen Währungsfonds (IWF) beitreten, um ihren Einfluß in Weltfinanzangelegenheiten zu vergrößern. Um dem IWF beizutreten, müßten die Sowjets lediglich einige Papiertransfers durchführen.

»Sie werden wahrscheinlich eine Rückkehr zum Goldstandard als eine Voraussetzung verlangen, was ihre währungspolitische Machtstellung innerhalb eines derart erweiterten IWF erheblich vergrößern würde«, meint ein Experte der City of London. »Sie würde eine Menge gewinnen und nichts dabei verlieren. Das ist auch der Grund, warum die USA sich in der Vergangenheit konstant geweigert haben, auf die Bemühungen der Sowjets um Mitgliedschaft im IWF einzugehen.«

Dieser Bericht wurde bestätigt durch Diskussionen in der Sowjetpresse. In der sowjetischen Zeitung »Foreign Trade« heißt es: »Es wurde auf höchster Ebene genehmigt die Absicht zu verfolgen dem GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) beizutreten und im allgemeinen ist die UdSSR bereit die Bedingungen dieser Organisation zu akzeptieren. Man wird sich bemühen in naher Zukunft wegen Mitgliedschaft an den IWF und die Weltbank heranzutreten.« □

Bakers Ideen kommen in Europa nicht an

»Niemand der recht bei Verstand ist, versteht den Vorschlag hinsichtlich Gold von James Baker III«, sagte ein Londoner Finanzexperte. »Nicht ein einziger, mit dem ich in London gesprochen habe, hat eine Vorstellung davon, um was es dabei geht; je mehr man versucht es zu erläutern, um so unverständlicher und undurchführbarer wird es.

Die Leute hier sind der Meinung, daß bei dem Vorschlag Bakers innenpolitische Gründe der USA eine Rolle spielen. Unterschwellig besteht ein wachsendes Interesse an Gold in den Vereinigten Staaten, weil die Befürchtungen über die allgemeine Finanzlage zunehmen, eine Befürchtung, daß jederzeit etwas in der Luft liegen könnte. Damit erhöht sich das grundlegende Interesse an Gold in der amerikanischen Gesellschaft im allgemeinen und jeder, der die Option auch nur ins Spiel bringt, eröffnet damit interessante Möglichkeiten.

Was Baker angeht, schätzen sie seine eigenen politischen Ambitionen nicht zu gering ein; es wird hier viel darüber geredet, daß er ein möglicher Mitkandidat für Bushs Vizepräsidenten-Kandidat wäre, was mehr oder weniger zu Bushs letzten London-Besuch passen würde.«

Baker schlug bei dem letzten Jahrestreffen des Internationalen Währungsfonds (IWF) vor, die Anzahl von Indikatoren zu erweitern, die von den Regierungen benutzt werden, um die Finanzpolitik zu koordinieren und einen »Warenkorb« – darunter auch Gold – mit einzubeziehen. □

Großbritannien

USA planen Atomkrieg

Martin Mann

Neben ihrem gemeinsamen Engagement für Israel teilt der innere Kreis der doppelt-loyalen Bürokraten und Beratern, die die Verteidigungspolitik der amerikanischen Regierung festlegen, eine weitere Vorliebe: sie sind für einen Atomkrieg.

Diese Tatsachen gehen aus einem sogenannten Situationsbericht über die Krise am Persischen Golf hervor, der im Sommer von einem Team militärischer und diplomatischer Experten für die britische Premierministerin Margaret Thatcher zusammengestellt worden ist. Obwohl der Bericht ursprünglich als geheim eingestuft wurde und nie veröffentlicht worden ist, wurde uns im Verlauf einer Reihe von Interviews mit hochrangigen Nahost-Delegierten im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York eine Zusammenfassung dieses Berichts zur Verfügung gestellt.



Margaret Thatcher hat sich eine Studie über die Sowjetpolitik der US-Reagan-Regierung zusammenstellen lassen.



Michael Ledeen mit starken ideologischen Bindungen zu Israel beeinflußt die Haltung der US-Regierung.

Ernsthafte Sorgen bei den Briten

In dem britischen Bericht heißt es, seit Jahren würde die strategische Haltung der Reagan Regierung »im Hinblick auf versteckte und offene, militärische Interventionen« durch Denktanks des Establishments beeinflußt. Unter den vorrangigsten dieser Institutionen waren die folgenden in dem Bericht angeführt:

Das Georgetown-Universitätszentrum für Strategische und Internationale Studien, beherrscht von David Abshire, Walter Lacqueur, Michael Ledeen und Edward Luttwak, »die alle starke, ideologische Bindungen zu Israel haben«, heißt es in dem Bericht.

Das Komitee über die gegenwärtige Gefahr, beschrieben als eine »Arbeitsgruppe von Befürwortern der Wiederaufrüstung«, in der Richard Perle, Richard Pipes und Charles Kupperman als die Schlüsselfiguren genannt werden.

Die Heritage Foundation, die unter Führung des Strategie-Experten Colin Gray »mehr israelisch orientierte Konzepte in das amerikanische Strategiedenken eingeführt haben soll, als irgendeine andere Beratungsgruppe«, meint der Bericht.

Westeuropäische und Nahostdiplomaten im UN-Hauptquartier in New York bestätigen, daß das unveröffentlichte Memorandum der Briten ernsthafte Sorgen aufwirft, die von den meisten Verbündeten der USA geteilt werden.

Wird der Golfkrieg ein Atomkrieg?

»Präsident Reagan hat sich mit Verteidigungsexperten umgeben, die der Auffassung sind, daß ein Atomfeuergefecht nicht schlimmer ist als irgendeine andere Art von Kampf«, sagt ein westdeutscher Politikwissenschaftler, der zum UN-Stab seines Landes gehört. »Die gleichen Berater meinen Israel sollte in seinen militärischen Abenteuern unterstützt, ja sogar ermutigt werden. Das ergibt eine gefährliche Kombination.«

Andere ausländische Beobachter stimmten dem zu. »Wir fürchten alle, daß der pro-israelische Trust im Weißen Haus Amerika in einen Krieg ziehen wird und wir werden mit hineingezogen«, sagt Alan de Segonzac, ein langjähriger französischer politischer Kommentator. »Erschreckend ist die Aussicht, daß jede Begegnung am Persischen Golf oder in Nahost zu einer atomaren Auseinandersetzung werden könnte und das bedeutet, daß alles verloren ist.«

»In den ersten Jahren der republikanischen Regierung in Washington verschmolz dieses Netz pro-israelischer Verteidigungsexperten innerhalb der Regierung zu einem harten Kern von Politikern und Projektmachern«, heißt es in dem britischen Aufsatz. »Obwohl es unter diesen Sachverständigen politische und konzeptionelle Unterschiede gab, waren sie verbunden durch eine Begeisterung für Israel und für Atomwaffen.«

Unter Angabe einige der Schlüsselfiguren in diesem Netz heißt es in dem Bericht, daß Kupperman, der bald nach Reagans erster Amtsübernahme als Rüstungskontrollberater ins Weiße Haus einzog, oft die Ansicht vertreten hat, »eine Gesellschaft kann einen Atomkrieg führen und überleben, was lediglich ein weiteres physikalisches Problem darstellt«.

Wichtiger noch: Gray, Luttwak, Perle und Pipes, die zu Reagans engsten nationalen Sicherheitsberatern wurden, teilen die Ansicht, daß ein Atomkrieg »nicht nur durchführbar ist, sondern letztendlich auch gewonnen werden kann«, wie Gray in einem Aufsatz aus dem Jahre 1981 schrieb.

Vollständiger Bruch mit der Tradition

Pipes, der für die Planung der Sowjetpolitik der US-Regierung verantwortlich ist, griff die Wissenschaftler und Strategen an, die vor dem destruktiven Atomwaffenpotential zurückschreckten.

»Atombomben sind nichts anderes als konventionelle Bomben, außer daß sie mehr Durchschlagkraft besitzen«, schrieb Pipes im Jahr 1982. Er beruhigte Präsident Ronald Reagan und meinte, »ein Atomkrieg ist nur eine andere Möglichkeit der Verteidigung, die man ebenso überleben und gewinnen kann wie irgendeine andere Methode der Konfliktaustragung«.

In der britischen Studie wird festgestellt, daß diese Ansichten einen »totalen Bruch mit der traditionellen, strategischen Haltung der USA darstellen, die in den vorhergehenden Regierungen entwickelt worden ist, als man zu der Ansicht kam, daß jede Kampfhandlung durch Atomwaffen in einen nuklearen Holocaust verwandelt würde, das heißt, in einen Kampf, in dem es keinen Gewinner mehr geben kann«.

Europäischen Experten zufolge wurde diese Meinung von übergeordneten Sowjetstrategen geteilt – zumindest in den vergangenen zehn Jahren. Der Sowjetmarschall Vladimir P. Ogorkin schrieb kürzlich, daß »der wirkliche Punkt nicht ist, daß es in einem Atomkrieg keinen Sieger mehr geben wird; der Punkt ist, daß es auch keinen Verlierer mehr gibt. Die ganze Menschheit wird vernichtet werden«.

In dem britischen Memorandum wird davor gewarnt, daß das Zusammenwirken amerikanischer Militärplaner, denen die Interessen Israels über alles gehen und die einen Atomkrieg als eine durchführbare Option betrachten, »in einer Periode der Spannungen besondere Gefahren hervorrufen könnte«. □

LePen Gefahr für die herrschende Elite

Jacques Le Blanc

Der Politiker, der heute in Europa am meisten im Gespräch ist, ist zweifellos der französische Präsidentschaftskandidat Jean-Marie LePen. Drei Wochen nachdem LePen sagte, er könne keine Stellungnahme zu Professor Henri Roques Werk über den Holocaust abgeben, bevor er es nicht gelesen hat, behaupten die französischen Medien weiterhin, LePen würde den Holocaust leugnen.

LePen ist seit über 30 Jahren in der Politik. Er hat den populistischen Kampf gegen die bestrafende Besteuerung, die aufgeblähte Bürokratie, die Invasion von über sieben Millionen Menschen aus der dritten Welt, die Sozialisierung des Bildungswesens und der Gewerkschaften und die Verstaatlichung des freien Unternehmertums bekämpft. Er befürwortet stark die Rede- und Meinungsfreiheit, die von dem gaullistisch-sozialistisch-kommunistischen Establishment, das Frankreich seit Ende des Zweiten Weltkrieges regiert, systematisch abgeschafft wird.

Auf einem Meer von Blut

Die Establishment-Koalition aus Kommunisten, Sozialisten, Gaullisten und Zionisten hat Frankreich in den letzten 43 Jahren wie ein Mafia-Territorium regiert. Der französische Steuerzahler muß den Preis dafür zahlen.

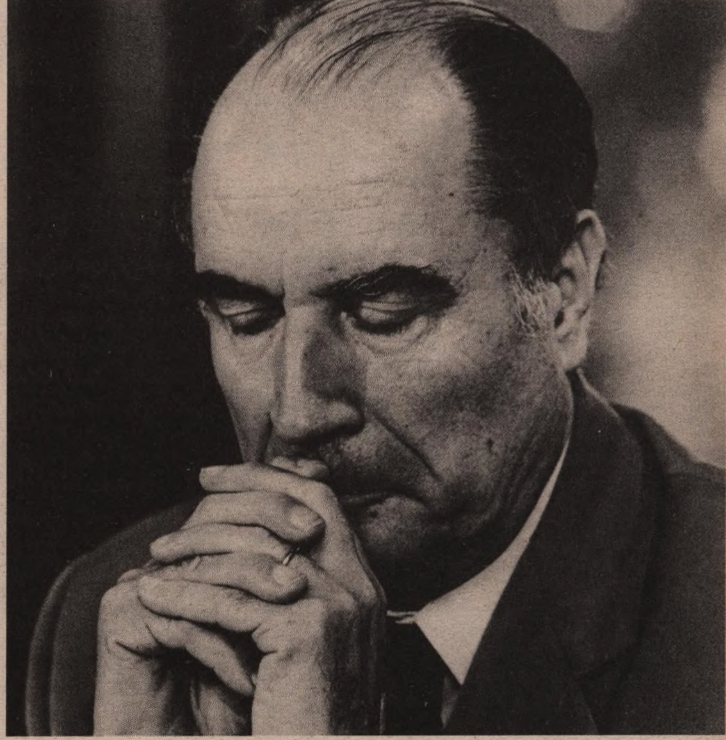


Jean-Marie LePen ist der Champion der kleinen Leute, auf den sie seit 30 Jahren gewartet haben.

Jede dieser Gruppen hat ihre eigene Presse, politische Partei, Vollstrecker und Straßendiebe. Mit monotoner Regelmäßigkeit werden »Wahlen« abgehalten, ein Ritual für eine nicht-existente Demokratie. Alle Kandidaten haben die gleiche Plattform. Sie stehen für höhere Steuern, mehr Regierung, mehr Reglementierung, mehr Sozialisierung, verstärkte Einwanderung von Afrika, weniger Freiheit und mehr Dekadenz auf jeder Stufe.

Seit 43 Jahren haben die französischen Wähler die Wahl zwischen den Politikern, die das gaullistisch-kommunistische Establishment für sie ausgesucht hat: eine niemals endende Scharade einer Stuhlpolonaise.

Die gaullistisch-kommunistische Koalition basiert auf dem Blut von fast einer Million Menschen einschließlich Frauen und Kinder, die zwischen 1944 und 1945 gefoltert und ermordet wurden, weil sie angeblich den Deutschen im Krieg geholfen haben sollen. Diese französischen Staatsbürger wurden nicht nur allesamt hingerichtet, ihr Hab und Gut wurde ihnen auch gestohlen und unter ihren Massenmördern aufgeteilt.



Francois Mitterrands Spiel der Verstaatlichung geschah letztendlich zum Nutzen der Banker-Gemeinde. Inzwischen konnte Rothschild seine Interessen zu einem Bruchteil des ursprünglichen Wertes zurückkaufen.

Mittel der Belohnung und Bestrafung

Aus diesem Meer von Blut wurde die dauerhafte Clique geboren, die Frankreich regiert. Wie ihre französischen revolutionären und bolschewistischen Rollenmodelle, denen sie lauthals die Treue schwören, änderten die gaullistisch-kommunistischen Gevatter die Gesetze, um sie ihren Absichten anzupassen und für immer an der Macht zu bleiben.

Die Gewerkschaften wurden abgeschafft und – wie in der Sowjetunion – durch solche ersetzt, die von der Resistance genehmigt wurden; keine Gewerkschaft kann in Frankreich gebildet werden, wenn sie nicht von der Resistance dazu die Genehmigung erhält. Die Resistance ist der Name für die von General Charles de Gaulle geführte Londoner Gruppe, die gemeinsam von Winston Churchill und Josef Stalin gefördert wurde.

Diese falschen Gewerkschaften repräsentieren in keinster Weise die Arbeiter, stützen sich auf eine Monopolgesetzgebung und lassen die allgemeine Öffentlichkeit ihren Preis zahlen, indem sie die verstaatlichten Industrien vor Wettbewerb schützen sowie durch ungeheure staatliche Subventionen, die der französische Steuerzahler vom Gesetz her zahlen muß.

Der Gewerkschaftsbund ist nicht nur kommunistisch kontrolliert, sondern auch einer der reichsten Landbesitzer in Frankreich. Jährlich fließen über 120 Millionen Dollar an direkten und indirekten Hilfsgeldern in die Taschen der Gewerkschaft.

Gaullisten wie Premierminister Jacques Chirac plazieren ihre Handlanger in hochbezahlte Jobs in defizitären staatseigenen Unternehmen und in Frank-

reichs aufgeblähter Bürokratie. Ihre sozialistischen Brüder wie Präsident François Mitterrand spielen das Spiel der Verstaatlichung zum Nutzen der Bankergemeinde.

Es ist ein Mittel der Belohnung und Bestrafung. Mitterrand verstaatlichte gewinnbringende Unternehmen ohne eine entsprechende Entschädigung – die meisten gehörten Franzosen, die nicht Teil der regierenden Mafia waren –, und er verstaatlichte die Rothschild-Bank und Bergwerksgesellschaften zu ihrem viermaligen Marktwert. Rothschild beschwerte sich dann drei Jahre lang bei seiner New Yorker Bank und wurde schließlich eingeladen, seine Interessen in Paris zu einem Bruchteil des ursprünglichen Wertes zurückzukaufen.

Mitterrands Premier, der Sozialist und Multimillionär Laurent Fabius, konnte ein Gesetz verabschieden, mit dem Antiquitäten und eine bestimmte Anzahl von Kunstgegenständen von der Umsatz- beziehungsweise Erbschaftssteuer befreit wurden, ein äußerst eigennütziger Schritt, da die Familie Fabius Frankreichs reichste Kunsthändler sind.

Der Champion der kleinen Leute

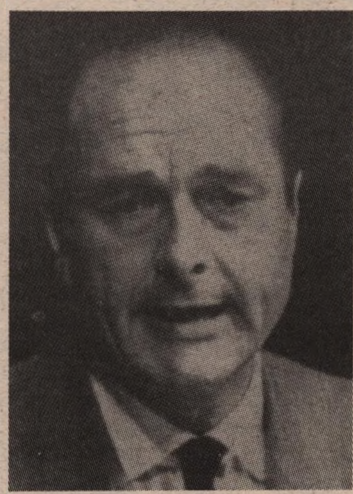
Um sicherzugehen, daß niemand auf die allgemein herrschende Korruption aufmerksam wurde, sorgte das gaullistisch-kommunistische Establishment dafür, daß die Regierung das Rundfunk- und Fernsehnetz kontrolliert, und daß die Zeitungen durch eine komplizierte Gesetzgebung kontrolliert werden.

Wenn trotz alledem die Bürger Frankreichs immer noch den Wunsch verspüren, einen repräsentativen Kandidaten aufzustellen, wurden sie mit byzantinischen Hürden konfrontiert. Das Verhältniswahlrecht war bis vor seiner Einführung vor vier Jahren illegal. Das war die Chance, auf die LePen und die französische schweigende Mehrheit seit 30 Jahren gewartet hatten.

Zum ersten Mal in 40 Jahren bekamen die französischen Wähler die Chance, für jemand anderen zu stimmen als die gegeneinander austauschbaren Genossen, die jahrein, jahraus angetreten waren. Die Kunde ging in jeden Winkel dessen, was die echten Franzosen das wahre Frankreich nennen: »Das ist unsere Chance!«

LePen war der Champion der kleinen Leute, die Kreuzzüge führten gegen massive Besteuerung und all die anderen Übel, die dem Land von der gaullistisch-kommunistischen Mafia auferlegt worden waren. Als er sich mit den Kandidaten seiner Nationalen Front zur Wahl stellte, wurde das Ereignis von den Medien völlig ignoriert.

Nicht so die Gefolgsleute des Establishments, die die Wahllokale Frankreichs bevölkern und ein Arsenal schmutziger Tricks parat haben, um die gegnerischen Stimmzettel ungültig zu machen. Das Gesetz schreibt vor, daß jeder Stimmzettel, der auch nur geringfügig markiert ist, für ungültig erklärt werden muß. Die Stimmzettel mit dem aufgedruckten Namen des Kandidaten oder der Partei werden den Wählern ausgehändigt, die sie dann zusammenfalten und in die Wahlurne werfen.



Premierminister Jacques Chirac plazierte seine Handlanger in hochbezahlten Jobs in defizitären Staatsunternehmen und in der aufgeblähten Bürokratie.

Wenn die Wahlurnen geleert und die Stimmzettel gezählt werden, gehen diese Leute dann ans Werk. Der Stimmenzähler macht sich ein klein wenig Blei oder Graphit unter den Nagel seines kleinen Fingers und beim Abzählen der Stimmzettel setzt er damit rasch ein kleines Zeichen auf den Stimmzettel, der damit dann automatisch ungültig wird.

Bei den letzten Wahlen gelang es diesen intensiv geschulten Stimmenzählern auf diese Weise 10 bis 15 Prozent der Stimmen zu stehlen. In einigen Bezirken stellte die Nationale Front fest, daß bis zu 30 000 Stimmzettel auf diese Weise ungültig gemacht worden waren. Somit hätte die Nationale Front 20 Prozent mehr Stimmen erhalten, wenn es dieses System des Stimmendiebstahls nicht gegeben hätte.

Panik beim Establishment

Das Establishment hat versucht, LePen sowohl politisch als auch persönlich zunichte zu machen. In seinem Pariser Apartment wurde eine Bombe gelegt. Es war ein Wunder, daß seine Kinder lebend entkamen. Die Bombenleger wurden nie gefaßt.

Sein zweiter Mann, ein ruhiger Wissenschaftler mit Namen François Duprat, wurde ermordet, als sein Wagen in eine Falle fuhr. Auch hier wurden die Täter nie geschnappt.

LePens Büro wurde durch Bomben zerstört. Auch da wieder keinerlei Verhaftungen. In über 20 Stadthallen, in denen er erschienen war, wurden entweder Bomben gelegt oder sie wurden stillgelegt, um ihn am Sprechen zu hindern.

Bei Demonstrationen für die Redefreiheit wurde LePen von Strolchen des Establishments angegriffen und sein linkes Auge wurde dabei schwer verletzt. Auch hier wurde niemand verhaftet.

LePen und seine Freunde mußten lernen sich selbst zu schützen. Sie haben ein wirksames Sicherheitssystem entwickelt, das Kandidaten und Freunde gleichermaßen schützt.

Selbst angesichts des ganzen Stimmendiebstahls und all der Angriffe und schmutzigen Tricks gelang es der Nationalen Front immer noch bei den letzten Wahlen 11 Prozent der Stimmen davonzutragen; unabhängige Meinungsforscher sind jetzt ebenfalls der Meinung, daß es 22 Prozent der Stimmen waren.

Das Establishment geriet in Panik. Auch nur jeglicher Anschein von Wettbewerb zwischen Gaullisten und Sozialisten, Zionisten und Kommunisten wurde beiseite geschoben. Plötzlich wurden sie alle eins – vereint gegen LePen und dessen Wählerschaft.

In seiner Panik hat das Establishment sich auf ein umfangreiches Programm eingelassen, im Rahmen dessen Millionen Menschen von Afrika und Asien nach Frankreich gebracht werden sollen, um gegen die Stimmenflucht in das Lager LePens ein Gegengewicht zu schaffen.

Nach einer wahren Invasion von über sieben Millionen Fremden – die Franzosen sind nur 50 Millionen – haben die französischen Arbeiter genug, denn das Hereinströmen von billigen Arbeitskräften hat eine massive Arbeitslosigkeit und eine starke Belastung für den Staatshaushalt geschaffen, um die Fürsorge für die Fremden sicherzustellen.

Die Afrikaner haben oft fünf Frauen und bis zu 20 Kinder, die nach dem französischen Gesetz zu großzügigen »Familienbeihilfen« berechtigt sind, einschließlich Lebensmittelmarken, freier Gesundheitsfürsorge und freier Benutzung von Verkehrsmitteln.

Ein Mann mit 20 Kindern kann sich als Millionär in den Ruhestand begeben und muß für den Rest seines Lebens nicht mehr arbeiten. Für die französische Durchschnittsfamilie mit einem Kind, die sich nach der Decke strecken muß, ist das eine untragbare Situation. Diese Maßnahme ging wie viele andere Spiele der französischen Regierung nach hinten los und die hysterische Kampagne gegen LePen mit der falschen Behauptung, er »bezweifle« den Holocaust, ist die letzte Waffe des Establishments.

In dem Glauben, wenn sie an dem »Tabu der Tabus« rühren – wie der Holocaust in Frankreich bezeichnet wird –, würde LePen endgültig den Rest bekommen, haben die eigennützigen Medien »LePen« zu einem Wort gemacht, das nun in Frankreich in aller Munde ist.

Das französische Volk versammelt sich bereits aus allen Teilen des Landes um den tapferen keltischen Krieger aus der Bretagne, der gegen die Hydra des Internationalismus und Anti-Populismus angetreten ist. □

Jacques Le Blanc ist ein langjähriger Beobachter der französischen Politik.

Frankreich

Kampagne gegen LePen

Beat Christoph Baeschlin

Es lohnt sich, nochmals auf den künstlich entfachten Sturm »moralischer Entrüstung« vom Herbst zurückzukommen. Das Wehgeschrei hat sich nicht auf Frankreich beschränkt, sondern plätscherte über ganz Westeuropa hinweg, um überall nationalistische Gruppierungen einzuschüchtern und »moralisch« zu blockieren.

Als Vorwand für den »Entrüstungssturm« diente ein Radio-Gespräch mit Jean-Marie LePen. Der diensthabende Interviewer war sichtlich beauftragt, das Gespräch auf die nationalsozialistischen Judenmassaker zu lenken. Dabei sollte LePen zu einer Äußerung verleitet werden, die als »Leugnung der Gaskammern von Auschwitz« dienen könnte.

Geplanter »spontaner« Entrüstungssturm

Der Präsident der französischen Nationalen Front weiß natürlich, daß immer wieder versucht wird, ihn als »heimlichen Sympathisanten des Nationalsozialismus« festzunageln. Damit möchte man ihn endgültig als »Rassisten« fertigmachen. In jenem Radio-Gespräch ist Jean-Marie geschickt allen ihm gestellten Fallen ausgewichen. Aber zuletzt wurde er doch etwas nervös und sagte: »Im letzten Weltkrieg sind Dutzende Millionen Menschen umgekommen. Die Judenvernichtung ist ein Teilausschnitt (détail) dieser Tragödie.«

Einen Tag lang blieb es still um dieses Radio-Gespräch, als wäre da nichts Auffälliges gesagt worden. Erst 36 Stunden später wurde plötzlich »spontaner Empörungssturm« ausgelöst. Die Polit-Strategen hatten offensichtlich beschlossen, den seit langem geplanten »moralischen« Feldzug gegen LePen um jeden Preis jetzt zu inszenieren, breitet sich doch eine Meinungslawine zugunsten der Nationalen Front sozusagen unwiderstehlich aus.

Die immer unglaubwürdiger erscheinenden etablierten Parteien der Kommunisten, Sozialisten, Liberalen und Chirac-Gaullisten machen zwar viel Aufhebens mit ihrer politischen Schaumschlägerei, aber jedermann stellt ihre Unfähigkeit fest gegenüber den Plagen, die Frankreich heimsuchen: wachsende Arbeitslosigkeit, wachsende Invasion von Menschen aller Rassen und aus allen Ländern, wachsende Kriminalität, wachsende moralische und kulturelle Zersetzung, und das angesichts einer bedrohlichen Wirtschaft.

Der einzige, der diese Probleme überhaupt beim Namen zu nennen wagt, ist Jean-Marie LePen. Schon genügt es, daß dieser irgendwo auftritt, so strömt ihm das Volk in Massen zu und zahlt gern die geforderten 30 Franc Eintrittsgebühr – ungefähr 10 DM oder 8 Schweizer Franken.

Im Gegensatz dazu bringen die anderen Parteien bei freiem Eintritt und der Mitwirkung von modischen Sängern und Orchestern kaum mittelgroße Säle voll.

Panik im Lager der Etablierten

Es war ein fauler Zauber, sich am Ausdruck »Detail der Weltkriegsereignisse« bis zur Weißglut empört zu geben. Aber die Regie klappte. Planmäßig warfen sich die Massenmedien und die gedruckte Presse die Stichworte zu: »Rechtsextremist«, »Antisemit«, der die Gaskammern der nationalsozialistischen Vernichtungslager herunterspielt, und schließlich windet man sich vor schmerzlicher Empörung und ruft mit letzter Kraft »Rassist«.

LePen: »Etiketten lassen sich nur schwer anbringen. Wir tun, was unsere Wähler von uns verlangen.«

Zum Glück ist das französische Volk schon einigermaßen an dieses große Theater gewöhnt, denn es wird nun in immer kürzeren Abständen von neuem gespielt.

Alles, was Odem hat, erfüllte sein Soll an Entrüstung, wobei jeder sich etwas weiter hinauswagte auf das brüchige Glatteis. In der Schweiz war es die »Neue Zürcher Zeitung«, die den Ton angab. Die sich üblicherweise so überaus biedermännisch gebärdende Zeitung faselte drauflos: LePen sei nun als »unverbesserlicher antisemitischer Rechtsradikaler« entlarvt worden und deshalb sei er »in tiefe Verlegenheit« geraten.

Der verleumderische Charakter des Artikels der »Neuen Zürcher Zeitung« ist besonders daran erkennbar, daß der französische Ausdruck »détail« keck mit »Nebensache« übersetzt wurde, obwohl das in Frankreich wie eine Heilige Schrift verehrte Wörterbuch »Litré« zehn Bedeutungen von »détail« nennt, wovon keine den Sinn »Nebensache« hat, sondern bloß von »Einzelheit«. Die »Neue Zürcher Zeitung« leistete sich da einen groben Verstoß gegen die Regeln seriöser Information.

Und dann fand am 19. und 20. September 1987 das große, zweitägige Volksfest der Nationalen Front statt. Noch nie waren so viele Journalisten, Fotografen und Kameraleute zu einer Veranstaltung von LePen entsandt worden. Alle hatten sie strikten Auftrag, die nötige Dokumentation beizubringen, daß LePen den Zulauf der Volksmassen verloren habe und nun vor leeren Stuhlreihen sein »Demagogentemperament« (»Neue Zürcher Zeitung«) produzieren müsse. Alle waren erfüllt von schadenfreudiger Neugier.

Die Absicht wird immer klarer

Aber es wartete ihrer eine harte Enttäuschung: das Volksfest der Nationalen Front erlebte einen nie gesehenen Erfolg, ja, einen wahren Triumph. Es wurden 200 000 Eintrittskarten gelöst.

Das Hauptereignis war natürlich die große Kundgebung mit Jean-Marie LePen. Angesichts des begeisterten Empfangs durch die riesige Menge der Sympathisanten war dieser sogleich in bester Form.

»Das gegen mich losgelassene Lügenkonzert ist veranstaltet von denjenigen, die unser Land einer zügellosen Invasion durch afrikanische und asiatische Einwanderer preisgeben wollen«, rief LePen aus.

Angesichts der 200 000 Teilnehmer am Fest der Nationalen

Front nimmt es sich kläglich aus, daß die Protestveranstaltung gegen LePen kaum 2000 Leute auf die Beine brachte. Und doch hatten alle Linksparteien, Gewerkschaften, alle sogenannten Antirassismus-Organisationen und alle Geheimbünde zur Teilnahme an dieser Veranstaltung aufgerufen.

Die Anzeichen mehren sich, daß die politisch-ideologischen Linkskräfte und die okkulten Hintergrundmächte darauf hinarbeiten, die westeuropäischen Völker durch Forcierung des Zustroms von artfremden Einwanderern einer Bastardisierung entgegenzuführen. Und obgleich gerade dieselben Kreise lauthals nach Demokratie und Demokratisierung rufen, wollen sie das Volk hindern, zu dieser Schicksalsfrage Stellung zu nehmen.

Darum soll auch LePen gehindert werden, daß er dem Volk klaren Wein einschenkt in bezug auf die tatsächlichen Grundprobleme der heutigen Zeit. Anstatt mit LePen über die von ihm aufgerollten politischen und weltanschaulichen Fragen sich auszusprechen, bemühen sich die herrschende Polit-Mafia und ihre Meinungsmacher, den Präsidenten der Nationalen Front persönlich anzugreifen, ihn »moralisch« zu erledigen, wenn er den Holocaust als »Teilaspekt« des Zweiten Weltkrieges bezeichnet. Das Volk macht da nicht mit.

Das geht zum Beispiel klar hervor aus den Leserbriefen, die der großen liberalen Zeitung »Le Figaro« zugegangen sind. Diese führende bürgerliche Zeitung stimmte zwar in den Chor der Anti-LePen-Hetze ein, als wäre sie ein Organ der Linken. Aber die Leserschaft hat ganz anders reagiert.

Die Redaktion gab bekannt, sie hätte »etwa hundert« LePen-freundliche Zuschriften erhalten und ganze zwei, die im Sinne der redaktionellen Anti-LePen-Entrüstungen lauteten. Aber diese zwei Briefe wurden veröffentlicht, und von den hundert LePen-freundlichen nur vier.

Die eindeutige Reaktion der »Figaro«-Leser zeigt, daß die hysterische Hetze gegen LePen offensichtlich fehlgeschlagen ist. Das französische Volk scheint nicht so dumm zu sein wie die Politiker und Fernsehleute. □

Schweiz

Kampf gegen das Christentum

Beat Christoph Baeschlin

Am Internationalen Bekenntniskongreß in Zürich drängte es sich auf, kurz Rückblende zu halten auf die große Volkserhebung von 1839, als das Volk von Zürich sein reformatorisches Bekenntnis gegen die Regierung verteidigte. In der ganzen Geschichte der Schweiz ist das der einzige Ausbruch hellen Volkszorns in Form einer wahren »Levée en masse«. Interessanterweise richtete sich dieser Volksaufstand ausgerechnet gegen die erste schweizerische Regierung, die die freiheitliche Demokratie eingeführt hatte.

Die neue Züricher Regierung unter Bürgermeister Hirzel war offensichtlich entschlossen, der christlichen Volksfrömmigkeit und dem Evangelium einen tödlichen Stoß zu versetzen. Denn unverzüglich nach dem Staatsstreich vom November 1830 hatten Bürgermeister Hirzel und die Seinen sich ans Werk gemacht, um das Schulwesen zu einer Art Gegenkirche umzugestalten. Der Staatskirche wurde jede Einwirkung auf das Schulwesen abgeschnitten und die Lehrerausbildung sogleich unter Christus-feindlichen Einfluß gestellt.



Religion als »Vorurteil« bewertet

Um die Theologieausbildung derselben Kur zu unterziehen, berief die Regierung als Hauptprofessor den Schwaben David Friedrich Strauss. Dieser hatte 1835 sein Buch über »Das Leben Jesu« veröffentlicht. Die darin verfochtene totale »Entmythologisierung« der Evangelien hatte unverzüglich einen Sturm der Entrüstung in allen christlichen Kreisen hervorgerufen.

Bürgermeister Hirzel war Freimaurer. Das bedeutet, daß er die christliche Religion wie auch jede andere Religion als bloßes »Vorurteil« bewertete. Seine Regierungsmannschaft dachte wohl gleich, denn sie war aus lauter Freimaurern zusammengesetzt.

Eine Bittschrift, die von 80 Prozent aller Wähler des Kantons unterschrieben war, ersuchte die Regierung, die Berufung des Theologen Strauss rückgängig zu machen. Die angeblich aus dem Volkswillen hervorgegangene Regierung wies dieses Volksbegehren mit Verachtung zurück. Da erkannte das Volk, daß die demokratische Staatsführung entschlossen war, die Religion anzutasten.

Am 6. September 1839 rückten die Volksmassen bewaffnet und Psalmensingend in die Stadt Zürich ein, verjagten die Regierung und erzwangen Neuwahlen. Diese ergaben eine klare konservative Mehrheit. Aber der Kampf gegen die christliche Religion ging weiter.

Die stets präsente Hintergrundmacht verzichtete zwar nun auf harte und offene Angriffe; sie ging über zu der Methode unmerklicher Allmählichkeit durch dosierte Steigerung der Bibelkritik. Dann, sobald die Radikalliberalen im Parlament die Mehrheit besaßen, wurde das Helvetische Bekenntnis beseitigt. Der Erfolg blieb nicht aus: im Laufe von 150 Jahren ist die Züricher Landeskirche zu einer Art Folklore abgesunken.

Widerwillen gegen die christliche Religion

Auch dem unbewaffneten Auge wird erkenntlich, daß die liberale Demokratie offenbar einen unterschwelligen Widerwillen gegen die christliche Religion hegt. Das Toleranz- und Pluralismus-Gerede, das dieser Staatsform als Begleitmusik dient, läßt trotzdem erkennen, daß die Theorie dieser Staatsform mit allerhand Geschiebe belastet ist.

Da sind vorab die Menschenrechte zu nennen, die den Dekalog ersetzen und verdrängen sollen, und im weiteren der Kampfruf »Weder Gott noch König!«. Diesen Kampfruf hört man nicht mehr, aber er macht das Schwergewicht im ideologischen Geschiebe aus.

Die erwähnten zwei ideologischen Elemente sind auch heute für die sich als Wächter der Demokratie aufspielenden Geheimbünde unabänderliche Weisungen. Zwar wird die kirchenfeindliche Spitze dieser Kampfparolen heute nicht mehr besonders unterstrichen.

Aber die Hintergrundmächte, die die freiheitliche Demokratie zu lenken beanspruchen, vergessen diese Parolen nicht. Eine realistische Kirchenpolitik muß also voraussetzen, daß diese – heute eher verdeckten – Parolen stets als politische Richtschnur den Kirchen gegenüber gelten.

Wir sind da im Gebiete der Tabus . . . eigentlich der Supertabus. Denn über die zu reden, wird auch von den berufsmäßigen Tabu-Brechern stets sorgfältig vermieden. □



Frankreich

Deutsche Sprache nicht erlaubt

Walter Pal

Wie schön ist es doch, wenn man Freunde hat. Und wie einfach ist es, sich solche zu erkaufen. Verspricht man den lieben Polen den dauerhaften Besitz dessen, was sie den Deutschen geraubt haben, dann werden sie sicher unsere Freunde sein. Spricht man Breslau, den Namen dieser urdeutschen Stadt, so aus, daß man sich fast die Zunge dabei abbeißt, dann darf man gelegentlich auf Kosten der Steuerzahler die lieben »Freunde« dort besuchen. Dabei ist es offensichtlich unbedeutend, daß den noch dort lebenden Deutschen die selbstverständlichsten Menschenrechte vorenthalten werden – etwa die Verwendung ihrer Muttersprache.

Auch im Westen brauchen die Deutschen natürlich Freunde. Dort haben wir sie schon. Mit ihnen dürfen wir sogar üben, wie man gemeinsam die französische Freiheit verteidigen kann, östlich des Rheins, versteht sich.

Es ist ein wahres Glück

Gerade war der Staatspräsident Mitterrand hier zu Besuch. Stürmisch wurde er gefeiert. Als »ein wahres Glück« wertet der deutsche Bundespräsident von Weizsäcker die deutsch-französische Gemeinsamkeit. Und Herr Mitterrand regte an, systematisch die Kenntnis der Partnersprache zu fördern. Er selbst spricht zwar nicht deutsch, dafür aber der deutsche Präsident fließend französisch. Man brauchte keinen Dolmetscher.

Bei den Deutschen ist die Anregung des Herrn Mitterrand nicht nötig. Bemühen sich doch die Bundesdeutschen zahlreich um die französische Sprache, wenn sie alljährlich bei den westlichen »Freunden« ihren Urlaub verbringen. Manch einer betritt kurz hinter Saarbrücken französisches Staatsgebiet und kommt in das schöne Städtchen Sarreguemines. Da fangen die Bundesbürger sogleich an, sich ihrer aus vergangener Schulzeit geretteten französischen Vokabeln zu erinnern. Dabei sind sie in Saargemünd, und man spricht deutsch dort seit altersher.

Die Thomaskirche in Straßburg. Die deutsche Volksgruppe im Elsaß wird von verbündeten, westlichen Freunden unterdrückt.

Auch in Fénétrange ist das so, denn es heißt Finstringen. Und in Saverne (Zabern), in Requewihr (Reichenweier), Châtenois (Kestenholz), La Petite Pierre (Lützelstein), Sainte Marie aux Mines (Markirch) und und und . . .

Die Deutschen im Elsaß und in Lothringen fühlen sich im Stich gelassen von ihren Landsleuten jenseits des Rheins. So muß denn ihr seit Generationen geführter Abwehrkampf erlahmen. Tatsächlich ist es soweit, daß besonders die Jüngeren kaum noch ihre Muttersprache beherrschen.

Wie sollten sie auch, ist doch diese ihre eigene Sprache im eigenen Land zur Fremdsprache erklärt worden. Landfremde Beamte hat man ihnen vor die Nase gesetzt. Gesetze, Erlasse, Verordnungen werden nur in französischer Sprache veröffentlicht. Eingaben, Steuererklärungen etwa, in deutscher Sprache sind nicht erlaubt. Und stirbt ein lieber Verwandter, so darf man die Todesanzeige in der Zeitung nicht in der eigenen Sprache abfassen.

Da schreiben Schulbehörden in ihrem »Reglement« den Kindern vor, nicht nur im Unterricht, sondern auch in der Pause, im Schulbus und auf dem Heimweg nur französisch zu reden. Wenn sie deutsch oder Elsässer Mundart miteinander sprechen, werden sie bestraft.

Die deutschen Ortsnamen sind weitgehend französisiert. Auf Ortsschildern, Landkarten, in Telefonbüchern sind nur die neuen Namen zugelassen. Mit den größeren Orten begann man. Kleinere folgten und zunehmend werden nun auch Straßen- und Flußnamen geändert. Ältestes Sprachgut wird so planmäßig verfälscht.

Diese Unterdrückung einer Volksgruppe verstößt gegen alle international anerkannten Rechtsbestimmungen. Aber in Bonn stört das niemanden. Sind es doch »Freunde«, die dieses Verbrechen begehen. Sind es doch Deutsche, an denen dieses Verbrechen begangen wird.

Lohnt es, für sie »das wahre Glück« zu trüben? Ist nicht die Befreiung einiger Schwerverbrecher im fernen Chile viel wichtiger oder die Unterstützung kommunistischer Mörderbanden im südlichen Afrika? Nur einmal streifte der Blick des lieben Gastes einige kritische Transparente: »Freiheit für die Kanaken auf Neukaledonien!« hieß es da.

Buhlen um das Wohlwollen

Freundschaft kann man auf solche Weise nicht kaufen. Wenn die Nachbarn in Ost und West den Raub verdaut haben, werden neue Preise fällig für die »Freundschaft«. Wo die fortgesetzte Erpressung enden wird, kann sich ein jeder ausrechnen. Nie hat die Welt die Schuld am Untergang eines Volkes bei dessen Nachbarn gesucht.

Buhlen um das Wohlwollen und die Freundschaft der Nachbarn ist keine Diplomatie, keine Politik, das ist Schwäche. Es ist an der Zeit, daß in Deutschland wieder deutsche Politik gestaltet wird. Das allmähliche Erwachen müssen wir fördern durch noch mehr Information und Aufklärung weiter Kreise über die Stümperhaftigkeit der gegenwärtigen Politik hier im Lande. Nicht nachlassen! □

NATO

Alte B-52-Bomber kommen nach Europa

Alec de Montmorency

Unter dem Abkommen mit der Sowjetunion, das derzeit verhandelt wird, hat das amerikanische Verteidigungsministerium in Erwägung gezogen, alte B-52 Kampfbomber zur Verteidigung des Kontinents nach Europa zu entsenden, wenn der Abzug der amerikanischen Raketen nach diesem Abkommen stattgefunden hat. So lauteten Berichte, die in den amerikanischen Establishment-Medien veröffentlicht wurden.

Die offensichtliche Frage ist hier: Wie können diese 25 bis 30 Jahre alten Flugzeuge, die angreifbar sind für sowjetischen Boden-Luft-Raketen – wie sich bereits in Vietnam gezeigt hat –, ihre Aufgabe gegen die Warschauer-Pakt-Streitkräfte erfüllen, wenn sie nicht mit irgendeiner geheimen Einrichtung oder entsprechenden Ausrüstungen versehen sind?

Die Blue Diver sind Energiefresser

Die andere Seite der Gleichung besteht aus einer beiläufigen Bemerkung der britischen Premierministerin Margaret Thatcher dahingehend, daß die britischen Kampfbomber Vulcan und Victor wieder als Abschreckungsmittel Großbritanniens eingesetzt werden könnten.

Vor einem Vierteljahrhundert stellten die B-52-Bomber der amerikanischen Luftwaffe und die Vulcans und Victors der britischen Luftstreitkräfte das Arsenal der anglo-amerikanischen Abschreckung dar. Auf europäischem Boden wurden sie durch Mittelstreckenraketen ersetzt.



Caspar Weinberger sorgte noch vor seinem Ausscheiden aus dem Amt für die Verlegung der B-52-Bomber nach Europa.

Diese Raketen sind heute der Schlüssel für die vorgeschlagene Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.

Als sie ausgetauscht wurden, waren die Vulcans und Victors mit einer vier Tonnen schweren elektronischen Einrichtung mit dem Codenamen »Blue Diver« ausgerüstet, die bei Aktivierung einen magnetischen Sturm erzeugten, mit dem feindliches Radar gestört und feindliche Luftabwehr geblendet wurde.

Die ursprüngliche »Blue-Diver«-Einrichtung verbrauchte über die Hälfte der Auftriebskraft



Von links: Robert und John F. Kennedy mit ihrem Vater Joseph, der US-Botschafter in London war.



Eine eingemottete Flotte B-52-Bomber auf dem Davis-Monthan-Luftwaffenstützpunkt in Arizona.

NATO

Alte B-52-Bomber kommen nach Europa

und der elektrischen Energie, die von den vier Triebwerken der Vulcans und Victors erzeugt wurde. So plante man, daß die Vulcans und Victors in Staffel angreifen sollten, so daß ein Flugzeug mit »Blue Diver« benutzt wurde, um den Angriff des anderen Flugzeugs zu »decken«.

Das System ist erfolgreich im Oktober 1961 bei der Operation Skyshield II zum Test der Luftabwehreinrichtungen Nordamerikas eingesetzt worden. Die B-52-Bomber und Vulcans flogen von ihren Stützpunkten in England eine Route entlang, die über den Nordpol und Kanada führte und so dann über eine Reihe größerer amerikanischer Städte wie New York, Washington, Detroit, Chicago, San Francisco und Los Angeles.

Die Ergebnisse sind streng geheim

Die B-52-Bomber wurden von kanadischen und amerikanischen Radareinrichtungen geortet, doch die vier Vulcans, die bei der Übung dabei waren – ausgerüstet mit Blue Diver –, überflogen die kanadischen und amerikanischen Städte ohne geortet zu werden.

Die Ergebnisse von Skyshield II sind im NATO-Bereich streng geheim gehalten worden. In England wurden sie von Chapman Pincher publiziert, einem Wissenschaftler und Autor, der damals beim »Daily Express« angestellt war und der das System mit Genehmigung des britischen Verteidigungsministeriums beschrieben hat. Pincher hat den Bericht geschrieben, nachdem er persönlich die Funktionsweise des Systems beobachtet hatte.

Die Existenz der damals neuen Einrichtung hat den damaligen amerikanischen Verteidigungsminister Robert Strange McNamara verärgert. Der Grund: das damalige Abkommen zwischen dem US-Präsident John F. Kennedy und dem sowjetischen Diktator Nikita Chruschtschow nach der Kubakrise.

Aus diesem Abkommen ging hervor, daß die Vereinigten Staaten und die UdSSR die einzigen Supermächte auf der Welt sind und alle anderen Länder – einschließlich England – einem der beiden Systeme untergeordnet sind.

Es folgte der sogenannte »Nassauer Vertrag« zwischen Kennedy und dem britischen Premierminister Harold MacMillan, mit dem die britische Abschreckung derjenigen der Vereinigten Staaten untergeordnet wurde.

Es gab jedoch eine Ausweichklausel: Großbritannien konnte seine Atomwaffen und Kampfbomber in der NATO benutzen, falls sie zur unmittelbaren Verteidigung des Landes gebraucht würden.

In britischen Publikationen ist behauptet worden, die Briten hätten Blue Diver den Amerikanern angeboten, doch das Geschäft sei von der Kennedy-Regierung verworfen worden, weil darin kein Geld für amerikanische Rüstungsunternehmen enthalten war.

Über die Existenz der Blue Diver wird nach über 25 Jahren noch immer schwer getuschelt. Aus Berichten in technischen Publikationen geht jedoch hervor, daß die britische Forschung weitergegangen ist.

An Bord Atombomben

Durch die Verwendung neuer Legierungen, die in den letzten Jahrzehnten entwickelt worden sind, ist das Gewicht der Blue Diver von den ursprünglichen vier Tonnen auf zwei Tonnen reduziert worden. Durch neue Elektronik ist auch der Energiebedarf gesenkt worden. So könnten die B-52-Bomber mit der Deckung ausgerüstet werden und trotzdem ohne Schwierigkeiten auch noch eine erhebliche Menge an Atomwaffen mit sich führen.

Britischen Quellen zufolge haben Großbritannien und die Vereinigten Staaten einen Vertrag zur Ausrüstung von amerikanischen Flugzeugen mit der britischen Einrichtung beschlossen. Als ein quid pro quo, so diese britischen Quellen, wird Großbritannien bei seinen Vulcans und Victors amerikanische »Stealth«-Technologie – die Technologie der Schleichbomber – benutzen.

Die B-52-Bomber, Vulcans und Victors werden also zur Verteidigung Europas wieder herangezogen – mit Nuklearwaffen ausgerüstet und mit Deckungseinrichtungen, während die Schlagzeilen in den amerikanischen und europäischen Establishment-Medien eine »Entfernung der nuklearen Bedrohung des europäischen Kontinents« verkünden. □

Elite gegen ethnische Minderheiten

James Marshall

»Russismus« ist der Begriff für »russisches Elitentum und Herrschaft über alle anderen Sowjets«. Diese wichtige Geschichte ist von den wichtigsten westlichen Medien ignoriert worden, die es vorziehen die Vereinigten Staaten und Südafrika zu verunglimpfen, indem sie Beispiel von »Rassismus« in diesen Ländern hochspielen.

Experten haben die erheblichen Ausbrüche von Gegnerschaft gegen das Russentum im letzten Jahr als Beispiele »sowjetischer Apartheid« bezeichnet, doch die Establishment-Medien ziehen es vor, sich auf Südafrika zu konzentrieren und hoffen, daß die Probleme ihrer kommunistischen Freunde sich unbemerkt auflösen werden.

Besondere Klassen in der klassenlosen Gesellschaft

Die pro-sowjetischen Liberalen können die Wahrheit nicht länger unterdrücken. Die UdSSR zeigt in ihrem Sozialgefüge ernsthafte Risse – größere spaltungs-verursachendere Risse als Amerikas Rassenkonflikte der sechziger Jahre.

Türkische Minderheiten in Kasachstan, der größten nicht-russischen Republik in der Sowjetunion, haben gegen den Russismus getobt und revoltiert. Studenten haben in Alma-Ata zu Tausenden die MVD (uniformierte Miliz) und den KGB, die sowjetische Geheimpolizei, herausgefordert und Slogans gesungen mit dem Text: »Kolbin, geh zurück nach Rußland!«

Gennady V. Kolbin ist der neu eingesetzte erste Sekretär der Kommunistischen Partei von Kasachstan und Russe, der Nachfolger des ehemaligen Parteichefs Dinmukhamed Kunaev, der der ethnischen Minderheit von Kasachstan entstammte und der »Säuberung« zum Opfer fiel.



Bauern aus Taschkent. Sie sind Moslems und stehen ethnisch dem Volk Afghanistans näher als den Russen.

Die Bewohner Kasachstans sind ein türkisches Volk und Moslems.

Die maßgebende Zeitschrift »Journal of Defense and Diplomacy« bemerkte, daß Kunaev vor kurzem gründlich verurteilt und am 26. Juni 1987 aus der Partei entlassen worden ist, obwohl er seit 20 Jahren ein volles Mitglied des Zentralkomitees und ein Schützling von Leonid Breschnew war.

»Sowjetische Experten (Sowjetologen) können sich an keine durchgreifendere Verurteilung eines Moskauer Spitzenbeamten seit den fünfziger Jahren erinnern«, heißt es in dem »Journal«.

Russen führen bei Russen keine Säuberungsaktionen durch und diese besondere »Klasse« von Menschen in der sogenannten »klassenlosen Gesellschaft« setzt sich trotz wachsendem Groll weiterhin durch. Die Tatsache, daß man auf Russisch als erster Sprache und speziellen Machtpositionen für Russen in der Armee beharrt, hat zu zahlreichen Problemen für die sowjetischen, bewaffneten Streitkräfte geführt.



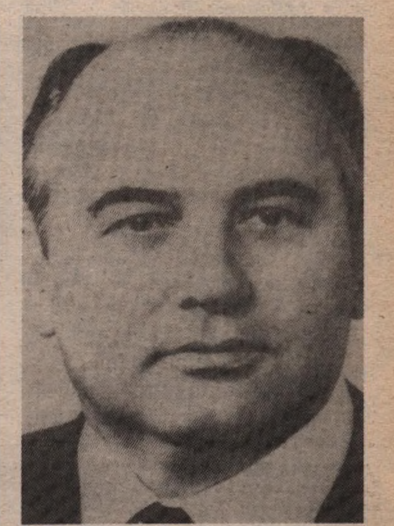
Dirmukhamed Kunayev entstammte der ethnischen Minderheit von Kasachstan und fiel der »Säuberung zum Opfer«.

Offenheit gegenüber der Kritik

Die russische Minderheit, die sich selbst für die natürlichen Führer der kommunistischen Union hält – über hundert Nationalitäten mit ebenso vielen oder noch mehr verschiedenen Sprachen, die sich über eineinhalb Kontinente und elf Zeitzonen erstrecken –, hat – einem russischen Schriftsteller zufolge – das Gefühl »von feindlichen Kräften, selbst im eigenen Land umgeben zu sein«.

Während die sowjetische Regierung ständig proklamiert, daß dieser Völkerkomplex eine »einzige Familie ist, eingebunden in einer internationalistischen Solidarität«, ist die harte Wahrheit, daß ständig Rassenunruhen stattfinden.

Die moslemischen Proteste in Kasachstan sind nur ein Beispiel sozialer Unruhen. Der Russismus umfaßte die drei baltischen Staaten – Litauen, Estland und Lettland –, die Ukraine, die Moldau und die moslemischen zentralasiatischen »Republiken«.



Michail Gorbatschow spricht von Freiheit, doch er zwingt die Minderheiten in der UdSSR unter russische Herrschaft.

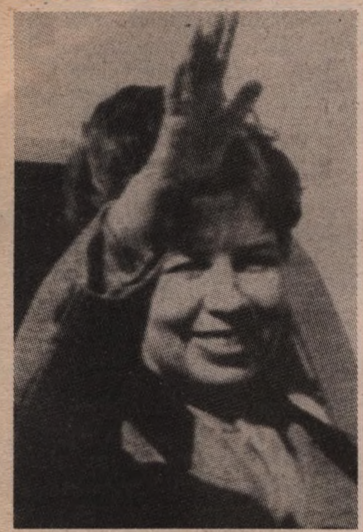
Die Invasion Afghanistans fand keinen großen Zuspruch in den moslemischen Republiken und Deserteure aus der Sowjetarmee in jenem kriegs-geschüttelten Land können von den bitteren Ressentiments erzählen, von denen die sowjetischen Streitkräften unterlaufen wurden.

Die Haltung des Russismus ist durch die Ankunft Michail Gorbatschows nicht geschmälert worden trotz dessen in den Medien hoch gespielter »Glasnost«-Politik oder der Politik der »Offenheit gegenüber Kritik«.

Unter Gorbatschow hat eine neue Clique von »Russisten« alle Schlüsselpositionen innerhalb der Partei eingenommen. In der UdSSR bedeutet das Wort »patriotisch« heute ein »harter Ver-

UDSSR

Elite gegen ethnische Minderheiten



Raisa Gorbatschow, die Frau des sowjetischen Parteichefs, hat eine führende Rolle in Moskaus Programm der Russifizierung.

fechter der russischen Ideale sein«. Diese Definition stammt direkt von General Dimitri A. Volkogonov, dem zweiten Boß des politischen Apparats in der Sowjetarmee, der vor kurzem schrieb, daß zu den russischen Qualitäten gehören: »Kollektivismus, eine hohe soziale Verantwortung, hohes Pflichtbewußtsein und die Bereitschaft jederzeit zur Verteidigung des Vaterlandes bereit zu stehen.«

»Vaterland« bezieht sich zum Leidwesen der anderen ethnischen Minderheiten offensichtlich auf Rußland.

Rückkehr zu Stalins Mitteln

Raisa Gorbatschow, die Jackie Kennedy des Kreml, ist jetzt zu »einer Führerfigur in der neuen russischen Kultur« geworden, die die russischen kulturellen Traditionen unterstützt und alles Nichtrussische bekämpft.

Die »Russisten« sind sogar soweit gegangen, auf die Geschichte zurückzugreifen und Erinnerungen an die Heldentaten des zaristischen Rußland wachzurufen, während alle nicht-russischen Traditionen anderer Volksgruppen heruntergespielt werden.

Der Russismus hat natürlich die Ressentiments gegen ethnische Minderheiten vergrößert, die mit Sicherheit in einem solch großen und verschiedenartigen Reich existieren. Um das »Wiederaufleben des Nationalismus«, der in den verschiedenen Republiken seine Blüten treibt, zu bekämpfen, greift das gegenwärtige Regime auf »traditionelle stalinistische Mittel« zurück.

So heißt es im »Journal«: »Säuberungsaktionen bei Beamten der ethnischen Minderheiten – hier sind nicht-russische gemeint – von der Spitze bis nach unten im Kaukasus und Zentralasien in den letzten zwei Jahren waren Teil des Russifizierungsprozesses. Aus Moskau abgesandte Russen haben in der nicht-russischen Republik, dem Territorium, der Provinz oder dem Distrikt die Position des ersten Sekretärs eingenommen oder sind häufiger noch zweiter Sekretär geworden – zuständig für Personal. Im allgemeinen ist auch der KGB- und MVD-Befehlshaber in der jeweiligen Region russischer Abstammung.«

In dem Blatt wird weiter betont, daß das gleiche Muster sich auch in den jüngsten Veränderungen bei der Zusammensetzung des Zentralkomitees der Partei zeigt und den Befehlshabern der 16 Militärdistrikte in der ganzen UdSSR: »Im ganzen Land ist es in den letzten Jahren häufig zum Austausch des Chefs der Sicherheitspolizei (KGB) oder der uniformierten Miliz (MVD) in einer nicht-russischen Region durch Slawen gekommen, egal, welche Nationalität der ausgetauschte Beamte hatte – so beispielsweise die Entlassung eines Ukrainers als hochrangiger KGB-Beamter in der Industriestadt Voroshilovgrad.

Angehörige nicht-russischer Volksminderheiten sind durch Russen ersetzt worden oder wenn Angehörige einer anderen ethnischen Volksminderheit (Nicht-Russen) auf Posten gesetzt wurden, so kamen sie von anderswo her und der zweite Mann ist dann immer ein Russe.«

In einer Rede, die er im Jahr 1986 in der Ukraine gehalten hat, passierte Michail Gorbatschow im Radio ein »Versprecher«, als er sagte: »Rußland – ich meine, die Sowjetunion, wie es jetzt heißt . . .« □

Weltrevolution

Freiheitskämpfer hoffen auf USA

James P. Tucker

Freiheitskämpfer aus allen Teilen der Welt kamen in Washington zusammen, um darüber zu berichten, daß der Weltkommunismus an Boden verliert, und um von den Vereinigten Staaten zu verlangen, die Förderung der sowjetischen Expansion zu stoppen.

Die Freiheitskämpfer kamen aus Mozambique, wo die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten ein marxistisches Regime finanzieren, das 80 Prozent seines Territoriums an die antikommunistischen Renamo-Kräfte verloren hat.

Kein Platz für Armand Hammer

Viele kamen aus Afghanistan, wo die sowjetischen Invasionstruppen starke Verluste erlitten haben und die Widerstandskräfte verspätete und mit Widerwillen ausgeführte Materiallieferungen von Washington erhielten.

Doch Washington hat auch die »Friedensverhandlungen« zwischen den eingefallenen Sowjets und deren installierter Marionettenregierung unterstützt – also eigentlich Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und sich selbst. Das amerikanische Außenministerium schaut auch wohlwollend zu, wenn der linke Finanzier Armand Hammer den Logan Act verletzt und für die Sowjetunion »verhandelt«.

Nicaragua war natürlich auch gut vertreten. Es waren antikommunistische Kräfte aus Äthiopien, Kambodscha, Laos und Angola zugegen. Ihre Anwesenheit und die verwerfliche Geschichte von Amerikas direkter und indirekter Unterstützung des sowjetischen Expansionismus wurde von den Establishment-Medien praktisch ignoriert. Die »Washington Post« hatte Platz für eine Lobrede auf Hammers gegenwärtige Mission im Namen der Sowjetunion.

»Wir werden den Sieg erlangen, egal wie«, sagte Adolfo Calero, ein Führer des nicaraguanischen Widerstands, in einer Rede vor dem US-Beratungsausschuß im Kongreß, der die Treffen förderte. Calero bezog sich auf Führer im US-Kongreß, die sich heftig gegen jede Unterstützung jener Kräfte aussprechen, die sich den kommunistischen Sandinistas widersetzen, die jetzt Nicaragua kontrollieren.

Die Warnungen Caleros und anderer Führer von Widerstandskräften auf der ganzen Welt wurden von vielen Abgeordneten wohlwollend aufgenommen. Die Senatoren Jake Garn und Bennett Johnston gehörten zu Vorsitzenden der Veranstaltung. Obwohl der damals noch amtierende amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger in einer Tischrede geflissentlich davon sprach, die US-Regierung werde weiterhin um Hilfe für die Contras kämpfen, die sich dem Kommunismus in Nicaragua widersetzen, und fortfahren, Afghanistan mit Waffen zu versorgen, herrschte doch das Gefühl vor, daß Amerikas Willen schwach ist.

Die Niederlage einem Sieg vorziehen

»Die US-Regierung ist im Augenblick nicht am Gewinnen«,

sagte Curt Windsor, der ehemalige Botschafter in Costa Rica. Er nannte Amerikas Politik der Unterstützung des kommunistischen Regimes in Mozambique – zusammen mit der Sowjetunion – einen »groben Fehler«.

Von dem mangelnden Unternehmungsgeist der USA oder der regelrechten Unterstützung der Kommunisten an Orten, wo die Freiheitskämpfer sich dem sowjetischen Expansionismus widersetzen, sagte Windsor, die amerikanische Politik scheint darauf aus zu sein, »die Niederlage einem durchaus wahrscheinlichen Sieg vorzuziehen«.

In seinen ersten Amtsjahren im Weißen Haus proklamierte der Präsident eine Art globaler Monroe-Doktrin des Widerstandes gegen kommunistische Expansion auf der ganzen Welt. Doch aufgrund der Obstruktion von seiten der Berufsbürokraten im amerikanischen Außenministerium sagten Widerstandsführer in Interviews, Reagan sei damit kläglich gescheitert.

Während Unterstützung für Afghanistan proklamiert wurde, das im Jahr 1979 von Sowjettruppen überfallen wurde, war die Unterstützung bis vor kurzem gering, kam verspätet und nur ungern. Drei Jahre lang waren die Afghanen nach Washington gekommen und fragten lediglich nach kleinen Handwaffen, doch die Hilfe der Amerikaner hat niemals ihren Weg bis zum Schlachtfeld gefunden.

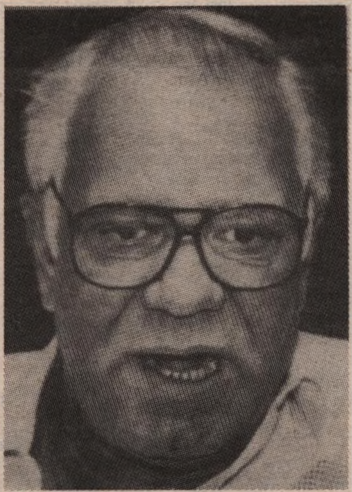
Dennoch gelang es der afghanischen Bevölkerung, den Sowjets erhebliche personelle Verluste zuzufügen, die Gefolgschaftstreue zu mindern, die Kampfmoral zu schwächen und in Moskau politische Probleme zu schaffen. Nachdem im Feld deutliche Fortschritte erzielt worden waren, wurde die amerikanische Hilfe sichtbarer und die sowjetischen Verluste sind ungeheuer groß.

»Wir sind natürlich sehr dankbar«, meinte ein afghanischer Führer, den man in der Lobby angesprochen hatte. »Doch um wie vieles weiter wären wir schon, wenn die Hilfe in dem Moment gekommen wäre, als sie versprochen war? Mußten die Amerikaner abwarten, bis wir am Gewinnen sind, bevor sie uns zu Hilfe kamen?«

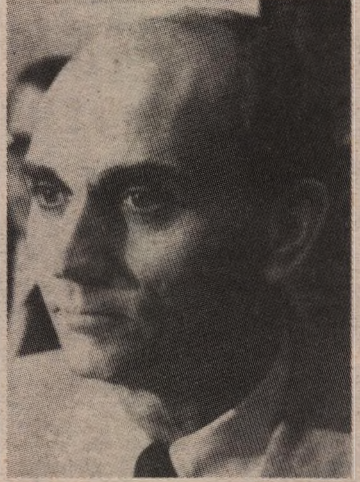
Im marxistischen Angola haben die Freiheitskämpfer der von den Sowjets gestützten Regierung und den kubanischen Truppen ebenfalls starke Verluste zugefügt. Hier waren die Vereinigten Staaten unter Druck, der Regierung zu helfen, weil Südafrika ebenfalls seine Sicherheit schützt, indem es die Antikommunisten unterstützt.

»Helfe deinem Feind« als US-Politik

Während Südafrika ein streng pro-westliches Land ist, versuchen andere westliche Länder es als Bestrafung für die Apartheid – eine innenpolitische Trennung der Rassenentwicklung – wirtschaftlich zu isolieren, während man mit den blutrünstigen Regierungen im Kreml und in Rotchina Handel treibt.



Adolfo Calero, Führer des nicaraguanischen Widerstandes: »Wir werden den Sieg erlangen, egal wie«.



US-Senator Jake Garn gehörte zu den Sponsoren der Tagung der Freiheitskämpfer in Washington.

Vor kurzem, als die angolanischen Widerstandskämpfer dem Gegner hohe Verluste zufügten, schickte die Regierung die gleichen Stinger-Flugzeugabwehrraketen nach Angola, die in Afghanistan so wirkungsvoll eingesetzt worden sind.

Unter Bezugnahme auf die »gescheiterte« US-Politik des »Helfe deinem Feind«, bis er anfängt zu verlieren, und helfe dann dem Gewinner Freiheit zu erreichen, überlegte ein Mitglied aus der Contra-Umgebung laut, ob Amerika »uns wohl helfen wird, wenn wir gewonnen haben«.

Im Fall Nicaragua jedoch hat die Reagan-Regierung die Hilfe der Contras ständig befürwortet und es ist der US-Kongreß, der diese Politik durchkreuzt hat, indem er Hilfe verweigerte – wie von anderer Seite rasch betont wird.

Marcos Samondo, der Führer der UNITA-Freiheitskämpfer in Angola, sagte, seine Streitkräfte kontrollieren einen Großteil des Landes. Der Kreml hat jedoch eine Milliarde Dollar geschickt, damit seine Marionettenregierung dort 47 000 Kubaner und 2200 sowjetische Soldaten, die dort kämpfen, bewaffnen kann.

Er sagte, seine Streitkräfte hätten wenige Tage zuvor 182 Sowjetpanzer »voll mit Waffen« und anderer Hardware gekapert, mit denen seine Streitkräfte bis »weit ins nächste Jahr hinein« gut versorgt sein werden.

Von Äthiopien, wo die weithin ignorierten Freiheitskämpfer einem weiteren kommunistischen Regime Widerstand leisten, kam Yonas Deressa, um um »eine Handvoll getrockneter Bohnen, einen Sack Mehl« zu bitten. Er sagte, seine Truppen könnten für 20 Cents pro Tag ernährt werden.

In einem politischen Papier über Nicaragua, das bei dem Treffen kursierte, sprach die Amerikanische Sicherheitsrats-Stiftung von einem Blockadevorschlag Nicaraguas, der zum ersten Mal ungefähr im Juli 1986 aufgebracht wurde und seither von zahlreichen militärischen und politischen Führern vertreten wird.

Eine trübe Lektion in Geschichte

Während der alte Blockade-Plan eine totale Luft- und Seeblockade verlangt, schlägt die Stiftung folgendes vor:

»Die Regierung sollte Pläne für ein Verbot jedes Seetransports nach Nicaragua aufstellen. Die amerikanischen Marinestreitkräfte sollten so stationiert werden, daß alle Lieferungen von militärischem Gerät und Personal an die Sandinistas unterbleiben. Eine Luftblockade oder Abfangeinrichtungen sollten vor oder gleichzeitig mit anschließenden Aktionen erfolgen.«

Die Vertreter des alten Blockadeplans blieben jedoch bei ihrem Vorschlag, daß eine vollständige Blockade am erfolgreichsten wäre, um die kommunistische Regierung Nicaraguas mit geringen Kosten und so wenig Blutvergießen wie möglich zu Fall zu bringen. Der Plan der Stiftung über die teilweise Blokkade verlangt auch nach Plänen, »die amerikanischen und alliierten Streitkräfte« zum Kampf zu zwingen, wenn sich die Widerstandskräfte als »ineffektiv« erweisen.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war eine trübe Lektion in Geschichte von Eshan Jan Areef, einem weiteren Führer aus dem Widerstand Afghanistans: »Die Sowjets sind mit der Eroberung Afghanistans nicht zufrieden. Pakistan kommt als nächstes dran. Dann geht es weiter zum Indischen Ozean und an die Eroberung der Ölfelder.«

Areef nannte die Reihe von Ländern, die unter sowjetische Kontrolle gefallen sind: sieben vor 1922, drei im Jahr 1939 und 20 weitere zwischen 1944 und 1948, acht von 1950 bis 1968 und 14 seit dem Jahr 1975.

»Wir haben also etwa 50 Länder verloren«, sagte er. »Wir werden mit Sicherheit noch mehr verlieren, eines nach dem anderen, bis zu dem Punkt, wo unsere Freunde und Kollegen, die für die Politik auf der Welt verantwortlich sind, feststellen werden, daß sie einen Fehler gemacht haben.« □



Südafrika

Warnung an P.W. Botha

S.E.D. Brown

Ein böses Omen für die National Party! Die Tatsache, daß sie in den Wahlen vom 6. Mai 1987 123 Sitze gewonnen hat gegenüber den 22 Sitzen der Konservativen gibt nicht das richtige Bild wieder. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß die Sitze der National Party wie Kegel fallen werden, behaupten die Experten. Wenn morgen Wahlen stattfinden würden, bekämen die Konservative Partei sofort 30 Sitze mehr, da die Wähler der Konservativen Partei diese Partei als Partei der weißen Einheit (White Unity) wählen würden. Es könnten der National Party auch noch einige andere Sitze am Rande verlorengehen, was für die Konservative Partei rund 40 Sitze ergeben würde.

Jedes politische Ereignis, das dann einen Umschwung zur konservativen Rechten bringen würde – in der Größenordnung von 12 Prozent – würde der Konservativen Partei die nötigen 84 Sitze bringen, um eine Mehrheit im weißen House of Assembly zu kommen. Ein weiterer Verlust an Wählerstimmen der PFP an die National Party würde nichts an einem möglichen Sieg der Konservativen Partei ändern, denn PFP-Wähler kommen nicht aus den Reihen der Konservativen Partei.

Radikale Linkswende der National Party

Nach Meinung der Experten gibt es zwei Gründe für die Überlegenheit der Konservativen. Einer ist das »Westminster«-Wahlsystem in isolierten Wahlkreisen. Der andere ist die fast ideale Verteilung der konservativen Wählerstimmen in der Republik.

Die National Party ist heute in der politischen Situation Südafrikas in der prekärsten Lage: da sie eine radikale Linkswende genommen hat, hat sie nicht mehr die starke Position der konservativen Rechten inne.

Kurz gesagt: Die National Party wird die nächsten Wahlen mit Sicherheit an die Konservative Partei verlieren – ob im Jahre 1989 oder 1992 –, es sei denn, sie ändern das Wahlsystem oder die Wählerschaft oder beides – oder durch irgendeine andere Art von Manipulation, die für den südafrikanischen Staatspräsidenten so typisch ist.

Die zunehmende Überlegenheit der Konservativen Partei ist kaum ein Lob für die National Party und den Staatspräsidenten, die keine oder nur wenig Zeit verloren haben bei dem ersten und effektivsten Gegenzug der Partei, um die am leichtesten gewonnenen Wahlen zu gewinnen, einen großen Sieg, gegenüber der überhandnehmenden Konservativen Partei, indem sie Schritte zur Verfassungsänderung unternahmen und die Wahlen der Weißen im Jahr 1989 absagten. Das war ein eindeutiger Versuch eine Konfrontation mit der Konservativen Partei hinauszuzögern, von der sie wissen, daß die Konservativen sie gewinnen könnten.

Tag für Tag ein bißchen mehr verkaufen

Es war nur natürlich, daß die National Party äußerst abgeneigt sein würde sich erneut der zunehmend konservativen Wählerschaft so bald zu stellen, wo ihre Pläne zur »Machtteilung« mit den Schwarzen noch nicht sehr weit gediehen sind – und der weißen Wählerschaft Stück für Stück und jeden Tag ein bißchen mehr verkauft werden müssen.

Die beeindruckende Leistung der Konservativen Partei in den Wahlen vom 6. Mai 1987, als sie mit 32 Prozent der Stimmen gewann, zeigt an, wie sehr man sich dem auch noch so vagen Prinzip der Machtteilung widersetzt.

Spielt Südafrikas Präsident Pieter W. Botha die Karte der internationalisten Banker mit dem Ziel, daß der ANC eines Tages an die Macht kommt?

Die Machtteilung – bei der dann auch die Schwarzen zum Zuge kommen sollen – könnte leicht zu dem Umschwung führen – der Expertenmeinung zufolge höchstens 25 Prozent betragen muß – mit dem die National Party aus dem Sattel gehoben werden würde.

Das ist das zweite Mal, daß die Regierung versucht hat die Verfassung zu manipulieren, um weiße Wahlen hinauszuzögern. Das letzte rein weiße Parlament ist im Jahr 1981 gewählt worden und »weiße« Wahlen wären normalerweise im Jahr 1986 fällig gewesen. Doch laut der Verfassung aus dem Jahr 1984 müssen Neuwahlen für alle drei Häuser des Parlaments spätestens im Jahr 1989 abgehalten werden. Präsident Botha rief schließlich für Mai 1987 zu Wahlen für die Weißen allein auf, die damit sechs Jahre nach den letzten Wahlen stattfanden. Doch dies befreite ihn nicht von seiner Pflicht nach der Verfassung bis zum Jahr 1989 Wahlen für alle drei Häuser des Parlaments stattfinden zu lassen.

Die Wähler sind in den Wahlen vom 6. Mai 1987 irregeführt worden. Sie gaben ihre Stimmen unter der Voraussetzung ab, daß im Jahr 1989 erneut Wahlen stattfinden würden. Zum Zeitpunkt der Stimmabgabe hieß es, es würde sich um eine zweijährige Amtsperiode handeln.

Zerstörerisches Programm der »Reformen« und »Machtteilung«

Präsident Bothas Entscheidung die Wahlen im Jahr 1989 nicht stattfinden zu lassen hat lediglich bewiesen, daß seine Verfassung wie alle anderen Verfassungen in Afrika das Papier nicht wert ist, auf dem sie geschrieben stehen. Außerdem zeigt sie die nackte Realität der gefährlichen Lage in Südafrika: Wir in Südafrika haben keine richtige Verfassung. Südafrikas derzeitige Verfassung ist das, was Pieter Willem Botha jeden Tag sagt, was sie ist, während er entschlossen und unbarmherzig mit seinem zerstörerischen Programm der »Reformen« und »Machtteilung« fortfährt.

Botha tut dies, obwohl sein Verfassungsgebäude auf einem Riesengewirr von Widersprüchen aufgebaut ist; obwohl es praktisch gescheitert ist und es einfach nicht funktionieren kann und wird.

Es wird nicht funktionieren, weil es zahlreiche, einander widersprechende Elemente enthält. Es wird nicht funktionieren, weil es unmöglich ist eine klare und brauchbare Unterscheidung zwischen den sogenannten »eigenen Angelegenheiten« und den »allgemeinen Angelegenheiten« zu treffen.

Es wird nicht funktionieren aufgrund der unaufhörlichen Forderungen der Farbigen und Inder

nach Beteiligung der Schwarzen am System und nach Aufhebung der sogenannten »diskriminierenden« Gesetze einschließlich der letzten Säulen der Separate Development Policy (Politik der seperaten Entwicklung), dem Group Areas Act (Gesetz über Gruppen) und Separate Amenities Act (Gesetz über getrennten Wohnraum).

Präsident Bothas Entscheidung die Verfassung zu ändern und die weißen Wahlen von 1989 auf 1992 zu vertagen – um sein Reformprogramm zu konsolidieren –, wurde vom Kabinett am 12. August 1987 akzeptiert, wobei Allan Hendrickse anwesend war und die Entscheidung unterstützte. In der Folge sagte Mr. Hendrickse, die Labour Party würde dem nur dann zustimmen, wenn Botha seine Reformpläne der nächsten fünf Jahre präzisieren würde. Nach der Verfassung muß jedes der drei Häuser Verfassungsänderungen genehmigen.

Hendrickse benutzte das Thema tatsächlich als ein Veto der Labour Party gegenüber der Kabinettsentscheidung, was zu seinem harten Zusammenstoß mit Botha und seinem anschließenden Rücktritt aus dem Kabinett führte. Hendrickse erklärte, sein Rücktritt habe ihn von den Regeln und Feinheiten »befreit«, von denen Kabinettssitzungen und Kabinettsentscheidungen umgeben sind.

Hendrickse sieht sich jetzt in der Lage eine »weitaus aggressivere Haltung« anzunehmen als bisher was das »Schleifenlassen« von seiten der Regierung bezüglich der Abschaffung des Group Areas und Separate Amenities Act in einem Zug und die Beschleunigung des Einzugs der Schwarzen ins Parlament angeht.

Pferdehandel und Spekulationen

Allan Hendrickse hat die Regierung jetzt im Griff und könnte die Verfassung innerhalb von sechs Monaten umkehren. Er hat eine gute Vorstellung von der Verschleppungstaktik der Labour Party vermittelt, die angewendet werden könnte, wenn man sich entschließen würde, das Drei-Kammer-System zu sabotieren.



Südafrikas Reichtum liegt in seinen Ressourcen wie in dieser größten Diamanten-Mine des Landes.

Eine Zeit intensiven Pferdehandels zwischen der Regierung und den Mehrheitsparteien in den Parlamenten der Farbigen und der Inder ist jetzt angesagt – und alles auf Kosten der Weißen und deren Überleben als eine Nation der Weißen.

Präsident Botha ist darauf aus, die Unterstützung für seine Pläne zu einer Verschiebung der Wahlen für die Weißen um weitere drei Jahre zu bekommen, was nach der Verfassung eine eindeutige Mehrheit in jedem der drei Häuser erforderlich machen würde.

Allan Hendrickse, dem Führer der Labour Party, hat sich Amichand Rajbansi, der Führer der National People's Party, mit der Drohung angeschlossen, daß sie bereit wären ihre Unterstützung als Handelsgut einzusetzen.

Hendrickse hat ganz deutlich gemacht, daß er von der Regierung präzisere Aussagen über die künftigen »Reform«- Pläne verlangt – was beispielsweise auch die Abschaffung des Group Areas Act und des Separate Amenities Act angeht –, bevor seine Labour Party einer Verschiebung der Wahlen für die Weißen zustimmen würde.

Unterdessen gibt es intensive Spekulationen darüber, daß die Parlamentskammer der Farbigen und Inder als Teil ihres Preises der Unterstützung ebenfalls die Zustimmung verlangen könnte, daß auch ihre Wahlen nach Ablauf der ursprünglichen Fünf-Jahres-Frist über das Jahr 1989 hinaus vertagt werden.

Rajbansi sagte am 22. August 1987: »Es gehörte zu den Vorteilen der Beteiligung am Drei-Kammer-System, daß das House of Representatives und das House of Delegates seine Macht ausüben konnte, um zur Erlangung eines Vorteils Maßnahmen der Legislative abzulehnen.« Die neuen Spannungen zwischen der Regierung und ihren Juniorpartnern entstammt einem harten Zusammenstoß im House of Representatives, das dritte Mal in den letzten Monaten, wo die Beziehungen zwischen dem Präsidenten und seinen nominellen Partnern auf einen Nullpunkt gesunken sind.



Rund 79 Prozent der befragten Schwarzen in Südafrika sind gegen einen Wirtschaftsboykott des Landes.

Die Hendrickse-Krise hat nicht nur gezeigt wie unbrauchbar und völlig unannehmbar die Verfassung ist, sondern auch wie noch viel unannehmbarer sie wäre, wenn die Schwarzen dazu kämen, auch bei einem Veto über Verfassungsänderungen mitzureden.

Unvermeidliche politische Folgen

Wenn die Schwarzen in das System miteinbezogen werden würden, so wäre damit ein neuer Faktor in allen Organen geschaffen, in denen Gruppen Stimmrechte haben wie beispielsweise in dem Wahlgremium zur Wahl eines Staatspräsidenten, dem Präsidentenrat und den Parlamentsausschüssen.

Der Rücktritt von Allan Hendrickse war in Wirklichkeit ein Mißtrauensbeweis für den Staatspräsidenten. Er diente auch dem Beweis, daß eine Mehrheitspartei, die der Regierung in einem der drei Häuser feindlich gesinnt ist, diese völlig lahmlegen und dem Drei-Kammer-System ein Ende setzen kann. Das würde die Regierung sogar dazu zwingen eine neue Verfassung zu schaffen.

Was an dieser Stelle betont werden muß, ist, daß Allan Hendrickse und Amichand Rajbansi sich an dem Drei-Kammer-System nur deshalb beteiligt haben, um herauszuziehen, was sie für sich selbst und für die Erreichung ihrer eigenen, radikalen politischen Ziele herausziehen konnten. Ihr einziges Ziel und einziger Zweck war die ganze Zeit das Wahlsystem ein Mann – eine Stimme in einem einzigen Parlament, in einem einheitlichen Staat und in ein – und demselben geographischen Bereich

Südafrika

Warnung an P. W. Botha

zu erreichen – unter Einbeziehung der Schwarzen.

Was auch hervorzuheben ist, ist die Tatsache, daß das zugrundeliegende Ziel und der Zweck – und die unvermeidliche politische Folge von Pieter Willem Bothas Politik der »Reformen« und der »Veränderungen« sowie der »Machtteilung« einschließlich seiner neuen Verfassung – das gleiche System von ein Mann – eine Stimme in einem einzigen Parlament und im gleichen Einheitsstaat sowie im gleichen geographischen Bereich sein wird, wie es von Allan Hendrickse und Amichand Rajbansi angestrebt wird – ebenso wie von den Tutus, den Boesaks, den Beyers Naudes und der dergleichen sowie von der UDF, dem ANC und allen anderen schwarzen Dissidenten im Land einschließlich von allen kollektivistischen Kräften der zionistisch-kommunistischen Weltrevolution.

Die unvermeidliche politische Folge ist kurz gesagt: Herrschaft der Schwarzen und Übernahme durch die Kommunisten – wie damals in Rhodesien.

Präsident Botha war nie ein Führer des Afrikaner-Volkes und der weißen Nation in Südafrika in der gleichen patriotischen Art wie Dr. Hendrik Verwoerd, J. G. Strijdom, Dr. D. F. Malan und Gerneral J. B. Hertzog, Afrikaner-Führer, die den Feinden ihrer Rasse, ihrer Nation und ihrer Zivilisation immer aufrecht und gerade heraus ins Auge gesehen haben.

Williges Werkzeug des Liberalismus

Indem er einem Leben voll konservativen Prinzipien den Rükken gekehrt hat, um sich den Prinzipien der Feinde seiner eigenen Nation und Zivilisation anzupassen, hat Botha sich zu einem bereitwilligen Werkzeug des westlichen Liberalismus gemacht genauso wie General J. C. Smuts sich zu einem bereitwilligen Werkzeug für die Kräfte des britischen Imperialismus gemacht hat und schließlich von seinem eigenen Afrikaner-Volk zurückgewiesen wurde.

Für Botha heißt es jetzt oder nie. Nichts, wirklich nichts wird ihn von seinem Entschluß abbringen, sein auf fatale Weise brüchiges Verfassungssystem dem Land aufzuzwingen. Er ist noch immer zuversichtlich, daß er den widerspenstigen Allan Hendrickse wird folgsam machen können, und daß die farbigen Parlamentsmitglieder ihrem eigenen Überleben erste Priorität schenken werden, wozu neben dem politischen Status ihre



Nelson Mandela bekennt sich zu Terroranschlägen und zu Gewalttaten gegen die Weißen in Südafrika.

Jobs und die Aussichten auf eine gute Pension gehören.

Botha ist ein militanter und radikaler Linksrevolutionär, der nicht mehr in der Zwangsjacke von Parteidoktrin und Parteiprinzipien steckt. Er hat sich heute mit »Super-Ministern«, mit einem Heer von »Ja-Sagern« und zahllosen Räten und Ausschüssen aus Männern und Frauen aller Lebensgebiete umgeben – alle von ihm persönlich ausgewählt –, die ihm die Unterstützung geben werden, die er benötigt, um Südafrika in sein Jahrzehnt der »Reformen« und »Veränderung« zu führen. Seine Macht ist zentralisiert in einem straffen, internen Organ, über das er den Vorsitz führt – den Staatssicherheitsrat, zu dem die führenden Köpfe des Militärs, der Polizei und der Geheimdienste gehören –, während sein Kabinett als solches mehr und mehr wie die Manager eines großen Kaufhauses funktionieren. Sein weißes Parlament hat nicht mehr viel mit dem Regieren des Landes zu tun. Dies geschieht in zunehmendem Maß durch die zahllosen Räte und Ausschüsse, die von ihm persönlich und durch Erlaß der Exekutive bestimmt werden.

Seine Reizbarkeit und die unmittelbare Konfrontation mit jeglicher Opposition sind das Kennzeichen seiner langen politischen Karriere. Als der große Diktator toleriert er keine andere Meinung von jenen, die ihn umgeben. Er ist allmächtig und unbarmherzig. Er genießt die Präsidentschaft und ergötzt sich an dem Pomp und der Macht, die dieses Amt ihm verleiht.

Der Kampf Bruder gegen Bruder

Wenn er nach einem weiteren harten Arbeitstag im Feld, wo die Rassenintegrität und die nationale Integrität seines eigenen Afrikaner-Volkes und die der weißen Nation in Südafrika zusammenbricht, in seine offizielle Residenz, Tuynhuys, zurückkehrt, bläst eine einsame Fanfare, die Hunde kommen bellend angelaufen und eine erfreute Mrs. Elise Botha verkündet den Gästen: »Pappi ist zurück!«

Doch kümmert es ihn je, daß dank seiner subversiven Politik der »Reformen« und der »Veränderung« die Südafrikaner heute stärker gespalten sind als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt in der turbulenten Geschichte des Landes?

Es ist nicht der sich verschärfende Kampf zwischen weißen und schwarzen Nationalisten. Es ist der Kampf Weiße gegen Weiße und genauer gesagt Afrikaner gegen Afrikaner. Selbst der Broederbond und die F.A.K., deren raison d'être einst in der Erhaltung der Afrikaner-Einheit bestand, sind gespalten und völlig neutralisiert.

Der Kampf hat Familien, Kirchen, Gemeinden und Gesellschaften stark gespalten. Es ist ein Kampf Bruder gegen Bruder, Ehemann gegen Ehefrau, Christ gegen Christ und es wurde dabei eine Kluft geschaffen, die nicht so leicht, wenn überhaupt jemals wieder, zu überbrücken sein wird. Die Spaltungen werden in allen Bereichen der südafrikanischen Gesellschaft deutlich, wo die Menschen sich über politische Themen früher völlig einig waren und mit der Durchsetzung seines Verfassungssystems nimmt die Polarisierung noch zu.

Bothas Reizbarkeit, seine allzeitige Bereitschaft jegliche Opposition zu brechen, verschleiern die Tatsache, daß er ein äußerst intelligenter Mann ist. Es ist nicht die Intelligenz eines Gelehrten, Philosophen oder Staatsmannes. Er hat die Universität des OFS bereits nach dem ersten Semester verlassen und liest er jemals ein Buch?

Es ist die gefährliche Intelligenz des harten Kämpfers, der entschlossen ist zu bekommen, was er haben will, und zwar mit allen Mitteln, und, wenn nötig, mit Gewalt. Es ist die gleiche, fordernde Intelligenz des »verzogenen Balgs« – wie er in seinen jungen Jahren genannt wurde –, der es gewöhnt war etwas zu verlangen und zu bekommen, was er wollte – und es auch verlangte.

»Hüte dich vor dem Zorn des Geduldigen«

Da erzählt man sich die wahre Begebenheit, wie Botha eines Tages auf seinem Weg von der Schule nach Hause mit seinem Pony geradewegs durch die Haustür eines Nachbarn, über das Wohnzimmer, den Flur, die Küche und die Hintertür hinausgeritten sein soll ohne zu grüßen oder sich zu entschuldigen, für das, was das Pferd fallengelassen hat.

Dieser Vorfall war der erste, allgemein bekannte Hinweis für Pieter Willem Bothas völlige Mißachtung und Geringschätzung der Gefühle anderer Menschen. Genauso reitet er heute rücksichtslos über sein eigenes Afrikaner-Volk und trampelt die weiße Nation in Südafrika nieder.

Was Botha am meisten fürchtet ist der Machtverlust. Seine gut ausgereiften politischen Instinkte warnen ihn davor, daß er nahe an dem Punkt ist, wo ihm die Haltung der Konservativen gegen seine Nation-zerstörende Politik der »Reformen« und »Veränderungen« plötzlich die übermäßige Macht entreißen könnte, die er heute innehat.

Botha sollte sich an die Worte des englischen Dichters John Bunyan erinnern: »Hüte dich vor dem Zorn des geduldigen Mannes!« □

S. E. D. Brown ist Herausgeber der südafrikanischen Zeitschrift »The South African Observer«, P. O. Box 2401, Pretoria, Südafrika.

Revisionismus

Südafrika und Deutsch-Südwest

Konrad Wahl

Von Gottfried Ephraim Lessing stammt das Wort: »Ohne die Geschichte bleibt man ein unerfahrenes Kind.« Und der englische Historiker Arnold Toynbee meinte sogar: »Ein Volk, das seine Geschichte vergißt, verschwindet von der Landkarte.«

Fragen wir heute einmal die Absolventen westdeutscher Oberschulen, was sie zum Beispiel über das Bismarck-Archipel, Tsingtao oder gar Neuschwabenland wissen, wir werden höchstwahrscheinlich ein hilfloses Achselzucken zur Antwort erhalten. Nicht viel anders wird unsere Frage nach den ehemaligen deutschen Schutzgebieten in Deutsch-Südwest, Deutsch-Ostafrika, Togo und Kamerun beantwortet werden, es sei denn, dieser oder jener Oberschüler hätte zufällig einen jener zeitgeistig verzerrten Bewältigungsfilme über Morenga oder die »daumenbrechenden, deutschen Kolonisten in Togo« gesehen, die jüngst über die bundesdeutsche Fernsehleinwand flimmerten.

Aufarbeitung sogenannter Massaker

Auch bei den älteren Jahrgängen wird man leider nur zu oft auf die nämliche Ignoranz gestoßen, doch kann man zugleich die erstaunliche Feststellung machen, daß sich dieselben Leute durchaus für kompetent genug halten, über die herzeitigen Probleme Südafrikas und »Namibias« ein definitives Urteil abzugeben.

Abgesehen einmal von den auftragsorientierten und vorprogrammierten westdeutschen Zeitungs- und Fernsehjournalisten, die südafrikanischen Buren wie deutschen Südwestlern als letzte Weisheit eine faschistoide Gesinnung attestieren, fallen selbst durchaus gutwillige, bundesdeutsche »Normalbürger« und Besucher des Landes auf die Schlagworte der nachkriegsbedingten »Reeducation« beziehungsweise des auf Zerstörung ausgerichteten Zeitgeistes herein.

So wundern sie sich beispielsweise darüber, daß die neue Namensgebung für Deutsch-Südwestafrika »Namibia« bei den deutschstämmigen Landesbewohnern keinerlei Anklang findet, oder darüber, daß die alten Südwestler keine Scham oder auch nur ein peinliches Unbehagen über das von den Geschichts-»Aufarbeitern« so genannte »deutsche Massaker« an den Hereros empfinden – und überhaupt, daß man sich in Windhuk und Swakopmund »deutscher als deutsch« gebärdet.

Die Verwunderung über solche Fragen und Feststellungen ist erstens ein Ergebnis mangelnden geschichtlichen Wissens und des freiwilligen Wissensverzichts, weil der »Normalbürger« sich nicht aufrafft, sich die geschichtlichen Zusammenhänge, die von den Schulen und Medien verschwiegen oder verfälscht werden, selbst zu erarbeiten.

Zweitens rührt die Verwunderung daher, daß den Bundesrepublikanern ganz allgemein jedes Gefühl der Verantwortung und Verpflichtung für das deutsche Volk, seine Geschichte und Zukunft genommen worden ist.

»Dort drüben liegt Bolzano!«

Eine der markantesten Erscheinungen des bundesdeutschen Alltagslebens ist wohl der Massentourismus. Man kommt überall hin und gibt mehr oder weniger Zeugnis von seinem neuen Nationalgefühl, so wie zum Beispiel jener Ruhrgebietler, der seinen Mittelklassewagen neben einem Ochsengespann in Terlan anhält und den Weinbauern unter der blauen Schürze der Südtiroler in radebrecherischem Italienisch über den Weg nach Meran fragt, oder auch wie der Schwabe, der auf dem hölzernen Aussichtsturm des Penegal stand und über den Kalterer-See in Richtung Bozen deutend pathetisch ausrief: »Dort drüben liegt Bolzano!«

Derartige Beispiele auch auf beliebigen anderen Gebieten sind leider nur allzuleicht zu finden, allerdings eben nicht dort, wo man sein Deutschland seit Jahrzehnten oder Jahrhunderten gegen fremde, feindliche Einflüsse und Gewalten verteidigen mußte.

Die Besiedlung des südlichen Afrikas, zu dem »Südwest« nicht nur geographisch zu zählen ist, war eine Gemeinschaftsleistung holländischer, deutscher und hugenottischer Auswanderer. Sie unterschied sich in wesentlichen Teilen durchaus positiv von dem Landraub und der kolonialen Ausbeutungs- und Ausrottungspolitik in anderen Teilen des afrikanischen Kontinents und Amerikas. Als 1842 der Oranjefreistaat mit der Hauptstadt Bloemfontain gegründet wurde, waren nahezu 50 Prozent der Kolonisten deutscher Abstammung.

Aber schon nach den ersten Gold- und Diamantenfunden wurden im Jahre 1848 Teile dieses Gebietes von England annektiert. England selbst lenkte später den Strom deutscher Einwanderer ins Land, in durchaus

Mukorob, »der Finger Gottes«, ist ein zu bizarrer Form verwitterter Fels aus Karruschiefer.

Revisionismus

Südafrika und Deutsch-Südwest

eigennütziger Absicht erstmals 1856, als nämlich die britische Regierung Soldaten aus der Deutschen Legion des Krimkrieges zur militärischen Sicherung an der Kafferngrenze ansiedelte. Hier entstanden Orte wie zum Beispiel Suttersheim, Potsdam, Hannover, Hamburg, Braunschweig und Berlin.

Die zweite deutsche Einwanderungswelle um das Jahr 1870 bestand hauptsächlich aus Uckermärkern und Pommern, während letztlich 1880 durch die Kapregierung wiederum Deutsche, vornehmlich Landarbeiter und Kleinbauern, die nach der Bismarckschen Sozialgesetzgebung ihre Heimat verließen, ins Land geholt wurden. Diese deutschen Einwanderer machten aus dem trostlosen, unerschlossenen Kaffernland ein blühendes Kleinod.

Strategie der verbrannten Erde

Als dann 1899 der Burenkrieg unter Ohm Krüger ausbrach, kämpften die deutschen Siedler Schulter an Schulter mit Buren und Hugenotten gegen die Briten, und auch alle deutschen Kolonisten aus Transvaal und Oranje hielten ihrem Gastvolk die Treue.

Anläßlich dieses unnötigen, scheußlichen Krieges wurden sie Zeuge der von den Briten angewendeten Strategie der »verbrannten Erde«, der Aufwiegelung der farbigen Bevölkerung – Hereros und Bantus – gegen die weißen Siedler und der Verbringung burischer Frauen, Kinder und Greise in die ersten Konzentrationslager (KZ) der Weltgeschichte. Über den Toren dieser Lager, in denen 25 000 Buren verhungerten, prangte der Satz: »Right or wrong my country«.

Auch geschah es in diesem Krieg, daß ein Detachement der berüchtigten Lanzenreiter am Fuß der Biggarsberge zwischen Dundee und Ladysmith ihren Mut an Fliehenden, Verwundeten und Sterbenden ausließ, wobei sich bekanntlich ein gewisser Winston Churchill hervortat. Diese »Heldentat« wurde damals in der britischen Presse unter dem Schlagwort »Pig prikking« (Schweinestechen) genüßlich kommentiert, wovon die heutige westdeutsche Wohlstandsgesellschaft sicherlich auch wenig wissen dürfte.

Seitdem die Briten im Kapland regierten – ab 1902 –, führten sie Kriege gegen die Hereros, Kaffern und Hottentotten und rotteten die dortigen Buschleute aus, was sie aber keinesfalls daran hinderte, Aufwiegler jener Stämme gegen die spätere deutsche Kolonialverwaltung in Deutsch-Südwest, wie zum Beispiel Witboi, Simon Kopper, Lambert und Morenga indirekt aber wirksam zu unterstützen.

Die Treue der deutschen Kolonisten zu ihrem burischen Gastvolk wurde ihnen nicht gedankt, zumal sie in erster Linie die Last der nachkriegsbedingten Diffamierung durch die Sieger zu tragen hatten. In der Kapkolonie, in der sie keine Arbeit mehr fanden, war nun kein Platz mehr für Deutsche. Britische Kapitalgesellschaften fachten erstmals den Wettbewerb zwischen farbigen und weißen Lohnarbeitern an, der naturgemäß zugunsten der Farbigen ausging, da diese durch ihre geringeren Bedürfnisse fügsamer und williger waren.

Deutsche Arbeitssuchende fanden damals den zynischen Satz an den Kontortüren angeschlagen, der folgendermaßen lautete: »No Germans need apply«. Die damit verbundene demütigende Herabsetzung der Deutschen sollte noch viel später, nämlich nach Proklamierung der deutschen Schutzgebiete in Südwestafrika zum Ausgang des 19. Jahrhunderts ihre Auswirkungen haben, als nämlich viele Deutsche die Kapprovinz verließen, um in Südwest einen neuen Anfang zu machen.

Der deutsche Anfang in Südwest, jenem Landstreifen zwischen zwei Wüstenregionen, nämlich der Namib und der Kalahari, ist mit dem Namen des Bremer Kaufmanns Adolf Lüderitz verbunden, der 1883 das 50 000 Quadratkilometer große Gebiet Angra-Peguena von einheimischen Stammesfürsten käuflich erwarb und den Hafen Lüderitzbucht gründete. Dieses Land der Fächerpalmen und des gelben Grases, von dem lediglich das vereinzelte Grün der Dornbäume und Dornbüsche abstach, war ursprünglich alles andere als ein Garten Eden.

Das Land gehörte den Eingeborenen

Hier war nichts zu holen oder gar auszubeuten, und die vereinzelten, tümpelartigen, flachen Wasserstellen in den Wüsten, die sogenannten Vleis, dörrten unter einer unbarmherzigen sengenden Sonne oftmals völlig aus.

Dennoch machten sich deutsche Siedler daran, Farmen zu gründen und das mit ihrer Hände Arbeit urbar gemachte Land mit Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Mais, Weizen und Kaffernkorn zu bestellen, willig unterstützt von Hottentotten- und Hererofamilien, die zu keiner Zeit unter den in »Onkel Toms Hütte« beschriebenen Drangsalen zu leiden hatten.

Brunnen wurden gebaut, das Land vermessen und schließlich Post- und Eisenbahnverbindungen projektiert und gebaut. In der kurzen Zeit von 1884 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 hatte die deutsche Kolonialverwaltung eine Infrastruktur auf die Beine gestellt, die ihresgleichen sucht, all das unter Berücksichtigung der dortigen Eigentumsverhältnisse.

Denn das Land gehört zum Teil den eingeborenen Stämmen, wie auch deutschen und englischen Landgesellschaften. Schon damals wurden Schonbezirke – Reservate für Großwild wie Leoparden, Gamsbockantilopen und andere – angelegt. Die deutsche Schutztruppe bestand aus ganzen 1600 Mann und das für ein Gebiet, das ungefähr die Ausmaße des damaligen Deutschen Reiches hatte.

Es wurden nicht nur Verwaltungsgebäude erstellt, sondern auch Krankenhäuser, Kirchen, Turnhallen und Schulen gebaut und die Schulpflicht für jedermann ab acht Jahren eingeführt. Der deutsche Farmer Herrmann begründete bereits 1891 mit dem Ankauf von 2000 aus Australien eingeführten Merinoschafen einen für die Gegend neuen Industriezweig, und die neugebaute Eisenbahn verband bald die größeren Orte wie Lüderitzbucht-Keetmanshop–Grünau–Windhuk–Grootfontein–Tsumep-Walfischbay und Swakopmund miteinander.

Die Verbindung mit der fernen Heimat wurde von den Schifffahrtslinien Woermann und der Deutsch-Ostafrika-Linie, die mit ihren Schiffen »Adolf Woermann«, »Prinzessin«, »Bürgermeister«, »Prinzregent« und anderen um das Kap der Guten Hoffnung fuhren, aufrechterhalten.

Keine brutale Unterdrückungspolitik

Es waren dann zwei Ereignisse, die die ersten Turbulenzen in die junge Kolonie brachten, deren Leistungen vom Deutschen Reich und seinem Parlament nur schwerfällig, ja oftmals widerwillig anerkannt wurden. Gemeint ist die Bekämpfung und Niederschlagung der Herero- und Hottentottenaufstände von 1904 bis 1908. Hierzu wurde bereits in Verbindung mit dem doppelbödigen britischen Kolonialverhalten einiges gesagt.

Wenn heute jedoch der Eindruck erweckt werden soll, als handelte es sich damals um antikoloniale und antiimperialistische Befreiungskriege gegen eine brutale, deutsche Unterdrükkungspolitik, so ist das schlichtweg falsch.

Das stolze und kriegerische Volk der Herero wurde in unverantwortlicher Weise gegen die meist vorbildlich fürsorglichen deutschen Siedler aufgehetzt. Ehrgeizige Eingeborenenführer wie Morenga und der Hottentotten-Kapitän Simon Kopper sammelten Banden von arbeitsscheuen Viehdieben, Farmbrennern und Mördern um sich und überfielen deutsche Farmen, Bohrkolonnen und Heliographenbauer. Die Angriffe wurden aus der wasserarmen Kalahariwüste unter dem Schutz der linear gezogenen britisch-deutschen Grenze geführt.

Die geduldigen Bemühungen der deutschen Kolonialverwaltung, ja selbst mit den Aufwieglern geschlossene Verträge waren nutzlos, da die freiwilligen Abmachungen nicht eingehalten wurden.

Die von diesen Banden durchgeführten Verbrechen an ihren eigenen Landsleuten und an Deutschen, an schutzlosen Farmersfrauen, Greisen und Kindern, waren grausam und zahlreich, und die heute von deutschen Filmemachern idealisierten Bandenführer schreckten sogar da-

vor nicht zurück, die Brunnen in Wüstengebieten zu verunreinigen oder zuzuschütten – das größte Verbrechen in diesen Regionen überhaupt.

Gegen den Hottentottenkapitän Simon Kopper zog die deutsche Schutztruppe mit 373 Kamelreitern, 27 Offizieren und 129 eingeborenen Trägern als Freiwillige in die Wüste. Die Niederschlagung des Herero-Aufstandes kostete uns Deutsche 800 Tote und Vermißte, 1000 Verwundete und 700 an Krankheiten Verstorbene.

Ihr Requiem wurde niemals gesungen. Und doch war, wie alte Südwestler heute noch wissen, die Achtung der »Orlogleute« zum Beispiel vor dem Hauptmann von Erckert, dem Kommandeur der Eingreiftruppe gegen Simon Kopper, seinerzeit so groß, daß sie bei einer unerwarteten Einzelbegegnung mit ihm ihren Schlapphut gezogen und ihn mit »Morre groote Kapitän« begrüßt hatten.

Die Feinde waren das Großkapital

Wer heute über die deutsche Schutztruppe und ihre Offiziere mitreden oder gar ein Urteil fällen möchte, sollte zuvor das Vermächtnis des in der Kalahari gefallenen Hauptmanns Friedrich von Erckert lesen, wie er es in seinem Tagebuch hinterlassen und wie es von Hans Grimm in seinem Werk »Volk ohne Raum« der Weltöffentlichkeit zugänglich gemacht wurde:

»In erster Linie die größte Selbstachtung. Nichts Gemeines tun, Leib und Seele reinhalten. Sich stets beherrschen; selbst, heiter und mutig sein. Sich sagen, daß eine gerade, aufrechte Haltung auch die Äußerung einer geraden Seele ist. Sich an einfachen Dingen erfreuen, nichts Unmögliches verlangen, an ein erreichbares Ziel aber Geduld, Ausdauer, gesammelten Willen wenden. Bleibe nie im Schmutz. Auch der Beste kann gelegentlich hineingeraten, aber darin zu bleiben braucht niemand.«

Die zweite Erschütterung der Kolonie war der Diamantenfund im Südwesten des Schutzgebietes, der 1910 Anlaß zu einer hitzigen Debatte im Deutschen Reichstag war. Er verschaffte der kaiserlichen Kolonialverwaltung zusätzlich zu ihren sozialdemokratischen und liberalen Widersachern im Reich weitere Feinde in Gestalt des Großkapitals und der Eigentümer der südafrikanischen Diamantenminen.

Hatte der Sozialdemokrat August Bebel schon am 1. Dezember 1896 die deutsche Kolonialpolitik als »Eroberung, Unterdrückung und Ausbeutung« diffamiert, bei der »Brutalität und Grausamkeit an der Tagesordnung« seien, ohne jedoch jemals seinen Fuß auf südafrikanischen Boden gesetzt zu haben, so war nun die Allianz zwischen deutschen Sozial-Liberalen und ausländischem Großkapital – so unglaublich das auch klingen mag – geschlossen.

Wie voraussehbar, meldete Südafrika auch bereits 1912 seinen Anspruch auf Südwest an, den es dann allerdings erst 1949 realisieren konnte, als es nämlich das Mandatsgebiet gegen den Einspruch der Vereinten Nationen und des Haager Gerichtshofes in sein Territorium eingliederte.

Der Erste Weltkrieg traf die deutsche Kolonie völlig unvorbereitet, sie war für den Verteidigungsfall nicht gerüstet. Den von den Briten aufgebotenen 60000 Mann standen ganze 3500 Deutsche gegenüber, die in kleineren Scharmützeln sogar Sieger blieben, in einem Zeitraum von zehn Monaten aber letztlich aus dem Schutzgebiet quasi herausgedrängt wurden. Eine offene Konfrontation auf dem Schlachtfeld vermieden die überlegenen »Sieger« jedoch tunlichst.

Die südafrikanische Kriegserklärung an das deutsche Kaiserreich und der damit verbundene Einmarsch nach Südwestafrika wurden damals von allen Bewohnern des Schutzgebietes als eine ausgesprochen niederträchtige Handlung beurteilt. Zur Ehrenrettung der Buren muß jedoch daran erinnert werden, daß Botha und Smuts zuvor den südafrikanischen Oberbefehlshaber Beyers sowie den Burengeneral Delarey in die Wüste schicken mußten und den alten General Christian Dewet hinter Gitter brachten, ehe sie ihr schmutziges Geschäft beginnen konnten.

Engländer gingen gegen alles Deutsche vor

Ein Ereignis, das sich Ende Oktober 1914 bei Nautila an der Nordgrenze des Schutzgebietes zu Portugiesisch Angola abspielte, blieb im Gedächtnis aller Südwestler haften: Eine deutsche Delegation, die mit dem portugiesischen Fortkommandanten über Lebensmittellieferungen für die Schutztruppe verhandeln wollte, wurde unter fingierten Begleitumständen in das Fort Nautila gelockt, dort entwaffnet und ermordet, wobei ein angeschossener Polizeidiener den Krokodilen im Kuneneфluß noch lebend zum Fraß vorgeworfen wurde. Später verbreiteten die Protugiesen die Legende, es seien die Ovambos und Uknanjamas gewesen.

Im übrigen versuchten die Briten wiederum, die eingeborene Bevölkerung im Damaraland gegen die deutschen Farmer aufzuwiegeln, was zu einem Aufstand der Buschleute und des Bastardstammes führte.

Die eigentliche Leidenszeit für die deutsche Bevölkerung begann aber erst nach Kriegsende, als der britische Administrator Gorges in Windhuk ein Schrekkensregiment installierte. Die Engländer gingen nach ihrem bekannten Motto »All is fair in love and war!« gegen alles Deutsche vor. Sie benötigten zur Stützung ihrer Propagandathese, daß Deutsche unfähig seien über andere zu herrschen, jede Menge deutsche Verbrecher.

Hierzu stellten sie ein sogenanntes »Blaubuch« zusammen, in dem »deutsche Untaten und Kriegsverbrechen« dokumentiert werden sollten, und natürlich waren ihnen die belastenden Aussagen selbst berüchtigter Farmbrenner und Mörder, wie zum Beispiel die des Buschmannräubers Harris, gerade gut genug.

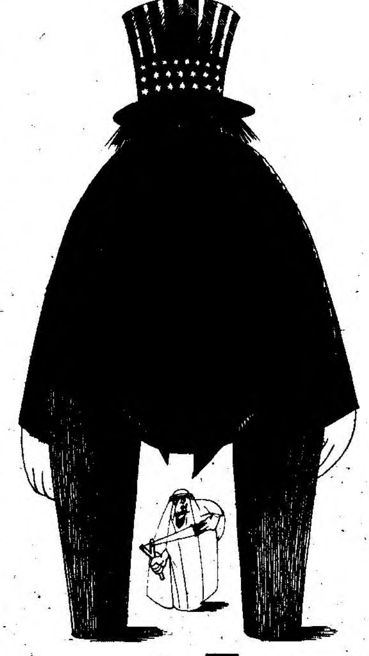
Schließlich wurden aufgrund derartiger »Ermittlungen« Abschiebelisten aller Deutschstämmigen erstellt, in denen alle Personen vertreten waren, die irgendwann einmal mit der Rechtspflege in Berührung gekommen waren, und seien es auch nur Notariatssachen, Erbschaftsangelegenheiten oder Grundstückskäufe.

Nach dem Versailler Diktatsfrieden wurde dann die Hälfte aller Deutschen, darunter Ärzte, Lehrer, Missionare, Pfarrer, Handwerker, Beamte, Kaufleute und Farmer unter zum Teil menschenunwürdigen Bedingungen auf den von den Siegern beschlagnahmten Schiffen der Deutsch-Ostafrika-Linie nach Hamburg verfrachtet, was noch als ein unverdientes Entgegenkommen angesehen werden mußte, zumal in Deutsch-Ostafrika und den anderen deutschen Kolonien gemäß Paragraph 122 des »Friedensvertrages« eine hundertprozentige Ausweisung erfolgte.

Trotz alledem hat sich das deutsche Element in Südwestafrika über den Zweiten Weltkrieg bis zum heutigen Tag erhalten und durchgesetzt. Die Umgangssprache ist deutsch und nicht das Zirpen und Summen der Buschmänner, nicht die Schnalzlaute der Nama und auch nicht Herero oder Kapholländisch.

Wenn heute die deutsche Bundesregierung und deren Außenminister im Verein mit den Vereinten Nationen die vom Ostblock – DDR und Kuba – ausgehaltene und von Angola aus operierende Swapo bevorzugt und die nationale »Turnhallenvereinigung« von Weißen und Farbigen brüskiert, dann ist das nicht nur nach Südwestler-Ansicht ein Skandal. Wäre das von Wilson proklamierte »Selbstbestimmungsrecht« in Südwestafrika 1920 zur Anwendung gekommen, das Land wäre heute deutsch und hieße ganz sicher nicht nach seiner Wüste »Namibia«. □

Weitere Informationen zum Thema Südwestafrika enthält das Buch von Michael Damböck »Südwestafrika im Brennpunkt der Zeitgeschichte«. Das Buch ist im Eigenverlag des Autors erschienen und dort erhältlich: Michael Damböck, A-3321 Ardagger.



Südamerika

Mobilmachung für neuen Ölkrieg

Carl Freigang

Ein weiterer Ölkrieg – der dritte in diesem Jahrhundert – braut sich in Südamerika zusammen. Dieses Mal sind es Venezuela und Kolumbien, die sich gegenseitig an den Kragen wollen, wobei das Feuer des Nationalismus durch das schwarze Gold geschürt wird. Bolivien und Paraguay haben sich in den dreißiger Jahren wegen der Ölrechte bekämpft und vor kurzem kämpfte Argentinien gegen Großbritannien um die Kontrolle der Falklandinseln, in einem Krieg, der am 1. April 1982 begann und am 14. Juni 1982 des gleichen Jahres endete.

Die Konfrontation zwischen Venezuela und Kolumbien, die schon seit Jahrzehnten schwelt, kam im August 1987 mit aller Macht zum Vorschein, als Radio Caracas am Abend des 13. August verkündete, ein kolumbianisches Marineschiff sei in den Golf »eingefallen«, der beide Länder im Norden trennt und in den See Maraceibo führt.

Der Grund für das Säbelrasseln

Der Grund für das jüngste bilaterale Säbelrasseln ist die neueste Entdeckung großer Kohlenwasserstoffvorkommen durch amerikanische, holländische und britische Ölgesellschaft in dem umstrittenen Golf – der allgemein als der Golf von Venezuela bezeichnet, doch in Kolumbien niemals so genannt wird. Es liegen hier schätzungsweise zehn Millionen Barrel Öl, die gefördert werden können plus der Gegenwert an Erdgas.

Sowohl Kolumbien als auch Venezuele können die Kohlenwasserstoffe zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage gebrauchen, doch es gibt erhebliche Meinungsverschiedenheiten darüber, wie der Kuchen aufgeteilt werden soll.

Im staatlich kontrollierten venezuelanischen Rundfunk und Fernsehen wird der Vorfall vom 13. August als eine »Invasion in venezuelanische Gewässer« durch das kolumbianische Schiff bezeichnet. Der Präsident Venezuelas, Jaime Lusinchi, sagte seinem Volk, der Zwischenfall habe »auf dem Territorium stattgefunden, das seit undenklichen Zeiten unter der Oberhoheit Venezuelas steht«.

Die Entdeckung der neuen Kohlenwasserstoffvorkommen hätte für Venezuela zu keinem besseren Zeitpunkt kommen können. Die Exporterlöse sind von 12,4 Milliarden Dollar im Jahr 1985 auf 7,6 Milliarden im Jahr 1986 gefallen und fielen auch 1987 ständig weiter.

Obwohl Venezuela über Ölreserven in Höhe von 1,2 Billionen Barrel verfügt, sind sie von äußerst unterschiedlicher Güte und ihre Förderung ist schwierig. Fünf bis 10 Prozent hätten zum alten Weltmarktpreis von 40 Dollar pro Barrel gefördert werden können, doch es ist wirtschaftlich nicht durchführbar zum jetzigen Weltmarktpreis von 20 Dollar pro Barrel zu fördern.

Unterdessen hat das Land Probleme mit der Bedienung seiner Außenschuld in Höhe von 33 Milliarden Dollar. Politische Experten in Südamerika und Europa spekulieren, daß das Lusinchi-Regime zusammenbrechen könnte, wenn es nicht zu einem raschen wirtschaftlichen Aufschwung im Land kommt. Neue Ölvorkommen könnten zu diesem Aufschwung führen.

Kolumbien besitzt nur einen Bruchteil der Ölvorkommen Venezuelas und seine Ölproduktion – 400 000 Barrel pro Tag Mitte 1987 – beträgt weniger als ein Drittel der seines Nachbarn. Das vor der Küste im Golf von Coquinbacao – der offizielle Name der Wasserstraße in Kolumbien – entdeckte schwarze Gold könnte zusammen mit großen Kohlevorkommen, mit dessen Förderung soeben begonnen wurde, Kolumbien mit Venezuela gleichziehen lassen.

Der Golf ist in den letzten 154 Jahren immer ein Zankapfel gewesen und dies trotz der Tatsache, daß es zahlreiche Verträge und Verhandlungen gegeben hat. Der letzte Vertrag über die Grenze zwischen den beiden Ländern geht auf das Jahr 1941 zurück. Mit ihm wurden die Bestimmungen eines Schiedsspruchs ausgeführt, der 50 Jahre zuvor von Königin Maria Christina, der damaligen Regentin Spaniens, ausgesprochen worden war. Schiedsspruch und Vertrag hinterließen jedoch Unsicherheit über die Teilung des Golfs.

Kolumbien schlägt das »Mittellinien-System« vor, das bei der Aufteilung der Nordsee zwischen Großbritannien, Norwegen, Dänemark, Deutschland und Holland angewendet wurde, und welches das gleiche System ist, was auch im neuen Seerechts-Vertrag akzeptiert wird, der von den Vereinten Nationen vorgeschlagen und abgeschlossen wurde.

Venezuela dagegen verlangt, daß der Golf als venezuelanisches Territorium anerkannt

Venezuelas Präsident Jaime Lusinchi umgeben von Mitgliedern seines Kabinetts und den Oberkommandierenden der Streitkräfte.



wird, und daß die kolumbianische Landeshoheit auf das östliche Ufer des Golfes beschränkt bleiben soll. 46 Jahre lang hat Venezuela alle anderen Systeme zur Aufteilung der umstrittenen Gewässer abgelehnt einschließlich der sogenannten »Hypothese von Carabelleda« aus dem Jahre 1979, nach der Kolumbien auf etwa zwei Drittel des umstrittenen Gebiets verzichten würde.

Rockefeller lauert wie üblich

Venezuela besteht darauf, daß die Küste von Kolumbien Kolumbiens Grenze ist, und daß Kolumbien für die Nutzung des Golfs der Genehmigung Venezuelas bedarf. Das ist der Hintergrund zu dem plötzlichen kriegerischen Akt von seiten Venezuelas am 13. August 1987.

Radio- und Fernsehberichten zufolge hat Venezuela seine Grenze zu Kolumbien geschlossen und mehrere tausend kolumbianische Staatsbürger abgeschoben. Es kam zu einer plötzlichen Militarisierung der Halbinsel La Guajira von Venezuela, die an den umstrittenen Golf angrenzt, und ein venezuelanischer Oberbefehlshaber der Armee inspizierte die Grenzgarnisonen.

Venezuela hat es abgelehnt, die Lage einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten, und es vorgezogen mit militärischen Mitteln einzugreifen und seine militärische Kraft ist weitaus stärker als die Kolumbiens.

Dahinter stehen die Interessen Rockefellers in Venezuela – unter anderem die große Ranch des verstorbenen Nelson Rockefeller, die dieser vor dem Zweiten Weltkrieg erworben hatte, als der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt ihn zum »Koordinator für pan-amerikanische Angelegenheiten« machte.

Seit dem Fiasko in der Schweinebucht haben die amerikanischen Regierungen eine nach der anderen umfangreiche Mengen an moderner Militärausrüstung nach Venezuela gebracht und dem Land die Rolle des »Polizisten der Karibik« zugewiesen, daher Lusinchis halsabschneiderische Haltung.

Das Öl ist nicht das einzige Hindernis für eine friedliche Beilegung des Streits. Der Madrider Tageszeitung »El Pais« zufolge gibt es auch schwerwiegende politische Probleme. Der ehemalige kolumbianische Außenminister Carlos Lemos Simons, derzeit Botschafter Kolumbiens bei der Organisation amerikanischer Staaten, sagte vor kurzem:

»Der Streit ist vor allem in Venezuela politisiert worden. Er wurde dort zu einem Wahlkampfthema gemacht. Jedes Mal, wenn eine Regierung versucht mit Kolumbien zu einer Einigung zu gelangen, wird sie von der Oppositionspartei sofort beschuldigt, sie unterwerfe sich unserem Land.«

Kolumbien rüstet auf

Lemos Simons hat im Jahr 1980 an den Verhandlungen teilgenommen, die zu einem erfolgreichen Abschluß zu kommen schienen. Kolumbien war bereit, auf 50 Prozent der Wasserstraße zu verzichten.

Venezuela machte die Vereinbarung von einem Volksentscheid abhängig und das Referendum ergab ein überwältigendes Nein für die Hypothese.

Seit dem Scheitern der Vereinbarung aus dem Jahr 1980 haben sich die Positionen beider Länder verhärtet. »El Pais« zufolge setzt Venezuela eine Kampagne fort, »mit der versucht wird in der Öffentlichkeit das Bewußtsein zu schaffen, der gesamte Golf gehöre Venezuela«.

In Kolumbien gibt es inzwischen eine Kampagne mit dem Ziel den Namen des Golfs auf den Weltkarten in »Golf von Coquinbacao« umzuändern. Die Kolumbianer betrachteten sich die militärische Lage, stellten fest, daß ihr Nachbar ihnen weitaus überlegen ist und »es wurde eine Gesamtatmosphäre der Verteidigung geschaffen«, so das Madrider Blatt. In einer jüngsten Ansprache an das Volk sagte der kolumbianische Präsident Luis Carlos Galan seinen Zuhörern: »Kolumbien muß sich bewaffnen, damit es nicht angegriffen wird.« Obwohl Bogota und Caracas offiziell ihre friedlichen Absichten verkünden, marschieren beide Länder in Richtung einer militärischen Mobilisierung. □

Südafrika

Katholische Bischöfe helfen ANC

Eine erstaunliche und bestürzende Tatsache: Katholische Bischöfe und Weltkirchenrat werben für den kommunistischen afrikanischen Nationalkongreß (ANC).

Der für zahlreiche Morde an Schwarzen verantwortliche ANC erhält nicht nur Millionenbeträge vom Weltkirchenrat – größtenteils handelt es sich um evangelische Kirchensteuergelder aus Deutschland –, sondern neuerdings auch von der südafrikanischen katholischen Bischofskonferenz. Eine Anzeigenkampagne des wegen terroristischer Umtriebe verbotenen ANC wurde von den katholischen Bischöfen mit etwa 200 000 DM finanziert.

Politik mit der Halskrause

Am 27. Dezember 1986 hatte der ANC-Präsident, Oliver Tambo, die revolutionären Ziele seiner Bewegung folgendermaßen umrissen: »Wir stehen inmitten todesmutiger Taten, wo Kampfgruppen, unterstützt vom Volk, Barrikaden bauen, Stacheldraht über die Straßen spannen, Verteidigungsgräben ausheben, feindliche Kräfte in Todesfallen treiben, Benzinbomben gegen Panzerfahrzeuge werfen, sich bewaffnen, indem sie dem Feind die Waffen fortnehmen, unsere Vorstädte von Denunzianten und Kollaborateuren befreien und Feinde eliminieren.«

In diesem »Kampf« werden – ähnlich wie im Iran – auch achtjährige Kinder verheizt.

Wie werden nun diese »Denunzianten«, das heißt Schwarze, die an einer Überwindung der Apartheit mitarbeiten, behandelt? Dem vor Todesangst zitternden Opfer werden von seinen Henkern sofort beide Hände abgehackt, damit es sich nicht mehr wehren kann. Im »mildesten« Fall werden die Hände mit Stacheldraht zusammengeschnürt.

Ein alter Autoreifen wird dem Opfer über die Schulter gestreift und mit Benzin oder Diesel getränkt. Diesel ist beliebter. Es haftet länger brennend auf der Haut. Der Treibstoff wird mit Streichhölzern entzündet. Wenn dem Opfer die Hände noch nicht abgehackt wurden, muß es seine »Halskrause« – so nennt Frau Mandela, die Frau des inhaftierten ANC-Terroristen Nelson Mandela, dieses Foltermittel – selber in Brand setzen. Der Treibstoff entzündet den Reifen, der in kürzester Zeit eine Temperatur von 400 Grad bis 500 Grad Celsius erreicht.

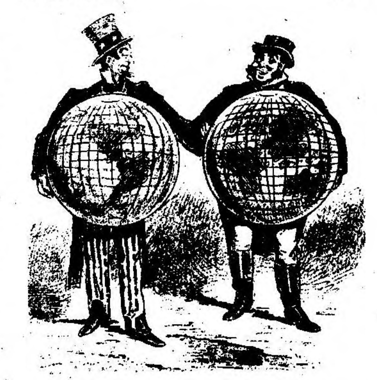
Die entstehenden Kohlenstoffgase mit einer Temperatur von etwa 300 Grad zerstören beim Einatmen die Lunge. Der schmelzende Gummi brennt sich tief in das Fleisch des Opfers ein. Während des Todeskampfes stehen die Folterknechte lachend und gröhlend dabei.

Und alles mit Spendengeldern

Auf diese Weise wurden inzwischen über 200 Schwarze zu Tode gefoltert. Daß Willi Brandt sich als Freund von Frau Mandela brüstet, die die UdSSR für eine »Fackel für alle unsere Hoffnungen« hält, wundert einen nicht mehr, daß das Außenministerium unter Genscher (FDP) Frau Mandela einen Volkswagenbus schenkt, auch nicht mehr.

Daß aber die katholische Bischofskonferenz Propagandaaktionen dieser Terrororganisation unterstützt, dürfte doch manchem biederen Misereor-Spender noch unbekannt sein.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Ja, mit den Spendengeldern von »Misereor« (katholischerseits) und »Brot für die Welt« (protestantischerseits) werden in Millionenhöhe diese terroristischen Unternehmungen finanziert. □



Philippinen

Aquino-Regime auf wackligen Füßen

Warren Hough

Ein harter Kampf wütet hinter den Kulissen in Washington und Manila um das Schicksal der Philippinen, wo das Regime von Corazon Aquino, das im letzten Jahr mit geheimer Unterstützung der USA eingesetzt wurde, kurz vor dem Zusammenbruch steht.

»Präsident Ferdinand Marcos wurde im Februar 1986 von einer Clique Bürokraten im CIA, dem amerikanischen Außenministerium und dem Pentagon gestürzt«, sagte Major Dominador Savandon, ein früherer philippinischer Geheimdienstoffizier, der jetzt in den Vereinigten Staaten im Exil lebt. »Bei einer ihrer Operationen ging es um die Überwachung der Haupt-Kommunikationslinien Manilas durch CIA-Elektroniker. Sie haben führende Politiker abgehört und das, was sie erfuhren, dazu benutzt, um Falschinformationen und Zwietracht unter den patriotischen Kräften zu verbreiten.«

Die Koaliton der Gegner

Diesem kenntnisreichen Informanten zufolge sind die patriotischen Gruppierungen auf den Philippinen jetzt wieder vereint. »Und die Politiker, die Washington an die Stelle von Marcos gesetzt hat – Mrs. Aquino und ihre Freunde – befinden sich auf der Flucht.«

In einem beispiellosen Eingeständnis räumte die Regierung Aquino ein, daß sie sich der »Oppostion einer Koalition aus unseren Gegner« gegenüber gesehen hat und verkündete einen Notstand, der dem Kriegsrecht gleich kommt. Drei Rundfunkstationen in Manila, eine Fernsehstation und eine Tageszeitung wurden sofort geschlossen, weil sie »Interviews mit Regierungsgegnern veröffentlicht hatten.«



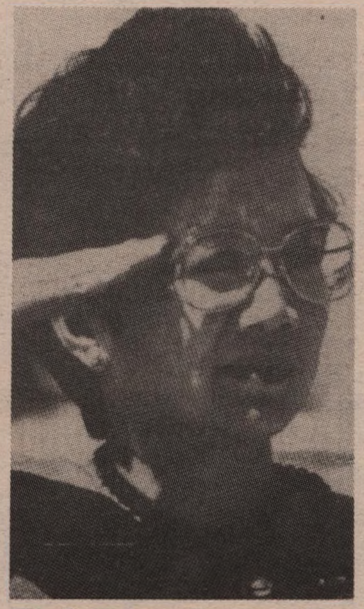
Juan Ponce Enrile warnt vor dem Einfluß der Kommunisten in der Aquino-Regierung. Kommunistische Infiltranten haben Dutzende von wichtigen Befehlspositionen von Frau Aquino übertragen bekommen.

Die Koalition der Gegner von Mrs. Aquino umfaßt nach Einzelheiten, die von in den Vereinigten Staaten im Exil lebenden philippinischen Politikern zu erfahren sind, die folgenden wichtigsten Gruppen: Die Nationalist Party, angeführt von zwei politischen Schlüsselfiguren, dem ehemaligen Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile und Salvador Laurel, der Vizepräsident im Aquino-Kabinett war, bis er vor wenigen Wochen zurücktrat und sich der Opposition anschloß.

Die Grand Alliance for Democracy, eine Dachorganisation von Anti-Aquino-Institutionen und Exilgruppen unter Führung der Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie auf den Philippinen, zu der viele anerkannte Amerikaner philippinischer Abstammung gehören.

Einige andersdenkende Offiziere aus der mittleren Führungsebene unter Führung von Oberst Reynaldo Cabauatan, der dabei sein soll in der Hauptstadt Manila eine bewaffnete Untergrundorganisation aufzubauen.

Eine zweite Allianz von unzufriedenen und regierunsfeindlichen jüngeren Offizieren, angeführt von Oberst Gregorio »Grino« Honasan, der das Aquino-Regime vor einigen Monaten mit einer Handvoll bewaffneter Gefolgsleute beinahe gestürzt hätte.



Die Schattenseiten von Mrs. Aquinos Regierung sind Korruption, Vetternwirtschaft und Schiebertum.

Die New Society Party, angeführt von dem im Exil lebenden Präsidenten Marcos, der vor kurzem die Unterstützung des Millionärs und Industriellen Eduardo Cojuangco gewann.

»Mrs. Aquino ist meine Cousine«, erklärte Cojuangco. »Doch als Staatschef ist sie ein Unglück. Mit ihr sind Korruption, Chaos und der Kommunismus über die Philippinen gekommen. Es ist Zeit, daß eine Wende eintritt.«

In dem Eifer und der Begeisterung für die Durchführung einer Wende ist selbst Marcos – der bei den meisten Nationalisten eine verehrte Persönlichkeit ist –, in den Bannstrahl der Kritik geraten. »Marcos hat sich von seinen Feinden in Washington in Verwirrung bringen lassen«, meint Savandon.

Zusammen mit anderen jungen patriotischen Militanten beschuldigt er den im Exil lebenden Präsidenten, daß er keine Allianz mit amerikanischen nationalistischen und populistischen Gruppen gebildet hat, »den einzigen Kräften, von denen er in seinen schwierigen Zeiten uneingeschränkt Unterstützung bekommen kann«, wie Savandon es nannte. Statt dessen – so beklagen sich diese Antikommunisten – versuchte Marcos in Washington seine Feinde über selbst ernannte Publizisten und mindestens zwei Ganoven zu besänftigen, die ihre privaten Gespräche mit dem philippinischen Präsidenten auf Tonband aufgenommen und die Bänder dann an Mrs. Aquino verkauft haben.

Doch während Marcos die Unterstützung und den Respekt der Mehrzahl der Filipinos behalten hat, die ihn als den rechtmäßigen Präsidenten ihres Landes ansehen, ist die politische Kabale von Mrs. Aquino sowie von militärischen und zivilen Gegnern stark verurteilt worden.

Die Korruption hat sich verdoppelt

»Als Präsident Marcos im Amt war, haben wir uns über die unehrlichen Bürokraten beschwert«, erzählte Honasan, der populärste Anführer der Anti-Aquino-Bewegung einer Gruppe von Journalisten in seinem Untergrundversteck in einem Vorort von Manila. »Doch die Korruption damals war nichts gegen den öffentlichen Diebstahl und die Bestechung, wie es unter Aquino zunehmend um sich greift.

Seit Marcos gestürzt wurde, hat sich die Korruption überall verdoppelt, ja sogar verdreifacht. Unsere einzige Hoffnung für eine Wende besteht darin, die Aquino-Clique im Präsidentenpalast loszuwerden.« □

Nazijagd

Wühlen im Aktensumpf

James Harrer

Amerikanischen Bürgern und Bewohnern anderer westlicher Staaten drohen vielleicht Anklagen aufgrund seit langem verjährter Akten der Vereinten Nationen. Dies wird passieren, wenn die sogenannte Kommission über Kriegsverbrechen beim Weltforum für die Freigabe seiner Archive an Israel und seine amerikanischen Lobbyisten stimmen wird.

In einer Reihe unerwarteter Umkehrungen hat der Druck zur Öffnung des Lagerhauses auf Long Island, wo die Vereinten Nationen rund 40 000 Akten seit dem Zweiten Weltkrieg unter Verschluß halten, die internationale Organisation in zwei sich bekämpfende Lager gespalten.

Denunziationen, Beschuldigungen und schmutzige Sensationen

Nachdem die ursprüngliche UNO - Kriegsverbrecher - Kommission ihre Freigabe im Jahr 1947 abgelehnt hat, wurden die Unterlagen in ein geheimes Lager auf Long Island gebracht. »Sie haben sie mit dem Mantel des Vergessens umhüllt«, sagt Colin Fry, ein britischer Anwalt, der in den fünfziger Jahren zum Anwaltsstab der Vereinten Nationen gehörte und jetzt in New York in Pension lebt. »Aus gutem Grund: das meiste davon ist Schrott.«

Die Papiere enthalten weitgehend Denunziationen und Beschuldigungen, die in dem Wirrwarr des Zweiten Weltkrieges gemacht worden sind, und Personenlisten von Organisationen, die es in Deutschland und Italien zu jener Zeit gab, sagt ein Rechercheur der UN.

»Als Beweismaterial hatte dieses Material kaum einen Wert, als es vor 40 Jahren zusammengetragen wurde; heute hat es überhaupt keinen Wert mehr«, erläuterte er und bat gleichzeitig darum anonym zu bleiben, weil »dies im Augenblick eine so angespannte Lage ist«.

Die »angespannte Lage« trat Ende letzten Jahres mit der Ankündigung der israelischen Regierung auf, die »freien Zugang« zu Akten in dem Lager für »bevollmächtigte Rechercheure« verlangte.

»Die Wahrheit ist, daß Israel seit Jahren Zugang zu diesen Dokumenten hat«, sagt dieser UN-Mann, »doch es gibt da ein paar Regeln. Israel muß die Akte jeder Person, über die es Untersuchungen anstellen will, namentlich verlangen. Seine Agenten dürfen die Dokumente nicht durchwühlen und nach Motiven für Sensationsbehauptungen suchen.«

Diese Einschränkungen haben Israel offenbar nicht gefallen. »Die Akten sollten geöffnet werden, basta«, sagte Eyal Arad, Israels Sprecher bei den Vereinten Nationen.

Im Mai 1987 trug Israel einen größeren Triumph davon, als es die Unterstützung der Reagan-Regierung – angeblich zunächst dadurch, daß es US-Justizminister Edward Meese überzeugte – zur Öffnung der Akten bekam.

Der Druck der Lobby

Der US-Botschafter Vernon Walters, der US-Präsident Ronald Reagan auf inoffizieller Ebene geraten haben soll »die Papiere da zu lassen, wo sie sind, nämlich in Long Island . . . Es sind einfach die giftigen Überbleibsel aus dem Krieg«, bekam dennoch den Befehl aus dem Weißen Haus sich mit seinem ganzen Einfluß hinter die Bemühungen Israels zur Überprüfung dieses Materials zu stellen.



Ab August 1987 wurde der wachsende Druck spürbar. Einer nach dem anderen gaben die 17 Mitglieder der derzeitigen UNO - Kriegsverbrechens - Kommission – einer Gruppe, deren einzige Funktion es ist, die Geheimhaltung der Akten zu bewahren – dem Druck der Lobby des Kleinstaates nach, der durch kaum verhüllte Drohungen der US-Delegation unterstützt wurde.

Nach den derzeitigen Regeln bedarf es der »Zustimmung« von 17 Kommissionsmitgliedern, damit UN-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar die Akten freigeben kann. Sicher, daß die erforderliche Mehrheit beisammen ist, berief die US-Delegation die Länder, die die Kommission bilden, am 1. Oktober 1987 zu einem außerordentlichen Geheimtreffen ein.

Doch noch bevor die Mitglieder über die Freigabe der Archive abstimmen konnten, geriet die Konferenz durch Thierry d'Arsonval, den französischen Delegierten in Aufruhr, der vorschlug, daß jeder zugelassene »Rechercheur«, die rechtlich gebundene Zusage geben müsse, daß er die Namen in den Akten nicht veröffentlichen werde.

Die israelischen Delegierten wiesen den französischen Antrag als »absurd« und »Vertuschung« zurück und verließen den Saal. Die Vereinigten Staaten folgten ihrem Beispiel. Die meisten anderen Delegierten befürworteten den Antrag zur Eindämmung von Sensationsmache und Ausschlachtung der Informationen, die mit der Freigabe der Archive in Wirklichkeit beabsichtigt waren.

Nahost-Beobachter brachten ihre Sorge über diese Entwicklung zum Ausdruck. Wie ein Diplomat vom Persischen Golf meinte: »Israel ist offenbar wütend über diesen Rückschlag, und wenn so etwas passiert, wird die amerikanische Delegation ängstlich und aufgeregt. Die Tagesordnung der Generalversammlung wird unterbrochen, damit den Problemen Israels vorrangige Aufmerksamkeit geschenkt werden kann.«

Versteckte Anspielungen und anonyme Behauptungen

In einer »unruhigen und aufgeregten« Verfassung kamen die israelischen und amerikanischen Vertreter dann nochmals am 5. Oktober 1987 mit einem gemeinsamen Gegenangriff gegen den französischen Antrag zusammen.

Nach diesem Vorschlag würden die UNO-Kriegsverbrechens-Dokumente als Anklagen des amerikanischen Bundesgerichtshofs oder als Anklageschriften behandelt. Durch eine solche Interpretation würden sie zumindest nach amerikanischer Rechtsprechung öffentlich.

Das Problem ist, so warnen UN-Quellen, daß ein solcher Plan das Amt für Sonderermittlungen (OSI) im US-Justizministerium dazu anhalten wird, auf der Grundlage dieser dürftigen ausländischen Dokumente eine neue Welle von Verfolgungen in Gang zu setzen.

Juristische Beobachter, die befragt wurden, sind der gleichen Meinung und wiesen darauf hin, daß das OSI ähnliche Methoden angewendet hat, als Anklagen gegen über 30 amerikanische Bürger auf der Grundlage von Behauptungen vorgebracht wurden, die Kriegsdokumenten der sowjetischen Geheimpolizei, dem KGB, entstammten.

»Der juristische Präzendenzfall ist damit geschaffen«, sagt Harriet Caldara, ein Rechtsanwalt, der an jüngsten Fällen über »Kriegsverbrechen« in New Jersey gearbeitet hat. »Wenn die Vereinten Nationen dem israelischen Lobbytum und dem amerikanischen Druck klein beigeben, werden Amerikaner bald reihenweise in Handschellen abgeführt, um sich gegen Gerüchte, Gerede, versteckte Anspielungen und anonyme Behauptungen zu verteidigen, die aus den Dokumenten ausländischer Organisationen zusammengetragen wurden, die fast ein halbes Jahrhundert alt sind.« □

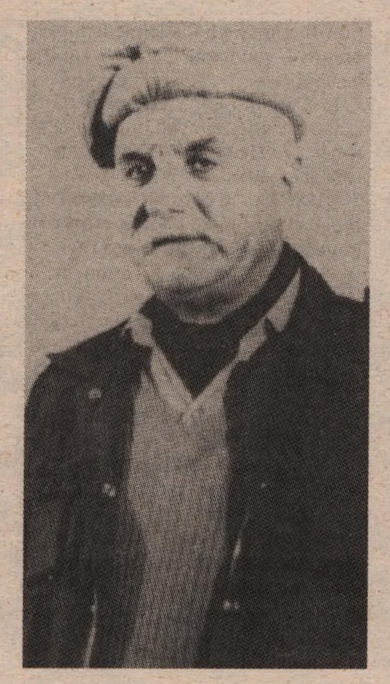
Afghanistan

Zwielichtige Rolle der USA

James P. Tucker

Zum ersten Mal in siebzig Jahren besteht neue Hoffnung, daß die sowjetische Expansion durch patriotische Widerstandskämpfer aufgehalten wird und das dem amerikanischen Außenministerium zum Trotz. In Afghanistan haben Widerstandskämpfer der Sowjetunion – die Sowjets sind in Afghanistan im Jahr 1979 eingefallen und haben eine Marionetten-Regierung eingesetzt – die größte Niederlage seit dem Zweiten Weltkrieg zugefügt.

Ein Führer der »Operation Avalanche« war im September 1987 in Washington, um über die Mission zu berichten, bei der 800 Sowjetsoldaten getötet wurden, und er sagte, die afghanischen Streitkräfte hätten es jetzt auf die Sowjets abgesehen.



Rahmatullah Safi, Führer der »Operation Avalanche«: »Ich werde nicht überleben, wenn nicht Afghanistan überlebt«.

Die wichtigste Waffe ist das Volk

Verglichen mit den permanenten Bombardierungen in der Vergangenheit, die die Widerstandstruppen festnagelten, sagte Brigadegeneral Rahmatullah Safi, ein Sicherheitsoffizier im afghanischen Widerstand, hat es eine »dramatische Reduzierung der sowjetischen Bombardierungen« gegeben, und »wir greifen jetzt Verteidigungsstellungen an«.

In den ersten Jahren der sowjetischen Besatzung hatten die Führer des afghanischen Widerstands um Handwaffen die Vereinigten Staaten gebeten und nur wenig mehr als rührende, vertröstende Zusagen der Unterstützung aus dem Weißen Haus erhalten.

Vor einem Jahr begann die Lieferung von amerikanischen Waffen in großem Umfang. Vor einigen Monaten hat US-Präsident Ronald Reagan das amerikanische Engagement noch erhöht und lieferte Langstrecken-Granatwerfer und Minensuchgerät. Zahlreiche sowjetische Kriegsflugzeuge, die die Widerstandskräfte lange in Schach gehalten haben, sind im vergangenen Jahr abgeschossen worden.



Links vorn der Chef der, von den Sowjets gestützten, afghanischen Marionettenregierung Dr. Najib. Rechts im Bild der sowjetische Botschafter Pavel Mozhayev.

Safi gab zu, daß der Meinungsumschwung in Washington ein entscheidender Faktor dabei war, daß sich das Blatt für die Freiheitskämpfer im Feld zum Positiven gewendet hat. Doch er nannte noch ein anderes Element, das in den langen Jahren des Kampfes gegen eine überwältigende Überlegenheit kennzeichnend war für den afghanischen Widerstand:

»Die wichtigste Waffe ist das afghanische Volk, das die Bedeutung von Freiheit versteht.«

Die afghanischen Widerstandskämpfer greifen jetzt in verschiedenen Provinzen an, sagte er, und sie sind nicht mehr zersplittert.

Ein anderer Feind sind »Verhandlungen«

Trotz erfreulicher Siege im Feld, sehen sich die Freiheitskämpfer einem anderen, bösen Feind gegenüber: den »Verhandlungen« um einen Rückzug der Sowjets, die mit dem Segen der Vereinten Nationen stattgefunden haben und für dessen Ergebnis die Vereinigten Staaten »garantieren« würden; das amerikanische Außenministerium hat sich dann auch sehr rasch zu dieser »Garantie« bereit erklärt.

Diese meist im benachbarten Pakistan – wo die Sowjets Flüchtlingslager bombardiert haben, um die Regierung dort einzuschüchtern – stattfindenden Diskussionen, laufen auf Verhandlungen der Sowjetunion mit der Sowjetunion hinaus. Die Sowjetunion verhandelt mit der »afghanischen Regierung«, die sie in Afghanistan nach der Invasion in das Land eingesetzt hat.

Die sowjetische Haltung lautet, daß es viele Monate dauert, bis ihre rund 100 000 Soldaten zur Sicherung der »Stabilität«, das heißt der Sicherung der Regierung, die sie eingesetzt hat, abgezogen werden können.

»Glauben Sie, wenn man den Sowjets eine Handvoll von Afghanistan gibt, dann werden sie sagen, ›vielen Dank, das genügt uns‹?«, fragt Safi einen Journalisten.

Safi lehnte jeden »Handel« mit der Sowjetunion ab, der nicht darauf hinausläuft, daß der Kreml seine Truppen sofort vollständig abzieht und Afghanistan unabhängig von jeglichem kommunistischen Einfluß wird.

Safi brachte seinen Unglauben über die Politik des amerikanischen Außenministeriums zum Ausdruck, wo Berufsbeamte die pro-sowjetische Politik seit langem erfolgreich befürwortet haben, die oft in Konflikt steht mit den genannten Positionen der jeweiligen Regierung im Weißen Haus.

Freiheit steht auf ihren Fahnen

In Mozambique zum Beispiel konnten die anti-kommunistischen Streitkräfte in den letzten Monaten deutliche Erfolge verzeichnen. Die Freiheitskämpfer in Mozambique bitten die Vereinigten Staaten um nichts, lediglich darum, daß diese Regierung aufhört, der Sowjetunion zu helfen, die dort eingesetzte, kommunistische Regierung zu finanzieren.

Doch die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion finanzieren die kommunistische Regierung in Mozambique weiter.

Aber Safi und seine Truppen in Afghanistan haben den Sturz der Kommunisten und ein Leben in Freiheit auf ihre Fahnen geschrieben. Er sagt: »Ich werde nicht überleben, wenn nicht Afghanistan überlebt.« □

Waffenhandel

Das Spiel des US-Justizministers

Martin Mann

Die Riesenrüstungsaufträge, die der amerikanische Justizminister Edwin Meese für die Wedtech Corporation erzielt hat, hätten sich im Kriegsfall als »Todesurteil« für amerikanische Truppen ausgewirkt, stellt ein amerikanischer Senator in Washington fest.

In Zeugenaussagen vor dem amerikanischen Senatsausschuß für Regierungsangelegenheiten enthüllten hochrangige Armee- und Marineoffiziere, daß politischer Druck von Edwin Meese und anderen Insidern im Weißen Haus auf sie ausgeübt wurde, um wichtiges Waffenmaterial von der Wedtech zu bestellen, obwohl sie wußten, daß die Erteilung von Rüstungsaufträgen in diesem Umfang an die schäbige, kleine New Yorker Firma bedeutet, ihnen die »Erlaubnis zum Stehlen zu geben«, wie es der amerikanische Marine-Capitän David D. de Vicq nannte.

Keine Lebensmittel oder Munition

Die Bevorzugung der Wedtech führte zu Rückschlägen und Schäden, die weit über finanzielle Verluste für den amerikanischen Steuerzahler hinausgingen, so der Vorsitzende des Senatsausschusses, Senator Carl Levin.

»Zwei Jahre lang – im Jahr 1985 und 1986 – hatten wir Versorgungsschiffe auf See, die in einer Notsituation nicht entladen werden konnten«, sagte Levin.

Die Strategie der Reagan-Regierung zur raschen Entfaltung von US-Streitkräften in Übersee war auf einen reinen Bluff reduziert, meinte er. Der Grund: Der Auftrag für die neuen Schiffsrampen zur Entladung von Versorgungsschiffen war auf Betreiben von Meese und anderen Insidern des Weißen Hauses an die Wedtech vergeben worden.

»Die Wedtech hat die Rampen nicht geliefert«, sagte der Senator. »Das bedeutete, daß wir bei Ausbruch von Schwierigkeiten Soldaten im Feld gehabt hätten ohne Panzer, ohne Gewehre, ohne Munition oder Lebensmittel, und das alles, weil die Marine beschlossen hatte, diesen Auftrag an die Wedtech zu vergeben.«



US-Justizminister Edwin Meese ist der Beamte aus dem Weißen Haus, der hinter den Kulissen interventierte, um Wedtech lukrative Aufträge zuzuschanzen.

Der Entschluß der Marine den Auftrag für die Schiffsrampen an die Wedtech zu vergeben geschah nur widerwillig und erst nachdem Meese und sein Stellvertreter James Jenkins anfingen, »Leuten die Arme nach hinten zu drehen und Köpfe zusammenzuschlagen«, um die kleine Werkstatt aus New York zu einer anerkannten Rüstungsfirma zu machen, so behaupteten de Vicq und andere Zeugen.

Mund halten und Affäre nicht hochspielen

In dramatischen Zeugenaussagen haben hochrangige Offiziere die Einzelheiten der sensationellen Meldungen über die politischen Tricks hinter dem raschen Aufstieg der Firma Wedtech von einer Hinterhofwerkstatt zu einem großen Rüstungslieferanten mit amerikanischen Regierungsaufträgen in der Größenordnung von Hunderten von Millionen Dollar bestätigt.

Ab Anfang des Jahres 1981 – so Zeugen vor dem Unterausschuß – hat das amerikanische Verteidigungsministerium die Wedtech als ein »unseriöses« Unternehmen betrachtet, das ungeeignet ist für eine öffentliche Auftragserteilung.

»Wir wußten, daß es Gauner sind«, sagte Oberst Donald Hein, ein langjähriger Beschaffungsoffizier der amerikanischen Armee. Doch der Druck vom Weißen Haus die Wedtech zu bevorzugen war so groß, daß Hein gesagt wurde, er solle »den Mund halten und die Affäre nicht hochspielen«.

Eine noch dramatischere Bestätigung der Feststellungen – nämlich daß der amerikanische Justizminister Edwin Meese die Wedtech gegen die heftige Opposition von seiten der Pentagon-Vertreter unterstützt hat – tauchte auf, als der Staatssekretär im US-Marineministerium, Everett Pyatt, vor dem Untersuchungsausschuß in Washington erschien.

Als Pyatt Ende des Jahres 1983 beschloß, die Genehmigung für den 134 Millionen Dollar Auftrag für die dringend benötigten Schiffsladerampen an die Wedtech nicht zu erteilen, war sein Job in Gefahr.

»Pyatt war vom Präsidenten ernannt worden, und er hatte den Job, doch seine Ernennung war zu der Zeit vom US-Senat noch nicht bestätigt«, erläuterte ein Vertreter des Kongresses, der mit dem Fall vertraut ist. »Als Pyatt zu verstehen gab, daß er bezüglich Wedtech so seine Zweifel hat, wurde er gewarnt, das Weiße Haus würde sich Gedanken darüber machen, ob er den Job (Staatssekretär für Logistikangelegenheiten) überhaupt bekommen solle.«

Obwohl Pyatt über diesen Vorfall jetzt nicht mehr sprechen wollte, behaupten andere Quellen, er sei »erschreckt« gewesen über die Feststellung, daß »die Wedtech mehr Einfluß im Weißen Haus hatte als die Marine«.

Der Druck aus den Kulissen des Weißen Hauses

»Während die Wochen vergingen und Pyatt zögerte das Geschäft mit der Wedtech zu unterzeichnen, hielt das Weiße Haus seine offizielle Ernennung zurück«, berichtete ein Informant, der ein ausgebildeter Polizeidetektiv ist und jetzt seit fast zwanzig Jahren als Untersuchungsbeamter für den amerikanischen Kongreß arbeitet.

»Es wurde nichts unternommen, um seine Ernennung dem Senat zur Genehmigung vorzulegen. Am 17. April 1984 gab Pyatt schließlich nach und genehmigte den Auftrag für die Schiffsrampen an die Wedtech.

Am gleichen Nachmittag verkündete das Weiße Haus Pyatts Ernennung zum Staatssekretär für den Bereich Schiffsbau und Logistik und legte die Ernennung dem Senat zur Bestätigung vor.« □

Edwin Meese

Einfluß-agent in Washington

Martin Mann

Die israelische Regierung zählt den amerikanischen Justizminister Edwin Meese III. seit Anfang des Jahres 1983 zu ihren »Einflußagenten« in Washington, das ist aus gut informierten Kreisen der US-Regierung und des Kongresses zu erfahren.

Die israelischen Agenten sollen einen verwundbaren Augenblick ausgenutzt haben – den plötzlichen Tod von Meeses Sohn Scott im Herbst 1982, der ihn niederschmetterte und monatelang seelisch durcheinander brachte –, um die Schlüsselperson in der Reagan-Regierung, der damals Berater im Weißen Haus war, für sich zu gewinnen.

Fragen nach der Ethik und Ehrlichkeit

Diesen Quellen zufolge war sich Meese zu diesem Zeitpunkt nicht darüber im klaren, daß ihn seine Verwicklung mit Israel rasch in zwielichtige Geschäfte mit anrüchigen Geschäftemachern verstricken würde, die den ersten Richter der amerikanischen Nation inzwischen zu einem Verdächtigen in zahlreichen strafrechtlichen Ermittlungen gemacht haben.

Diese strafrechtlichen Untersuchungen umfassen Anhörungen des Geschworenengerichts über Meeses Rolle bei der Förderung der Wedtech Corporation, die von Ermittlern als »Verbrecherorganisation« bezeichnet wird sowie neue Anklagen im Zusammenhang mit einem undurchsichtigen Pipeline-Geschäft. Zahlreiche Behörden haben kürzlich Fragen über die Ethik und Schicklichkeit von Meeses Förderungsaktivitäten, Geldmarktmanövern und anderen Privatgeschäften erhoben.

Diese Fragen führten die Ermittler zur Rekonstruktion der Ereignisse, die Meese nach und nach in den Kreis der Verfechter Israels (Israels firsters) zogen,



Howard Squadron, Vorsitzender des Amerikanisch-Jüdischen Kongresses, hatte die entsprechenden politischen Verbindungen.

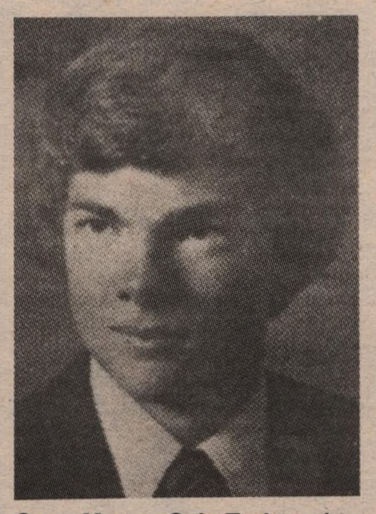
die die höheren Ebenen in der Regierung Reagan beherrschen. Obwohl Untersuchungsergebnisse, die Israel betreffen, normalerweise nicht in den Akten zu finden sind und selten durch die amerikanischen Medien untersucht werden – oder vielleicht gerade wegen dieser frustrierenden Vertuschung – haben Ermittler auf privater Ebene die Geschichte für uns zusammengestellt.

Diese Quellen haben R. Robert Wallach, einen wohlhabenden Anwalt aus San Francisco, der unter der Reagan-Regierung zu einem Washingtoner Lobbyisten wurde, als den israelischen Agenten ausfindig gemacht, der Meese auf die Liste der Personen gesetzt hat, die für den Kleinstaat arbeiten sollten.

Dieser gut dokumentierten Geschichte zufolge waren Meese und Wallach Freunde, seit sie beide Ende der fünfziger Jahre an der Universität von Kalifornien in Berkeley Jura studiert hatten. Es war eine ungewöhnliche Freundschaft: Meese kam aus konservativen Kreisen, Wallach hatte einen nach links tendierenden, liberalen Hintergrund, doch die beiden Männer sollen in den sechziger und siebziger Jahren weiterhin Kontakt miteinander gehabt haben.

Förderung einer kriminellen Verschwörung

In dieser Zeit stieg Meese zu einem von Ronald Reagans Schlüsselberater und Vertrauten auf. Wallach blieb in San Fran-



Scott Meese. Sein Tod machte den amerikanischen Justizminister verwundbar und zu einem engagierten Freund Israels.

cisco, baute sich eine erfolgreiche Anwaltspraxis aus und setzte die Familientradition militanter, pro-israelischer Aktivitäten fort.

Wie viele andere Förderer und Lobbyisten stellte Wallach fest, daß er von seinen israelischen Verbindungen ansehnlich profitierte. Ermittler nennen den Fall der Wedtech Corporation als Bilderbuchbeispiel für die zahlreichen Bestechungsgelder, die in Vorhaben herauskamen, in die sich die Hingabe an Israel mit privatem Bereicherungsstreben mischt.

Die Wedtech Corporation, die von Mario Merola, dem Distriktanwalt für die Bronx in New York, als eine »kriminelle Verschwörung von Anfang bis Ende« bezeichnet worden ist, stellte sich selbst Anfang des Jahres 1981 als beachtenswertes Rüstungsunternehmen mit Minoritätsbeteiligung vor, als sie anfingen Washington nach Rüstungsaufträgen abzugrasen.

Den Ermittlern zufolge waren die wirklichen Besitzer der Wedtech tatsächlich ein Konsortium von Immigranten, die nach dem Zweiten Weltkrieg über Rumänien von Israel in die Vereinigten Staaten gekommen waren.

Die für die Vergabe von Rüstungsaufträgen im Pentagon Verantwortlichen lehnten Wedtech kategorisch ab und meinten – nach jüngsten Zeugenaussagen im amerikanischen Senat –, es handele sich dabei um »Schwindler«. Nachdem sie so schroff abgewiesen worden waren, trug die Wedtech ihren Fall Harold Lipset vor, einem Privatdetektiv an der Westküste und langjährigen Verfechter Israels (Israel firster), der zu der Zeit California State Coordinator des Amerikanischen Jüdischen Kongresses (AJC) war.

Die Wedtech bat Lipset sich das Privatleben und die persönlichen Angelegenheiten der Pentagon-Beamten, die sich gegen ihren Antrag gestellt hatten, einmal genauer anzusehen. Die Ermittler meinen jetzt, die Wedtech hoffte Lipset würde genug »Dreck« – unerfreuliche oder belastende Informationen – über wichtige Bürokraten im amerikanischen Verteidigungsministerium herausfinden, so daß es der Wedtech möglich werden würde ihren Weg in die inneren Kreise des Pentagon hinein zu erpressen.

Die härteren Geschütze von Edwin Meese

Lipset wußte, daß dies unwahrscheinlich ist. Er riet der Wedtech, der Einsatz von geschickten Vermittlern und »Deichslern« wäre wirkungsvoller. Lipset stellte den Wedtech-Vorsitzenden Fred Neuberger zwei einflußreichen Anwälten, Howard Squadron und Wallach, vor.

Squadron, der zu jener Zeit nationaler Vorsitzender des AJC und Seniorpartner einer New Yorker Anwaltsfirma mit guten politischen Verbindungen war, übertraf Wallach in vielerlei Hinsicht und wurde Generalberater bei der Wedtech. Doch Wallach bekam die Schlüsselrolle: er sollte die Verbindung zu Edwin Meese herstellen.

Im Rückblick, so sagen die Ermittler, scheint es so, daß die in dieser Zeit von der Wedtech an Wallach und Squadron gezahlten Bestechungsgelder den Weg dafür ebneten, Meese sowohl in Wedtech als auch in israelische Angelegenheiten zu verwickeln.

Im Mai 1981 zog Wallach von Kalifornien nach Washington um und ließ sich in den Büros von Arnold and Porter, einer angesehenen Anwaltsfirma mit Verbindungen zum Netz der Freunde Israels auf dem Capitol, nieder. Hier, so behaupten die Informanten, widmete sich Wallach einer einzigen Aufgabe: der Wiederbelebung seiner alten Freundschaft mit Meese.

Welche Beweggründe und Anreize er auch verwendet haben mag, er hatte Erfolg damit. Ende des Jahres 1981 trat Meese als Wedtechs Unternehmer und Unterstützer in Washington auf. Von seinem Büro im Weißen Haus – wo einige Berater von ihm als »stellvertretendem Präsidenten« sprechen – streckte Meese seine Fühler im amerikanischen Verteidigungsministerium aus und drängt darauf die Wedtech »in Erwägung zu ziehen«.

Als sich das Pentagon sträubte und die Wedtech Meese gegenüber auf inoffizieller Ebene als »Schwindler« und »Scharlatan« bezeichnete, die jeden Rüstungsauftrag als »Lizenz zum Stehlen« ausnutzen würden, fuhr Meese härtere Geschütze auf.

»Er sagte zu Jim Jenkins, er solle drüben im Verteidigungsministerium ein paar Köpfe zusammenschlagen«, sagte eine Quelle, ein ehemaliger Buchhalter bei der Wedtech, der mit den Anfängen der Firma vertraut ist.

James Jenkins, Meeses Stellvertreter im Weißen Haus, wurde von Ermittlern inzwischen als jener Beamte im Weißen Haus herausgefunden, der sich in dieser Zeit eindringlich für die Wedtech verwendete und dabei Druck und – nach jüngsten Zeugenaussagen im amerikanischen Senat – sogar Zwang einsetzte, um für die Firma das zu bekommen, was sie wollte.

Im Herbst 1982 traf Meese ein harter Schlag: Sein Sohn Scott wurde in einem Autounfall nicht weit von zu Hause in einem Washingtoner Vorort getötet, als seine Eltern außer Landes waren. Wallach sah hier eine Gelegenheit und ergriff sie; er identifizierte den Leichnam, arrangierte seine Überführung in ein Bestattungsunternehmen und erledigte viele von den schmerzlichen Einzelheiten, die bei Todesfällen zu erledigen sind.

Die erstaunliche Veränderung von Edwin Meese

Nach der Beerdigung, als Meese durch den Verlust seines Sohnes offenbar völlig vernichtet schien, schlug Wallach eine Reise vor und arrangierte sie auch, um das Ehepaar nach dem Tod des Sohnes auf andere Gedanken zu bringen. Ziel der Reise: Israel.

Als ob eine unsichtbare Hand alles arrangiert hätte, wurden die Meese in Israel mit warmer Sympathie aufgenommen. Der ehemalige Außenminister Abba Eban und der Verteidigungsminister Ariel Sharon machte beide Kondolenzbesuche in ihrer Hotelsuite, »so als wären es alte Freunde«, erinnerte sich ein Informant.

Sharon, der besonders an Meese interessiert zu sein schien, sagte ihm, man plane ein Andenken an seinen verlorenen Sohn zu schaffen. Über ein Jahr später sorgte Sharon dafür, daß tausend Bäume in einem Hain in einem Vorort von Jerusalem gepflanzt wurden und eine bronzende Tafel mit Scott Meeses Namen darauf aufgestellt wurde.

»Vielleicht war es Meese damals dann auch schon egal«, sagte ein Washingtoner Anwalt, der ein Büro in einer privaten Anwaltspraxis mit einem Kollegen teilt, der jetzt einer von Meeses Beratern ist. »Ende des Jahres 1983 war Meese unter jenen, die ihn gut kannten, als engagierter Freund Israels bekannt.«

Es war eine erstaunliche Veränderung mit ihm vorgegangen. Meese war bis dahin weithin anerkannt und respektiert als jemand mit patriotischen und nationalen Gefühlen für die Vereinigten Staaten. Seine Freunde brauchten lange, bis sie erkannten, was diese Wandlug verursacht hatte und bewirkte. □

Geheimbünde

Rotarier und Lions

Rotary International wurde im Auftrag der B'nai B'rith offiziell vom Hochgradfreimaurer Paul Harris 1905 in Chicago gegründet. B'nai B'rith ist als Großloge ein elitärer Orden, worin ausschließlich sephardische Juden mit Abstammungsnachweis und im mindestens zwanzigsten Grad einer Freimaurer-Großloge stehend nach einem Ausleseverfahren aufgenommen werden können.

Aufgabe der Rotarier: Passive Überwachung des politischen und wirtschaftlichen Lebens sowie Nachrichtenbeschaffung im Dienste der Weltfreimaurerei. Deshalb hat jeder örtliche Club sich zu bemühen, aus jedem Berufszweig und aus jeder politischen Vereinigung nicht mehr und nicht weniger als zwei sachkundige Mitglieder zu gewinnen und zu verpflichten.

Grundsatz laut Ferras Alvim: »Rotary hat keine praktische und noch weniger eine theoretische Moral.«

Tarnung nach außen hin: »Weltfreundschaft«. Man spricht von einer »neuen laizistischen (entpriesterten) Religion der Freundschaft« mit sogenannten »humanitären Optiken«.

Stärke: 15 500 Clubs weltweit.

Wichtiger Hinweis: Sämtliche »Inspektoren« der jeweiligen Freimaurerlogen sind gleichzeitig und stets auch Mitglieder der für sie örtlich zuständigen Rotary-Clubs.

Lions International ist ebenfalls eine aktive Hilfsorganisation der Weltfreimaurerei. Im Auftrag der »Söhne des Bundes«, wie man die B'nai B'rith Loge gern nennt, wurde Lions International 1917 in Chicago gegründet.

Aufgabe der Lions Brüder: Aktive »Gesellschafts«politik, das heißt, Durchdringung von Vereinigungen und politischen Parteien und deren Beeinflussung im Sinn eines »Fortschrittes« freimaurerischer Prägung. Sämtliche Mitglieder werden in die wirtschaftliche beziehungsweise existentielle Abhängigkeit von Lions gebracht.

Praxis: Zugehörigkeit und Erfüllung der »Pflichten« bedeuten Positionen in Politik und Wirtschaft, zinslose und zinsgünstige Kredite, wirtschaftliche Abnahmegarantien und Zusicherung bevorzugter Förderung, gute Anstellung in Betrieben, passiven und aktiven Schutz in Rechtsangelegenheiten sowie ganz grundsätzlich Boykott und Neutralisierung jener, die aus ethnischen Gründen einer festen Überzeugung anhängen – wozu alle weltanschaulich oder religiös Gebundenen gehören – sowie alle jene, die volks- und heimattreu wirken, beste Werte althergebrachter, bewährter Ordnung vertreten, die Gemeinschaft des Volkes über Gruppeninteressen stellen und Eigenständigkeit wie Unabhängigkeit der Art, des Geistes und der Person »im Dienen« zu bewahren suchen. Letzteres steht dem Lions-Grundsatz entgegen, der da besagt: »non serviam!« – was die Auflösung aller gewachsenen Bindungen einerseits, die »Erfüllung« der »Hilfe« beim »Bau« andererseits bedeutet.

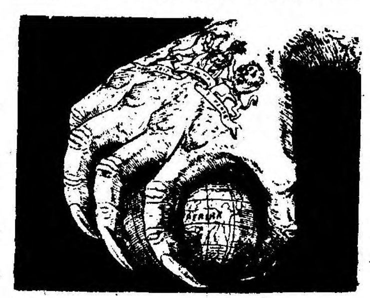
Tarnung: Demonstrative Maske »Hilfe«.

Parole: Vereinte Menschheit durch Lionismus«.

Stärke: 26 280 Clubs mit rund einer Million Mitglieder in aller Welt.

Gründungsjahr: 1951 in der Bundesrepublik Deutschland, 1952 in Österreich.

Symbolische Anleihe des Firmennamens aus der Geschichte: Zu Beginn der Zeitrechnung akzeptierten die »Hebräer« im Interesse der Auseinandersetzung mit der römischen Besatzungsmacht – siehe Essener-Aufstände – sogenannte Proselyten, die sich ihren Gemeinden anschlossen, sich aber nicht beschneiden ließen. Dieses Proselyten nannte man »Löwen«, heute »Lions«. □



Naher Osten

US-Armada gerüstet für Atomkrieg

Martin Mann

Die von der Reagan-Regierung am Persischen Golf mobilisierten Schiffe und Truppen werden mit weitaus mehr Atomwaffen ausgerüstet als jedes andere amerikanische Überseekommando in der Geschichte.

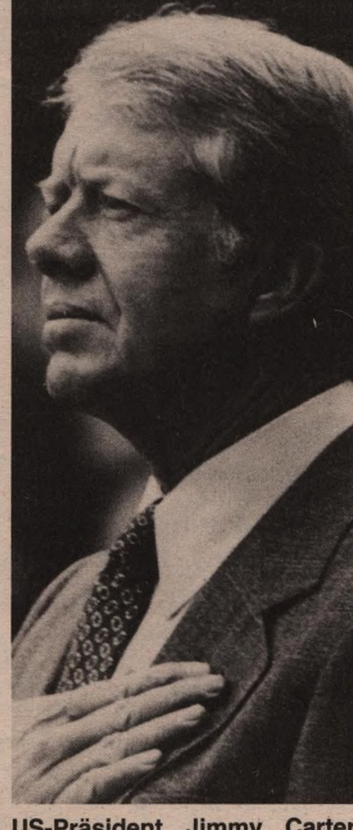
Obwohl die Tatsachen und Zahlen über diese atomare Bewaffnung höchster Geheimhaltungsstufe unterstehen, hat eine gut informierte Quelle – ein ehemaliger Physiker aus dem Pentagon, der jetzt für ein großes Rüstungsunternehmen arbeitet – aufgedeckt, daß der von Konteradmiral Harold J. Bensen angeführte amerikanische Nahost-Kampfverband jetzt über 31 Schiffe und rund 37 000 Mann starke Kampfkraft mit über 300 kleinen, leichten, taktischen Atomwaffen verfügt.

Die streng geheime Studie des Pentagon

Der Grund dafür ist einfach: der Golf ist die einzige Region, wo die Vereinigten Staaten der sowjetischen Invasion Einhalt gebieten müssen, doch dafür keine konventionellen Mittel zur Verfügung haben.

Als US-Präsident Jimmy Carter in einer Rede zur Lage der Nation im Jahr 1980 davor warnte, daß »jeder Versuch von außen Kontrolle über die Region am Persischen Golf zu gewinnen mit allen erforderlichen Mitteln einschließlich militärischen zurückgestoßen werden«, vergaß er, daß in diesem Teil der Welt die Sowjetunion dominierende, militärische Kraft ist, sagen westliche Verteidigungsexperten.

»Wir sind zur Verteidigung des Iran verpflichtet, der nicht zu verteidigen ist«, meint Jeffrey Record, ein bekannter Politikwissenschaftler, in einer charakteristischen Kritik der sogenannten Carter-Doktrin.



US-Präsident Jimmy Carter fühlte sich zur Verteidigung des Irans verpflichtet, der nicht zu verteidigen ist.

Ein Jahr später faßte der Wolfowitz-Bericht, eine streng geheime Studie des Pentagon, die unter amerikanischen nationalen Sicherheitsvertretern vorherrschende Meinung zusammen, als es darin hieß: »Amerikanische Streitkräfte könnten einen sowjetischen Einmarsch in den Norden Irans nicht stoppen. Deshalb sollten die USA den Einsatz ›taktischer‹ Nuklearwaffen in einem Konflikt in dieser Region in Erwägung ziehen.«

Die Atmosphäre der Apokalypse, die jedem Atomwaffeneinsatz zugrunde liegt, hat sich in den letzten Jahren für die amerikanischen Politiker verstärkt, meinen Nahost-Diplomaten. Zum einen hat sich die Reagan-Regierung ihre Strategie am Golf durch Israel manipulieren lassen. Als Folge davon haben die Vereinigten Staaten allmählich ihre Neutralität verloren und sind in eine Reihe von militärischen Wagnissen und Vertuschungsaktionen gegen arabische und islamische Länder wie den Libanon, Syrien, Libyen und den Iran verwickelt worden.

Die Lage verschlimmert sich

Zum anderen mißbilligen die hochrangigen Militärbefehlshaber in den bewaffneten Streitkräften die pro-israelische Politik des Weißen Hauses zunehmend und widersetzen sich ihr, und die doppelt-loyalen Berater beschuldigen das Pentagon auf inoffizieller Ebene »den Kampfgeist verloren zu haben«.

»Diese Kontroverse unter Doppelt-Loyalen und patriotischen amerikanischen Berufsoffizieren führte zu Aufruhr und Verwirrung im US-Verteidigungsministerium«, sagte Dr. Keith Bowington, ein pensionierter US-Armeeoberst, der über Rüstungsbegrenzungen promoviert hat und jetzt an der Princeton Universität liest. »Die pro-israelischen Berater des Weißen Hauses, Michael Ledeen oder Edward Luttwak zum Beispiel, haben Strategien für eine amerikanische militärische Intervention in ganz Nahost aufgestellt.

Doch der amerikanische Generalstab verschanzte sich dagegen und lehnte deren Durchführung ab, weil sie zu kriegerisch seien. Die Folge davon war Chaos und unbesonnene Aktion wie das gegenwärtige Abenteuer am Golf.«

Eine unheilvolle Situation trat auf, so diese Informanten: Die Freunde Israels befürworteten generell den Einsatz von Atomwaffen, während die Offiziere in der US-Armee dagegen waren. »Um festzustellen, welche Seite den Kampf gewonnen hat«, sagte Bowington, »schauen sie sich diesen schnell emporgeschossenen Kampfverband in Nahost einmal genau an.«

Obwohl der atomare Kampfbefehl der US-Flotte streng geheim ist, gibt es die Bestätigung, daß die US-Flotille am Golf tatsächlich mit einer Reihe atomarer Waffensysteme ausgerüstet ist.

Diese US-Atomwaffen stehen im Golf bereit

Mark B-57 Nuklearsprengladungen, die hauptsächlich in der U-Bootabwehr eingesetzt werden, bis zu einem Gewicht von 1,5 Kilotonnen.

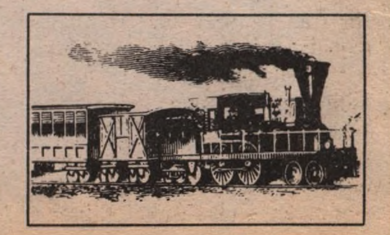
Der »Tomahawk«, der von Bord eines Schiffes gegen Landziele abgefeuert wird, ist die erste einer neuen von der See aus abgefeuerten Generation von Cruise Missiles. Der derzeitig eingesetzte Typ – bekannt unter dem Namen BGM-109 – hat eine Reichweite von über 1000 Meilen und trägt einen W-80-Atomsprengkopf mit einer Sprengkraft von 250 Kilotonnen.

Der Terrier ist eine taktische Kurzstreckenrakete zum Abschuß eines 1,5 Kilotonnen W-45-Atomsprengkopfes über eine Reichweite von 20 Meilen. Diese Systeme, die sich an Bord von amerikanischen Zerstörern und Kriegsschiffen befinden, machen nach und nach hochtechnisierterem Gerät Platz.

Die Standardrakete hat eine etwas längere Reichweite von rund 35 Meilen und einen größeren Sprengkopf mit einem Gewicht von drei bis fünf Kilotonnen. Sie kann auch auf Schiffen zum Angriff auf Landziele eingesetzt werden.

Atomminen und nukleare Artilleriesprengladung befinden sich auf jedem Amphibienfahrzeug im Nahost-Kampfverband. Der W-48-Nuklearsprengkopf mit 0,2 Kilotonnen wird jetzt von dem M-109-Selbstladegeschütz mit einem Durchmesser von 155 Millimetern abgefeuert.

Darüber hinaus sind eine Reihe taktischer Flugzeuge und Helikopter für die Amphiebienfahrzeuge im Golf auf Atomwaffen umgestellt worden. □

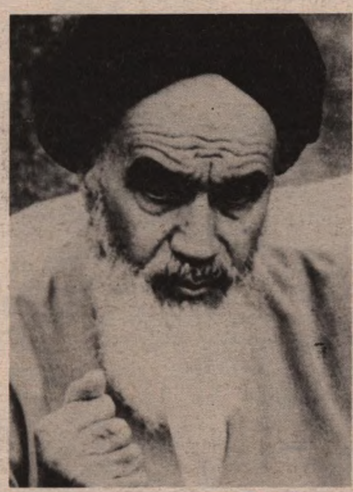


Sowjets bekommen Hilfe aus USA

Alec de Montmorency

US-Präsident Ronald Reagans militärische Intervention am Persischen Golf zwingt den Iran, sich um Wirtschaftshilfe an die Sowjetunion zu wenden, und dies, obwohl die beiden Länder einander entgegengesetzte Ideologien haben. Der Iran ist eine Theokratie, die vom gottlosen Kommunismus völlig verschieden ist. Doch die amerikanische Aggression gegen den Iran zwingt die Führer dieses Landes, ihre Handelspolitik neu zu überdenken.

Der iranische Ölminister reiste im Oktober nach Moskau, um ein wichtiges Exportgeschäft mit dem Kreml zu unterzeichnen. Bei dem Handel ging es vor allem um Öl und verwandte Produkte, doch er umfaßt auch Teppiche und Kaviar.



Für viele materialistisch orientierte Menschen ist Khomeinis iranische Revolution unbegreiflich.

Es geht um die IGAT-Pipeline

Europäische Beobachter betrachten diesen Pakt zwischen Moskau und Teheran eher als einen Fuß der Sowjets in der Tür als ein direktes Handelsgeschäft. Der Iran hat zu viel Öl und hat den Export dringend nötig, um seinen Krieg mit dem Irak zu finanzieren.

Die UdSSR hat Verwendung für das Öl und das Regime von Ayatollah Ruhollah Khomeini kann keine Tanker im Persischen Golf fahren lassen.

Ein Plan wird derzeit entwickelt, um eine bestehende Erdgas-Pipeline von dem Iran nach Baku in die Sowjetunion umzustellen. Es handelt sich um die sogenannte IGAT-Pipeline.

Im Iran ist man der Meinung, daß diese Umstellung innerhalb von wenigen Monaten erfolgen kann. Damit wäre der Export von 700 000 Barrel Öl pro Tag nach Baku möglich. Von dort aus würde das Öl über eine existierende sowjetische Pipeline nach Batum transportiert, einem Hafen am Schwarzen Meer, von wo aus es in Tankern in alle Welt gehen kann.

Die überschüssige Kapazität der Baku-Batum-Pipeline ist auf eine sinkende Produktion auf den Ölfeldern in Baku zurückzuführen, die einst die ergiebigsten auf der Welt waren und jetzt nahezu erschöpft sind.

Quellen aus der Ölindustrie im amerikanischen Tulsa und Nikosia auf Zypern zufolge würde eine zweite Pipeline über die gleiche Strecke hinweg für den Transport iranischen Erdgases nach Baku und anschließend nach Batum gebaut, das dann in den Westen exportiert wird.

Die gleichen Informanten fügten hinzu, daß auch bessere Eisenbahnverbindungen für das gleiche Projekt geplant sind, um für den Handel des Iran mit der UdSSR und anderen Ländern sichere und zügigere Verkehrsverbindungen zu schaffen.

Interessen in Richtung Persischer Golf

Die Vorteile der Öffnung dieser neuen Handelsrouten für den Iran sind offensichtlich. Weniger deutlich ist, was die Sowjets abgesehen von Transportgebühren und umfangreichen Lieferungen billiger Kohlenwasserstoffe aus diesem Geschäft bekommen.

Daß die Sowjets im Gegenzug das persische Eisenbahnnetz und die Häfen am Persischen Golf und Indischen Ozean benutzen dürfen, ist sicher. Es ist auch sicher, daß das Khomeini-Regime einen großen Teil dieses zusätzlichen Reichtums an Devisen zum Kauf militärischer Hardware von den Sowjets verwenden wird.

Doch neben diesen unmittelbaren Vorteilen repräsentiert das neue Geschäft zwischen Moskau und Teheran einen Riesenschritt in dem historischen Drang der UdSSR zum Persischen Golf und Indischen Ozean hin.

In diesem Zusammenhang sei an Josef Stalins eigene Worte erinnert, die er gegenüber Baron Joachim von Ribbentrop Ende des Sommers 1939 in Moskau bei dem entscheidenden deutsch-sowjetischen Treffen äußerte, nämlich, daß die Sowjets ihre Anstrengungen »in Richtung Persischen Golf richten«.

Doch das war nicht der Anfang. Aus historischer Sicht begann alles bereits in der Regierungszeit von Iwan IV., bekannt als Iwan der Schreckliche, Zar von Moskovien, der zwei führende Persönlichkeiten aus seiner unmittelbaren Gefolgschaft nach Astrakan, die Hafenstadt am Kaspischen Meer, entsande, um Kontakte zu georgianischen, tscherkessischen und anderen kaukasischen Herrschern aufzunehmen und sie davon zu überzeugen, die Kommunikation zwischen Moskau und Tabriz in Persien zu erleichtern. Das war Anfang des 17. Jahrhunderts.

Zwei Jahrhunderte später, als Alexander I. und Nikolas I. in St. Petersburg auf dem Thron waren, reisten erst der König von Georgien und dann der Prinz von Tscherkessien in die kaiserliche russische Hauptstadt, um den Zaren gegenüber den Treueeid zu leisten. Bisher hatten sie den Schahs von Persien die Treue geschuldet, doch die Gefahr durch die Ottomanen und die Ankunft der kosakischen Truppen am nördlichen Kaukasus hatte die Loyalitätsänderung bewirkt.

Zur Umkehrung der Schlappe

Dem Vordringen des kaiserlichen Rußland in Richtung der Häfen von Konstantinopel im Westen und dem Persischen Golf im Süden und Osten wurde Einhalt geboten, als die Briten russische Absichten auf Indien vermuteten, und es folgte der Krim-Krieg, den Rußland verlor.

Im Jahre 1907 dann, als London das kaiserliche Rußland als Verbündete gegen die rasch vorwärtsstrebende Macht des kaiserlichen Deutschlands zu sehen begann, kam es zu einer Vereinbarung, im Zuge derer Persien in zwei Einflußbereiche aufgeteilt wurde: den russischen im Norden und den britischen im ölreichen Süden.

Gemäß dieser Vereinbarung, die die persische Kajar-Dynastie mit wenig Begeisterung unterzeichnet hat und Stalins Vollmachten die Privilegien des zaristischen Rußland durchzusetzen, besetzten sowjetische und britische Truppen Persien im Jahr 1941.

Die vorletzte Episode in dieser geschichtlichen Reminizenz ereignete sich im Winter 1945/46, als Stalins Truppen Süd-Azerbajan, eine iranische Provinz, besetzten und sie Nord-Azerbajan hinzufügten, das seit langem zum russischen Kaukasus gehörte.

Die neue sowjetisch-iranische Vereinbarung über Öl, Erdgas und andere persische Exportgüter, die von den Vereinigten Staaten forciert wurde, ist ein Schritt zur Umkehrung der Schlappe, die die Sowjets im Jahr 1946 erlitten haben – meinen europäische Beobachter. □

Irak

Mit Falschinformationen in den Krieg gejagt

Sasha Rakoczy

Der irakische Präsident Saddam Hussein hat seinen bewaffneten Streitkräften am 22. September 1980 den Befehl gegeben, den Iran anzugreifen. Dies geschah nach einem Geheimtreffen in Bagdad mit Zbigniew Brzezinski, dem damaligen nationalen Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter.

Brzezinski, der »starke Maßnahmen« gegen den Iran befürwortete, soll Hussein versichert haben, daß die Chancen für seine Invasion gut ständen, denn der iranische Widerstand sei »schwach« und hinter den Kulissen sei die amerikanische Unterstützung des Irak »stark«. Diese historischen Enthüllungen entstammen Untersuchungen, die Professor Adeen I. Dawisha, ein Experte in Angelegenheiten der Region am Persischen Golf im vergangenen Jahr angestellt hat.

Dawisha ist Direktor des Königlichen Instituts für Internationale Angelegenheiten in London.

Die übereilte Schlußfolgerung

Nachdem ich zu einigem von Dawishas nicht veröffentlichtem Material über eine vertrauliche Quelle in einer Stiftung, die mit Nahost-Angelegenheiten befaßt ist, Zugang erhalten habe, entdeckte ich erschreckende neue Fakten über die Ursprünge des jetzt seit sieben Jahren andauernden Golfkrieges.

Obwohl in Dawishas Bericht davor gewarnt wird, »die übereilte Schlußfolgerung zu machen, daß der Irak mit den Vereinigten Staaten kollaboriert hat«, so geht doch aus seinen Entdeckungen hervor, daß Hussein Ende 1979 angesichts einer Militärrevolte im benachbarten Iran begonnen hat, von seiner langjährigen Allianz mit der Sowjetunion auf eine engere Beziehung zu Amerika einzuschwenken.

An geheimen Orten in Frankreich und Belgien trafen sich Diplomaten und Agenten aus Washington und Bagdad, um die Krise am Golf zu besprechen, die durch den Sturz des Schah, eines der Favoriten der Carter-Regierung, geschaffen worden war. Statt dessen befand sich der Iran nun seit Mitte des Jahres 1979 unter dem Einfluß eines fanatischen, islamischen Regimes, das sowohl den »westlichen Imperialismus« als auch den »Atheismus« der links-gerichteten Diktatur von Hussein verurteilte.

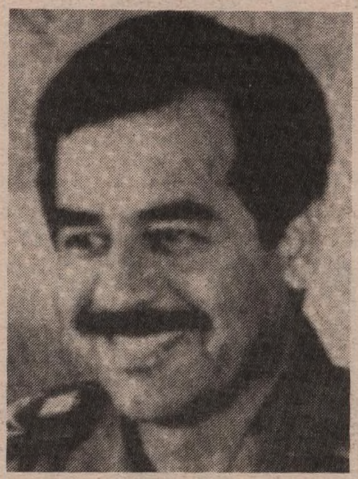
Die Rolle des Mossad

Die Kette von Ereignissen, die von Dawisha aufgedeckt wurde, macht deutlich, daß nach anfänglichen Treffen zwischen dem Irak und den Vereinigten Staaten der Einfluß des CIA und dessen langjährigem Verbündeten, dem Mossad, Israels Geheimdienst, sowohl zu Hause als auch im Ausland eine Rolle bei Husseins Schritten zu spielen begann.

Ende des Jahres 1979 wurden Führer der irakischen kommunistischen Partei, die erhebliche Freiheit genossen hatten, in einer Reihe von Razzias verhaftet.

Die Tatsache, daß der CIA und der Mossad eng zusammenarbeiteten, wurde deutlich, als 21 Kommunisten im Dezember 1979 hingerichtet wurden.

Durch ähnliche Massenhinrichtungen in den folgenden Monaten wurde die pro-sowjetische Bewegung im Irak zunehmend dezimiert.



Suddam Hussein ernannte Rockefellers Chase Manhattan Bank zur Hausbank des Irak und bekam sofort eine Kreditlinie von 8,4 Milliarden Dollar.

Als die UdSSR gegen die Säuberungsaktionen protestierte, startete »Al-Thawra«, die amtliche Tageszeitung des Irak, eine Kampagne zur Verurteilung des »roten Sturms der Subversion« und drängte Moskau, »seine Versuche aufzugeben, dem Nahen Osten die fremde Ideologie des Marxismus nahezubringen«.

»Ein solcher Tenor war im Irak schon seit Jahren nicht mehr zu hören gewesen«, sagte Pierre Varaq, ein französischer Fernseh-Korrespondent, der sich in Golfangelegenheiten sehr gut auskennt. »Man konnte daraus schließen, daß sich Hussein nach neuen Freunden im Westen umsah.«

Diese Annahme wurde zur Gewißheit im Januar 1980, als sich Hussein gemäßigten arabischen Führern bei einem in Islamabad, Pakistan, abgehaltenen islamischen Gipfel der starken Verurteilung der sowjetischen Invasion in Afghanistan anschloß.

Wenige Wochen nach der Erklärung von Islamabad, stattete David Rockefeller, ehemaliger Vorsitzender und noch immer Herrscher über den Chase Manhattan Konzern, Bagdad einen geheimen Besuch ab.

Rockefeller handelte eine Vereinbarung aus, in der die Chase Manhattan die Federführung in einem zu bildenden Bankenkonsortium bekam, das dem Irak schließlich eine 8,4 Milliarden Dollar Kreditlinie vorwiegend für den Einkauf von Rüstungsgütern einräumte.

Israel gehörte zu den ersten, die davon erfuhren, und sie waren am eifrigsten darauf bedacht, Husseins neue Geldwerte auszuschöpfen.

»Ironischerweise hat Israel im Jahr 1980 beim Irak fast die gleiche Rolle gespielt wie später, im Jahr 1985, in der Iran-Contra-Affäre«, sagt Varaq. »Israels staatseigene Rüstungskonzerne gingen sofort Joint-ventures mit französischen und ägyptischen Rüstungsunternehmen ein, um den Irak mit Rüstungsgütern zu beliefern.

Die Weichen waren gestellt. Was gebraucht wurde, war nur noch ein Krieg, um dieses neue Bündnis zu aktivieren.«

Der Krieg brach aus, wie erwartet, als Hussein eine Flut von gefälschten und irreführenden Geheimdienstberichten aus CIA- und Mossadquellen erhielt, aus denen hervorging, daß sich der Iran unter der Revolution in einem Chaos befand und daß seine bewaffneten Streitkräfte »führerlos« seien und sich zersetzten.

Als die Panzerkolonnen des Irak ihre ersten Schlappen einstecken mußten und Hussein erkannte, daß er vom CIA und Mossad getäuscht worden war, war es zu spät, das Schreckgespenst der Zerstörung noch aufzuhalten. □



Zionismus

Appell eines Antizionisten

Kenneth F. Collier

Haviv Schieber, 76 Jahre, ein in Polen geborener Jude und überzeugter Antizionist, versucht jetzt vom Krankenbett aus ein Ziel zu erreichen, was ihm in den letzten 29 Jahren mißlungen ist. Er möchte mit seiner Familie in Nahost wieder vereint sein, doch die US-Regierung hat es bisher unter dem Druck der zionistischen Lobby-Gruppierungen erfolgreich verhindert, daß er eine Reisegenehmigung erhält, etwas, was Schieber jetzt als seinen »letzten Wunsch« bezeichnet.

Haviv Schieber, der seit langem eine »green card« beantragt hat – mit der sein Rechtsstatus als in den Vereinigten Staaten ansässiger Ausländer bestätigt wird –, brach wegen seiner schweren Krankheit bei einer Veranstaltung, auf der er sprechen wollte, erneut zusammen. Er hat Magenkrebs. Durch die Intervention einflußreicher Freunde im Büro des Washingtoner Bürgermeisters Marion Barry, wurde Schieber in das Washingtoner General Hospital eingeliefert, wo ich ihn interviewen konnte.

Einsatz für das Holy Land Committee

Schieber, einst israelischer Staatsbürger, dessen antizionistische Haltung ihm in den letzten 29 Jahren einen Platz hoch oben auf der Liste der amerikanischen Regierung über unerwünschte Rädelsführer eingetragen hat, bittet seit dem Jahr 1959 um politisches Asyl in den Vereinigten Staaten. Doch die amerikanische Regierung lehnte seine Anträge ab, vorgeblich, weil er aufgrund seiner »kriminellen Vergangenheit« – die von den Israelis behauptet wird – dieses Privileg nicht verdient.

Schiebers Aktivitäten, die ihn nach israelischem Gesetz zu einem »Kriminellen« machen, beinhalten die Organisation des Holy Land State Committee (Staatskomitee Heiliges Land), dessen Vorsitzender er auch war; es geht dabei um eine alle Glaubensrichtungen umfassende Gruppe, die eine entmilitarisierte, weltliche Demokratie in Nahost anstrebt, »in der die freie Praktizierung aller Religionen erlaubt ist«.

In Israel ist die jüdische Religion heute die offizielle Staatsreligion. Anhänger anderer Glaubensrichtungen, vor allem arabische Christen und Moslems, werden häufig belästigt und man übt sogar Gewalt gegen sie aus.

Schieber begann seine stürmische Karriere als Mitglied der terroristischen, zionistischen Jabotinsky-Bewegung an der Seite von Menachem Begin. Er verbrachte viele Jahre in Europa und wollte in Palästina einen jüdischen Staat gründen, eine Vision, die im Jahr 1948 mit der Gründung des modernen Israels als einem unabhängigen Staat erreicht wurde.

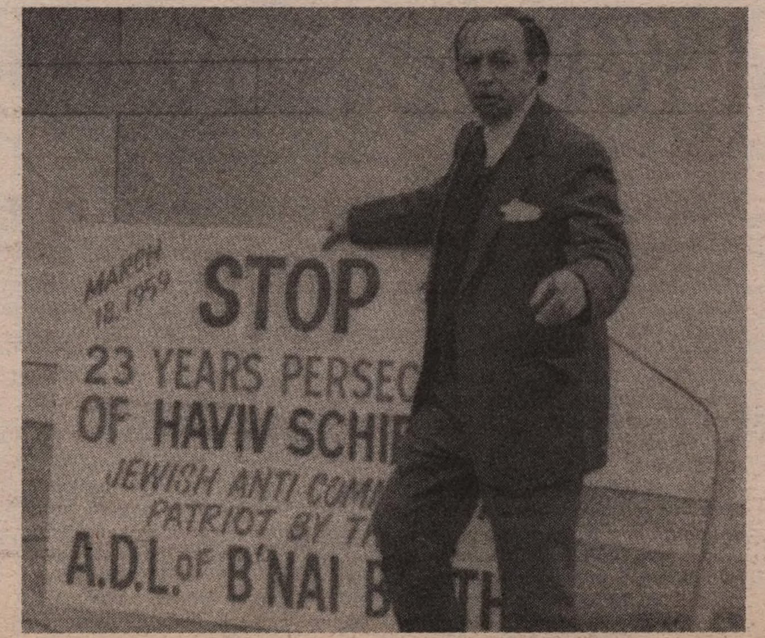
Schieber war der erste Bürgermeister von Beersheba in Palästina. Doch er trennte sich von dem zionistischen Establishment kurz nach der Gründung Israels. Zu den offensichtlichen Gründen seiner Unzufriedenheit mit der israelischen Herrschaft zählte seine Verhaftung im Jahr 1948 und die Verurteilung wegen »nicht genehmigten Baus einer vorübergehenden Unterkunft für 20 Familien, ohne vorher die Erlaubnis dafür eingeholt zu haben«.

»Man darf nicht vergessen, daß ich im Jahr 1954 in Tel Aviv die erste Baptistenkirche gegründet und gebaut habe, um den Eisernen Vorhang zwischen Christen und Juden zu zerreißen«, sagte Schieber. »Mein größtes Problem mit der israelischen Regierung kam von der Tatsache, daß ich nie aufhörte zu behaupten, der Staat Israel sei ein Vorposten des Sowjetkommunismus in Nahost, wovon ich auch heute noch fest überzeugt bin.«

Diese Überzeugung veranlaßte Schieber Anfang der fünfziger Jahre zur Gründung der antikommunistischen, internationalen Bewegung, was ihn letztendlich anläßlich einer Vortragsreise im Jahr 1959 in die Vereinigten Staaten brachte. Die israelische Regierung verlangte in Kenntnis der Umstände seiner Auslandsreise von Schieber die Rückgabe seines Passes. Seit diesem Tag ist Schieber »ein Mann ohne Heimat«.

Zunächst ging er ins selbst auferlegte Exil, um gegen die Aktionen des Landes zu protestieren, das er gründen half. Schließlich beantragte er den Rechtsstatus eines ansässigen Ausländers in den Vereinigten Staaten. Doch aufgrund des Drucks von seiten zionistischer Gruppen, die dies nicht wollen, weigert sich die US-Regierung standhaft, ihm dieses Privileg zuzugestehen.

Angesichts seiner tödlichen Krankheit verlangt Schieber nun nach »seinen Menschenrechten«, wie er es nennt: daß ihm die nötigen Dokumente ausgestellt werden, damit er mit seiner Familie noch ein letztes Mal zusammenkommen kann, »bevor ich sterbe«.



Haviv Schieber vor dem internationalen Hauptquartier der B'nai B'rith-Loge in Washington.

Verlangen nach Gerechtigkeit

Dieses Zusammentreffen mit seiner Familie, was nur erfolgen kann, wenn die amerikanische Einwanderungsbehörde die »green card« ausstellt, würde in Kairo stattfinden, da Schieber nicht nach Israel zurückkehren kann, ohne daß ihm Gefängnis oder Schlimmeres droht.

Schieber wird in seinem Verlangen nach menschlicher Gerechtigkeit von mehreren prominenten Juden und Nichtjuden unterstützt, die mit seiner einzigartigen Lebensgeschichte vertraut sind. Zu diesen Leuten, die »sich mit der Bitte um Gewährung der Menschenrechte für mich direkt an den Präsidenten wenden«, gehören: Botschafter Andrew Killgore, der ehemalige Gesandte in Qatar; Dr. John Davis, der ehemalige Kommissar des UNO-Unterstützungsfonds; Reverend Dale Crowly; Daniel Hughes, ein pensionierter Befehlshaber der US-Marine; Dr. Rabbi Elmer Berger, Präsident der Amerikanischen Jüdischen Alternativen für den Zionismus und Dr. Alfred Lilienthal, ein bekannter Schriftsteller.

Schieber sagte, sein Sohn Daniel Schieber habe in den letzten Wochen von Kairo aus das folgende Telegramm an US-Präsident Ronald Reagan geschickt: »Sehr verehrter Herr Präsident: Mein Vater lebt seit mehr als 28 Jahren in den Vereinigten Staaten ohne rechtlichen Status. Mein Vater ist 76 Jahre alt und sehr krank. Wir möchten uns so bald wie möglich in Kairo wiedersehen. Bitte helfen Sie, den Erhalt seines rechtlichen Status zu beschleunigen, damit unsere Familie wieder vereint werden kann, bevor es für ihn zu spät ist«. □

Zionismus

Das Leben eines US-Juden in Israel

Jack Bernstein

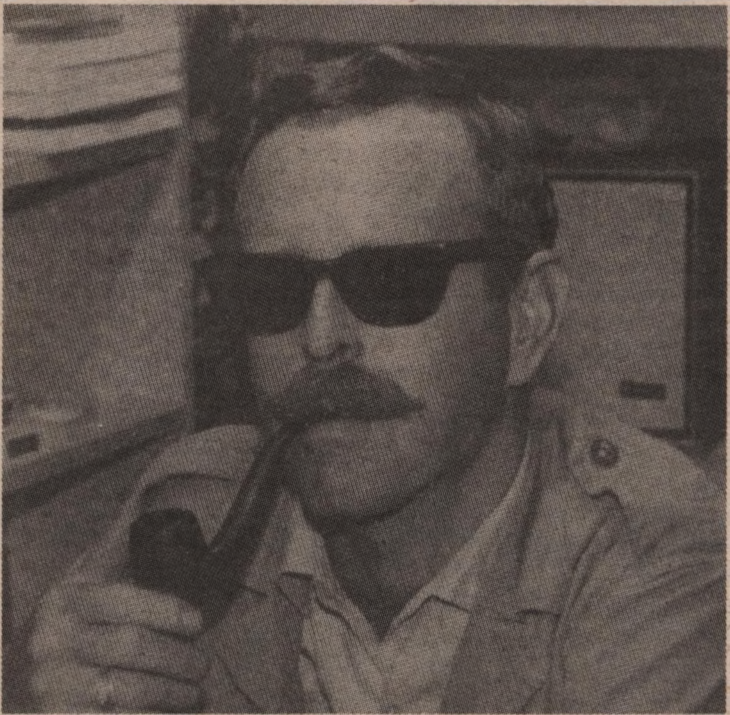
Bevor Israel 1948 ein Staat wurde, wurden die Juden weltweit mit zionistischer Propaganda vollgestopft, daß Israel ein Heimatland für alle Juden sein würde, ein Zufluchtsort für verfolgte Juden, ein demokratisches Land und die Erfüllung biblischer Prophetie. Jack Bernstein ist ein aschkenasischer Jude und verbrachte die ersten 25 Jahre seines Lebens in den Vereinigten Staaten, dem Land, das allen Juden Freiheit und die Gelegenheit des Gedeihens gegeben hat.

Um die Geschichte, die ich im Begriff bin zu erzählen, vollständig zu verstehen, ist es wichtig, daß man versteht, was Zionismus wirklich ist. Die zionistische Propaganda hat das amerikanische Volk dazu geführt, zu glauben, daß Zionismus und Judaismus ein und dasselbe seien, und daß sie ihrer Natur nach religiös seien.

Der Zionismus ist eine politische Bewegung

Der Judaismus ist eine Religion; aber der Zionismus ist eine politische Bewegung, die hauptsächlich von osteuropäischen (aschkenasischen) Juden ausging, die für Jahrhunderte die treibende Kraft hinter dem Kommunismus/Sozialismus gewesen sind. Das Endziel der Zionisten ist eine Eine-Welt-Regierung unter der Kontrolle der Zionisten und der zionistisch ausgerichteten jüdischen internationalen Bankiers. Kommunismus/Sozialismus sind lediglich Werkzeuge, um ihnen zu helfen, ihr Ziel zu erreichen.

Nach dem Krieg 1967 waren wir Juden voll Stolz, daß »unser Heimatland« so machtvoll und erfolgreich geworden war. Dann waren wir auch mit der wahren Propaganda vollgestopft worden, daß Juden in Amerika verfolgt würden. So fielen zwischen 1967 und 1970 annähernd 50 000 amerikanische Juden auf diese zionistische Propaganda herein und wanderten nach Israel aus. Ich war einer jener Dummköpfe.



Jack Bernstein, engagierter Anti-Zionist, hat ein Buch über das marxistisch-rassistische Israel geschrieben.

Ich hatte beim Verlassen der USA keine gefühlsbedingten Konflikte, weil ich noch in der Lage war, meine US-Staatsangehörigkeit zu behalten, und zu jeder Zeit nach den USA zurückkehren konnte. Sie sehen, Juden ist es erlaubt, Staatsbürger von beidem zu sein, von Israel und etlichen Ländern – die USA sind eines jener Länder. Die US-Regierung erlaubt einem Juden, Staatsbürger von beiden, den USA und Israel, zu sein.

»Ich komme im ›jüdischen Paradies‹ an«

Bevor ich nach Israel abreiste, hatte eine jüdische Freundin von mir Vorbereitungen für mich getroffen, ein paar Tage bei ihrer Schwester Fawzia Daboul und ihrer unverheirateten Tante zu Besuch zu sein.

Nachdem ich auf dem Flughafen Lod außerhalb von Tel Aviv angekommen war, nahm ich einen Bus nach der Wohnung von Fräulein Daboul und ihrer Tante. Als ich Fawzia sah, war es Liebe auf den ersten Blick. Ich begann, sie »Ziva« zu nennen, ihr hebräischer Name.

Ziva ist eine sephardische Jüdin aus dem Irak, die, wie ich selbst, auf die zionistische Propaganda hereingefallen und nach Israel ausgewandert war. Sie war als Friseurin beschäftigt.

Nachdem ich zwei Tage bei Ziva und ihrer Tante zu Besuch war, reiste ich ab, um sechs Monate im Kibbuz »Ein Hashofet« zu verbringen, eine der gut über 150 derartigen Kommunen, die damals in Israel tätig waren. Seit damals sind viele weitere ins Leben gerufen worden – besonders in dem Gebiet, das den palästinensischen Arabern weggenommen wurde. Ein Kibbuz ist ein landwirtschaftliches und manchmal ein industrielles Unternehmen.

Es ist wichtig, zu erläutern, daß das Kibbuz-System von Israel eine marxistische Idee ist, die von den aschkenasischen Juden nach Israel gebracht worden ist, die hauptsächlich von Polen und Rußland nach Israel ausgewandert waren. Diese Juden sind ein Teil von jener Gruppe von Juden, die als die Bolschewiken bekannt sind. Vor 1917 waren sie die Kraft, die den Grundstein für die bolschewistische Revolution von 1917 in Rußland und den Beginn des Kommunismus legte.

Ich möchte darauf hinweisen, und zwar eindringlich, daß es ein Teil jener selben Gruppe von (aschkenasischen) kommunistischen-sozialistischen (bolschewistischen) Juden war, die nach Israel auswanderten, die Kontrolle über die zionistische Bewegung gewannen und die Regierung von Israel seit seinem Beginn 1948 beherrscht haben.

Nun zurück zum Kibbuz: Vor 1967 wurde fast alle Arbeit in den Kibbuzim von Juden getan. Aber seit dem Krieg 1967 ist die Arbeit von Arabern gemacht worden, denen ein sehr niedriger Lohn gezahlt wurde und von Freiwilligen von Übersee. Die Mitglieder des Kibbuz (alles Juden) teilen alle Dinge gleichmäßig. Sie erhalten Kleidung, Nahrungsmittel und ein kleines Taschengeld. Alle Gewinne des Unternehmens gehen auf das Kibbuz-Konto für zukünftige Verwendung. Jedes dieser Kibbuzim ist mit einer von Israels marxistischen Parteien verbunden, die zwischen sozialistisch und streng kommunistisch variieren.

Der Kibbuz, in dem ich war, war nicht streng kommunistisch. Jedoch war ich glücklich, nach vier Monaten wegzugehen – zwei Monate früher als ursprünglich geplant.

»Unsere Heirat verursachte Probleme«

Während der Zeit, in der ich im Kibbuz arbeitete, setzte ich meine Werbung um Ziva fort. Sie

war einer der Gründe, daß ich den Kibbuz nach nur vier Monaten verließ. Wir wollten heiraten.

Die Hochzeitsfeierlichkeiten wurden in der sephardischen Synagoge abgehalten. Die Feier war einfach, aber schön. Ziva und ich waren sehr glücklich, aber unsere Hochzeit verursachte ernste Probleme. Ziva ist nämlich eine sephardische Jüdin, und ich bin ein aschkenasischer Jude. Wenn ein aschkenasischer Jude eine sephardische Jüdin heiratet, wird er in Israel von den regierenden Aschkenasim scheel angesehen.

Um zu verstehen, warum dies der Fall ist, muß man den Unterschied zwischen den sephardischen und aschkenasischen Juden erkennen. Es gibt zwei verschiedene Gruppen von Juden auf der Welt, und sie kommen von zwei verschiedenen Gegenden der Welt: Die sephardischen Juden vom Mittleren Osten und Nordafrika, während die aschkenasischen Juden aus Osteuropa kommen.

Die sephardische ist die älteste Gruppe, und sie ist es, wenn überhaupt eine, die die in der Bibel beschriebenen Juden sind, weil sie in dem Gebiet wohnten, das in der Bibel beschrieben wird. Sie sind blutsverwandt mit den Arabern – der einzige Unterschied zwischen ihnen ist die Religion.

Die aschkenasischen Juden, die gegenwärtig 90 Prozent der Juden auf der Welt umfassen, hatten einen ziemlich seltsamen Ursprung. Den Geschichtsschreibern zufolge, darunter viele jüdische, traten die aschkenasischen Juden vor etwa 1200 Jahren in Erscheinung. Es geschah hierdurch:

An der östlichen Ecke Europas lebte ein Volksstamm, bekannt als die Chasaren. Um das Jahr 740 nach Christus beschlossen der Chasarenkönig und sein Hof, sie sollten für ihr Volk eine Religion annehmen. So wurden Vertreter der drei Hauptreligionen, des Christentums, des Islams und des Judentums, eingeladen, um ihre religiösen Grundsätze vorzustellen.

Die Chasaren wählten das Judentum, aber dies geschah nicht aus religiösen Gründen. Falls die Chasaren den Islam gewählt hätten, würden sie die starke christliche Welt erzürnt haben. Wenn sie das Christentum gewählt hätten, würden sie die starke islamische Welt erzürnt haben. So handelten sie sicher – sie wählten das Judentum. Es war nicht aus religiösen Gründen, daß die Chasaren das Judentum wählten; es war aus politischen Gründen.

Der politische Zionismus ist geboren

Die Chasaren wurden während des 13. Jahrhunderts zuweilen von ihrem Land vertrieben, und sie wanderten westwärts aus, wobei sich die meisten von ihnen in Polen und Rußland ansiedelten. Diese Chasaren sind nun bekannt als aschkenasische Juden. Weil diese chasarischen (aschkenasischen) Juden lediglich das Judentum wählten, sind sie keine wirklichen Juden – zum mindesten keine blutsmäßigen Juden.

Diese polnischen und russischen aschkenasischen Juden praktizierten ihre Geschichte hindurch den Kommunismus/Sozialismus und arbeiteten daran, ihre Ideen in diesen Ländern zur Ausführung zu bringen. In den späteren Jahren des 19. Jahrhunderts wurde eine bemerkenswerte Anzahl dieser kommunistischen-sozialistischen Juden in Deutschland, im Balkan und schließlich in ganz Europa gefunden.

Wegen ihrer Einmischung in die sozialen und staatlichen Angelegenheiten von Rußland wurden sie die Zielscheibe der Verfolgung durch die Zaren. Deswegen begann die Auswanderung dieser kommunistisch-sozialistisch ausgerichteten Juden. Einige gingen nach Palästina; einige gingen nach Zentral- und Südamerika; und eine große Anzahl von ihnen kam in die USA.

1897 wurde der erste Zionistenkongreß in Basel abgehalten. Auf diesem Kongreß ist entschieden worden, auf die Errichtung eines jüdischen Staates hinzuarbeiten, und die Suche nach Land, auf dem dieser jüdische Staat gebaut werden sollte, begann.

Großbritannien bot den Zionisten Land in Afrika an. Dies lehnten die Zionisten ab – sie wünschten Palästina!

Damals wurde Palästina von einer halben Million palästinensischer Araber und einigen palästinensischen Juden bewohnt, die blutsverwandt waren und die seit Jahrhunderten in Frieden zusammengelebt hatten.

Mit Palästina als ihrer Wahl für ein Mutterland, begannen die europäischen aschkenasischen Juden nach Palästina auszuwandern. Wie ich zuvor erklärte, waren die meisten kommunistisch-sozialistisch ausgerichtet, wobei einige von ihnen radikale bolschewistische Kommunisten waren, deren Ziel die Weltherrschaft ist.

Nun zurück zu Ziva, einer sephardischen Jüdin, und mir, einem aschkenasischen Juden, und unserem Leben in dem sogenannten demokratischen Land Israel. In den ersten drei Jahren unserer Ehe war es notwendig für uns, mit Zivas Tante zusammenzuleben. Dies erfolgte wegen der kritischen Wohnungsnot in Israel und wegen des Rassismus.

Wohnungen werden wie folgt zugeteilt: Aschkenasische Juden, die viele Jahre in Israel gelebt haben, erhalten die erste Wahl. An zweiter Stelle kommen aschkenasische Juden aus Europa – besonders, wenn sie verheiratet sind oder einen in Israel geborenen aschkenasischen Juden heiraten. Die nächst Begünstigten sind aschkenasische Juden aus den USA – besonders, wenn sie einen in Israel geborenen Aschkenasi heiraten.

Sephardische Juden haben danach die Wahl an den noch verbliebenen Wohnungen. Am Ende der Liste stehen Mohammedaner, Drusen und Christen.

Staatsbürger zweiter Klasse

Die Möglichkeiten für eine Beschäftigung folgen demselben Muster: Aschkenasische Juden erhalten die gesuchtesten Stellungen, danach kommen die sephardischen Juden und Mohammedaner, Drusen und Christen füllen die niedrigen Arbeitsplätze aus, wobei eine große Anzahl unbeschäftigt übrig bleibt.

Obwohl ich ein aschkenasischer Jude aus den USA war, wurde ich auf der Liste für Wohnungsbeschaffung niedriger eingeordnet, weil ich eine sephardische Jüdin geheiratet hatte.

Die Verweigerung einer Wohnung war meine zweite Erfahrung des heftigen Rassismus, der in Israel existiert. Von Anfang an, seit meiner Ankunft in Israel, sind viele Vorwürfe gellend gegen mich geschrien worden. Wir amerikanischen Juden wurden lediglich geduldet.

Weil sich Israel, um zu überleben, auf Geldgeschenke der amerikanischen Steuerzahler, Schenkungen amerikanischer Juden und den Verkauf von wertlosen Israeli-Bonds in Amerika verlassen muß, gibt es Argwohn unter der Elite der israelischen aschkenasischen Juden gegenüber den amerikanischen Juden, obwohl die amerikanischen Juden auch Aschkenasim sind. Viele Male ist mir gesagt worden: »Geh nach Hause!« und »Wir wollen Euer Geld, aber nicht Euch!«

Es gab jedoch einen Anteil amerikanischer Juden, die willkommen waren, und denen bevorzugte Behandlung gegeben wurde. Dies waren die kommunistischen Juden mit Mitgliedskarte.

Von den 50 000 amerikanischen Juden, die, wie ich selbst, zwischen 1967 und 1970 nach Israel ausgewandert waren, waren etwa 20 Prozent (10 000) marxistisch orientiert mit einer großen Anzahl unter ihnen, die tatsächlich Kommunisten mit Mitgliedskarte waren. Sie waren bei den israelischen Behörden und den ansässigen Aschkenasim willkommen, und ihnen wurde bevorzugte Unterstützung gegeben – Wohnungen, Anstellungen und gesellschaftliches Leben.

Es muß beachtet werden, daß neben den aus USA kommenden Juden eine große Anzahl kommunistischer Juden aus Chile, Argentinien und Südafrika nach Israel eingewandert war.

Von den 50 000, die während jener Zeit nach Israel ausgewandert waren, kehrten 80 Prozent von uns schließlich nach den USA zurück. Die 20 Prozent, die übrig blieben, waren Kommunisten mit Mitgliedskarte oder Sympathisanten des Marxismus.

Die drei Gesichter Israels

Von dem, was ich Ihnen bisher erzählt habe, müssen Sie den

Das Leben eines US-Juden in Israel

Eindruck haben, daß Israel ein marxistisches (sozialistisch-kommunistisches) Land ist. Dies würde korrekt sein. Aber Israel hat drei Gesichter: Kommunismus, Faschismus und Demokratie.

Die aschkenasischen Juden, die von Rußland nach Israel einwanderten, brachten die Ideologie des Sozialismus/Kommunismus mit und haben von jener Ideologie viel in die Praxis umgesetzt.

Die aschkenasischen Juden, die aus Deutschland nach Israel einwanderten, die hingegen Sympathie für den Kommunismus haben und ihn unterstützen, neigen dazu, die Verfahrensweisen des Faschismus im Nazistil zu begünstigen. Während des Zweiten Weltkrieges arbeiteten diese elitären zionistischen aschkenasischen Juden in Deutschland eng mit Hitlers Gestapo zusammen bei der Verfolgung der deutschen Juden niederer Klasse und deren Ablieferung in Konzentrationslagern. Nun in Israel lebend, haben diese elitären zionistischen Juden, die gut im Faschismus nach Nazistil trainiert waren und ihn bevorzugten, Israel viele Facetten des Faschismus aufgebürdet.

Um den Eindruck zu vermitteln, daß Israel eine Demokratie ist, werden die Mitglieder der Knesset (Israels Parlament) gewählt – eine seltsame Art von Wahl. Dies ist es, wo Israels sogenannte Demokratie aufhört. Es macht keinen Unterschied, welche Partei eine Wahl gewinnt, Likud oder Arbeiterpartei; die elitären zionistischen Juden regieren in einer diktatorischen Weise – indem sie der elitären Clique Bevorzugungen geben und brutal jede abweichende Meinung unterdrücken.

Im zionistisch-kommunistischen Schema der Weltherrschaft ist es Israels Rolle, fortgesetzte Unruhe im Mittleren Osten hervorzurufen. Seitdem Kriege ein großer Teil dieses Aggressionsschemas sind, ist es nur natürlich, daß die isralische Jugend von früher Kindheit an geistig und körperlich für den Krieg trainiert wird.



David Ben Gurion verkündete gleich nach dem Abzug der britischen Truppen den Staat Israel. Der Zionismus hatte seine Heimstätte gefunden.

Zum Beispiel: Israel hat ein Gegenstück zur Hitlerjugend. Es ist die Gadna; und alle Schüler der höheren und untergeordneten Schulen müssen sich beteiligen – Jungen und Mädchen. Ähnlich wie die Hitler-Jugend ist die Jugend in Israels Gadna in Khaki-Uniformen gekleidet. Sie haben Training und befassen sich mit paramilitärischen Übungen.

Selbst beim Spiel sind Feuerwaffen und Gedanken an den Krieg gegenwärtig. Wenn eine Mahlzeit im Freien stattfindet, nehmen sie statt Baseball- oder Fußball-Ausrüstung Maschinenpistolen und Sturmgewehre mit und üben Schießen und Spiele nach militärischen Regeln.

Israel ist keine Demokratie

Sobald sie ihre höhere Schule beendet haben, müssen alle jüngeren Männer drei Jahre der Armee dienen (die Mädchen zwei) und vier Jahre in der Marine oder Luftwaffe (die Mädchen drei Jahre). Ultraorthodoxe religiöse Juden sind vom Militärdienst befreit.

Sobald der Dienst beendet ist, tritt eine Anzahl von Kriegsleuten in die Shin Bet ein, dem Gegenstück von Hitlers Gestapo. Wie die Gestapo sind sie damit beschäftigt, jeden zu unterdrükken, der gegen die marxistisch-faschistische Regierung des zionistisch regierten Israel handelt oder sich ausspricht.

Wie in Nazi-Deutschland müssen alle Leute in Israel ein Ausweisbüchlein mitführen, das auf hebräisch »Teudat Zehut« genannt wird.

Eines Tages wechselte ich meine Jacke und vergaß, mein Ausweisbüchlein herauszunehmen, als ich in Tel Aviv die Stadt hinunterging. Ein Polizeioffizier näherte sich mir und fragte nach meinem »Teudat Zehut«. Ich erzählte ihm, daß ich es in meiner anderen Jacke gelassen hatte. Weil ich mein Ausweisbüchlein nicht bei mir hatte, wurde ich zur Polizeistation mitgenommen.

Auf der Polizeistation informierte mich der Schreibtisch-Unteroffizier, daß ich dafür, daß ich mein Ausweisbüchlein nicht bei mir hatte, bis zu 16 Tagen eingekerkert werden könnte, ohne selbst einem Richter vorgeführt worden zu sein. Alles, was notwendig wäre, wäre für den Polizeileutnant, eine »Anordnung für die Zurücksendung in die Untersuchungshaft« zu unterschreiben.

Ich bat um die Erlaubnis, ein Telefongespräch mit meiner Frau zu führen und sie zu bitten, mein Ausweisbüchlein zur Station zu bringen. Der Sergeant bewilligte mir zwei Stunden, um meinen »Teudat Zehut« vorgezeigt zu haben. Ich rief meine Frau an, und sie brachte meinen »Teudat Zehut« – wobei sie nur Minuten vor Ablauf der äußersten Zeitgrenze von zwei Stunden ankam. Falls sie zu spät gekommen wäre, würde ich für 16 Tage eingekerkert worden sein.

Dies ist gerade ein Kennzeichen, daß Israel ein »Polizeistaat« und keine Demokratie ist.

Lassen Sie mich bitte bezüglich Nazismus-Faschismus einen Punkt klären. Die Deutschen sind ein bewundernswürdiges Volk – ich wage sogar zu sagen: großes Volk. Aber in Deutschland war die Hauptbevölkerung ein Opfer der Nazis, die durch List und Brutalität die Macht gewannen.

In Deutschland waren die Durchschnittsjuden Opfer der zionistischen Elite, die Hand in Hand mit den Nazis zusammenarbeitete. Viele jener zionistischen Juden, die in Deutschland mit den Nazis zusammengearbeitet hatten, kamen nach Israel und reichten sich mit den zionistisch-kommunistischen Juden aus Polen und Rußland die Hände. Es sind die zwei Gesichter des Kommunismus und des Faschismus im Nazistil, die Israel regieren. Demokratie ist lediglich eine Illusion.

Die bevorstehende Katastrophe

Epharim Sevilla, ein russischer Jude, wanderte 1971 nach Israel aus. Nach fünfjähriger Frustration in Israel reiste er ab, wie es fast alle anderen anständigen Juden taten. In seinem Buch »Farewell Israel« sagte Sevilla voraus, daß Israel nur weitere zehn Jahre überdauern würde. Dies schrieb er 1975.

Israels Bestehen könnte sich bis nach 1985 hinschleppen, aber ich stimme Sevilla darin zu, daß Israel dem Untergang geweiht ist. Israels marxistisch-faschistische Politik, Angriffskriege und Rassismus haben Israel an den Rand der Katastrophe geführt.

Um Israels Zusammenbruch zuvorzukommen, sind israelische Führer und andere Juden in Machtpositionen bereits versorgt worden, indem große Mengen von Gelder amerikanischer Steuerzahler, die Israel gegeben wurden, und jüdischer Schenkungen unterschlagen und diese Gelder auf ausländischen Konten deponiert wurden.

Wenn Israel, wie es jetzt besteht, einfach zusammenbräche und aufhörte zu bestehen, so würde die Welt dadurch gewiß besser sein. Unglücklicherweise wird das New York-Moskau-Tel Aviv-Dreieck Israel nicht erlauben, ruhig zu sterben. Wenn der Zusammenbruch Israels näherrückt, wird von dem New York-Moskau-Tel Aviv-Dreieck wahrscheinlich eine von zwei Handlungsweisen eingeschlagen werden:

Erstens, Israel könnte einen großen Mittelost-Krieg auslösen, einen großen Krieg, den Israel alleine nicht gewinnen könnte. Dann würde das New York-Bein des New York-Moskau-Tel Aviv-Dreiecks seinen Einfluß auf die US-Regierung benutzen, um Militärstreitkräfte zu schikken, um Israel zu helfen.

Es wird nicht erwartet, daß das Moskau-Bein des Dreiecks militärisch verwickelt werden wird. Moskau wird sich lediglich zurücklehnen und die USA sich selber schwächen lassen; indem sie Israel gegen die Araber kämpfen helfen.

An irgendeinem Punkt im Laufe des Krieges, wenn die USA militärisch stark verwickelt und die US-Bürger demoralisiert sind, werden die zionistisch orientierten jüdischen internationalen Bankiers ihre Maßnahmen treffen. Anzeichen führen zu dem Schluß, daß es diese Bankiers sind, die die besten Staatspapiere des US-Federal Reserve Systems, Amerikas Zentralbank, besitzen. In dieser Machtposition können und werden diese zionistischen Bankiers wahrscheinlich einen wirtschaftlichen Zusammenbruch in Amerika auslösen – wie sie es 1929 taten, als sie den Börsenzusammenbruch verursachten und den ernsten wirtschaftlichen Niedergang der dreißiger Jahre in Gang brachten.

Da das Geldsystem, das gegenwärtig in den USA benutzt wird, nicht auf Gold, Silber oder irgend etwas anderes von Wert gestützt ist, werden die Papier-Dollar und Blechmünzen, die nun in Gebrauch sind, wertlos sein.

Die Banker werden die Gewinner sein

In dem sich ergebenden Zustand der Verwirrung und in dem Bestreben, Nahrung und andere Notwendigkeiten zu erlangen, wird die amerikanische Bevölkerung die »neue Staatsverfassung« annehmen, die bereits geschrieben worden ist. Diese wird die amerikanische Bevölkerung unter das Diktat der Eine-Welt-Regierung stellen, die von zionistisch orientierten internationalen Bankiers und zionistisch-bolschewistischen Juden geleitet wird.

Welche Richtung der Krieg im Mittleren Osten genau nehmen wird, wissen nur das New York-Moskau-Tel Aviv-Dreieck und Gott.

Wenn alles vorüber ist, werden die hauptsächlichen Verlierer sein: Die amerikanische Bevölkerung; die arabische Bevölkerung; die sephardischen Juden und jener Anteil aschkenasischer Juden, die für Gerechtigkeit und Freiheit sind.

Die einzigen Gewinner werden sein: Die zionistischen internationalen Bankiers und die zionistischen - bolschewistischen (kommunistischen-sozialistischen) Juden.

Zweitens: Bei der anderen wahrscheinlichen Handlungsweise würde es eine Unterstützung sein, falls die amerikanischen Steuerzahler sagen: »Das ist genug!«

Die Kosten für die Unterstützung des bankrotten Israel lassen steigende Geldmengen von den amerikanischen Steuerzahlern abfließen. Zu irgendeinem Zeitpunkt werden die Steuerzahler sagen: »Das ist genug!« Wenn das geschieht, wird das Moskau-Bein des New York-Moskau-Tel Aviv-Dreiecks einbezogen werden, um die Lücke auszufüllen.

Um die Vereinigten Staaten zu neutralisieren, werden die zionistischen internationalen Bankiers wahrscheinlich einen wirtschaftlichen Zusammenbruch verursachen und die USA in einen Zustand des Chaos werfen.

Welche militärischen Aktionen die sowjetischen bolschewistischen Juden und die israelischen zionistischen-bolschewistischen Juden gegen die arabischen Länder unternehmen werden, wissen nur das Dreieck und Gott. Es ist wahrscheinlich, daß sie zuerst in die arabischen Ölfelder einfallen werden.

Hieraus erhebt sich die Frage: Was können wir in Amerika tun, um die New York-Moskau-Tel Aviv-»Kriegsherren« zu stoppen. Es sind zwei Punkte der Schlüssel und müssen wiederholt und betont werden:

Erstens, eine der Beine der zionistischen-bolschewistischen Juden hat seine Grundlage in der Stadt New York. Es geschah von dieser Basis aus, daß finanzielle und organisatorische Hilfe gegeben wurde, um die bolschewistische Revolution in Rußland auszuführen. Diese Revolution ermöglichte die Errichtung des zweiten Beines der zionistischen-kommunistischen Macht, Moskau.

Die Lösung ist ein Staat »Heiliges Land«

Wenn es nicht die fortgesetzte Unterstützung durch die zionistischen-bolschewistischen Juden in New York und ihr allgemeines Netzwerk gäbe, würde der Kommunismus schon lange zusammengebrochen sein. Aber die verschiedenen Machtfacetten, die diese Zionisten in Amerika innehaben, haben sie befähigt, das amerikanische Volk zu verleiten, den Kommunismus zu unterstützen.

Zweitens: Der Kommunismus würde nicht seinen Anfang genommen haben, und die meisten Probleme, denen die Amerikaner gegenüberstehen, würde sich nicht entwickelt haben, wenn die Nachrichtenmedien die amerikanische Bevölkerung über die Aktionen der Zionisten-Bolschewisten informiert gehalten haben würden. Diese zionistisch-bolschewistischen (kommunistischen) Juden waren jedoch klug. Bevor sie ihre Subversionshandlungen in Amerika begannen, gewannen sie die Kontrolle der größeren Zeitungen und besonders der Nachrichtendienste, die die kleineren Tageszeitungen mit nationalen und internationalen Nachrichten versorgen. Seitdem sie die größeren Nachrichten-Verbreitungsstellen kontrollierten und noch immer kontrollieren, einschließlich Radio und Fernsehen, sind sie in der Lage gewesen, die Wahrheit über die subversiven Handlungen zu verdrehen oder auszulassen.

Henry Ford sen. schrieb 1920: »Wenn die amerikanische Bevölkerung jemals die Wahrheit über diese Clique von Juden gewahr würde, würde das die Lösung sein.« Was Henry Ford meinte, war: Wenn die amerikanische Bevölkerung jemals die Wahrheit erfahren würde, würde sie jedwede notwendige Handlung vornehmen, um diese Gruppe von zionistischen-bolschewistischen Juden zu stoppen.

Abschließend möchte ich hinzufügen, daß der Kampf gegen die zionistischen Juden von pro-amerikanischen Juden, wie ich selber, geleitet werden sollte, die Amerika lieben und die Zerstörungen klar erkennen, die das New York–Moskau–Tel Aviv-Dreieck der Welt gebracht hat.

Da man das Land, das heute von Israel besetzt ist, mit Recht als das »Heilige Land« bezeichnet hat, sollten alle Christen, Mohammedaner und anti-zionistischen Juden bei ihren Bemühungen zusammenarbeiten, um Israel in einen entmilitarisierten Staat »Heiliges Land« unter internationaler Kontrolle umzuwandeln. Dann könnte von diesem Heiligen Land das Wort Gottes kommen, anstatt Folter, Krieg und Drogen. □

Jack Bernstein ist der Vorsitzende der Association of Pro-American Jews, P.O. Box 825, Fairfax, VA 22030, USA. Der vorstehende Bericht ist ein Auszug aus seinem Buch »Das Leben eines amerikanischen Juden im rassistischen, marxistischen Israel«, erschienen im Lühe-Verlag, Postfach 1166, D-2162 Steinkrichen. Das Buch kostet 18,– DM.

Zitate

Moskau

Helmut Schmidt, ehemaliger Bundeskanzler: »Es wird über viele Generationen hinweg einer engen Berührung mit der westlichen sozialen und politischen Kultur bedürfen, um bei den Russen eine Einsicht in die Grundwerte westlich erzogener Menschen zu erreichen.«

Versöhnung

Herbert Wehner, ehemaliger SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag: »Der deutsche Rechtsstandpunkt ist etwas, das für die Versöhnung zwischen benachbarten Völkern nicht außer acht gelassen werden darf, sonst wird Versöhnung zu einer Art Heuchelei. Ich bitte um Entschuldigung, aber die Versöhnung ohne Recht ist ja eine Art von Unterwerfung, und die kann keiner wollen, weil sie der weiteren Entwicklung nicht nützt.«

Weltrevolution

Professor Leszek Kolakowski, Mitglied der amerikanischen Akademie der Künste und Wissenschaften und des Internationalen Instituts für Philosophie: »Die marxistisch-leninistische Ideologie, die zumindest offiziell als Staatsideologie ausgegeben wird, stellt die einzige Legitimationsbasis des kommunistischen Herrschaftssystems dar. Dabei ist es völlig irrelevant und unwichtig, ob jemand diese Ideologie ernst nimmt. Zweifellos ist sie bankrott, und in der Praxis kann niemand etwas mit ihr anfangen. Aber ich sehe nicht, wie die Herrschenden in der Sowjetunion und in den anderen kommunistischen Ländern diese Legitimationsgrundlage ihrer Macht verändern könnten, ohne gleichzeitig ihre Macht zu gefährden. Für die Sowjetunion bestünde die einzig ideologische Rettung darin, wieder zum alten russischen Nationalismus zurückzukehren. Es ist kein Geheimnis, daß manche herrschenden Kreise in der Sowjetunion dem klassischen russischen Nationalismus gewisse Sympathien entgegenbringen. Doch halte ich es für unwahrscheinlich, daß die sowjetischen Führer den großrussischen Nationalismus zur ideologischen Legitimation ihrer Macht erheben. Dies würde notwendigerweise die Nationalismen aller nichtrussischen Völker bis zu einem Punkt steigern, wo sie unkontrollierbar werden und den Zusammenbruch des Systems herbeiführen könnten.«

US-Dollar

Gerhard Stoltenberg, Bundesfinanzminister: »Wenn hochrangige Persönlichkeiten in Europa, die überhaupt nicht an den intensiven internen Beratungen der Finanzminister und Notenbankpräsidenten beteiligt waren, den Amerikanern fälschlicherweise unterstellen, sie wollten den Dollar auf 1,60 DM fallen lassen, dann ist das sehr schädlich. Einzelne politische Äußerungen aus den USA bedeuten ebenfalls falsche Signale. Die intensiven laufenden Kontakte, auch mit dem Kollegen Baker und dem amerikanischen Notenbankpräsidenten, zeigen aber, daß die Verantwortlichen in Washington eine Wechselkursstabilisierung des Dollar eindeutig wünschen. Die zuständigen Regierungsmitglieder in Washington wissen ganz genau, daß ein starker Dollar-Verfall ihnen nicht hilft, sondern schadet. Die Inflationserwartungen würden größer werden, was überhaupt nicht in die Politik der Amerikaner paßt, den Zinsanstieg unter Kontrolle zu halten. Zu dem Einbruch haben sicher die auf den ersten Blick enttäuschenden amerikanischen Handelszahlen vom September beigetragen, die im Oktober bekannt wurden. Wer sie einmal genauer ansieht, stellt folgendes fest: Die Exporte der USA steigen mit fast zehn Prozent Anstiegswinkel.«

Glasnost

Gerhard Löwenthal, Moderator des »ZDF-Magazins«: »Die Gorbatschow-Vokabeln Perestroika und Glasnost sind inzwischen weltweit so bekannt wie Wodka – nicht auszuschließen, daß sie eine ähnlich rauschträchtige Stimmung auslösen, vielleicht sogar die gleichen Kater-Erscheinungen verursachen.«

Presse

Arthur Missbach, Herausgeber der »Vertraulichen Mitteilungen«: »Merkwürdigerweise wird kaum Kritik am ›Spiegel‹ laut, dessen Infamie die erbärmliche Leichenfledderei des ›Stern‹ noch weit überbietet. Die historisch-fatale Autoritätsfrömmigkeit der Deutschen scheint sich auf die Glanzpapier- und Farbmedien verlagert zu haben. Augstein wird weiter seine journalistischen Todesschwadronen ins Land senden. Seine Leser und Inserenten werden die miserable Veranstaltung auch in Zukunft allwöchentlich finanzieren und sich gedankenlos mitschuldig machen.«

Börsen-Crash

Helmut Schmidt, ehemaliger Bundeskanzler: »Am allerbesten hat das in der Ära des Bretton-Woods-Systems funktioniert, also von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis ans Ende der sechziger Jahre. Damals gab es feste Wechselkurse, die nationalen Regierungen waren schon aus innenpolitischen Gründen gezwungen, die Voraussetzungen für eine Vermeidung von Auf- oder Abwertung zu schaffen. Dieses System ist in den Jahren 1969 bis 1973 zum Teufel gegangen, weil die Amerikaner sich nicht daran halten wollten, im wesentlichen als Konsequenz der inflatorischen Finanzierung des Vietnam-Krieges. Ich war im Frühjahr 1973 Finanzminister – vor mir Karl Schiller und Alex Möller. Ich erinnere mich genau, wie wir bis zu diesem Zeitpunkt durch internationale Absprachen versucht haben, die Dinge im Griff zu behalten. Wir bemühten uns im Konzert mit den Notenbanken, die Währungen einigermaßen in einem stabilen Verhältnis zueinander zu halten. Natürlich wertete der Dollar ab, das war nach Vietnam unvermeidlich.«

Kirche

Bo Giertz, schwedischer lutherischer Bischof: »Von innen her ist unsere Kirche bedroht durch Auflösung, durch Unterminierung des ›Grundes der Apostel‹ – durch den Versuch, die Mauern unserer Kirche von dem Fundament zu lösen, das für alle Zeiten gelegt ist. Hier hilft nur eines: die Erweckung. Erst wenn ein Mensch bekehrt ist, kann er zu verstehen anfangen, worum eigentlich alles geht.«

Bekenntnis

Professor Roman Herzog, Präsident des Bundesverfassungsgerichts: »Ich habe mehrmals gesagt, daß ich in meinem ganzen politischen und staatsrechtlichen Denken von zwei Erlebnissen kurz vor und kurz nach dem Kriegsende geprägt worden bin.

Kurz vor dem Kiregsende hat man am Haus meiner Eltern ein ganzes KZ vorbeigetrieben. Und nach Kriegsende habe ich die endlosen Elends-Trecks der Flüchtlinge erlebt. Das sind Dinge, die einen bis ans Lebensende beherrschen und die einen absolut sicher machen gegen den Mißbrauch von Staatsgewalt, im übrigen auch gegen den Mißbrauch von Freiheit. Bei meinem Bruder, der etwa drei Jahre jünger ist als ich, verspüre ich, daß er diese Erfahrung nicht mehr in gleichem Maße hat. Der muß die Dinge sehr viel rationaler vollziehen als ich. Insofern mag es jetzt allmählich auch im Bundesverfassungsgericht einen Generationswechsel geben.

Aber die Grundsätze, nach den wir judizieren, sind so fest, und die Kollegen, die hier arbeiten, stehen so fest auf dem Boden dieser Grundsätze, daß sich vielleicht innerhalb des einzelnen etwas verändern mag, aber sicher nicht in der Haltung des Gerichts.«

Japan

Eberhard von Kuehnheim, Vorsitzender des Vorstandes der BMW AG: »Bei der Zielstrebigkeit und Arbeitsdisziplin der Japner genügt es für uns nicht, technisch eine Nasenlänge voraus zu sein – es müssen mehrere Pferdelängen sein.«

Westen

Jonas Savimbi, Präsident der angolanischen Widerstandsbewegung Unita: »Wenn die Amerikaner sich einmal dazu durchringen könnten, auf Russen und Kubaner Druck auszuüben, damit sie endlich hier abziehen – jede Art von Druck – militärischen oder diplomatischen Druck, dann käme einiges in Bewegung. Aber der Westen ist sich nicht einig. Darum kann es sich Castro leisten, hier weiterzumachen. Gewiß, er will das Geld, die Macht, aber letztlich liegt es an der Unentschlossenheit der westlichen Länder. Castro ist nicht sehr stark, er ist im Gegenteil sehr verletzbar.« □

Bibel

El Schaddai und sein Gesetz

Erster Teil

Ernst Heger

Im hebräischen Text des »Alten Testaments« kommt die Bezeichnung El Schaddai an vielen Stellen vor und wird in den deutschen Ausgaben zumeist mit »allmächtiger Gott« falsch übersetzt. Noch zahlreicher sind jene Stellen, wo im hebräischen Text das Tetragammaton JHWH steht, was in den meisten deutschen Ausgaben mit »Gott«, »Herr«, »Gott der Herr« (Adonai JHWH) wiedergegeben wird. Nur in den Luther-Bibeln steht JHWH als Herr geschrieben, in der Elberfelder-Bibel wird JHWH als Jehova – ebenso in der Neue-Welt-Übersetzung der Zeugen Jehovas –, in der Herder-Bibel als Jahwe geschrieben.

Über viele Jahrhunderte wurde das gläubige, unwissende Volk absichtlich getäuscht, denn die Gläubigen würden sehr verwundert sein, wenn sie die ihnen geläufigen Texte aus Liturgie und Predikt im Originalton hören würden. Alle Zitate, die wir als Beispiele heranziehen, beruhen auf einer wörtlichen Wiedergabe nach der Herder-Bibel, 19. Auflage, Verlag Herder KG Freiburg im Breisgau.

Schaddai ist kein Gottesname

Im Alten Testament steht bei 2. Samuel 22, 2: »Jahwe ist mir ein Fels, ein Zufluchtsort und ein Erretter.« »Mit uns ist Jahwe Zebaot, Jakobs Gott ist unsere Burg.« (Psalm 46,12).

»Wer wohnet im Schutze Eljons, wer weilet im Schatten Schaddais, der spricht zu Jahwe: Du meine Burg, meine Zuflucht! Mein Gott auf den ich vertraue« (Psalm 91, 1–2).

»Heult , denn der Tag Jahwes ist nahe! Er kommt wie eine Verwüstung von Schaddai!« (Jesaja 13, 6).

Erstaunt wären auch die Besucher protestantischer Gottesdienste, wenn sie die bekannten Segensworte am Ende des Gottesdienstes im richtigen Text hören würden (4. Buch Mose, 22–27): »Und Jahwe redete zu Mose also: ›Sprich zu Aaron und seinen Söhnen: So sollt ihr die Israeliten sehen, indem ihr zu ihnen sagt: Jahwe segne dich und behüte dich! Jahwe lasse sein Antlitz auf dich leuchten und sei dir gnädig! Jahwe erhebe sein Antlitz hin zu dir und schaffe dir Heil! Sie sollen so meinen Namen auf die Israeliten legen, und ich werde sie segnen.«

Diese Segensworte gelten also nur den Israeliten als dem Volk Jahwes.

Die erste Nennung der Bezeichnung El Schaddai findet sich in Genesis, dem 1. Buch Mose 17, 1: »Als Abram neunundneunzig Jahre alt war, erschien Jahwe dem Abram und sagte zu ihm: Ich bin El Schaddai (Ani ha El Schaddai). Wandle vor mir und sei vollkommen.«

Von der Theologie wird behauptet, daß »Schaddai« ein alter »Gottesname« sei, was, gelinde gesagt, eine grobe Irreführung ist; denn Schaddai ist kein Name, sondern eine Art Funktion in der Bedeutung: der Oberste, Mächtigste wie aus 2. Buch Mose 6, 2–3 hervorgeht: »Gott redete mit Mose und sprach zu ihm: Ich bin Jahwe. Ich bin Abraham, Isaak und Jakob als El Schaddai erschienen, doch mit meinem Namen Jahwe habe ich mich ihnen nicht geoffenbart.«

Und wird bestätigt im 2. Buch Mose 3, 15, als Mose seinen »Gott« fragte, unter welchem Namen er ihn den Israeliten verkünden solle: »So sollst du zu den Israeliten sprechen: Jahwe, der Gott eurer Väter, der Gott Abrahams, der Gott Isaaks und der Gott Jakobs, hat mich zu Euch gesandt. Dies ist mein Name für alle künftige Zeit und dies meine Benennung von Geschlecht zu Geschlecht.«

Wer ist El Schaddai?

Im Pentateuch, den fünf Büchern Mose, erscheint El Schaddai noch an vielen Stellen als »Segensspender« und »Offenbarer«. Im Buch Rut 1, 20–21 ist zu lesen: » . . . denn Schaddai hat mich mit Bitternis erfüllt. Voll bin ich ausgezogen; leer führt Jahwe mich zurück. Warum wollt ihr mich noch Noémi nennen, da Jahwe gegen mich gesprochen und Schaddai Schlimmes an mir getan hat?«

Die häufigste Nennung des El Schaddai findet man bei Hiob an 26 Stellen, und bei Hesekiel 1, 24 ist »die Stimme Schaddais« » . . . ein brausendes Geräusch, wie das Geräusch eines Heerlagers.«

Aus den bisher zitierten Stellen ergibt sich die Frage, wer und was ist dieser El-Schaddai-Jahwe-Zebaoth? Offenbarte sich hier Gott, das höchst vollkommene Wesen hoch vollkommenen Geistes? Zunächst ist festzustellen, daß Jahwe ausschließlich der Gott der Hebräer, der Gott seines Volkes Israel ist.

Der Grund hierfür liegt im Bund Jahwes mit den Hebräern. Nachdem Abraham Jahwe die geforderten Opfer (1. Buch Mose 15, 9–17) dargebracht hatte, heißt es im 1. Buch Mose 15, 18: »An jenem Tag schloß Jahwe mit Abram einen Bund, indem er sprach: Deinen Nachkommen gebe ich dieses Land, vom Bach Ägyptens bis zu dem großen Strom, dem Euphrat.« Anschließend werden die Völker aufgezählt, denen dieses Land gehört.

In der zweiten Version erhält Abram von Jahwe den Namen Abraham, wobei Jahwe auch das »Bundeszeichen« festlegt (1. Buch Mose 17, 1–10): »Jahwe stellt sich Abram als El Schaddai vor . . . Ich will meinen Bund stiften zwischen mir und dir und dich zahlreich machen, überaus zahlreich . . . Ich! Siehe, das ist mein Bund mit dir: Du sollst Vater einer Menge von Völkern werden . . . Darum sollst du nicht mehr Abram heißen, sondern Abraham soll dein Name sein. Denn ich mache dich zum Vater einer Menge Völker . . . Ich richte meinen Bund auf zwischen mir und dir . . . als ewigen Bund, auf daß ich dir und deinen Nachkommen nach dir Gott sein werde . . . Ich gebe dir und deinen Nachkommen das ganze Land Kanaan zum ewigen Besitz, und ich werde ihnen Gott sein . . . Dies aber ist mein Bund, den ihr wahren sollt zwischen mir und euch und deinen Nachkommen nach dir: Alles Männliche unter euch soll beschnitten werden, und zwar sollt ihr an dem Fleische eurer Vorhaut beschnitten werden. Dies sei zum Zeichen des Bundes zwischen mir und euch.«

Für Unbeschnittene keine Verheißung

Daraus ist ersichtlich, daß kein Unbeschnittener jemals Bündnispartner des Jahwe sein kann und natürlich auch nicht Teil hat an den Verheißungen. Wie oben zitiert, gilt der Bund dann auch für die Nachkommen Abrahams. Jahwe erscheint dem Isaak im Land der Philister und spricht (1. Buch Mose 26, 3): »Weile als Fremdling in diesem Land, und ich will mit dir sein und dich segnen. Denn dir und deinen Nachkommen will ich alle diese Länder geben, und ich will den Eid halten, den ich deinem Vater Abraham geschworen habe.«

Aber schon vor der Geburt des Isaak verheißt Jahwe dem Abraham einen ewigen Bund mit dessen Sohn Isaak (1. Buch Mose 17, 19): »Sara, deine Frau, schenkt dir einen Sohn, und du sollst ihm den Namen Isaak geben! Ich werde meinen Bund mit ihm aufrichten zum ewigen Bund, auf daß ich ihm und seinen Nachkommen nach ihm Gott sein werde.«

Und auch an Jakob ergeht die Verheißung wie im 1. Buch Mose 28, 13–14 zu lesen ist: »Ich bin Jahwe, der Gott deines Vaters Abraham und der Gott Isaaks. Das Land, auf dem du ruhst, will ich dir und deinen Nachkommen

El Schaddai und sein Gesetz

geben. Deine Nachkommenschaft soll wie der Staub der Erde werden, und du sollst dich nach West und Ost, nach Nord und Süd ausbreiten.«

Durch Mose wird dann der Bund mit Jahwe für das gesamte Volk Israel erneuert (2. Buch Mose 24, 8): »Da nahm Mose das Blut (von den vorausgehenden Blutopfern) und besprengte das Volk damit und sprach: Sehet, das ist das Blut des Bundes, den Jahwe mit euch auf Grund aller dieser Bedingungen geschlossen hat.«

Zuvor hatte sich das Volk Israel mit den Gesetzen und Bedingungen des Jahwe einverstanden erklärt: »Alles, was Jahwe gesprochen hat, wollen wir tun und befolgen.«

Die Wiederholung des Vertrages mit Jahwe findet sich im 5. Buch Mose 26, 16–19: Das Volk Israel verpflichtet sich, alle Gesetze Jahwes genau zu beachten, dafür wird Israel das Volk Jahwes, »dann will er dich hoch über alle Völker . . . erheben, und du wirst Jahwe, deinem Gott, ein heiliges Volk sein«.

Gesetz sind Blut- und Brandopfer

Aber schon zuvor hat Jahwe auf dem Berg Sinai seinem Knecht Mose seine Forderungen, »Gebote«, diktiert: »Wenn ihr nun auf meine Stimme hört und meinen Bund haltet, dann sollt ihr unter allen Völkern mein besonderes Eigentum sein, denn mir gehört die ganze Erde« (2. Buch Mose 19, 5).

»Denn du bist ein Volk, heilig für Jahwe, deinen Gott; dich hat Jahwe dein Gott erwählt ihm zu gehören als Eigentumsvolk unter allen Völkern auf Erden« (5. Buch Mose 7, 6).

Die Forderungen Jahwes bestehen aber nicht nur darin, einziger und alleiniger Gott Israels zu sein: »Höre Israel! Jahwe, unser Gott, ist der einzige Jahwe!« (5. Buch Mose 6, 4).

»Ich bin Jahwe, dein Gott, der dich aus dem Ägypterlande, dem Sklavenhause, herausgeführt hat; Du sollst keine anderen Götter haben als mich . . . Denn ich, Jahwe, dein Gott, bin ein eifernder Gott, der die Schuld der Väter ahndet an den Kindern, Enkeln und Urenkeln derer, die mich hassen« (2. Buch Mose 20, 2–3 und 5).

Die Hauptforderung und Gesetzs Jahwes sind Blut- und Brandopfer. Das beginnt schon mit Abraham, dem Jahwe befiehlt (1. Buch Mose 15, 9), ihm »eine dreijährige Kuh, eine dreijährige Ziege, einen dreijährigen Widder, eine Turteltaube und eine junge Taube« zu opfern. Im Vers 17 ist zu lesen, wie in der Finsternis »etwas wie ein rauchender Ofen und eine brennende Fackel zwischen diesen Stücken hindurch« geht, worauf dann Jahwe mit Abraham den bereits zitierten Bund schließt. Es setzt sich fort mit der anbefohlenen Opferung Isaaks. »Nimm deinen Sohn . . . Isaak . . . und bringe ihn dort auf einem der Berge , den ich dir sagen werde, als Brandopfer dar!« (1. Buch Mose 22, 2).

Der in Vers 11 erschienene Engel kam aber nicht von Jahwe, wie es im Text heißt, denn die islamische Überlieferung berichtet, daß Abraham vom Teufel gezwungen wurde, seinen Sohn Ismael zu opfern, was nur durch das Dazwischentreten eines Engels, den Allah sandte, verhindert wurde. Die Forderung nach Opferung des erstgeborenen Sohnes erkärt sich aus dem Befehl Jahwes, ihm alle Erstgeburt zu opfern, als Jahwe zu Mose spricht:

»Weihe mir alle Erstgeburt! Alles, was in Israel bei Menschen und Vieh zuerst den Mutterschoß öffnet, gehört mir« (2. Buch Mose 13, 2).

»Denn mein ist jede Erstgeburt. An dem Tage, da ich alle Erstgeburt im Ägypterland schlug, habe ich jede Erstgeburt in Israel, sei es Mensch oder Vieh, mir geweiht. Mein sind sie, ich bin Jahwe« (4. Buch Mose 3, 13).

»Alles, was den Mutterschoß durchbricht von allem Fleisch, was man Jahwe darzubringen hat, sei es Mensch oder Vieh, soll dir (Jahwe) gehören« (4. Buch Mose 18, 15).

Diese Stellen zeigen eindeutig, daß die Erstgeburt des Menschen dem Jahwe zu opfern ist. Zwar heißt es auch, die Erstgeburt des Menschen zu lösen. Es ist aber bekannt, daß es sich hierbei um Einschübe aus der Zeit der ersten Übersetzung ins Griechische unter dem Ptolemäus II. Philadelphus (285 bis 246 vor Christus) handelt.

Im 2. Buch Mose 22, 28 heißt es ausdrücklich: »Den Erstgeborenen deiner Söhne sollst du mir geben.«

Mose tritt vor den Pharao auf Geheiß Jahwes

Und aus dem 4. Buch Mose 5, 40–50 ist ersichtlich, daß nur jene Erstgeburt der Kinder Israels auf Geheiß Jahwe gelöst (mit Lösegeld) werden konnten, die über die Kopfzahl der Leviten hinausging.

Bei Nehemia steht zu lesen: »Ebenso wollen wir die Erstlinge unserer Söhne und unseres Viehs gemäß der Vorschrift im Gesetz, die Erstlinge unserer Rinder und Schafe zum Hause Gottes bringen.«

Aus einigen Stellen des 2. Buch Mose, die in den Kapiteln 5 bis 10 verstreut sind, ist jedoch der Sachverhalt bezüglich der Blutopfer klar ersichtlich. Nachdem Jahwe dem Mose befohlen hatte, ihm drei Tagereisen weit in der Wüste zu opfern, treten Mose und Aaron auf Geheiß Jahwes vor den Pharao hin (es war Rahamen-cheper-Thot-mesu = Tutmosis III., 1588 vor Christus) und sprachen:

»So spricht Jahwe, der Gott Israels: Gib mein Volk frei, daß es mir in der Wüste ein Fest feiere« (2. Buch Mose 5, 1).

»Der Gott der Hebräer ist uns begegnet. Wir sollen drei Tagereisen weit in die Wüste gehen und Jahwe, unserem Gott, dort opfern, sonst wird er uns mit der Pest oder mit dem Schwert schlagen« (2. Buch Mose 5, 3).

Inmitten der von späteren Redakteuren erfundenen für Jahwe bezeichnenden ägyptischen »Wunder« ist zu lesen, wie Pharao zu Mose und Aaron sagt: »›Wohlan, so bringt eurem Gott ein Opfer dar, aber im Land!‹ Mose entgegnete: ›Es geht nicht an dies zu tun. Wir opfern Jahwe, unserem Gott, gerade die Tiere, die zu opfern den Ägyptern eine Gotteslästerung ist (Luther: › . . . denn wir würden der Ägypter Greuel opfern unserem Gott, dem Jahwe‹); wenn wir Opfer darbringen würden, die ein Greuel in den Augen der Ägypter sind, würden sie uns da nicht steinigen?‹«

Wiedermals erscheinen Mose und Aaron vor dem Pharao, der sich erkundigt, wer denn da alles in die Wüste ziehen soll, und Mose spricht (2. Buch Mose 10, 9–11): »›Mit unseren Kindern und unseren Greisen, mit unseren Söhnen und Töchtern, mit unseren Schafen und Rindern wollen wir ziehen; denn wir haben ein Fest Jahwes zu feiern.‹ Da entgegnete er (Pharao) ihnen: ›Möge Jahwe so mit euch sein, wie ich euch mit euren Kindern entlasse! Ihr seht doch, daß ihr Böses vorhabt.‹

(Luther-Bibel viel deutlicher: O ja, der Jahwe sei mit euch! Sollte ich euch und eure Kinder dazu ziehen lassen? Sehet da, ob ihr nicht Böses vorhabt!) Daraus wird nichts: Ihr Männer könnt gehen und Jahwe dienen; dies war ja euer Wunsch.‹ Hierauf trieb man sie von Pharao weg.«

Dem Moloch Kinder opfern

Diese Stelle beweist, daß der Pharao von den Kinderopfern gewußt hat, und deshalb die Hebräer nicht mit ihren Kindern ziehen lassen wollte. Ein guter Beweis ist im 3. Buch Mose; hier spricht Jahwe zu Mose, daß er jeden ausrotten werde, der seine Kinder dem Moloch opfert:

»Der von seinen Kindern dem Moloch eins hingibt, soll mit dem Tode bestraft werden. Ich selbst werde . . . ihn aus der Mitte seines Volkes austilgen, weil er eines von seinen Kindern dem Moloch hingab und so mein Heiligtum verunreinigt und meinen heiligen Namen entweihte.«

Nicht die Opferung von Kindern ist also böse, sondern weil sie nicht Jahwe gilt. Darum heißt es auch: »Du darfst keines von deinen Kindern für Moloch durch das Feuer gehen lassen und so den Namen deines Gottes entweihen. Ich bin Jahwe (Luther: Du sollst niemand deines Samens geben, daß er dem Moloch verbrannt werde).«

Die Opfergesetze über die Erstgeburt an Mensch und Vieh sind nur ein Teil dessen, was Jahwe an Opfern fordert. In den ersten Kapiteln des 3. Buch Mose wird

die Unzahl der Blut-, Brand-, Speis-, Sünd-, Schuld- und Gelübdeopfer angeführt, mit genauen Anweisungen, welche Teile der Schlachtopfer auf welche Weise zugerichtet und auf dem Altar zum »lieblichen Wohlgeruch« Jahwes verbrannt werden sollen.

»Der Priester sprenge das Blut an den Altar Jahwes aus . . . und lasse das Fett zu lieblichem Wohlgeruch für Jahwe in Rauch aufgehen« (3. Buch Mose 17, 6).

Nieren, Eingeweide und Fett scheint ein besonderer Leckerbissen für der Geruchssinn Jahwes zu sein, denn er fordert als Feueropfergabe: »Das Fett, das die Eingeweide bedeckt samt allem Fett an den Eingeweiden, ferner die beiden Nieren nebst dem Fett an ihnen, an den Lenden und den Leberlappen; der Priester soll es auf dem Altar in Rauch aufgehen lassen als eine Feueropferspeise für Jahwe zu (dessen) lieblichen Wohlgeruch. Alles Fett gehört Jahwe.« (3. Buch Mose 3, 14–16).

»Dies ist ein ewiges Gesetz, daß ihr von Geschlecht zu Geschlecht in allen Wohnsitzen beobachten sollt. Fett und Blut dürft ihr auf keinen Fall genießen« (3. Buch Mose 3, 17).

Damit der »liebliche Wohlgeruch« von verbranntem Fleisch und Fett keine Unterbrechung erfährt, fordert Jahwe: »Das Feuer auf dem Altar soll brennend erhalten werden; es darf nie erlöschen. Der Priester soll auf ihm jeden Morgen Holzscheite anzünden, das Brandopfer darauf legen und die Fettstücke des Gemeinschaftsopfers im Rauch aufgehen lassen« (3. Buch Mose 6, 5).

»Das Feuer soll ständig auf dem Altar brennen, es darf nie erlöschen. (Luther-Bibel: Ewig soll das Feuer auf dem Altar brennen und nimmer verlöschen)« (3. Buch Mose 6, 6).

Speise und Brot für Jahwe

Weitere Forderungen nach Blut- und Brandopfern finden sich im Buch Numeri (4. Buch Mose), in den Kapiteln 28 und 29 mit sorgfältig detaillierten Anweisungen für die Zubereitung der Opfer. Warum Jahwe so sehr nach diesen Blutopfern lechzt, sagt er selbst, wenn er von seinen Priestern verlangt: »Sie sollen ihrem Gott heilig sein und dürfen den Namen ihres Gottes nicht entweihen. Denn sie bringen die Feueropfer Jahwes, die Speise ihres Gottes dar (Lutherbibel: Das Brot ihres Gottes). Darum müssen sie heilig sein« (3. Buch Mose 21, 6).

»Du sollst ihn heilig halten. Denn er bringt die Speise deines Gottes dar. Er sei dir heilig, denn ich bin heilig, Jahwe, der euch heiligt« (3. Buch Mose 21, 8).

So ist das also. Und warum muß es gerade frisch vergossenes Blut sein? Auch darauf gibt Jahwe selbst unter Todesdrohungen die Antwort im 3. Buch Mose 17,11: »Denn das Leben des Körpers (Luther: des Leibes Leben) ist in seinem Blute. Und für den Altar habe ich es euch überlassen, damit es eure Seelen entsündige. Denn das Blut bewirkt Sühne für ein Leben. (Luther: Denn das Blut ist die Versöhnung, weil das Leben in ihm ist).«

3. Buch Mose 17, 10: »Wenn jemand aus dem Hause Israel oder von den Fremden (Gojim), die sich in eurer Mitte aufhalten, irgendwie Blut genießt, so werde ich gegen eine solche Person, die Blut genießt, mein Angesicht richten, und ich werde sie aus ihrem Volke austilgen.«

3. Buch Mose 17, 14: »Denn das Leben eines jeden Geschöpfes ist in seinem Blute. Darum habe ich den Israeliten geboten: Ihr dürft von keinem Geschöpf das Blut genießen; denn das Leben eines jeden Geschöpfes ist in seinem Blute. Jeder, der es genießt, soll ausgetilgt werden.«

Das frisch vergossene Blut und die Brandopfer sind also die »Speise« beziehungsweise das »Brot« Jahwes, was nicht wörtlich zu nehmen ist, weil man sich ja fragen müßte, wovon Jahwe leben konnte, bevor ihm geopfert wurde. Da nach seiner eigenen Aussage im Blut das Leben ist, und er das Blut unter Todesdrohungen für sich allein fordert, handelt es sich vielmehr um Kräfte, die mit dem frisch vergossenen Blute entweichen und für diesen »Gott« eine Art Droge als »lieblicher« Wohlgeruch darstellen. Hierzu genügt es, das Blut auf oder um den Altar, beziehungsweise auf die »Versöhnungsplatte« (Herder) oder auf den »Gnadenstuhl« (Luther) zu sprengen wie geschrieben steht: »Sie sollen das Blut ringsum an den Altar . . . sprengen« (3. Buch Mose 1, 5).

»Und verfahre mit dem Blute wie mit dem Blute des Stieres; er sprenge es auf die Versöhnungsplatte und vor die Versöhnungsplatte hin« (3. Buch Mose 16, 15).

Die bösen Befehle Jahwes

Diese und ähnliche Anweisungen finden sich an vielen Stellen. Alle diese Opfer haben allein Jahwe zu gelten und nicht anderen Göttern. 2. Buch Mose 22, 19: »Wer anderen Göttern opfert (Luther-Bibel fügt hinzu: . . . und nicht dem Jahwe allein), soll dem Bann verfallen.«

3. Buch Mose 17, 7: »Sie sollen ihr Schlachtopfer nicht mehr für die Bocksgeister darbringen (Luther-Bibel: den Feldteufeln opfern) . . . Jeder aus dem Hause Israel, oder von den Fremden, die sich unter ihnen aufhalten, der ein Brandopfer oder ein Schlachtopfer darbringt, und es nicht . . . hinbringt, um es für Jahwe herzurichten, der soll aus seinem Volk ausgetilgt werden.«

Als das Volk Israel begann, statt Jahwe dem Baal zu Peor zu dienen, »da entbrannte Jahwes Zorn gegen Israel. Und Jahwe sprach zu Mose: Hole alle Häupter des Volkes zusammen. Spieße sie für Jahwe an den Pfahl im Angesicht der Sonne, auf daß die Zornesglut Jahwes von Israel ablasse. Mose befahl also den Richtern Israels: ›Jeder töte diejenigen seiner Leute, welche dem Baal von Peor gedient haben‹« (4. Buch Mose 25, 3–5).

Auch das gesamte 13. Kapitel des 5. Buch Mose beinhaltet Mord- und Ausrottungsbefehle Jahwes für den Fall, daß Israel anderen Göttern dient. Blutopfer für Jahwe sind alle Menschen, die durch Jahwe selbst oder auf seinen Befehl auf den Schlachtfeldern ihr Blut vergießen.

Wie zum Beispiel Jeremia 46, 10: »Dieser Tag gehört dem Herrn Jahwe, ein Tag der Rache, um sich zu rächen an seinen Widersachern. Da frißt sein Schwert sich satt und wird trunken an ihrem Blut. Denn ein Schlachtfest ist es für den Herrn Jahwe Zebaot.«

Und seinen Propheten Hesekiel fordert Jahwe auf, alle wilden Tiere herbeizurufen, denn »das Fleisch von Helden sollt ihr essen und das Blut von Fürsten der Erde trinken . . . bis ihr trunken seid von meinem Opfer, das ich schlachte. An meiner Tafel sollt ihr satt werden von Roß und Reiter, von Helden und jeglichem Kriegsmann, spricht der Herr Jahwe«.

Aber Jeremia wie Hesekiel schreiben nur einen Teil dessen, was Jahwe an Blut fordert. Denn ein besonderes Kapitel in den Gesetzen Jahwes bilden die Gelübde und Verbannungen. Alles was Jahwe gelobt, zum Opfer geweiht oder gebannt ist – verurteilt zur Opferung für Jahwe – muß sterben, kann nicht durch Geld gelöst werden, die Opfer sind unter allen Umständen unnachsichtlich auszuführen: »Wenn du Jahwe, deinem Gotte, ein Gelübde machst, so säume nicht es zu erfüllen. Denn Jahwe, dein Gott, würde es streng von dir fordern und Schuld würde an dir haften« (5. Buch Mose 23, 21). □

Der zweite Teil erscheint in der nächsten Ausgabe von CODE.

Lästern sie nicht alle Gott?

Werner Graus

Wenn man konkrete Beispiele der Gotteslästerung in unserer Zeit aufzeigen will, so ist es zuerst nötig, zu wissen, was Gotteslästerung ist. Der heilige Thomas: Gotteslästerung ist, wenn man Gott das aberkennt, was seiner absoluten Güte zukommt, indem man etwas von Gott verneint, was ihm zukommt oder etwas über ihn behauptet, was ihm nicht zukommt. Was Gott zukommt, gehört zu seinem Wesen; was ihm nicht zukommt, ist seiner absoluten Güte fremd. Gott ist das höchste Gut. Die Gotteslästerung kann im Herzen sein, in Gedanken, sie kann sich auch in Wort und Werk kundtun.

Der heilige Augustinus sagt: Man lästert Gott, wenn man ihm Eigenschaften zuschreibt, die er nicht hat oder die ihm nicht zukommen, oder wenn man ihm vorenthält, was ihm zukommt, sowie, wenn man etwas für sich in Anspruch nimmt, was Gott allein zukommt.

Götzendienst schlimmer als Mord und Meineid

So lästert also auch der Gott, der sich göttliche Eigenschaften zulegt oder sich das kultische Opfer der Anbetung darbringen läßt wie die römischen Kaiser. Deshalb nannten die Juden Jesus Christus einen Gotteslästerer, »weil er sich selbst zum Sohne Gottes gemacht hat«. Deshalb wollten sie ihn steinigen, als er sagte: »Ehe Abraham ward, bin ich!«, womit er seine ewige Gottheit bezeugte. Christus aber ist in Wahrheit Gottes Sohn und Gott von Ewigkeit.

Es würde jemand auch Gott lästern, wenn er sagen würde: Gott ist nicht gerecht, Gott kann sich irren, er ist nicht allmächtig.

Das kultische Opfer der Anbetung darf man nur Gott darbringen, weil er allein der Schöpfer Himmels und der Erde ist und darum der Herr über alles Geschaffene. Den falschen Göttern ein solches Opfer darbringen ist Götzendienst, die schwerste Sünde nach der Gotteslästerung, die schlimmer ist als Mord und Meineid.

Beispiele für Gotteslästerung heute bieten die Kommunisten. Sie lästern Gott in dem Lied, das die kommunistische Jugend singt: »Die Partei, die Partei, die Partei hat immer recht. Sie hat uns alles gegeben: Licht, Sonne und Leben; was wir sind, sind wir nur durch sie.«

Dies ist in aller Form eine Gotteslästerung, weil das, was von der Kommunistischen Partei gesagt wird, nur Gott allein zukommt, der allein uns Licht, Sonne und Leben gegeben hat, und was wir sind, sind wir nur durch ihn: Er schuf uns und gab uns unsere menschliche Natur. Zudem äfft die Kommunistische Partei das Lehramt der Kirche Christi nach: »Die Partei hat immer recht!« Gemäß der kommunistischen Philosophie ist die letzte Wirklichkeit die Materie; sie nimmt also die Stelle Gottes ein. Da haben wir eigentlich das wahre Gesicht des Kommunismus.

Der Vergleich eines SPD-Politikers

Der Schriftsteller Günter Grass, Verfasser der »Blechtrommel«, der auch die Werbetrommel rührte für die SPD und folgenden gotteslästerlichen und zugleich unsinnigen Slogan herausgebracht hat: »Die SPD ist die Wahrheit!« Hiermit spricht er einer Partei zu, was nur Gott allein zukommt: nur Gott ist die Wahrheit. Nur einer konnte sagen: »Ich bin die Wahrheit!« Jesus Christus, der Sohn Gottes, das Wort Gottes, das Gebot ist.

Hans Apel, SPD-Politiker, verglich Brandt, Schmidt, Wehner mit den drei Personen der Trinität.



Der SPD-Politiker Apel gebrauchte einen gotteslästerlichen Vergleich, indem er Brandt, Schmidt und Wehner mit den drei Personen der Trinität verglich: Brandt – der Vater; Schmidt – der Sohn; Wehner – der Geist. Dies geschah Anfang der siebziger Jahre. Ich kann mich nicht erinnern, daß damals ein einziger Bischof dagegen protestiert hätte.

Diese alle lästerten Gott, indem sie Menschen zuschreiben, was nur Gott zukommt. Im folgenden haben wir Beispiele für Gotteslästerung, indem man Gott zuschreibt, was ihm gemäß seiner absoluten Güte nicht zukommen kann. Dies tut Wojtyla, genannt Johannes Paul II., indem er dem Wirken des Heiligen Geistes eine falsche Lehre zuschreibt, denn er sagt: »Gehorsam gegenüber den Lehren des Vaticanum II ist Gehorsam gegenüber dem Heiligen Geiste.«

Vaticanum II aber lehrt folgendes: »Mit Hochachtung betrachtet die Kirche die Muslime, die den alleinigen Gott anbeten, den lebendigen und in sich seienden, den barmherzigen und allmächtigen, den Schöpfer Himmels und der Erde, der zu den Menschen gesprochen hat« (Nostra Aetate, Kapitel 3).

Diese Aussage ist offenkundig falsch; denn die Muslime (Mohammedaner) lehnen den dreieinigen Gott ab und sagen, eine solche Lehre sei gotteslästerlich. Mohammed sagt lapidar: »Gott hat keinen Sohn.«

Es kann aber nur einen einzigen wahren Gott geben – und dieser ist die heiligste Dreieinigkeit: sanctissima Trinitas atque indivisa Unitas. Zudem schreibt Johannes: »Wer den Sohn leugnet, hat auch den Vater nicht.« Die Mohammedaner aber leugnen den Sohn, nach ihnen ist Christus nur einer unter den Propheten, nicht aber der Sohn Gottes.

Im Licht des wahren Glaubens, des christlichen Glaubens, erweist sich obige Lehre von Vaticanum II als falsch, und wer sie annimmt, muß logischerweise Mohammedaner werden, das

heißt, seinen Christen-Glauben aufgeben und zum Apostaten werden.

Religionsbuch mit Gotteslästerung

Johannes Paul II. schreibt diese Lehre dem Beistand des Heiligen Geistes zu. Es ist aber unmöglich, daß der Heilige Geist Urheber einer falschen Lehre sein kann; somit ist Johannes Paul II. in aller Form ein Gotteslästerer. Seine Behauptung, die feste »Glaubens«überzeugung in anderen Religionen, sei eine Wirkung des Heiligen Geistes, ist ebenfalls gotteslästerlich. Gott kann nicht Urheber einer falschen »Glaubens«überzeugung sein.

Wir finden sogar eine Gotteslästerung in einem kirchlich approbierten Religionsbuch, nämlich in dem Buch »Zeit der Freude«, das für die erste Stufe der höheren Schulen bestimmt ist. Seite 112 wird in diesem Buch behauptet, daß in den Evangelien einseitige und ungerechte Urteile über die Pharisäer gefällt werden. Diese Urteile aber werden gefällt von Jesus Christus, der die Wahrheit ist und Gottes Sohn in Ewigkeit. Außerdem sind die Evangelien vom Heiligen Geist inspiriert und können auch deshalb keine Irrtümer enthalten.

Es ist diese Behauptung in aller Form eine Gotteslästerung, indem man Gott einseitige und ungerechte Urteile zuerkennt. Die Konzilskirche billigt also ein Religionsbuch, daß eine förmliche Gotteslästerung enthält, und dies, um den Zionisten zu gefallen.

So wundert es nicht, daß man in diesem Buch auch lesen kann, daß das eine Volk Gottes aus Juden und Christen besteht. Die Juden aber erkennen weder Jesus Christus an, den Sohn des lebendigen Gottes und Messias, und sie beten auch nicht den trinitarischen Gott an. Somit kann dieses neue Volk Gottes nicht mehr die Kirche Jesu Christi sein.

Dieses Religionsbuch enthält also eine Häresie und eine Gotteslästerung. Damit hat sich die Konzilskirche selbst entlarvt samt ihrem Hohepriester in Rom, dem sie folgt.

Auch im Talmud findet sich mehr als eine Lästerung unseres



Papst Johannes Paul II. lästert Gott, indem er dem Wirken des Heiligen Geistes eine falsche Lehre zu schreibt.

Jesus Christus und seiner heiligen Mutter. An einer Stelle des Talmud wird berichtet, daß sogar der Rat der jüdischen Weisen etwas habe richtigstellen müssen, was Gott im Himmel im Rat der Himmlischen gelehrt habe.

Das kann man nachlesen in dem Buch »Le juif, le judaisme et la judaisation des peuples chretiennes« (»Der Jude, der Judaismus und die Judaisation der christlichen Völker«). Der Verfasser, Gougenot des Mousseaux, wurde wegen dieses Buches, das 1869 erschien, ermordet.

Übrigens kann das jüdische Volk nur dadurch seine Identität bewahren, daß es bis heute leugnet, daß Jesus der Christus und Sohn des lebendigen Gottes ist, weshalb es ihn als Gotteslästerer anklagte und hinrichten ließ.

Die Juden verleugnen bis auf den heutigen Tag ihren Messias, der im Fleisch gekommen ist, den menschgewordenen Sohn Gottes. Sonst müßten sie ja Christen werden.

De Rabi, ein jüdischer Schriftsteller unserer Zeit, stellt sich vor, wie der letzte Jude seinen Glauben formulieren würde: »Ich stelle mir also diesen letzten Juden vor, der die Widerwärtigkeiten der Geschichte überlebt haben wird. Was wird dieser letzte Jude sagen, um seinen Widerstand zu allen Zeiten und gegen den Druck der Menschen zu rechtfertigen? Ich höre, wie er sagt: ›Ich glaube nicht an die Gottheit Jesus!‹ Für uns ist die Bekehrung zum Christentum notwendigerweise Götzendienst, weil sie die höchste Lästerung einschließt, nämlich den Glauben an die Gottheit eines Menschen.«

Das ist das wahre Gesicht des Judaismus, und diese jüdisch-christliche Ökumene ist eine tödliche Falle für die Christen.

Der Untergang des Christentums

Und so sieht Damester, ein anderer jüdischer Schriftsteller, der einen großen Namen hat, das Ende des Christentums. Er schreibt in seinem Buch »Propheten Israels«, erschienen 1913:

»Christus wird, durch eine unsichtbare Hand gestoßen, im stillen Grund der Unterwelt (des Scheol) zu den anderen Göttern versammelt, seinen Brüdern und seinen Opfern; zu diesen anderen Göttern, die der Mensch vor ihm geschaffen hatte, und die er, um Ihm zu gehorchen, Ihm geopfert hatte.

Ein Hauch ging über das Chaos, die Hölle erbebte bis in ihr Innerstes. Und alle diese glühenden Augen entzündeten sich in der Nacht . . . und ich sah von weiten Höhen eine weiße Gestalt herabsteigen. Sie kam, langsam aber unaufhaltsam, ohne sich umzudrehen . . . Es ist der Christus, es ist der Menschensohn, der Sohn der Jungfrau.

Auch die Hölle erkannte Ihn, und seine tausend Legionen tanzten vor dem ankommenden Gast.

Und ein kolossales Geheul kam aus den Kehlen des Abgrunds: ›Da bist du also, endlich, o Galiläer! Ebenso getroffen wie wir! Da bist du also, uns ähnlich!‹

›Wie bist du gefallen vom Himmel, du Stern aller Sterne, du Sohn der Jungfrau? Du, der du in deinem Herzen sprachst: ›Ich bin Gott für eine Welt ohne Ende! Ewig werde ich meinen Thron im höchsten Himmel haben, über den Sternen; ich werde herrschen über die zerbrochenen Götzen, und mein Name allein wird in den Ohren der Menschen schallen.‹

Siehst du nun, wie jetzt auch dein Bannstrahl zerbrochen ist du bist nun niedergeschlagen, du Zeder des Libanon! Nun steigst auch du, du großer Schmäher der toten Götter, hinab zu den leblosen Göttern.

Wenig hat sich geändert im Weltgeschehen. Die Natur bleibt unberührt bei diesem großen Versagen, und wie nach so vielen Dramen, die ihre Grenzen zu überschreiten schienen, die durch ihre Toleranz gesetzt sind, fährt sie in ihrem ewigen Lauf unbeeindruckt fort.

Der Mensch ist nämlich nicht das Werk eines Gottes, der vor der Welt existiert hätte; denn der Mensch hat seine Götter nach seinem Traumbild geschaffen, und er zerbricht sie wieder, wenn sein Traum sich ändert, und glücklich ist er, wenn dieser neue Traum sanfter und ein edleres Ideal ist.« □

Vertrauliches

Infrastruktur

Peru und Argentinien entwickeln Eisenbahnprojekt

Argentinien und Peru einigten sich, die Beratung über ein Projekt für eine trans-ozeanische Eisenbahnlinie zu beschleunigen und mit Bolivien ein Treffen der Außenminister zu diesem Thema zu koordinieren.

Der argentinsiche Außenminister Dante Caputo und der peruanische Außenminister Allan Wagner trafen bei den Vereinten Nationen zusammen, um das Thema zu besprechen und ihre Regierungen haben zugesagt, noch vor Jahresende einen Plan vorzulegen.

Die Eisenbahnlinie würde von Matarani im Süden Perus nach Buenos Aires führen. Wagner sagte: »Im allgemeinen werden wir die bereits existierenden Eisenbahnnetze nutzen. Wir müssen die Verbindungen festlegen und einige Verbesserungen in den Netzen schaffen. Wir haben beschlossen, das Projekt voranzutreiben und ein weiterer Aspekt, der in Erwägung zu ziehen ist, ist die Aufstellung von Regelungen für den Transport von Frachtgut.« Wagner betonte, daß »dies ein großes Projekt von horizontaler Integration« ist. □

Malaysia

Verurteilung des Importstops von Palmöl

Der malaysische Premierminister Mahathir Mohamad nannte die Pläne der USA und der Europäischen Gemeinschaft zur Beschränkung von Palmöl-Importen von Malaysia einen Angriff auf den »Freihandel«.

Speisepalmöl ist nach Rohöl, Gas und Holz Malaysias drittwichtigster Exportartikel und hat einen Anteil von 30 Prozent an Malaysias Anbau von Handelsgewächsen.

Die Europäische Gemeinschaft hat vorgeschlagen, einen existierenden Importzoll von 12 Prozent auf Planzenöle zu erhöhen und ein amerikanischer Kongreßausschuß hat Anhörungen über einen Gesetzentwurf begonnen, laut dem Palmöl und Kokosnußöl unter die »gesättigten Fette« fallen sollen und folglich eine Gesundheitsgefahr darstellen. Der amerikanische Gesetzentwurf wurde von dem Mitglied des Repräsentantenhauses Dan Glickman eingebracht, der meinte, mit dem Gesetz würde der Verkauf von Speiseöl aus der Südsee zugunsten von Sojaöl, das in den USA hergestellt wird, gekürzt.

Indonesien und die Philippinen werden ebenfalls hart von den vorgeschlagenen Maßnahmen getroffen werden. Siebzehn Millionen Filipinos – viele von ihnen leben in Gegenden, die von kommunistischen Rebellen kontrolliert werden – sind in der Kokosnußverarbeitung beschäftigt. □

Japan

Investitionen in Ibero-Amerika

Der japanische Finanzminister Kichi Miyazaw verkündete in einer Pressekonferenz, daß Japan beabsichtigte, seine Investitionen in Ibero-Amerika über die jährlichen eine Milliarde Dollar, die es derzeit investiert, in den nächsten drei Jahren um vier Milliarden Dollar zu erhöhen.

»Das meinte Premierminister Nakasone, als er Interesse am Bau eines zweiten Panamakanals bekundete«, bei seinem letzten Besuch in Washington, sagte Miyazaw.

Der japanische Außenminister Todashi Kuranari sagte unterdessen, sein Land sei bereit, zwei Milliarden Dollar zur Lösung des Schuldenproblmes des Kontinets beizutragen und meinte wörtllich: »Unsere Regierung ist sehr besorgt über die Außenschuld, die Lateinamerikas größtes Problem ist und möchte, so gut es geht, zu seiner Lösung beitragen.« □

Iran

Israel liefert Waffen

Obwohl praktisch Kriegszustand zwischen dem Iran und den westlichen Mächten herrscht, verkauft Israel weiterhin Waffen an den Iran, so die »Türkish Daily News« von Ankara. In der Zeitung heißt es, der größte Teil der Verhandlungen zwischen den israelischen Waffenhändlern und den Iranern sei über den iranischen Botschafter in der Türkei, Manushehr Mottaki, geführt worden, der immer wieder nach Israel gereist ist.

Im Austausch für die israelischen Waffenlieferungen soll Teheran bis zu 30 000 Juden im Iran erlaubt haben, das Land zu verlassen. Ein Sammlungszentrum für die Emigranten wurde in Istanbul von einem führenden jüdischen Geschäftsmann in der Türkei eingerichtet.

Wenn das stimmt, so steht Israel damit in krassem Gegensatz zu den Bemühungen westlicher Geheimdienste, eine fortgesetzte Belieferung des Iran mit Waffen zu verhindern. Mit der Aufdekkung des Borletti-Skandals in Italien und des Bofors-Nobel-Skandals in Norwegen wie das amerikanische Irangate sollen verhindern, daß sich der Iran für eine große Bodenoffensive im November erneut Waffen beschaffte – wie aus amerikanischen Geheimdienstquellen verlautete.

Als Folge der Skandale, die durch die Reise des damaligen nationalen Sicherheitsberaters der USA, Frank Carlucci, nach Europa ausgelöst worden sein sollen, wird erwartet, daß der iranische Präsident Ali Khamenei seine letzte USA-Reise dazu genutzt haben soll, Zeit zu gewinnen und neue Kanäle für Rüstungslieferungen auszumachen.

Zu den Schritten, die im Gange sind, gehört die Gründung mehrerer Firmen des neuen iranischen Botschafters in der Schweiz, Hussein Malayek, um Waffen in Europa einzukaufen, so heißt es in einer Ausgabe von »Al Qabas«. Ein Geschäftsmann aus Teheran mit Namen Reda Rahimzadeh, Direktor von Tri-C-Ltd. im Iran, wurde zum Direktor von zwei der neuen Firmen in der Schweiz ernannt. Es handelt sich dabei um M-D-Export Ltd. in Zürich und Maya und Partners in Lausanne.

Die »Saudi Gazette« nannte Malayek als ein Mitglied von Teherans internationalem Rat der islamischen Revolution. Er sollte Botschafter in Großbritannien werden, doch die britische Regierung lehnte seine Akkreditierung ab. Einer seiner Assistenten in Bern ist Manuchur Manola, ein Neffe des iranischen Justizministers Mohammed Gilani. □

Jugoslawien

Schuld an der Krise sind die Kommunisten

Der jugoslawische Generalmajor Georgije Jovocic meinte in einem Interview mit der Wochenzeitung »Borba«, die kommunistische Führung des Landes habe nichts getan, um die Wirtschaftskrise und die sozialen Unruhen im Land zu lösen.

»Die Kommunistische Partei und ihre Führung hat seit langem keine klaren Anworten mehr auf die Probleme des Volkes gegeben«, sagte er. »Die Hilflosigkeit der Kommunistischen Partei hat die anti-sozialistischen Kräfte gestärkt.« Er wies auf die 120prozentige Inflation, die fortdauernden Finanzskandale und die Schwäche des Rechts- und Wirtschaftssystems hin, damit fertig zu werden.

Die britische Tageszeitung »Independent« berichtete aus Belgrad: »Was seinen Einfluß angeht, so läuft es mit dem Militär auf eine siebente Republik hinaus und seine Stimme wird lauter, je mehr das Land in einem Wirrwarr von Skandalen, unbezahlbaren Schulden im Ausland und regionalen Streitigkeiten versinkt.«

Ein Zeichen der »tatsächlichen Nervosität in der Öffentlichkeit« ist die Kapitalflucht, wo Leute auf dem schwarzen Markt Prämien bis zu 20 Prozent zahlen, um rasch an Wert verlierende Dinar in harte Währungen umzutauschen.

In ähnlicher Weise bat Jugoslawien seine westlichen Gläubiger um vorübergehende Einfrierung der Rückzahlungen auf seine 20 Milliarden Dollar hohe Außenschuld. Im Anschluß an ein Treffen der Führungsspitze der Kommunistischen Partei zur Diskussion der Krise bat der Gouverneur der jugoslawischen Nationalbank um die Einfrierung bis zum Ende der Verhandlungen mit den Gläubigern. □

Moskau

Amerikanische Verfassung umschreiben

Nach einem Besuch in den Vereinigten Staaten schreibt der sowjetische Parteifunktionär Vladimir Pustogarov in der Moskauer Wochenzeitung »New Times«, die Vereinigten Staaten sollten ihre Verfassung anhand des sowjetischen Musters überarbeiten. In Pustogarovs Artikel mit dem Titel »Für den die Stunde schlägt – keine Änderungen zum Frieden« heißt es: »Ein Vergleich zwischen der amerikanischen Verfassung, diesem selbst ernannten Patriarchen, mit der Verfassung anderer Länder – selbst nur in bezug auf den internationalen Aspekt – gibt keinerlei Anlaß dazu, sie als Beispiel zu betrachten, das der Nacheiferung wert wäre. Ein solcher Vergleich veranlaßt einen eher dazu, sich zu fragen, ob die amerikanischen Gesetzgeber nicht besser daran täten, sich die Erfahrung ihrer Nachbarn, nah und fern, genauer anzuschauen, die alle gemeinsam unsere irdische Heimat bewohnen.« □

Türkei

Die Reibungen mit der Sowjetunion wachsen

Der Bau der neuen türkischen Botschaft in Moskau wurde zu »einem der ersten Opfer von Michail Gorbatschows ›Umstrukturierungs‹-Politik«, heißt es in einem Bericht in der türkischen Tageszeitung »Milliyet«. Bewohner des Vorovskova-Viertels in Moskau haben offensichtlich das Baugelände besetzt und die Arbeiten zum Stillstand gebracht.

Die Botschaft ist von den sowjetischen Behörden nicht offiziell darüber informiert worden, warum die Arbeiten gestoppt wurden, sondern sie erhielt lediglich ein Schreiben, in dem es hieß, die Bauarbeiten seien unterbrochen worden, um die Demonstranten zu besänftigen.

Vielleicht ist ein bißchen mehr daran als unzufriedene Babushkas, die die Grenze von Gorbatschows »Öffnung« testen wollen.

Die Zeitung »Milliyet« berichtete auch, die Sowjetunion »würde scharf auf Bemerkungen des Premierministers Turgut Özal und des Industrieministers Cahit Aral reagieren, die meinten, die in der Seydisehir Aluminium Fabrik verwendete Sowjettechnologie sei nicht auf dem neuesten Stand. Der türkische Botschafter in Moskau wurde geladen und über die Reaktionen informiert, die die Bemerkungen in der Sowjetunion hervorgerufen haben.

Sowjetische Parteifunktionäre sagten, eine derartige Kritik an der Sowjetunion würde im Gegensatz stehen zu den »guten Beziehungen» zwischen den beiden Ländern.

Die sowjetische Militärzeitung »Krasnaya Zvezda« veröffentlichte dazu dann einen Artikel mit dem Titel »Wer oder Was bedroht die Türkei«, in der über den türkischen »Atlantizismus« Beschwerde geführt wird. General N. Oztorun, ein ehemaliger Befehlshaber der Bodenstreitkräfte, wird beschuldigt, »sowjetische Pläne zur Besetzung der Türkei« in der Öffentlichkeit zu diskutieren, und es wird darüber berichtet, daß Premierminister Özal bei einem Treffen der Nordatlantischen Versammlung im Novembr 1986 über die Spannungen mit der Sowjetunion gesprochen habe. □

Wall Street

George Bush als trojanisches Pferd

Einer gut informierte Quelle aus der Geheimdienstgemeinde zufolge wurde George Bush aufgrund eines Handels zwischen Reagans Kreisen und der internationalen Bankengemeinde im Juni 1980 für das Jahr 1980 zu Ronald Reagans Mitstreiter um die amerikanische Präsidentschaft.

Bush wurde auf die Kandidatenliste gesetzt als Entgelt für die Unterstüzung der Reagan-Kampagne seitens der Wall Street, und die Vereinbarung umfaßte Abkommen, die Grenzen setzen dafür, wie weit das Bush-Reagan-Team gehen würde beim Durchgreifen hinsichtlich Bankenbeteiligung am internationalen Drogenhandel. Die Entscheidung, Bush für die Anti-Drogen-Bemühungen der Regierung als Verantwortlichen einzusetzen, war symptomatisch für diesen Handel.

Während Bush beträchtliche Ressourcen in den Korridor von Südflorida warf, hat er nie Anstrengungen unternommen, die Rolle amerikanischer und ausländischer Banken beim Waschen von Drogengeldern zu untersuchen. Dieses Thema wird von Bushs führenden Wahlkampfberatern gefürchtet, die Sorge haben, daß seine Rolle der Vertuschung für die Banken in der Präsidentschaftskampagne des Jahres 1988 zu einem populären Thema werden könnte. □

Sowjetunion

Neue Geschäfte mit dem Iran

Die Sowjetunion und der Iran haben angekündigt, daß die sowjetische Fluglinie Aeroflot ihren Flug Moskau – Teheran wieder aufnehmen wird. Das ist der letzte von mehreren Schritten in der jüngsten Zeit zur Steigerung der wirtschaftlichen Bindungen zwischen den beiden Ländern.

Der iranische Ölminister Gholamreza Aqazadeh stattete Moskau einen Besuch ab, um den Bau einer Öl-Pipeline durch den Iran bis nach Baku in der Sowjetunion zu diskutieren. Die Pipeline hätte eine Kapazität von über 700 000 Barrel pro Tag und würde als Transit-Pipeline für iranische Ölexporte verwendet. Ebenfalls zur Diskussion steht ein Plan zum Bau einer neuen Eisenbahnlinie, die den Iran mit der sowjetischen Stadt Azerbeijan verbindet.

Im Oktober hatte der Iran bereits verkündet, daß die beiden Länder bald gemeinsam mit der Suche nach Öl- und Gasvorkommen im südlichen Kaspischen Meer beginnen würden. Der iranische Transportminister gab dazu bekannt, daß zwischen Baku und iranischen Häfen am Kaspischen Meer eine gemeinsame Schiffahrtslinie eingerichtet werden wird.

Der sowjetische Botschafter in Teheran traf inzwischen mit dem iranischen Premierminister Moussavi und den iranischen Finanz- und Wirtschaftsministern zusammen, um den Bau von zwei Kraftwerken im Iran mit sowjetischer Hilfe und technischem Personal zu besprechen. □

Argentinien

Alfonsin führt Sparmaßnahmen ein

Der argentinische Präsident Raul Alfonsin hat ein Schockprogramm von Sparmaßnahmen verkündet, das Bankern zufolge seinesgleichen nur noch in den Maßnahmen der Zeit der großen Depression hat.

Alfonsin wertete die Landeswährung um weitere 11,8 Prozent zusätzlich zur Abwertung von 12,93 Prozent die Woche zuvor ab; er befreite die Zinssätze von staatlich festgelegten Höchstsätzen und einige Konsumartikel von Preiskontrollen; er erhöhte die Preise auf öffentliche Dienstleistungen wie Busfahrten und Benzin um 15 Prozent, und er wird den Kongreß bitten, beträchtliche Steuererhöhungen und erzwungene Sparmaßnahmen zu verabschieden. Er wird auch den Tausch Schulden gegen Aktien durch ausländische Gläubiger erleichtern: 70 Prozent neuer Projekte im Land werden durch einen solchen Tausch finanziert.

Diese Maßnahmen sind genau das, was der Internationale Währungsfonds (IWF) verlangt hat. Argentinien hat die vom IWF gesetzten Ziele nicht erreicht, die Voraussetzung dafür

gewesen wären, um mehr Geld vom IWF zu bekommen. Alfonsin möchte über das Austeritätsprogramm vom IWF die Genehmigung für die Freigabe von 700 Millionen Dollar bekommen.

Die Inflation liegt in diesem Jahr bei 101,6 Prozent, sie lag bei 135 Prozent im vergangenen Jahr. Der Handelsüberschuß wird voraussichtlich auf 900 Millionen Dollar oder darunter sinken im Vergleich zu 2,1 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr. Die 1987 fälligen Zinszahlungen belaufen sich auf insgesamt 4,4 Milliarden Dollar.

Die internationalen Banken und die Weltfinanzpresse befürworten diese Maßnahmen. Der argentinische Gewerkschaftsverband CGT drohte anfangs mit einem Proteststreik, doch man entschloß sich dann, die Entwicklung abzuwarten. □

Moskau

Schulden der USA schaden der Verteidigung

In einer Sendung des sowjetischen Rundfunks, die vom amerikanischen Foreign Broadcast Information Service überwacht und übersetzt worden ist, sprach der langjährige Kommentator Valentin Zorin über die hohe Verschuldung der Vereinigten Staaten und deren Auswirkungen auf den amerikanischen Verteidigungshaushalt.

US-Präsident Reagan hat vielleicht behauptet, »man könne mit den Kommunisten keine Geschäfte machen«, sagte Zorin, doch jeder Politiker muß die objektiven Realitäten mit ins Kalkül ziehen.

»Was ist in dieser Woche passiert? Der Präsident mußte den Schuldenhöchstbetrag um eine kleine Summe – 500 Milliarden Dollar – erhöhen. Damit liegt die Höchstsumme der öffentlichen Schuld in den USA jetzt bei 2,8 Billionen Dollar. Zur Finanzierung von Militärprogrammen muß sich die Regierung bei amerikanischen und internationalen Banken verschulden. Zum ersten Mal seit dem Jahr 1913 sind die USA von einem Gläubigerland zu einem Schuldnerland geworden. Sie werden hinsichtlich des Umfangs ihrer Außenschuld bald sämtliche Rekorde brechen. Reagan wurde der Präsident, der mehr Geld borgte als alle seine 39 Vorgänger zusammen.

Dies birgt sehr ernste wirtschaftliche Konsequenzen. Man könnte sagen, daß es eine Zeitbombe ist, die unter dem ganzen amerikanischen Wirtschaftssystem ruht. Es verursacht erhebliche Schwierigkeiten für die USA auf dem Weltmarkt und bringt das Land in eine schwierige Situation mit seinen wichtigsten Wettbewerbern. Die herrschenden Kreise in den USA sehen sich jetzt einer Tatsache gegenüber, die für sie unerfreulich und tadelnswert zugleich ist: die Unmöglichkeit, die Militärausgaben auf dem derzeitigen Niveau zu halten, die Unmöglichkeit, die Staatsausgaben insgesamt aufrechtzuerhalten und die Notwendig, nach Bereichen Ausschau zu halten, wo eingespart werden kann.« □

Naher Osten

Israel und Sowjetunion verstärken Handelsbeziehungen

Der israelischen Zeitschrift »Israel and Palestine« zufolge haben sich die israelisch-sowjetischen Handelsbeziehungen in den letzten Jahren ständig erweitert. Bei den meisten Handelsabkommen geht es um Industriezweige, die an der israelisch besetzten West Bank des Jordan angesiedelt sind.

»Israel and Palestine« nennt vier israelische Unternehmen, die am stärksten am Sowjethandel beteiligt sind: die G. G. Trade Investment Corporation im Ariel Settlement an der West Bank; die Association of Soviet Jews in Israel unter Leitung von Grisha Feigin, der gesagt haben soll, er verhandele mit einem Beamten aus dem sowjetischen Außenministerium, der im Zweiten Weltkrieg sein Militärbefehlshaber war; die Tavori Company an der West Bank, die ein Exporteur von Fruchtsäften ist, und der Geschäftmann Shabtai Kalmanovitch, ein Diamantenhändler, der den Sowjethandel in Sierra Leone angekurbelt hat und jetzt wegen Betruges an die Vereinigten Staaten ausgeliefert werden soll. □

Südasien

Wachsende regionale Konflikte

Regionale Konflikte eskalieren im gesamten südasiatischen Raum. Zum zweitenmal innerhalb von weniger als zwei Wochen sind zwischen Indien und Pakistan nordöstlich von Kashmir Kämpfe ausgebrochen.

In Sri Lanka sind zehn Leute getötet worden, als eine Bombe im Hafen von Colombo, der Hauptstadt des Landes, explodierte, kurz nachdem man den indischen Friedenstruppen dort den Befehl gegeben hatte zu schießen, um die Ordnung aurechtzuerhalten. Eine Woche der Gewalt, in der 200 sinhalesische Buddhisten in Terroranschlägen starben, folgte dem Tod von 15 inhaftierten Tamil-Tiger-Terroristen, die Selbstmord begangen hatten.

Tibet befindet sich wieder am Rand neuer Gewaltakte, nachdem die chinesische Regierung alle ausländischen Journalisten aus Tibet ausgewiesen hat und plant, Truppen in das Land zu schicken. Unbestätigten Berichten zufolge sollen 600 Tibetaner verhaftet worden sein. □

Südafrika

Angebot von Hilfe an die Nachbarn

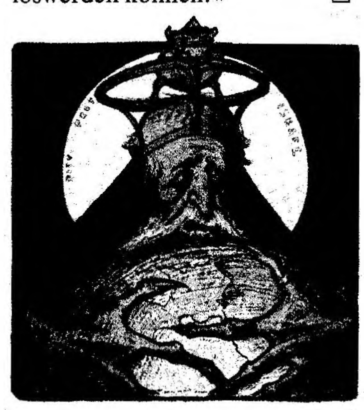
In einer Rede im südafrikanischen Fernsehen sagte der südafrikanische Finanzminister Barend du Plessis, sein Land sei bereit, eine führende Rolle bei der Ankurbelung der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder Schwarzafrikas – südlich der Sahara – zu spielen, doch die internationale Kampagne von Sanktionen gegen Südafrika habe verhindert, daß diese Möglichkeit verwirklicht werden konnte.

Du Plessis wurde gefragt: »Sie haben den IWF um Anerkennung der Rolle gebeten, die Südafrika in der Entwicklung der Länder Afrikas südlich der Sahara spielen kann. Was haben Sie damit gemeint?«

Du Plessis antwortete: »Ich habe darauf hingewiesen, wie ironisch es ist, daß jeder von der Entwicklung der Länder Afrikas südlich der Sahara spricht und wie wichtig es ist und jeder helfen will. Doch das Land südlich der Sahara, das wirklich einen Beitrag leisten kann, Südafrika, wird international dem Versuch unterworfen, seine Konjunktur zu einem Stillstand zu bringen oder ihr zumindest ernsten Schaden zuzufügen.

Was ich damit meinte war, daß wir Afrikaner sind. Wir sind uns der Probleme Afrikas im Hinblick auf die Landwirtschaft und so weiter voll bewußt. Kürzlich haben wir sogar außerhalb Afrikas Hilfe geleistet, um das Pferdefieber unter Kontrolle zu bekommen. Das ist die Art von Hilfe, die wir liefern können, zum Beispiel durch das Onderstepoort Veterinärinstitut oder die Kooperation mit Lesotho in der Wasserversorgung der Highlands, wo wir über die Development Bank helfen können und wo technisches Personal von Südafrika entsandt werden kann.«

Du Plessis wies weiter auf die Rolle der Länder der dritten Welt in der Entwicklung der Industrienationen hin: »Letzten Endes werden die künftigen Märkte auch in den Ländern der dritten Welt zu finden sein. Dort, wo Bevölkerungswachstum noch immer stattfindet, wo noch Raum ist für die Erweiterung des Lebensstandards, mit anderen Worten, wo man künftig noch Industrieartikel wird loswerden können.« □



In eigener Sache

Zionisten bestimmen was Schweizer lesen

Ekkehard Franke-Gricksch

Die Dezember-Ausgabe 1987 wurde in der Schweiz von beiden Grossisten nicht mehr vertrieben. CODE ist somit sang- und klanglos aus dem Zeitschriftenangebot der schweizerischen Kioske verschwunden. Dem Verlag wurde es nicht einmal gestattet, eine Ausgabe von CODE noch auf den Schweizer Markt zu bringen, um die vielen Leser über die Einstellung des Vertriebs im Einzelhandel zu informieren.

Fragt man heute auf einem Bahnhof in der Schweiz oder einem Kiosk nach der Zeitschrift CODE, bekommt man zur Antwort, daß die Zeitschrift nicht mehr erscheint. So einfach macht man sich die Ausrede, die allerdings in keiner Weise der Wahrheit entspricht.

Der Sieg der Zionisten

CODE wurde in der Schweiz durch beide Grossisten, der Kiosk AG und Schmidt Agence, an den Einzelhandel ausgeliefert. Noch im Sommer hatte der Sprecher der Kiosk AG auf Vorhaltungen eines Mitarbeiters des »Israelischen Wochenblatts« zu CODE sich mit den Worten geäußert: »Für uns sind solche Schriften moralisch kein Problem. Wir nehmen schließlich linke Zeitschriften auch nicht aus dem Sortiment.«

Die kleine Gruppe der Zionisten in der Schweiz setzte aber alles daran und überzeugte schließlich beide Grossisten. Man stellte mit dem November-Heft den Vertrieb von CODE ein.

Die Schmidt Agence hatte dem »Israelischen Wochenblatt« gegenüber ebenfalls noch im Sommer behauptet: »Vielleicht wäre es sinnvoll, diese Blätter mal der Bundesanwaltschaft nach Bern zu senden.«

Die Zionisten taten es und erhielten von dem Bundesanwaltschaftssprecher Josef Hermann die Antwort: »Wenn wir umstürzlerische Tendenzen feststellen könnten, könnten wir eingreifen.«

Ein Leser von CODE schrieb ebenfalls an die Schweizerische Bundesanwaltschaft und erhielt eine Antwort von Dr. R. Burkhard: »Es wurde im Zitat nicht zum Ausdruck gebracht, daß wir die Zeitschrift CODE als nicht staatsgefährlich betrachten. Zur Frage, was unter ›rechtsextrem‹ zu verstehen ist, soviel: Die fragliche Beurteilung basiert auf dem Gesamteindruck, der entstanden ist durch Elemente wie einseitig gefärbte Berichte über den Zionismus; schönfärberische Darstellung der Tätigkeit von Barbie in Lyon, der nur seine Pflicht getan habe; unterschwellig verbreitete Ansicht, daß Hitler nur die Grenzen zu Beginn des Ersten Weltkrieges wiederherstellen und ansonsten keinen Krieg wollte; wiederholte eifrige Kritiken an – wie es heißt – ›Nazijägern‹; Insinuation, daß Prozesse gegen ehemalige Nationalsozialisten – Beispiel Eichmann-Prozeß – aus Gewinnsucht geführt werden; Rechtfertigungsversuche für den Polen-Feldzug Hitler-Deutschlands – es sei wiedersinnig und für das Deutsche Reich unerträglich gewesen, seine östlichen Gebiete nur noch über See erreichen zu können.«

Kein Interesse an der Wahrheit

Auch in der Schweiz wird nach einer Schablone geurteilt, die mit der Wahrheit und dem wirklichen Geschehen in keinem Zusammenhang steht. Die Formel Antizionismus gleich Rechtsextremismus ist auch in der Schweiz griffig. Dabei wird einfach nicht zur Kenntnis genommen, daß die Probleme des Zionismus in CODE ausschließlich von Journalisten und Autoren jüdischen Glaubens geschrieben werden.

Diese jüdischen Autoren, die in CODE schreiben, gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus eintreten.

Eine Reihe international angesehener Rabbiner unterstützt ausdrücklich die eigentlich für eine Demokratie selbstverständlichen Rechte der Rede- und Pressefreiheit für CODE und meinen, daß antizionistische Positionen ebenso wie prozionistische Positionen ein Recht darauf haben, dargestellt zu werden.

In der Schweiz scheinen solche jüdischen Stimmen kein Gehör zu finden. Den Eidgenossen wird offenbar diktiert, was eine kleine Gruppe von Zionisten für Wahrheit und Ehrlichkeit hält. Ungeprüft bleibt dabei die Frage, ob alle Schweizer Bürger jüdischen Glaubens mit dem Verhalten und Vorgehen der Zionisten einverstanden sind. Nicht umsonst erreichen uns täglich Stellungnahmen zu dem schwelenden Konflikt zwischen gläubigen Juden und Zionisten. Immer mehr Juden distanzieren sich vom Zionismus.

Aber sowohl die Schweizer Bundesanwaltschaft wie die beiden Schweizer Grossisten, die auf klamm-heimliche Weise Pressezensur im Auftrag der Zionisten übten, machen sich nicht die Mühe zwischen der jüdischen Religion und dem Zionismus zu unterscheiden.

Aus Gleichgültigkeit, Oberflächlichkeit und Unwissenheit gibt man den Vorstellungen einer kleinen Minderheit nach. Eigentlich sollte sich ein Land wie die Schweiz zu solchen Taschenspielertricks nicht hergeben, die letztendlich auch in einer Demokratie zu einer »gleichgeschalteten Presse« führen.

Wenn solche Sitten künftig in der Schweiz zur Tagesordnung gehören, dann wird es nicht mehr lange dauern, daß jeder konservative Schweizer Bürger, der sich nicht entschließen kann entweder Marxist zu werden oder einer Loge beizutreten, als »Rechtsextremist« bezeichnet wird. Jeder Mensch, der sein Vaterland liebt und sich von Geburt bis zum Tod mit seiner Heimat verbunden fühlt, wird ebenfalls in diese Kategorie dann eingeordnet.

Jeder, der aufbegehrt gegen die alltäglichen Desinformationen, der versucht tiefer in die politischen und wirtschaftlichen Hintergründe zu schauen, wird künftig, wenn eine solche Art der Zensur Schule macht, verketzert und der Inquisition einer politischen Justiz ausgeliefert.

Ich darf an dieser Stelle nochmals aus dem Schreiben zitieren, unterzeichnet von zwölf hohen jüdischen Führern, die der Zeitschrift CODE bestätigen: »Als Juden, die unseren jüdischen Glauben und unser jüdisches Erbe verstehen und achten, unterstützen wir, wie es Bestandteil unserer jüdischen Religion ist, das Recht eines jeden Menschen, seine Überzeugung zu äußern.«

Vielleicht veranlassen solche Worte auch die Schweizerische Bundesanwaltschaft einmal zum Nachdenken und zum Überdenken ihrer flüchtigen Beurteilung einer Zeitschrift, die sie in eine Ecke drängen möchten, in die sie nicht gehört. Auch die Schweizer Grossisten sollten prüfen, ob es richtig war einer kleinen Gruppe das Recht einzuräumen, zu bestimmen, was die Eidgenossen lesen dürfen.

CODE wird weiter erscheinen und bis auf weiteres in der Schweiz zunächst nur im Abonnement erhältlich sein. Ich würde mich freuen, wenn die Schweizer uns gerade jetzt die Treue halten. Wir sind bemüht, unseren Lesern dieses Verständis mit einer ehrlichen jounalistischen Arbeit zu lohnen. □

Briefe

Betr.: Bonn »Wiederherstellung des Deutschen Reiches«, Nr. 10/87

Niemand hat das Recht, wie CSU-Generalsekretär Tandler es getan hat, vor übertriebenen Hoffnungen auf ein geeines Deutschland zu warnen, der auf die Nato setzt, die ebenso wie der Warschauer Pakt die Wiedervereinigung mit Sicherheit verhindert.

Sind uns der Antisowjetismus und Antiatheismus sowie unsere Freiheit wichtiger als die auch und gerade im Krieg gebotene Rücksicht auf die Menschen in der DDR, dann ist unser deutsches Volks- und Nationalbewußtsein erheuchelt.

Eine Wiedervereinigung und die damit notwendig in Zusammenhang stehenden Verzichte der Siegermächte auf ihre Siegerpositionen in beiden deutschen Staaten sind nicht zu erwarten, wenn nicht auch die beiden deutschen Staaten die Militärbündnisse verlassen.

Wie will Dr. Wörner die Sicherheit aller Deutschen verbessern, wenn er auf die DDR gerichteten Atomwaffen zustimmt? – Wenn Dr. Wörner sagt, die eigentlichen Bedrohungen, denen unser Land ausgesetzt sei, kämen nicht vom Westen, sondern immer noch von der Sowjetunion, ist zu erwidern: Solang die beiden deutschen Staaten einen militärischen Zusammenstoß der beiden Supermächte fürchten müssen, kommen die Bedrohungen für sie und ihre Bewohner von beiden Mächten. Besteht für uns Deutsche Anlaß, das Drohgebaren beider Seiten durch militärische Beteiligung auf beiden Seiten zu unterstützen und damit den Übergang dieses Gebarens in militärisches Handeln zu erleichtern?

Wer der atomaren Bedrohung von Menschen zustimmt, noch dazu von Menschen des eigenen Volkes, kann auf die Dauer nicht mit dem Lob seiner Zeitgenossen und nicht mit der Rechtfertigung durch die Geschichte rechnen.

Auch eine »reine Verteidigungsrüstung« berechtigt zum friedensgefährdenden Mißtrauen, weil sie eine um Angriffsfähigkeit ergänzte Gesamtrüstung erleichtert.

Zwei Staaten eines Volkes gehören nicht in zwei gegensätzliche Militärbündnisse. Das von uns befürwortete politisch-militärische Konzept ist falsch, weil es im Kriegsfall zu dem unerfreulichen Ergebnis deutscher Hilfen zur deutschen Selbstvernichtung führt.

Gibt es für ein geläutertes Empfinden eine »Verteidigung« gegenüber Menschen des eigenen Volks? Empfiehlt es sich nicht für die C-Parteien, die ihre Übereinstimmung mit Vorstellungen und Werten des Christentums betonen, politische Fragen auch einmal von den Bedürfnissen der Nächsten her zu untersuchen, für uns Bundesdeutsche also zuerst mal von den Bedürfnissen unserer Allernächsten her, der Angehörigen unseres Volkes in der DDR? Irrsinnig, sittenwidrig und nichtig sind die Bündnisverträge, die von den beiden deutschen Staatsregierungen mit je einem Teil der Siegermächte geschlossen worden sind, weil die den Gedanken des einen deutschen Volkes, der einen Nation verleugnen, damit gegen das deutsche Volk gerichtet sind. Was im Kriegsfall die beiden deutschen Staatsführungen den jeweils anderen deutschen Teilvölkern anzutun bereit sind – strafrechtlich ausgedrückt – ihr dolus eventualis, dessen Verwirklichung ihre Verantwortlichen schon heute für diesen Fall ankündigen –, übersteigt an verbrecherischer Energie bei weitem alles, was in der Erfassungsstelle von Salzgitter der DDR angelastet wird.

Gottfried Jahn, Siegen

Betr.: Deutschland »Ein geteiltes Deutschland ist das beste«, Nr. 11/87

Im Jahre 1923 reiste Konrad Adenauer mit Prälat Kaas im Raum Wiesbaden-Mainz von Haus zu Haus bekannter Persönlichkeiten, um diese für die Idee eines separaten Rheinstaates zu gewinnen.

Gegner dieser Abtrennungspolitik warfen daraufhin dem Landesgerichts-Direktor Schmitz in Wiesbaden die Wohnungseinrichtung zum Fenster hinaus und dem Fahrradhändler Kern in Mainz zerschlugen die Gegner die Schaufenster. Weitere Taten der Gegner dieses Ansinnes habe ich nicht mehr in Erinnerung.

Daß die Deutschen unter dieser doppelzüngigen Teilungspolitik heute mehr denn je zu leiden haben, ist die Schuld der bundesdeutschen Regierungs-Politiker mit ihren Verschleierungsmethoden, weil sie starrsinnig diese Politik Konrad Adenauers weiter- führen. Als strenger Katholik haßte Adenauer den protestantischen Osten Deutschlands, was damals schon ausgesprochen wurde.

Hans-Lind, Windhoek

*

Das Zweite Deutsche Fernsehen berichtet, daß in der Pfalz das größte US-Waffenlager für Europa ist. Dort lagern mehr Waffen als im Zweiten Weltkrieg eingesetzt wurden. Es habe dort schon einige Flugzeugabstürze gegeben und die Bevölkerung habe große Angst, es könnte ein Flugzeug auf ein Munitionslager stürzen. Und unter diesen Umständen glaubt ein großer Teil der Bevölkerung, dieser Wahnsinn könnte uns den Frieden sichern.

Stalin hatte am 10. März 1952 die deutschen Wiedervereinigung angeboten zum Preis der Neutralität des gesamten Deutschlands. Ohne die Ernsthaftigkeit dieses Vorschlages zu prüfen, verkaufte uns Adenauer an den Westen und damit endete die Politik in der Ausweglosigkeit.

Walter Michel, Berlin

Betr.: Vatikan »Die Krise der Kirche«, Nr. 11/87

Von jeher belehrt die geistige Welt die Menschheit durch irdische Sprechwerkzeuge. Ohne sie wüßten wir wenig über unseren Ursprung, unser wahres Wesen, es sei denn, es keimte aus dem eigenen Inneren hervor.

Die einzig anerkannte Offenbarungsgrundlage der christlichen Kirche, ein Teil des überlieferten Schrifttums, ist nur Fragment und nicht frei von übersetzungsfehlern oder beabsichtigten Korrekturen. Doch auch Durchgaben aus dem Jenseits können unzuverlässig sein; viele Sender und Kanäle sind weder rein noch beauftragt. Wir sollten darum auf die höchste und lauterste Quelle zurückzugreifen: Gott Selbst mit Seinem Sohn – Christus – sowie hohe Lichtwesen aus der Reinheit der Himmel klären durch Prophetenmund darüber auf, wessen die Menschen am meisten bedürfen und wozu sie reif sind.

Wenn eine Marienerscheinung zur Umkehr mahnt und baldige Katastrophen ankündigt, bestätigt sie das prophetische Wort der Jetztzeit! Freilich benutzt sie Worte wie Zuchtrute, Rache, Zorn . . . und das befremdet. Marias hingebende Liebe wird einzig aus Gott genährt, denn Liebe ist Sein ureigenstes Wesen, die stärkste Macht im Universum, ewig fließende Geisteskraft, aus der alles lebt.

Wer sich aber von Gott abkehrt, begibt sich freiwillig unter das kosmische Gesetz von Ursache und Wirkung, oder wie Jesus lehrte: Saat und Ernte. Was als Schicksal auf uns zukommt, entspringt keinen Strafgelüsten unseres himmlischen Vaters. Solche Eigenschaften hat menschliche Entsprechung in das unwandelbare gütige Gottesbild projiziert. Der gefallene Mensch kann so schwer über sich hinausdenken. Verantwortlich dafür sind zum Teil die religiösen Führer, die mit Drohung und Einschüchterung arbeiten um der eigenen Macht willen. Sie dürften doch das in der Bibel häufig zitierte Gesetz auslegen können! Es wirkt über Generationen, womit auf die lang anlastende Verfehlung eines Menschen, aber auch die einseitige Abtragung hingewiesen wird: Gottes weise Verfügung als ausgleichende Gerechtigkeit.

Die Christenheit wird sich wieder öffnen müssen für das anfänglich existente Wissen um wiederholte Erdenleben als Möglichkeit zu Lernprozessen und Wiedergutmachung.

Das alles will nicht die Erlösungstat Christi leugnen. Sie allein bewirkte ja die Befreiung der gefallenen Seelen aus Luzifers Machtbereich, ermöglicht die Rückkehr »des verlorenen Sohnes« ins Vaterhaus. Und einzig Christus kann uns die erdrückende Schwere der Schuldenlast abnehmen!

Maria Laage, Viersen

Betr.: Technik »Spekulation um Flugkreisel«, Nr. 11/87

In den Berichten von Gunther Burkhardt werden Erscheinungen von »Unbekannten Fliegenden Objekten« als Erfindungen aus der Zeit des Dritten Reiches definiert. Es dürfte wohl den Tatsachen entsprechen, daß deutsche Militärs in dieser Zeit einige Flugkreisel in ihrem Besitze hatten. Die Antriebs- und Konstruktionstechnik wurden ihnen von geistig tiefstehenden Außerirdischen übermittelt. Das Problem der »Fliegenden Untertassen« wird aber durch diese Annahme nicht in seiner vollen Breite geklärt.

Flüge und sogar Landungen von UFOs sind durch die ganze Geschichtsschreibung zu verfolgen. In der Bibel, den ägyptischen Sagen und den meisten Geschichts- und Religionschroniken sind Flugmanöver und Landungen zum Teil recht exakt beschrieben.

Aber auch in diesem Jahrhundert wurden und werden auch heute noch Tausende von Sichtungen jedes Jahr verzeichnet. Astronomen, Piloten, Astronauten, Wissenschaftler wie normale Bürger aus allen Kontinenten beobachten und bezeugen paranormale Erscheinungen am Firmament wie am Boden.

Einige bezeugen auch, mit den Insassen von UFOs in telepathischen oder gar physischen Kontakt getreten zu sein. Leute wie Georg Adamski, Oscar Magocsi oder Buzz Andrews behaupten sogar, in Flugkreiseln Reisen auf der Erde und zu anderen Planeten miterlebt zu haben.

In allen Fällen aber werden die Insassen der UFOs als humanoide, 1–3 Meter große Wesen beschrieben. Sie geben sich als Bewohner von Planeten und Sonnen des ganzen Universums zu erkennen. Ihre Flugtechnik erlaubt ihnen, in Überlichtgeschwindigkeit, also außerhalb von Raum und Zeit, zu reisen. Die allermeisten von ihnen sind uns freundlich gestimmt und geistig überaus hochstehend. Sie leben und arbeiten nach den kosmischen Gesetzen von Freiheit und Frieden. Sie sind im Auftrage des Höchsten Gottes hier, um unter dem Banner von Jesus Christus dieser Menschheit im Übergang in das neue Zeitalter von Wassermann beizustehen und nötigenfalls einzugreifen und einen Teil der Menschheit zu evakuieren, falls die Umweltverhältnisse untragbar würden. Was meinte wohl Jesus von Nazareth, als er sagte: »Ich werde wiederkommen auf den Wolken mit Macht«?

Über diese Themata existiert eine Vielzahl von Broschüren, Büchern und Zeitschriften sowie etliche UFO-Forschungsgruppen. Mit der Annahme einiger Testobjekte während des Dritten Reiches ist erst ein kleiner Teil der Erscheinungen von »Unbekannten Fliegenden Objekten« erörtert.

Markus Hany, Zürich